

Till Westermayer

Blogtexte

Band IV. Politische Texte 2014 bis 2016

Gundelfingen, Juni 2026

Blogtexte. Band IV. Politische Texte 2014 bis 2016

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.dnb.de abrufbar.

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß §44b UrhG („Text und Data Mining“) zu gewinnen, ist untersagt.

© 2026 Till Westermayer

Druck: Libri Plureos GmbH, Friedensallee 273, 22763 Hamburg

Till Westermayer
Kandelstr. 62
79194 Gundelfingen

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	i
Einleitung zu Band IV – 2014 bis 2016.....	iii
<i>Politische und gesellschaftliche Fragen</i>	<i>1</i>
Aus dem Hinterwald	1
Nicht länger zuschauen, wie die AfD ihren Mythos bastelt.....	7
Aneignung, Macht und kultureller Wandel	10
Die SPD-Wahlwoche würde das Problem nicht lösen.....	15
Die falsche Schublade.....	25
Bundesjugendspiele, oder: Gesellschaft als Wettkampf	32
Selbstbild als Merkel-Fangirl	36
Party till it's over.....	40
Platzhalterbild für antigüne Propaganda.....	46
Was im Kurzprogramm der AfD zur Landtagswahl Baden-Württemberg steht	52
Optimistische Politik statt AfD: Lasst uns mehr Star Trek wagen	62
Die Folgen von Abstimmungen	68
<i>Nachdenken über Bündnis 90/Die Grünen.....</i>	<i>73</i>
Das grüne Distinktionsproblem	73
Links, zwei, drei.....	78
Vertrauensbildende Maßnahmen	84
Die neuen Eurobasisdemokraten, oder: Zurück in die 1980er?	88
Grüne: Zerreißprobe – Zeit für Zusammenhalt.....	99
Zweitausend Wörter zum Zustand der Partei.....	104

Welches Grün hätten's denn gern?.....	111
Was ich mir von der BDK wünsche.....	118
Wir halten zusammen. Hartnäckig. Visionär. Verantwortlich.....	123
<i>Digitales Leben und Forschungs- und Technologiepolitik.....</i>	<i>129</i>
Die Zombiepartei.....	129
Darf Politik das? Konstruktive Technologiepolitik am Beispiel 3D-Druck.....	132
Zivilgesellschaft, transformative Wissenschaft und die Netzgemeinde.....	136
Smarte Parteien? Um welches Problem geht es eigentlich?.....	143
Kommunikativer Vertrauensverlust in verunsicherten Zeiten.....	154
Dauerschleifen.....	158
Nach der Digitalisierung: Was bleibt?.....	162
<i>Nachhaltigkeit und Klimapolitik.....</i>	<i>167</i>
Degrowth muss wachsen, oder: Selbstbegrenzung statt Verzicht?.....	167
Ökologische Verelendungstheorie.....	175
ShareBW bringt Nachhaltigkeit und Digitalisierung zusammen.....	178
<i>Science Fiction und Politik.....</i>	<i>185</i>
Flucht vom Planeten Erde.....	185
Kulturkampf um das imaginäre Land.....	192
<i>Anhang.....</i>	<i>199</i>
Personenindex.....	199

Einleitung zu Band IV – 2014 bis 2016

Beim Wiederlesen der Texte meines Blogs, um eine Auswahl für die in diesem Band abgebildeten Jahre 2014 bis 2016 herauszusuchen, wird mir erst deutlich, wie sehr sich die gesellschaftliche Stimmung in diesem Zeitraum verändert hat. Oder, wie ich es in einem Text (*Dauerschleifen*) schreibe:

„Es gibt eine Sehnsucht nach einfacheren Zeiten. In der nostalgischen Verklärung der Vergangenheit, mit dem Blick auf den eigenen Erfahrungshorizont, erscheint 2016 als das Jahr, in dem die Welt ins Chaos stürzt. Emotional geht mir das auch so.“

Aus heutiger Sicht kann ich mit dieser Deutung der Welt von vor zehn Jahren viel anfangen. Irgendwo in diesen Jahren sind wir falsch abgebo-gen. Ein Symptom: die AfD, die nun anstelle der in internen Streitigkeiten untergegangenen Piraten (*Die Zombiepartei*) die gesellschaftlichen Diskurse bestimmt. Entsprechend finden sich in dieser Sammlung auch einige Texte, die sich mit dem Umgang mit der AfD und dem wieder er-starkenden rechten Lager (*Die falsche Schublade*) beschäftigen – bis hin zur Auseinandersetzung um die „Sad Puppies“ im Kontext der Verlei-hung der Hugo-Preise für Science Fiction und Fantasy (*Kulturkampf um das imaginäre Land*). Gleichzeitig steigt die Anerkennung für Kanzlerin Merkel (*Selbstbild als Merkel-Fangirl*), die den humanitären Kurs in der Flüchtlingspolitik hält.

Daneben viel zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen um den richtigen Kurs von Bündnis 90/Die Grünen im Vorfeld der Bundes-tagswahl 2017 – auch dazu finden sich einige Texte in dieser Sammlung. Was ich in diesen Jahren wahrnehme, ist ein starkes Auseinanderdrif-ten. Im linken Flügel spalten sich die von mir als „grumpy old men“ be-zeichneten „Basislinken“ ab (*Eurobasisdemokraten*). Insgesamt wird immer stärker sichtbar, dass der baden-württembergische Kurs von Winfried Kretschmann und der Kurs der Bundespartei auseinanderge-hen. Symptomatisch auch hier das Thema Geflüchtete (*Grüne: Zerreiß-probe*) und die Frage, wie viel „Pragmatismus“ zumutbar ist. In *Das grü-*

ne Distinktionsproblem nähere ich mich der Frage an, welche Folgen die Verquickung von Ökologie und Lebensstil für die grüne Partei hat. Hier klingt dann schon viel Unfried und Habeck durch.

Was mich in den Jahren 2014 bis 2016 zudem beschäftigt, ist der Nexus aus Digitalpolitik und Nachhaltigkeit, der sich hier vor allem am Thema *Sharing* festmacht. Das findet sich sowohl im Veranstaltungsbericht zur *Degrowth* Leipzig wie auch in einem Bericht zu *ShareBW* wieder. Aus der Sicht dieser Jahre ist noch offen, ob *Sharing* eine ökologischen Graswurzelbewegung bleibt, oder zu einem kommerziellen Geschäftsmodell wird.

Digitalisierung und Netzpolitik wird zunehmend zu einem Mainstream-Thema; Twitter und Facebook sind viel genutzte politische Kommunikationsmedien (mit einigen Haken, vgl. *Kommunikativer Vertrauensverlust*). In dem Text *Nach der Digitalisierung: Was bleibt?* Versuche ich, diesem Umstand gerecht zu werden. Die Debatte, wie eine Partei zu internen Beteiligung digitale Verfahren nutzen kann, geht weiter (*Smarte Parteien?*).

Hinweisen möchte ich abschließend noch auf den Beitrag zur *Flucht vom Planeten Erde*. Das ist auch aus heutiger Sicht eine gute Zusammenfassung dazu, warum bemannte Raumfahrt im großen Stil ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Gundelfingen, im Juni 2026

Politische und gesellschaftliche Fragen



Aus dem Hinterwald

11. Januar 2014 – Politik und Gesellschaft

Baden-Württemberg, ach je. Über die liberalen Groß- und Unistädte, die grüne Stärke und die vielen spannenden Projekte auf dem Land gerät die diesem Land innewohnende Provinzialität leicht ins Vergessen. Und es ist eine doppelte Provinzialität, die nicht nur aus dem tiefen ländlichen Raum gespeist wird, sondern ebenso etwas mit der vor allem im württembergischen Landesteil weit zurückreichenden pietistischen Tradition zu tun hat. Die Orte, in denen 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung CDU oder schlimmeres wählen: klar gibt es die weiterhin.

Das fällt vielleicht nicht auf den ersten Blick auf, weil es auch dort hübsch modern aussieht, inklusive Photovoltaik-Anlage auf den proper renovierten Häuschen (lohnt sich schließlich). Aber das sind Äußerlichkeiten. Sobald es darum geht, was „normal“ ist, und was nicht, wird es finster. Bester Beleg dafür sind die gerade hochkochenden Debatten um

die Aufnahme der Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen (ja, inklusive sexueller Vielfalt) in den Bildungsplan 2015.¹

Bei der laufenden baden-württembergischen Bildungsplanreform werden einige Fächer neu strukturiert, zudem kommen fünf übergeordnete Leitprinzipien hinzu, nämlich Bildung für nachhaltige Entwicklung, Medienbildung, Verbraucherbildung, Prävention und Gesundheitsförderung sowie Berufliche Orientierung. Diese sollen über das ganze Schulleben hinweg in unterschiedlichen Formen in den verschiedenen Fächern immer wieder auftauchen. Ergänzt werden diese fünf Leitprinzipien jeweils um das Thema „Akzeptanz sexueller Vielfalt“. Mir ist, nebenbei gesagt, nicht ganz klar, warum die sexuelle Vielfalt auf diesem Weg Eingang in die Leitprinzipien findet und nicht als eigenes Thema („Diversität“?) auf Augenhöhe zu Nachhaltigkeit, Medienbildung usw. durchstrukturiert wurde.

Falls es die Intention hinter dieser Anordnung der Themen war, die Akzeptanz sexueller Vielfalt mit Blick auf die im Land existierende Provinzialität ein bisschen zu verstecken, dann ist das definitiv nicht gelungen. Möglicherweise wäre hier von vorneherein ein offensiverer Ansatz besser gewesen. Aber nun ist es, wie es ist. Immerhin verteidigen beide Regierungsfractionen ebenso wie Kultusminister Stoch ganz klar die Aufnahme der Akzeptanz sexueller Vielfalt in die Leitprinzipien des Bildungsplans. Meine Befürchtung, dass einige in der Regierung sich hier von den Kirchen (siehe dazu auch Antje Schrupp²) ins Bockhorn jagen lassen könnten, scheint sich glücklicherweise nicht zu bestätigen. Was nicht selbstverständlich ist, schließlich ist die Landesverfassung³ leider alles andere als religiös neutral, und dass der Ministerpräsident ein aktiver Katholik ist, ist auch kein Geheimnis.

Ich finde ja, dass die Positionierung der Kirchen in dieser Debatte eigentlich ein guter Grund wäre, noch einmal über das Fach Ethik in Baden-Württemberg nachzudenken. Zwar steht dazu einiges im Koali-

¹ Die Leitprinzipien waren hier als PDF abrufbar; dazu gab es generelle Informationen zur Reform - Links funktionieren nicht mehr.

² <https://antjeschrupp.com/2014/01/10/balken-im-auge/>

³ <https://www.lpb-bw.de/bwverf/bwverf.htm>

tionsvertrag, die Ausweitung des Ethikunterrichts ist aber ein Vorhaben mit niedriger Priorität und wird vermutlich in dieser Legislaturperiode nicht mehr in Angriff genommen. Was ich bedauerlich finde – gerade wenn die katholischen und evangelischen Landeskirchen mal wieder meinen, die Leitlinien dessen bestimmen zu können, was Wertebildung heißt.

Womit wir endgültig bei der Petition⁴ wären, die die Debatte ausglöst hat. Sie kommt aus rechts-evangelikalen Kreisen, und ist in ihrem Geist klar homophob. In geradezu vorbildlich bigotter Weise heißt es dort nach einigen schönen Worten zum Thema Diskriminierung unter anderem:

„In „Verankerung der Leitprinzipien“ fehlt die ethische Reflexion der negativen Begleiterscheinungen eines LSBTTIQ-Lebensstils, wie die höhere Suizidgefährdung unter homosexuellen Jugendlichen, die erhöhte Anfälligkeit für Alkohol und Drogen, die auffällig hohe HIV-Infektionsrate bei homosexuellen Männern, wie sie jüngst das Robert-Koch-Institut veröffentlichte, die deutlich geringere Lebenserwartung homo- und bisexueller Männer, das ausgeprägte Risiko psychischer Erkrankungen bei homosexuell lebenden Frauen und Männern.“

Im Klartext bedeuten die oben zitierten Sätze: In den Schulen soll vor Homo- und Bisexualität gewarnt werden, weil das ja Lebensstilentscheidungen wären, die negative Konsequenzen nach sich ziehen. Das ignoriert nicht nur, dass es eben nicht um Lebensstilentscheidungen geht, sondern um vorhandene sexuelle Orientierungen. Zudem scheint den UnterstützerInnen dieser Petition nicht in den Sinn zu kommen, dass die von ihnen aufgeführten Probleme möglicherweise etwas damit zu tun haben, dass nicht der kirchlichen Norm entsprechende Lebensformen bis heute gesellschaftlich nicht akzeptiert sind. Entsprechend entfällt auch der naheliegende logische Schluss, dass ja z.B. die Schule als

⁴ <https://www.openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens>

wichtiger Sozialisationsort zur Akzeptanz der Vielfalt sexueller Orientierungen beitragen könnte.

Während die Petition selbst noch versucht, sich als harmlos darzustellen, kommt in den Argumenten der UnterstützerInnen der Homophobie Klartext zum Vorschein – Akzeptanz für die Vielfalt sexueller Orientierungen wird mit einer „Umerziehung zu Lesben und Schwulen“ gleichgesetzt, es ist von „Gesellschaftszersetzung“. Nur „Familien aus Mann, Frau und Kindern“ werden akzeptiert, zudem wird vermutet, dass die Aufnahme sexueller Vielfalt in die Bildungspläne zur frühzeitigen sexuellen Verführung der Kinder führe. All das gerne auch nach dem Muster „Ich bin nicht Homophob, aber ...“.

Bei diesen Kommentaren kann einem tatsächlich Angst und Bange um das baden-württembergische Abendland werden. Anders gesagt: Was einige hier an Bedenken äußern, macht doch deutlich, wie tief Vorurteile und Ängste sitzen. Es findet keine Auseinandersetzung damit statt, was in den Leitprinzipien tatsächlich gefordert wird. Vielmehr wird ein sehr schräges Bild von Schwulen, Lesben, Trans- und Intersexuellen auf den Bildungsplan projiziert.

Und was macht die Opposition? Dass die CDU Verständnis für diese Petition äußert, verwundert nicht. Es gibt durchaus CDU-Abgeordnete im Landtag, die ganz ähnliche Positionen vertreten. Aber dass auch die FDP – zumindest in Form des Fraktionsvorsitzenden Rülke – sich auf diese Seite stellt, irritiert. Das passt zu Rülke – aber eben nicht zu einem liberalen Menschenbild. Immerhin scheinen Teile der FDP das anders zu sehen. Wer sich da am Ende durchsetzt, bleibt abzuwarten. Im Landtag, an den die Petition sich ja richtet, scheint die FDP derzeit jedenfalls auf der Seite derer zu stehen, die die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen für gesellschaftszersetzend halten.

Was tun? Inzwischen – nach der Winterpause des baden-württembergischen Politikbetriebs – hat die Petition ja einiges an medialer Aufmerksamkeit erfahren. (Nele Tabler hatte bereits Ende Dezember darauf hingewiesen, aber da lag das Land im Winterschlaf). Überwiegend gab es in den Medien deutliche Kritik an der Petition. Zumindest die journalistische Öffentlichkeit scheint auch in Baden-Württemberg

weiter zu sein. Entschieden wird letztlich im Landtag und in der Landesregierung. Ich hoffe auf Standhaftigkeit.

Und dann gibt es noch die Gegenpetition,⁵ seit wenigen Tagen online, und seitdem auf über 35.000 UnterzeichnerInnen gekommen. Manche halten das für keine gute Idee, insbesondere nicht auf der selben Plattform openpetition.de, auf der auch die durchaus menschenverachtend zu nennende Petition gestartet wurde.⁶

Ich habe die Gegenpetition trotz gewisser Bedenken unterzeichnet (und dabei festgestellt, dass openpetition.de nicht wirklich gut daran ist, Orte und Bundesländer einander zuzordnen). Ich habe sie unterzeichnet, weil auch die Gegenpetition im Licht der Öffentlichkeit steht, und eine große Zahl an UnterstützerInnen einfach ein deutliches Zeichen dafür setzt, dass Baden-Württemberg weiter ist, als ich es in den ersten Absätzen oben skizziert habe. Ob das der richtige Weg ist, mag jede und jeder für sich selbst entscheiden.

Letztlich zeigt die Debatte um die Aufnahme der Akzeptanz der vielfältigen sexuellen Orientierungen, dass Baden-Württemberg ein Land ist, in dem rechtskonservative Positionen noch immer auf ein starkes Echo stoßen und scheinbar dominieren. Ich bin überzeugt davon, dass viele Menschen im Land – auch auf dem Land – in ihren Haltungen im 21. Jahrhundert angekommen sind, sich aber oft nicht trauen, offen dazu zu stehen. Was richtig und falsch ist, was normal und was abartig zu sein hat, das ist – gerade auf dem Land – leider allzuoft sonnenklar und selbstverständlich. Zu einer anderen Haltung auch zu stehen, erfordert Mut. Umso wichtiger ist es, dass Grün-Rot diesen Menschen einen Anknüpfungspunkt bietet. Es geht nicht darum, eine bestimmte Ideologie durchzusetzen – aber darum, Raum zur Entfaltung auch da zu schaffen, wo bisher die vorherrschende Ideologie dies verwehrt. Und das ist ein wichtiger Modernisierungsauftrag für Grün-Rot.

⁵ <https://www.openpetition.de/petition/online/gegenpetition-zu-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens>

⁶ Inzwischen läuft dort übrigens auch eine mit dem Ziel, Bündnis 90/Die Grünen zu verbieten – unterstützt von allem, was Rang und Namen zwischen Deutschem Reich, Freigeld und Verschwörungstheorie hat ...

Politische und gesellschaftliche Fragen

Gleichzeitig erklärt die Meinungsführerschaft der Konservativen an vielen Orten in Baden-Württemberg möglicherweise auch das für Menschen aus anderen Bundesländern oft langsam und wenig mutig erscheinende Vorgehen der Landesregierung. Das Bild vom Tanker, der gewendet wird, was eben seine Zeit braucht, gilt auch hier. Was aus Berliner Sicht ein kleiner Schritt ist, mag an manchem Ort im Schwarzwald oder auf der Schwäbischen Alb ein fast schon revolutionärer Sprung sein. Das Motto der „Bürgerregierung“ bedeutet eben auch, die Menschen mitzunehmen. Nicht überstürzt, aber standhaft. Das ist das Paradox, in dem der Wandel in Baden-Württemberg gestaltet werden kann.

Warum blogge ich das? Um ein paar der Gedanken zu #idpet etc., die ich mir in den letzten Tagen gemacht habe, mal zusammen aufzuschreiben. Interessieren würde mich aber auch, ob mein Bild vom Land, wie es hier durchscheint, zu schwarz gefärbt ist.

Nicht länger zuschauen, wie die AFD ihren Mythos bastelt

17. Mai 2014 – Politik und Gesellschaft



Auf die Frage, ob jemand AFD wählen soll, gibt es nur eine Antwort¹. Ignorieren lässt sich diese Partei aber leider trotzdem nicht. Bundesweite Umfragen zur Europawahl sehen sie derzeit bei sieben Prozent, in Baden-Württemberg geben sogar neun Prozent an, sie bei der Europawahl wählen zu wollen. Vermutlich werden es noch mehr.

Mir macht das Angst. Die rechts-populistische Partei, die in Deutschland bisher nicht Fuß fassen konnte, ist mit der AFD da.²

Die AFD tut so, als sei sie gerade noch keine rechte Partei. Sie spielt damit, auf dem rechten Rand zu balancieren. Ich schaue ja sonst keine Talkshows, aber Terry Reintke bei *hart aber fair* habe ich mir angeschaut. Und erschreckt festgestellt, wie der AFD-Spitzenkandidat und Ex-Industrielle Henkel dort auftrat. Wie er auch vor dreisten Lügen nicht zurückschreckte, als etwa darum ging, dass AFD und NPD mit den gleichen Parolen werben. Denn die AFD setzt nicht nur auf eine massive, (durch Henkel finanzierte) Wahlkampagne³ – 1 Mio. Euro Budget, 200.000 Plakate bundesweit -, sondern

¹ <http://sollichafdwaehlen.de/>

² In kleinerem Maßstab und scheinbar „grün“ eingefärbt ist das mit ‚Freiburg lebenswert‘ in Freiburg so ähnlich.

³ <https://www.wahl.de/aktuell/2014/05/16/kampagnen-kandidaten-kosten-plakate-programme-europawahl/>

baut auch relativ geschickt einen Underdog-Märtyrer-Mythos auf. Die Partei sei „Opfer einer Kampagne von Medien und etablierten Parteien“⁴. Die Wahrheit wird verschwiegen – ein gefundenes Fressen für alle, die sich verfolgt fühlen und an Verschwörungen glauben.

Oder, um ein anderes Element dieses Mythos zu nehmen: In sehr vielen lokalen Zeitungen wurde die Aussage der AFD abgedruckt, dass diese massiv unter beschädigten Plakaten zu leiden habe. Auch in der ‚heute-show‘ wurde dies gerade nochmal thematisiert, inklusiv eines Interviewausschnitts mit AFD-Chef Lucke, in dem dieser behauptet, im Schnitt würden 30 Prozent der Plakate, in Unistädten sogar 100 Prozent zerstört.

Es ist gut möglich, dass die AFD unter Vandalismus leidet. Das ist ein Schicksal, das sie mit allen anderen Parteien teilt. Aber nur die AFD schafft es, sich öffentlich so zu präsentieren, als sei sie die einzige Leidtragende. Und als wären es die „Medien und etablierten Parteien“, die die AFD-Plakate zerstören.

Anekdotischer Faktencheck: Ich wohne in einer Unistadt, in der es durchaus eine aktive links-autonome Szene gibt. Trotzdem hängen hier nach wie vor massiv viele AFD-Plakate. Henkel zahlt ja. Während gleichzeitig – hier im Stadtteil – durchaus auch grüne Plakate und SPD-Plakate mutwillig zerstört am Boden liegen. Ich glaube da nicht an politische Kampagnen, sondern beobachte eher Jugendliche, die – leider – Spaß daran haben, mal zu schauen, ob sie mit gezielten Tritten ein Plakat zu Boden bringen. Sportliche Herausforderung oder so. Nicht schön, aber wohl ein ganz normaler Begleitumstand von Wahlkämpfen.

Außer für eine Partei. Die sich als Opfer einer gezielten Kampagne inszeniert, und sich daran erfreut, wie viele in den ach so bösen Massenmedien das aufgreifen. Die in Talkshows geht, die immer und immer wieder nur um die AFD und deren Themen kreisen, obwohl doch andere Themen für Europa viel wichtiger wäre, und sich dort beklagt, nicht zu Wort zu kommen.

⁴ <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Interview-AFD-Spitzenkandidat-Henkel-Man-draengt-uns-an-den-rechten-Rand-id29852077.html>

Nicht länger zuschauen, wie die AFD ihren Mythos bastelt

Und der politische Gegner: Klar gibt es Widerspruch und Gegenworte, Argumentationshilfen und Artikel wie diesen. Das nennt sich Wahlkampf. Das nennt sich Meinungsfreiheit. Die AFD scheint damit nicht so gut klarzukommen (und hat da was mit der englischen UKIP gemeinsam⁵).

Bleibt die Hoffnung, dass die AFD letztlich doch das Schicksal anderer Rechtspopulismusparteiprojekte in Deutschland teilt und sich intern zerstreitet, um dann in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Aber bitte ohne Schleife über Regierungsbänke!

Warum blogge ich das? Weil einer der wichtigsten Gründe dafür, am 25. Mai zur Europawahl zu gehen, für mich darin besteht, alles gegen ein Erstarken der Rechten in Europa zu tun – denn an denen könnte das ganze europäische Projekt kippen. Lasst uns die Farbe Himmelblau zurückerobern!

⁵ <https://www.bbc.com/news/uk-politics-27380530>



Aneignung, Macht und kultureller Wandel

21. Dezember 2014 – Politik und Gesellschaft, Soziologisch gesehen

Wintersonnenwende – ein Fest, das in ziemlich vielen Religionen/Kulturen gefeiert wird. Ausgangspunkt ist eine beobachtbare Tatsache: die Tage werden wieder länger, es wird heller; gleichzeitig setzt oft der „richtige“ Winter ein. Was daraus gemacht wird, wie gefeiert wird, all das ist Kultur. Und die ist bekanntlich extrem wandlungsfähig.

Ich mag das Konzept der kulturellen Aneignung. Menschen sind in der Lage dazu, sich Stücke aus unterschiedlichen Traditionen herauszubereichen und in ihre eigenen Traditionen zu übernehmen. Bei dieser Übernahme verändern sich Ideen und Rituale, es entsteht etwas Neues. Insofern ist kulturelle Aneignung ein Motor für kulturellen Wandel, für Innovation, ganz pathetisch gesagt auch für Fortschritt.

Was genau von wem wann erfunden wurde, interessiert vielleicht HistorikerInnen, spielt aber eigentlich keine Rolle. Finde ich jedenfalls. Oder ist das zu einfach? Wie weit müssen Traditionslinien und historische Assoziationen mitgedacht werden, wenn ein Ritual, ein Fest, eine

kulturelle Angewohnheit, kurz, eine Praktik, angeeignet, verändert und übernommen wird?

Darf ich als Atheist einfach so Weihnachten feiern? Darf Coca-Cola den Weihnachtsmann als Werbefigur aufbauen und damit erst so richtig populär machen? Darf ich Sommer- und Wintersonnenwenden als Festtage kennzeichnen, auch wenn Nazis das ebenfalls getan haben? Wer legt fest, welche Haar- und Hautfarbe Maria in Krippendarstellungen hat? Wer darf Dreadlocks tragen, und was passiert, wenn Yoga zu einer beliebten Sportart wird? Was machen Rechtsextreme, die Dresscodes von Autonomen übernommen?

Ganz so einfach ist es alles also doch nicht. Das sind jetzt nicht unbedingt Fragen, die sich eindeutig beantworten lassen. Mir scheint, dass es mindestens drei Themenkomplexe sind, die hier mitschwingen.

1. Was ist überhaupt eine Kultur?

Gibt es sowas wie „kulturelle Reinheit“ oder ein (zu erhaltendes) kulturelles Erbe¹, das nicht „verunreinigt“ werden darf? Und wenn ja, wer wacht über die Reinheit, wer entscheidet, was in Kultur A aufgenommen oder aus Kultur B entnommen werden darf, und was nicht? Ein Beispiel, wo das konkret wird, sind Sprachen – gilt nur, was die *Académie française* als Wort zulässt, oder sind Sprachen etwas, das sich ständig von unten her weiterentwickelt, auch durch die Übernahme von Wörtern aus anderen Sprachen? Mir ist letztere Haltung sehr viel sympathischer. Das hieße dann aber auch, dass eben keine zentrale Einrichtung gibt, die über die Reinheit wacht, sondern die Sprache (oder die Kultur) eben das ist, was sich letztlich durchsetzt. Das scheint zunächst demokratisch zu sein, ist es aber nicht – vielmehr gibt es eine ganze Reihe konkurrierender Pole, die mit dazu beitragen, dass sich eine sprachliche Neuerung durchsetzt (oder eben auch nicht). (Unterschiedliche) Massenmedien, Duden-Redaktion, Wissenschaft, Konzerne, ja, auch die Politik – alle haben einen Einfluss darauf, welche sprachlichen

¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Kulturgut>

Neuschöpfungen sich durchsetzen. Wobei ich das mit dem Einfluss durchaus ernst meine. Es geht um unterschiedliche Wahrscheinlichkeiten, nicht um ein Von-Oben-Durchsetzen-Können. Das funktioniert nur sehr begrenzt.

Letztlich führt das dazu, dass sich Sprache verändert. Egal, ob es *Binnen-Is* und *Gender-Gaps* sind, Anglizismen oder Modewörter, oder ob es Versuche sind, den Gebrauch bestimmter Wörter zu verhindern (aus welchen Motiven auch immer) – an dem, was im Nachhinein als normaler Sprachgebrauch betrachtet werden kann, wird aus ganz unterschiedlichen Richtungen gezerrt und gezogen. Unterschiedliche Normalitätserwartungen überlagern sich dabei und ko-existieren.

Und mit Kultur ist das letztlich nicht anders. Die gut verschlossene Dose „deutsche Kultur“ mit Mindesthaltbarkeitsdatum gibt es nicht, es gibt vielmehr Netzwerke, Knoten und Wolken, die zusammen etwas bilden, was als Kultur einer bestimmten Zeit, Gruppe und Örtlichkeit rekonstruiert werden kann. Die Übergänge sind fließend, klare Grenzen können zwar (auch das ein Versuch, Kultur zu verändern) behauptet werden, durchsetzbar sind sie in der Regel aber nicht – wiederum unabhängig davon, was die Motive dafür sind, eine kulturelle Veränderung haben zu wollen. Das heißt aber auch: die Eigensinnigkeit und Widerständigkeit „der Kultur“ (als Summe aktuell geltender Praktiken und Erwartungen) ist leider (und, denke ich an PEGIDA und ähnliches, zum Glück) größer, als viele das gerne hätten.

Kontrollierte „Reinheit“ kann’s dann nur für isolierte, aus dem eigentlichen kulturellen Leben herausgenommene Praxisformen geben. Das führt dann zur geschützten Schwarzwälder Kirschtorte oder zur Aufnahme des Deutschen Brotkultur, der Schwäbisch-Alemannischen Fasnacht und des Singens der Lieder der deutschen Arbeiterbewegung in die UNESCO-Liste des Immateriellen Kulturerbes. Als Archiv erscheint mir das sinnvoll. Sollte es jedoch als Instrument der Normsetzung verstanden werden, dann bezweifle ich, dass eine Aufnahme einer Praxisform in eine solche Liste großartig etwas ändert.

2. Kultur und Macht

Das Schöne an der Idee der Aneignung ist die Tatsache, dass sie als *aktiver* Prozess verstanden wird, und eben nicht als „Überstülpen“ oder als „Unterwerfung“. Menschen übernehmen Elemente einer „fremden“ Kultur in ihr eigenes Handlungsrepertoire auf und verändern diese dabei – ganz schön subversiv.

Das ist allerdings insofern nur die halbe Wahrheit, als Aneignung ebenfalls nicht isoliert stattfindet, sondern etwas mit Macht und mit der Verfügung über Ressourcen zu tun hat. Was heute touristisch bunt erscheint, mag aus Not heraus geboren sein, und wer in einer Diasporasituation die eigene Tradition verändert, oder sich Elemente anderer Traditionen oder Kulturen aneignet, tut dies nicht unbedingt freiwillig, sondern sieht sich dazu gezwungen.

Zu diesem Komplex gehört dann andersherum auch die Frage, ob eine Aneignung in einem asymmetrischen Machtverhältnis nicht auch eine Form von Raub darstellen kann. Wenn das so ist, schränken die Machtverhältnisse erheblich ein, wer wessen Praxisformen übernehmen und verändern darf – möglicherweise (siehe Weihnachtsmann) ja auch mit Rückwirkungen auf die ursprüngliche Tradition. Aus dieser Sicht klingt die Erstellung einer Liste schutzwürdiger Kulturformen schon deutlich nachvollziehbarer:

3. Stichwort Weihnachtsmann und Coca-Cola

Asymmetrische Machtverhältnisse und damit unterschiedliche Einflüsse darauf, was als legitime Kulturäußerung gilt, finden selbstverständlich nicht nur zwischen „Kulturen“ statt (was auch immer das sein mag). Fragen wie die nach Raub oder Aneignung, nach unterschiedlicher Durchsetzungskraft in Bezug darauf, was dauerhaft in den Diskurs einfließt und was randständig bleibt, drängen sich noch einmal besonders stark auf, wenn es um kommerzielle (oder, ähnlich argumentierbar, politische) Interessen geht. Hippies, die von einer Tour nach Goa „indische“ Praxisformen mit nach Bochum oder Kreuzberg gebracht ha-

ben, und damit ihre eigenen Praktiken verändert haben, sind möglicherweise noch einmal ein anderer Fall als (auch wenn es dieselben Personen sein können) findige Unternehmer, die in Köln oder im Prenzlauer Berg esoterische Workshops und Power-Yoga anbieten. Es erscheint fragwürdig, dass in beiden Fällen dieselben Maßstäbe angelegt werden sollen; gleichzeitig ist es allerdings gar nicht so einfach, zu klären, warum die Aneignung kultureller Formen im einen Fall akzeptabel und möglicherweise sogar wünschenswert ist, im anderen Fall jedoch auf Kritik stößt.

So richtig viel schlauer bin ich jetzt nicht. Was ich aus diesen Überlegungen mitnehme, ist jedenfalls der Punkt, dass das Konzept „Aneignung“ alleine zu kurz greift. Ohne Berücksichtigung von Machtverhältnissen und Ressourcen kommt es schnell zu Fehlschlüssen, Überforderungen und zu einem Übersehen der eigentlichen Hintergründe kulturellen Wandels. Gleichzeitig bleibe ich dabei, dass ein Verständnis von Kultur als fließend und ständig im Wandel begriffen ebenso wie ein Menschenbild, das Menschen immer als lernende und sich entwickelnde Wesen betrachtet, hilfreich ist – gerade in Zeiten, in denen mal wieder Ängste geschürt werden.

Warum blogge ich das? Eigentlich wollte ich was zur Feminismusdebatte schreiben, und zum Spagat zwischen Anschlussfähigkeit und bewusster Verwendung und Weiterentwicklung von Sprache. Dann kam eine längere Facebook-Debatte darüber hinzu, ob aus antirassistischer Perspektive Mariendarstellungen mit blonden Haaren nicht problematisch sind. Ein dritter Anstoß war Pegida, aber auch die Studien zu gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft in Deutschland rassistische und antisemitische Haltungen feststellen, und damit verbunden die Erkenntnis, dass wir in einem Land leben, in dem viele Menschen Haltungen haben, die ich ganz und gar nicht teile. Wie damit umgehen? Vor all diesen Hintergründen entstand dann dieser Text über kulturelle Aneignung. Zu überlegen, was der jetzt jeweils mit den Anstößen zu tun hat, sei der LeserIn überlassen.



Die SPD-Wahlwoche würde das Problem nicht lösen

27. Dezember 2014 – Politik und Gesellschaft

WELT und *Spiegel online* ist¹ zu entnehmen², dass SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi sich einige Gedanken dazu gemacht hat, wie die Wahlbeteiligung gesteigert werden kann. Mit Blick auf den Kern von Demokratie ist eine hohe Wahlbeteiligung ein sinnvolles Ziel, auch wenn z.B. die PEGIDA-Märsche Menschen anlocken, bei denen ich mir gar nicht so sicher bin, ob ich mich über deren Wahlrecht freuen soll – und obwohl taktisch gesehen eine geringere Wahlbeteiligung durchaus auch gut für kleinere Parteien (wie Bündnis 90/Die Grünen) sein kann.

Aber gehen wir mal davon aus, dass eine höhere Wahlbeteiligung für eine Demokratie grundsätzlich etwas Gutes ist. Heute liegt sie bei Bun-

¹ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-generalsekretaerin-fahimi-schlaegt-wahlwochen-vor-a-1010337.html#ref=vesseoartikel>

² <https://www.welt.de/politik/deutschland/article135742755/SPD-Yasmin-Fahimi-fuer-wochenlange-Bundestagswahl.html>

destagswahlen bei rund 70 Prozent, bei Landtags- und Kommunalwahlen oft noch einmal deutlich darunter. Wikipedia³ visualisiert schön, wie die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in den ersten Jahren der jungen Bundesrepublik angeklettert auf ein Niveau von 86–87 Prozent angestiegen ist, dann 1972 einen Spitzenwert von über 90 Prozent erreicht hat und sich seitdem – mit einigen Schwankungen – im Rückgang auf das heutige Niveau von rund 70 Prozent befindet. Der erste deutliche Einbruch erfolgte dabei von 1987 auf 1990 – die erste Wahl, in der auch in der ehemaligen DDR (die bei der „Volkskammerwahl“ von 93 Prozent Wahlbeteiligung erreichte) der Bundestag gewählt wurde.

Wikipedia bietet direkt einen Ländervergleich an: in Österreich verläuft die Entwicklung der Wahlbeteiligung fast identisch wie in der Bundesrepublik, ebenfalls mit einem Spitzenwert in den 1970er Jahren und einem Niveau von – immerhin – 75 Prozent bei der letzten Wahl. In der musterdemokratischen Schweiz sieht es dagegen ganz anders aus. Bei den Nationalratswahlen wählten dort in den 1920er Jahren noch rund 70 Prozent der Wahlberechtigten, in den 1970er Jahren waren es etwa 55 Prozent und seit 1979 werden die 50 Prozent nicht mehr erreicht. Auch in den USA liegt die Wahlbeteiligung bei rund der Hälfte der Wahlberechtigten.⁴

Apropos Wahlberechtigte: Kinderwahlrecht bzw. eine Senkung der Altersgrenze sowie ein Wahlrecht für hier lebende AusländerInnen wären noch einmal zwei ganz andere Debatten, die aber ebenso wie die Frage nach einer Entkopplung von geografischem Ort und politischem Wahlbezirk hier zu weit führen würden.

Also zurück zur Wahlbeteiligung in Deutschland. Ich erinnere mich gut daran, dass es 2011 bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg⁵ einen deutlichen Anstieg der Wahlbeteiligung gegeben hat – von 53 auf 66 Prozent.

³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlbeteiligung#Bundestagswahlen>

⁴ Güllner 2013, S. 13 weist allerdings auch darauf hin, dass es Länder wie etwa die skandinavischen gibt, die bis heute eine hohe Wahlbeteiligung beibehalten haben.

⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Baden-W%C3%BCrttemberg_2011

Das führt mich zu meiner ersten These: Die Wahlbeteiligung hängt stark davon ab, ob es „um etwas geht“. Auch die hohen Prozentzahlen aus den 1970er Jahren deuten darauf hin, dass umkämpfte politische Themen, ein gesellschaftlicher Veränderungswille, der sich parlamentarisch so (noch) nicht abbildet, und die reale Chance, dass die eigene Stimme etwas ändert, WählerInnen dazu motivieren, an einer Wahl teilzunehmen. Ist auch logisch – wenn auf der anderen Seite der amtierende Bürgermeister zum xten Mal wieder antritt, und höchstens SpaßkandidatInnen dagegen auftreten, wundert eine extrem niedrige Wahlbeteiligung überhaupt nicht.

Anders gesagt: Es erscheint mir plausibel, dass unterscheidbare Parteien, die für unterschiedliche, strittige Projekte stehen, und die sich auf eine entsprechende Stimmungen in der Bevölkerung und in den Medien stützen können, die Wahlbeteiligung steigern. Plötzlich geht es dann nicht mehr um das „kleinere Übel“ oder darum, dass „die“ eh alle das gleiche machen, tun und wollen, sondern um eine echte Wahl. Das erhöht den (gefühlten) Wert der eigenen Stimme.

Es sei dazu gesagt, dass dies auch anders interpretiert werden kann. So weist Viola Neu (2012, S. 36) in einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung darauf hin, dass die zurückgehende Wahlbeteiligung damit er-



klärt werden kann, dass die Bindekraft der „verinnerlichten Wahlnorm“ aufgrund des postmateriellen Wertewandels nachlässt.

Die zweite Frage ist die nach der Stimmungslage der NichtwählerInnen. Nicht an einer Wahl teilzunehmen, kann ja durchaus eine politische Handlung sein, eine Stimmabgabe im Sinne eines „none of the above“. Hohe Zufriedenheit wie hohe Unzufriedenheit, die aber kein konstruktives Ventil findet, könnte gleichermaßen die Nichtteilnahme erklären.

Meine Timeline war so nett, mich hierzu auf drei aktuelle Studien hinzuweisen.⁶ Jendrik Scholz verwies auf eine Studie von MPIfG und Bertelsmann-Stiftung (Schäfer et al. 2013), die zu dem plakativen Schluss kommt: „Bundestagswahl 2013: Wahlergebnis ist sozial nicht repräsentativ“. Dahinter steht die hier empirisch unterlegte Erkenntnis, dass es seit den 1970er Jahren eine zunehmende Spreizung der Wahlbeteiligung gegeben hat. Es gibt Stimmbezirke mit hoher und es gibt Stimmbezirke mit niedriger Wahlbeteiligung. Sowohl die Arbeitslosenquote als auch der Anteil des „prekären Milieus“ korrelieren (bezogen auf Wahlbezirke) mit einer niedrigen Wahlbeteiligung. Ein hoher Anteil des „liberal-intellektuellen Milieus“ fällt dagegen statistisch mit einer hohen Wahlbeteiligung zusammen. Gleichzeitig⁷ korreliert eine hohe formale Bildung (hier: Anteil Abitur) mit einer hohen Wahlbeteiligung.

Plakativ ausgedrückt: Menschen mit geringem Einkommen und/oder geringer formaler Bildung gehen deutlich seltener zur Wahl als Menschen mit hohem Einkommen und/oder hoher formaler Bildung. Dies ist eine neue Erscheinung, die es in den – insgesamt egalitäreren, stärker sozialstaatlich geprägten? – 1970er Jahren so noch nicht gab.

Diese auf amtliche Statistiken bzw. geographische Milieumodelle zurückgreifende Analyse zeigt eindrucksvoll, dass sich hinter der zurückgehenden Wahlbeteiligung ein sozialstaatliches Problem verbirgt. Allerdings können Schäfer et al. keine Aussagen dazu treffen, *warum* Men-

⁶ Den Anspruch, die politikwissenschaftliche Literatur zu diesem Thema aufzuarbeiten, haben ich nicht ...

⁷ Da das hier verwendete Milieumodell unter anderem auf den Bildungsgrad zurückgreift, um sozialen Status zu bestimmen, verwundert das nicht.

schen nicht zur Wahl gehen. Hier lässt sich auf dieser Datenbasis nur spekulieren.⁸

Auf Twitter hat Christian Reinboth mich auf die beiden Studien der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (Güllner 2013) bzw. der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (Neu 2012) hingewiesen.

Güllners Untersuchung für die FES basiert auf einer computergestützte Telefonbefragung im Jahr 2012, bei der 3501 Wahlberechtigte, die in vorherigen Befragungen angegeben haben, 2009 nicht an der Bundestagswahl teilgenommen zu haben, nach ihren Motiven etc. befragt wurden. Die Ergebnisse sind durchaus interessant. So stellt Güllner fest, dass etwa die Hälfte (46 %) „sporadische Nichtwähler“ sind, die nach eigenen Angaben nur 2009 nicht zu Wahl gegangen sind, bei den Wahlen davor jedoch schon. Auf der anderen Seite sind „Dauer-Nichtwähler“ (14 %) zu finden, die bisher an keiner Bundestagswahl teilgenommen haben. Sozialstrukturell finden sich im Vergleich zu den WählerInnen v.a. drei Unterschiede (Güllner 2013, S. 19):

- Ostdeutsche sind überrepräsentiert,
- Hauptschul- bzw. Realschulabschluss kommt häufiger als bei den WählerInnen vor,
- der Anteil Erwerbstätiger ist ähnlich wie bei WählerInnen, NichtwählerInnen sind jedoch häufiger als WählerInnen Arbeiter.

Dies entspricht der Aussage der Studie von Schäfer et al. – auch Güllner (2013, S. 83) fasst zusammen:

„Die vorliegende Nichtwählerstudie bestätigt vorliegende Hinweise und Vermutungen, dass eher die unterprivilegierten Wählerschichten zur Wahlenthaltung tendieren als die Wähler/innen aus mittleren und oberen Schichten der Gesellschaft. Bedenkt man zusätzlich, dass Bürger mit hoher Bildung, gesichertem Einkommen und beruflichen Netzwerken ohnehin bessere Möglichkeiten zur eigenen

⁸ Achtung: Die Aussage ist nicht, dass alle NichtwählerInnen arm oder ungebildet sind. Sie ist nur, dass die Wahrscheinlichkeit, zur Wahl zu gehen, höher ist, wenn jemand in einem Wahlbezirk wohnt, in dem der Anteil von Menschen mit formaler höherer Bildung bzw. höherem sozialen Status größer ist.

Interessenvertretung haben, verschärft die sozial unterschiedliche Wahlbeteiligung die Schiefelage in der politischen Repräsentanz weiter. Eine niedrige Wahlbeteiligung führt somit auch zu mehr sozialer Ungerechtigkeit.“

In der FES-Studie werden zudem in umfangreicher Weise politische Einstellungen und das Interesse an Politik bei den verschiedenen NichtwählerInnen-Gruppen dargestellt (jeweils Selbsteinschätzung anhand von Fragebogen-Items). Demnach sehen die meisten NichtwählerInnen sich als „Wähler im Wartestand“ (S. 83). Sie geben an, an Politik interessiert zu sein (61 %) und sich zu informieren. Hier fehlen leider Vergleichswerte zu den WählerInnen, insofern ist es relativ schwer einzuschätzen, wie Aussagen wie die, dass 32 Prozent der NichtwählerInnen glauben, dass Wahlen nichts ändern (S. 31) oder dass Politik für das eigene Leben egal ist (57 % der „Dauer-Nichtwähler“, S. 32), zu bewerten sind.

Deutlich Unterschiede zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen gibt es hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Demokratie. So kategorisiert Güllner 9 Prozent der NichtwählerInnen als „Anti-Demokraten“ ein (und sogar 19 % der „Dauer-Nichtwähler“), während dies nur für 4 Prozent der Wahlberechtigten insgesamt zutrifft. Entsprechend werden 43 Prozent aller Wahlberechtigten als „zufriedene Demokraten“ klassifiziert, während nur 21 Prozent der NichtwählerInnen angeben, mit der Demokratie ganz zufrieden zu sein (S. 24). In diese Richtung deutet auch ein geringeres Vertrauen der NichtwählerInnen in politische Institutionen, als dies für die Bevölkerung insgesamt zutrifft (S. 37).

Einige Fragen von Güllner gehen auch auf das Wahlverfahren selbst ein. So wird nach der vermuteten Dauer des Weges ins Wahllokal und nach der Veränderung des Wahlverfahrens in den letzten zehn Jahren gefragt. Soweit sich dies ohne Vergleichsgruppe bewerten lässt, wirken diese Angaben nicht besorgniserregend. So sagen 49 Prozent der NichtwählerInnen, dass ihr Wahllokal fünf Minuten oder weniger entfernt ist (S. 59).

Schließlich fragt Güllner eine ganze Reihe von möglichen Gründen für Wahlabstinz ab (S. 72 ff.):

„Bündelt man die verschiedenen genannten Motive mit Hilfe einer Faktorenanalyse ergeben sich vier Motiv-Di-

mensionen: Unmut über Politiker, eine generelle Politikverdrossenheit, Unzufriedenheit mit den Angeboten der Parteien und persönliche Motive.

Auch bei dieser Bündelung bestätigt sich, dass – vor allem für die Gruppe der Dauer-Nichtwähler – die Unzufriedenheit mit der praktizierten Politik und eine Distanz zur Politik die entscheidenden Motive für die Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen, sind.“

D.h., dass formale Gründe (Wahlverfahren, Wahltag) oder persönliche Gründe (z.B. Abwesenheit wg. einer Urlaubsreise) keine besonders große Rolle für das Nichtwählen spielen – überwiegend sind es politische Gründe: „Die Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie viele politische Akteure heute Politik betreiben, ist das Hauptmotiv der Nichtwähler, sich nicht mehr an Wahlen zu beteiligen.“ (S. 85). Dementsprechend ist die Nichtwahl auch nicht gleichzusetzen mit schweigender Zustimmung zum Status quo.

Die Untersuchung der KAS (Neu 2012) ist methodisch ähnlich angelegt – auch hier werden Personen, die (um Verzerrungen zu vermeiden: unmittelbar nach der Wahl 2005 bzw. 2009) angegeben haben, nicht zur Wahl gegangen zu sein, erneut befragt (1505 Personen, telefonische Befragung, 2011, hier Infratest Dimap).

Im Unterschied zu der FES-Befragung und zur Literatur allgemein kann Neu (2012, S. 45 ff.) sozialstrukturelle Unterschiede nur sehr begrenzt feststellen; die Tendenzen zu geringerer/mittlerer statt hoher formaler Bildung fallen weniger deutlich aus, auch Effekte der Altersstruktur und der Erwerbstätigkeit sind weniger deutlich.

Bezogen auf das politische Interesse kommt Neu zu dem Ergebnis, dass das *angegebene* politische Interesse der NichtwählerInnen etwa dem der Gesamtbevölkerung entspricht (S. 24). Das Bild ändert sich allerdings, wenn offen nach bestimmten politischen Ereignissen gefragt wird – hier geben die befragten NichtwählerInnen zu weniger als der Hälfte korrekte Antworten etwa zur nach den Wahlen 2005 bzw. 2009 gebildeten Koalitionen. Während die Parteipräferenzen etwa der Bevölkerung entsprechen, ist bei den NichtwählerInnen 2005 bzw 2009 auch

die Bereitschaft, 2013 zur Bundestagswahl zu gehen, deutlich geringer als in der Gesamtbevölkerung – von den NichtwählerInnen mit Parteipräferenz gibt etwa die Hälfte an, erneut nicht zur Wahl gehen zu wollen bzw. ungültig wählen zu wollen (S. 30).

Auch die Studie der KAS untersucht Motive für die Nichtwahl. In einer Faktorenanalyse werden drei Faktoren identifiziert: 1. „politische Entfremdung“ inkl. fehlender Verbundenheit zu einer Partei, 2. „Denkzettelwahlen“, und 3. „zufriedene Nichtwähler“ (S. 38 f.). Insbesondere der erste und der zweite Faktor sind dabei quantitativ relevant; Aussagen, die dem dritten Faktoren zugerechnet werden, betreffen nur eine kleine Gruppe von NichtwählerInnen.

Die „politische Entfremdung“ wird plastisch, wenn eine qualitative Voruntersuchung der KAS hinzugezogen wird, die zu folgenden Ergebnis kommt (Neu 2012, S. 40):

„In Kombination mit einer qualitativen Untersuchung ergeben sich zusätzliche Aspekte. In einer qualitativen [...] Umfrage, bei der auch Nichtwähler im Fokus standen, taucht immer wieder die Aussage auf, die Politik/Partei/Politiker würden sich nicht mehr um die kleinen Leute kümmern und diese hätten keinen Einfluss auf politisches Handeln. Mit dem Begriff die ‚kleinen Leute‘ ist von den Interviewten jedoch nicht eine bestimmte soziale Lage gemeint. ‚Der kleine Mann‘ kann durchaus ein beachtliches Einkommen erzielen und in einer führenden Position tätig sein. Dahinter verbergen sich jedoch Entfremdungs- und Ohnmachtsgefühle, begleitet von einem erheblichen Desinteresse an Politik.“

Zusammengefasst über die drei Untersuchungen hinweg schält sich dabei doch das Bild des Nichtwählers bzw. der Nichtwählerin als „politisch entfremdet und enttäuscht“ heraus. Themen, aber vor allem die wahrgenommene Art und Weise, wie Politik betrieben wird, werden kritisiert; eine klare Parteibindung fehlt, d.h. auch: keine Partei passt zu den gefühlten eigenen Interessen. Und zumindest laut Bertelsmann und der FES/Forsa-Studie kommt dazu eine unterprivilegierte sozialstrukturelle Lage.



In dieser Perspektive ist eine niedrige Wahlbeteiligung und eine hohe Zahl an NichtwählerInnen ein Hinweis darauf, dass das politische „Angebot“ bestimmte Gruppen nicht mehr erreicht. Zugespitzt: Jede Nichtwahl vergrößert den individuellen Graben zur „Politik“ „da oben“.

Was lässt sich daraus jetzt lernen? Mehr „Einwurfstellen“ für Wahlzettel scheinen mir nach diesem Exkurs dann doch vor allem Symptombekämpfung zu sein. Die Wahlwochen a la McDonalds nach schwedischem Vorbild, die mobile Wahlurne (analog zum Altenheim-Bus der ergrauten Volksparteien) und die Wahl an der Supermarktkasse, und was der Barrierefreiheitsvorschläge mehr sind, würden zwar sicherlich die Präsenz einer Bundestagswahl im Alltag erhöhen (wohingegen mehr Briefwahl, SMS-Wahl etc. sie noch stärker aus dem Alltag nehmen würden) – vielleicht führt das sogar zu einer höheren Wahlbeteiligung. Das Entfremdungsproblem, die Tatsache, dass es wohl relevante Bevölkerungsgruppen gibt, die kein Parteiprogramm (so sie es denn – korrekt – wahrnehmen) überzeugend finden, wird nicht dadurch gelöst, dass beim Tanken oder Brötchenholen spontan noch eine Gewinnzahl angekreuzt wird.

Und auch hier spucken die AfD und PEGIDA herum. Durchaus ein „politisches Angebot“ für ein sich selbst als Mitte der Gesellschaft verstehenden

des, nach rechts rutschendes (oder da bereits stehendes) Milieu. Aber auf jeden Fall eines mit Gruselfaktor: Was letztlich zu der Frage führt, wie tatsächlich repräsentative Wahlergebnisse aussehen würden – oder ob es nicht doch eine „Politik des Kümmerns“ durch die heute im Bundestag vertretenen Parteien geben könnte, die dazu führt, nicht mehr wählende Bevölkerungsgruppen (wieder) zu erreichen, ohne stramm nach rechts abzubiegen.

Die Art, wie Politik kommuniziert wird, könnte hierzu vermutlich auch einiges beitragen. Und politische Bildung – naja, die hilft sicher auch irgendwie. Und im Rückgriff auf meine erste These, dass die Wahlbeteiligung dann steigt, wenn es um etwas geht: auch das wäre eine Aufgabe für die Parteien. Dazu gehören doch etwas visionärere Projekte, als dies derzeit üblicherweise der Fall ist (oder sagen wir: klarer konturierte und politisch zugeordnete Projekte) – und ein ernsthafter politischer Streit darum (oder, wenn's denn sein muss, auch über Personifikationen dieser Projekte), der über das Hoch und Runter der Talkshows und Schlagzeilen hinaus geht. Das zumindest würde die Demokratie auch dann voranbringen, wenn es an der Wahlbeteiligung nichts ändern sollte, lohnt sich also auf jeden Fall.

Warum blogge ich das? Weil mir die SPD-Vorschläge eher unbeholfen vorkamen, aber ich nicht einfach nur mit „Meinung“ reagieren wollte.

Literatur

Güllner, Manfred (2013): *Nichtwähler in Deutschland*, siehe collections.fes.de/publikationen/ident/fes/10076

Neu, Viola (2012), „*Dann bleib ich mal weg*“. *Der Mythos der „Partei“ der Nichtwähler*; siehe www.kas.de/wf/doc/kas_31915-544-1-30.pdf?121106125228

Schäfer, Armin, Vehrkamp, Robert, Felix Gagné Jérémie (2013), siehe www.wahlbeteiligung2013.de/. (Studie nicht mehr herunterzuladen)



Die falsche Schublade

1. März 2015 – Politik und Gesellschaft

Vor einigen Tagen sorgte die Veröffentlichung einer empirischen Studie zum Linksextremismus – begleitet von einigen Presseartikeln – für Furore. Mir liegt bisher nur die Pressemitteilung¹ (hier die recht ausführliche Langfassung²) der FU Berlin zu der Studie von Klaus Schroeder und Monika Deutz-Schroeder vor; die Studie selbst ist als Buch für rund 30 Euro erhältlich. Ich nutze sie als Einstieg für eine Debatte über Ideale, Zivilgesellschaft und Parlamente.

Bereits die als Leseprobe verfügbare Einleitung³ der Studie, aber auch das *ZEIT*-Interview mit dem Autoren Klaus Schroeder sprechen für sich – aber auch die Tatsache, dass die Untersuchung aus dem Linksextremismus-Programm der ehemaligen Bundesministerin Kristina Schrö-

¹ https://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2015/fup_15_044-studie-linksextremismus/index.html

² <https://fsi.spline.de/wp-content/uploads/2015/02/Presse-LE-Langfassung-Febr.-2015.pdf>

³ https://www.peterlang.com/download/extract/85872/leseprobe_266283.pdf

der (diesmal mit „ö“) finanziert wurde, und gleich mal Lob von Erika Steinbach erhielt, legt einen gewissen geistigen Hintergrund nahe. In der Wikipedia⁴ werden namhafte Kritiker des hinter der Studie stehenden Forschungsverbundes SED-Staat genannt.

Auch ohne den Volltext zu kennen, liegt also die Vermutung nahe, dass es sich bei dieser Untersuchung nicht nur um Meinungsforschung zu linken Themen handelt, sondern um den Versuch, über eine Parallelisierung von Rechts- und Linksextremismus – die in der Lang-PM explizit als Vergleich, aber nicht als Gleichsetzung dargestellt wird – entweder die (konservative) Mitte zu stärken oder aber rechtsextreme Positionen zu verharmlosen. Eine wissenschaftliche Beurteilung der Studie ist ohne Kenntnis des Volltextes (und ohne tieferen Einstieg in die Debatten rund um Totalitarismus etc.) nicht zu leisten. Insofern kann ich hier auch nichts dazu sagen, ob das Konstrukt einer „Linksextremismusskala“ als Index auf der Grundlage verschiedener Einstellungsfragen valide ist oder nicht.

Der bei *metronaut* zu findende Online-Test, der auf diesen Items beruhen soll, verkürzt mehrstufige Skalen auf Ja-Nein-Fragen und scheint auch bei der Auswahl der Items eher eklektizistisch vorgegangen zu sein. Dort mit 60 Prozent oder mehr als „linksextrem“ abzuschneiden, ist damit noch nicht wirklich eine Aussage darüber, ob mensch auch in der der Studie zugrundeliegenden Empirie so eingestuft worden wäre. Seite 13 der Lang-PM hilft hinsichtlich der Konstruktion der Skala weiter, denn dort werden folgende 14 Fragen, aus denen die „Linksextremismusskala“ aufgebaut ist, genannt (in Klammern: Werte für „Stimme voll und ganz zu“ + „Stimme eher zu“ bezogen auf Deutschland aus der Studie):

- Der Kapitalismus führt zwangsläufig zu Armut und Hunger (33 %)
- Der Kapitalismus muss überwunden werden, um die Herrschaft einer kleinen Minderheit über die große Mehrheit abzuschaffen (26 %).
- Kapitalismus führt zwangsläufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen (37 %).
- Ich sehe die Gefahr eines neuen Faschismus in Deutschland (18 %).

⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Forschungsverbund_SED-Staat

- Kapitalismus führt letztlich zu Faschismus (16 %).
- Eine tief verwurzelte Ausländerfeindlichkeit lässt sich bei uns in Deutschland überall im Alltag beobachten (48 %).
- Die deutsche Ausländerpolitik ist rassistisch. (9 %)
- Die deutsche Polizei ist auf dem rechten Auge blind. (36 %)
- Unsere Demokratie ist keine echte Demokratie, da die Wirtschaft und nicht die Wähler das Sagen haben (61 %).
- Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht besser – wir brauchen eine Revolution (20 %).
- In unserer Demokratie werden Kritiker schnell als Extremisten abgestempelt (45 %).
- Nur im Sozialismus/Kommunismus ist ein menschenwürdiges Leben möglich (13 %).
- Der Sozialismus/Kommunismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde (42 %).
- Die soziale Gleichheit aller Menschen ist wichtiger als die Freiheit des Einzelnen (42 %).

An dieser Stelle fällt auch schon ein gewisser Widerspruch auf. Zum einen konstatieren Schroeder und Deutz-Schroeder mit Blick auf diese Zahlen, dass einzelne Elemente eines „linksextremen“ Weltbildes in der Bevölkerung weit verbreitet sind. Das gilt nicht für alle sechs Dimensionen (Anti-Kapitalismus, Anti-Faschismus, Anti-Rassismus, Demokratiefeindlichkeit, kommunismusnahes Geschichtsbild/Ideologie und Anti-Repression), die sie unterscheiden, gleichermaßen. Zum anderen sollen Linksextreme ein weitgehend geschlossenes Weltbild aufweisen.

Die Autorin und der Autor deuten dies als „Einsickern“ linksextremer Einstellungen in die Mehrheitsgesellschaft. Ich kann mir vorstellen, dass hier durchaus auch andere Deutungen möglich sind – etwa die, dass viele dieser Thesen seit vielen Jahren zum Selbstverständnis der Republik gehören, sofern mensch sich links der „Mitte“ befindet, und dass aber gleichzeitig niemand sich als linksextrem sehen würde, nur weil er oder sie Alltagsrassismus benennt, ein nicht ganz unbeschwertes Verhältnis zur Polizei hat oder Verbindungen zwischen Kapitalismus und

Hunger und Armut sieht (mir fallen zu letzterem beispielsweise evangelische Kirchentage ein). Zudem gibt es eine Reihe von Items, die vermutlich auch bei Fans der „PEGIDA“ Anklang finden würden – etwa die Frage, ob wir eine echte Demokratie haben, oder dass „Kritiker schnell als Extremisten abgestempelt werden“.

All das deutet darauf hin, dass diese Skala möglicherweise nicht das misst, was die Autorin und der Autor der Studie eigentlich messen wollen, um ihre Warnungen aussprechen zu können – ein geschlossenes, linksextremes Weltbild nämlich.⁵

Ich weiß nicht, wie viele Items der Skala als ganz oder eher zutreffend bewertet werden müssen, um aus Sicht von Schroeder und Deutz-Schroeder als „linksextrem“ zu gelten. Reichen sieben von vierzehn aus? Je nachdem, ob die Items mit vier oder mit fünf Antwortmöglichkeiten abgefragt wurden, ob also eine neutrale Haltung ankreuzbar war oder nicht, würde ich mindestens sechsmal, vielleicht sogar siebenmal „ja“ ankreuzen.

Klar bin ich links, auch innerhalb meiner Partei – aber als „linksextrem“ habe ich mich bisher eigentlich nicht gesehen. Vielleicht hat diese Unklarheit auch etwas damit zu tun hat, dass ich, wenn ich spontan gefragt würde, was für mich eigentlich „linksradikal“ oder „linksextrem“ ist, weniger an die PDS, DKP und MLPD denken würde, sondern eher an die anarchistische und autonome Szene, an die Antifa oder an Initiativen aus der Antirassismuarbeit. Oder: Die *Jungle World* wäre für mich eher ein „linksradikales“ oder „linksextremes“ Blatt als die *Junge Welt* – beides in einen Topf zu werfen, verkennt mehrere historische Wenden. Autonome, Antifa, Antideutsche, AnarchistInnen – das ist nicht meine Szene, aber den einen oder anderen auch biographischen Berührungspunkt würde ich schon finden. Also doch eine gefährliche persönliche

⁵ Dazu kommt, dass einige Fragen, die sich mit dem Gewaltmonopol des Staates befassen, oder die klischeehaft „linksradikal“ wären – offene Grenzen für alle, Deutschland muss sterben, ... – aus der Skala gefallen sind, weil sie zwar durchaus auch auf beachtliche Zustimmungswerte zwischen 16 und 49 Prozent erhalten haben, aber rechnerisch nicht in die Skala passen. Auch das deutet darauf hin, dass die „Linksextremismusskala“ vielleicht eher so etwas wie Unzufriedenheiten mit Staat und Gesellschaftssystem misst als tatsächlich „Linksextremismus“.

Nähe zum „Linksextremismus“? (Sven Reichardt wäre hier dann deutlich spannender als Schroeder/Deutz-Schroeder).

Die vierzehn Fragen oben (und auch ein paar weitere) lassen sich auch anders lesen – als Systemkritik: Als Kritik an Bedingungen, die zu Armut und Hunger führen, die ungerechte Herrschaftsverhältnisse stabilisieren, die Krieg und Faschismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus begünstigen. Als Kritik an einer Demokratie, bei der politische Entscheidungen und Wahlversprechen nicht unbedingt immer etwas miteinander zu tun haben, und bei der oft der Eindruck entsteht, dass es wenig Fortschritt gibt. Oder, noch einmal umgedreht: Als Skizze einer Vorstellung einer besseren Welt, in der Menschen gleicher sind, in der niemand benachteiligt wird, in der alle mitentscheiden. Eine solche Utopie muss nicht Kommunismus heißen, um – finde ich jedenfalls – eine gewisse Attraktivität auszustrahlen.

Allerdings tauchen Umwelt- und Geschlechterfragen in der Schroeder-Deutz-Schroeder-Skala (und damit auch in dieser Skizze einer Utopie) nicht auf. Damit ist nun allerdings die Achse ausgeklammert, die bei mir biographisch dazu geführt hat, dass ich nicht im linkssozialistischen oder autonomen, sondern eher in einem linksalternativen Milieu gelandet bin, und letztlich in einer Partei, mit all den Nachteilen und Unfreiheiten, die Parteigegebenheit mit sich bringt. Ich finde Parteien wichtig, ich finde Parlamente wichtig (sonst würde ich nicht in einer Fraktion arbeiten) – aber ich sehe durchaus, dass zentrale gesellschaftliche Veränderungen zwar in einem Parlament ihre Operationalisierung finden können, aber doch meist nicht von dort ausgehen.

Das ließe sich an der Flüchtlingspolitik näher ausführen – auch eine grün-rote Regierung ist an Recht und Gesetz gebunden, auch eine grün-rote Regierung hat im Mehrebenensystem nur begrenzte Kompetenzen – und enttäuscht damit diejenigen, die sich vor Flüchtlingsheimen setzen, um Abschiebungen zu blockieren, oder die – noch so eine „links-extreme“ Gruppierung – Kirchenasyl organisieren.

Ich finde es richtig, dass es nun in Baden-Württemberg Kriterien dafür gibt, wann Abschiebungen aus humanitären Gründen zu unterbleiben haben. Vorher gab es das nicht. Der Prozess dahinter war nicht ein-

fach, die SPD ist in ihrer Mehrheit definitiv nicht „linksextrem“. Aber natürlich heißt das im Umkehrschluss, dass auch unter grün-roter Regierung weiterhin abgeschoben wird, und dass es Fälle gibt, in denen das Ermessen der jeweils zuständigen BeamtInnen anders ausfällt als eine grüne Herzensentscheidung ausgefallen wäre.

Deswegen, um diesen Exkurs zu beenden, klappt Veränderung nicht ohne „Zivilgesellschaft“, die mehr wagen kann und freier ist, als es eine Regierung je wäre. Die hat andere Hebel, die sie umlegen kann, und Schrauben, an denen sie drehen kann, und die auch durchaus etwas bewirken. Sich über Recht und Gesetz hinwegzusetzen, gehört nicht dazu.

Ist diese Feststellung, dass die Zivilgesellschaft ein Ungehorsamkeitspotenzial hat, dass es in der Gesellschaft glücklicherweise anarchische Spielräume gibt, dass „die Straße“ eben durchaus eine Rolle spielt, jetzt schon antidemokratisch?

Die Neue Linke der 1960er Jahre hat hier etwas in Bewegung gesetzt, das bis heute wirkt – kurz und böse: die Abkehr vom Obrigkeitsstaat. Solange „Zivilgesellschaft“ eine Chiffre für linke und alternative Initiativen ist, für engagierte, möglicherweise auch motzende BürgerInnen, die aber tendenziell eher progressiver sind als der Status Quo, fällt die heimliche Sympathie zum außerparlamentarischen Raum leicht.

Allerdings taucht zwischen NIMBY-Engagement, protestierenden JagdhornbläserInnen und der rechten Aneignung zivilgesellschaftlicher Instrumente und Handlungsformen – bis hin zur Nazi-Bio-Landkommune – auch eine seltsame Umkehrung der Verhältnisse auf: Da ist dann plötzlich doch das gewählte, demokratisch legitimierte Parlament die entscheidende Instanz, da geht es darum, die herrschenden Verhältnisse und die einmal getroffenen Entscheidungen zu verteidigen gegen Subversion und Widerstand von Rechts.

Aus der Feststellung, dass ein wichtiger Motor für Veränderung außerhalb der Parlamente sitzt (und ja, auch die Wirtschaft weiß das ...), und aus der Feststellung der Ambivalenz, dass allein die Struktur und Form des Außerparlamentarischen kein Garant dafür sein kann, dass zivilgesellschaftliches Engagement die Gesellschaft voran bringt, lässt sich meiner Meinung nach nur der Schluss ziehen, dass der außerpar-

lamentarische Raum eben durchaus als ein politischer Raum wahrgenommen werden muss. Das heißt: Es kommt auf die Inhalte an. Kompass und Haltungen sind auch dann wichtig, wenn „die Zivilgesellschaft“ mit ins Spiel kommt. Oder anders gesagt: Eine politische Haltung, die sich auf das parteipolitische Raster beschränkt, aber blind für weiterreichende Vorstellungen davon ist, wie Gesellschaft sein sollte, reicht nicht aus.

Warum blogge ich das? Um dem nachzuspüren, was mich an der „Linksextremismus“-Debatte eigentlich gestört hat. Und um – was ich dann doch nicht in den Text einbauen konnte – die Frage aufzuwerfen, was es eigentlich mit dem u.a. Churchill zugeschriebenen Spruch auf sich hat, dass, wer mit 20 nicht links ist, kein Herz, und wer mit 30 (oder 40 ...) noch links ist, keinen Verstand hat. Beziehungsweise, in biographieforscherischer Wendung: Wie gehen Menschen eigentlich beim Älterwerden mit „jugendlichen“ Idealen um, was für Prozesse laufen da ab, und wie schaffen es manche, in dieser Hinsicht jung zu bleiben, bzw. ihre Ideale nicht zu verlieren, sondern sie produktiv zu transformieren?



Bundesjugendspiele, oder: Gesellschaft als Wettkampf

25. Juni 2015 – Kinder, Politik und Gesellschaft

Über den Sinn und Unsinn von Online-Petitionen ließe sich lange streiten. Manchmal helfen sie zumindest, ein Thema auf die Agenda zu setzen. Beispiel: die vor einigen Tagen im Netz – und dann auch in den Medien – aufgeschlagene Petition zur Abschaffung der Bundesjugendspiele¹. Die „Spiele“ gibt es übrigens seit 1951, den Vorläufer seit 1920².

Typischerweise für Schulthemen kann hier jede und jeder etwas zu sagen. Dabei lassen sich grob zwei Lager erkennen: diejenigen, die ihre eigenen Bundesjugendspiele in guter Erinnerung haben, und sie mit sportlichem Wettbewerb, einem schulfreien Tag an der frischen Luft und viel Spaß verbinden – und diejenigen, da würde ich mich auch zu zählen, die Bundesjugendspiele vor allem als frustrierend, demütigend

¹ <https://www.change.org/p/petition-bundesjugendspiele-abschaffen-manu-elaschwesig>

² <https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesjugendspiele>

und angsteinflößend in Erinnerung haben. Das mag in meinem Fall auch etwas mit einem schrecklichen Sportlehrer und einer gewissen körperlichen Ungeschicklichkeit meinerseits zu tun haben. Als ganz besonders grauenhaft ist mir das Kugelstoßen in Erinnerung. Meine zwei bis drei Meter Wurfweite sorgten bestenfalls für Gelächter. Und führten, verbunden mit anderen Faktoren, bei mir zu dem bleibenden Eindruck, dass Sport meines nicht ist. Falls das Ziel des Sportunterrichts ein anderes sein sollte – etwa die Heranführung an Spaß an der Bewegung ... – dann wurde das in meinem Fall klar verfehlt.

Hieran ließe sich jetzt zwanglos eine Diskussion über Noten im Sportunterricht anschließen. Auf die verzichte ich an dieser Stelle. Festhalten möchte ich jedoch, dass diese Reaktion auf die Bundesjugendspiele bzw. den Sportunterricht – ebenso wie die ganz gegenteilige – durchaus verbreitet ist, wenn ich mir anschau, was beispielsweise die Kommentare bei Facebook auf die von mir geteilte Online-Petition waren.

Wie Bundesjugendspiele heute ablaufen, weiß ich tatsächlich nicht genau. Es scheint auch zunehmend Schulen zu geben, die auf eine Teilnahme verzichten, und stattdessen Sport- und Bewegungstage oder ähnliches veranstalten. Das klingt zumindest mal sympathischer, auch wenn nicht alles, was ich von meiner (viel sportlicheren) Tochter aus dem Sportunterricht der Grundschule höre, tatsächlich auf bessere Zeiten hindeutet.

In der öffentlichen Reaktion auf diese Petition ist mir ein Tonschlag aufgefallen, den ich erschreckend finde. Die Argumentation geht in etwa so: Gerade auch für unsportliche Kinder sind die Bundesjugendspiele wichtig, um zu lernen, wie wichtig Wettbewerb ist. Nur wer verliert und weiterkämpft, wird in unserer Gesellschaft erfolgreich sein.

Hmm. Ich frage mich, warum dieses Argument genau hier vorgebracht wird, in einem Feld, in dem unterschiedliche Körperlichkeiten eben doch einen großen Einfluss auf Leistung haben. Dieselbe Argumentation würde ja auch für die ganzen anderen Wettbewerbe gelten. Warum keine verpflichtende Teilnahme an „Jugend musiziert“, an „Jugend forscht“, an der Matheolympiade oder am Bundeswettbewerb Informatik? Immer vor den Augen der ganzen Klasse? Auch für die, die

nicht musikalisch sind oder schlechte Noten in Mathe haben, weil Niederlagen hart machen?

Vielleicht ist es unfair; aber vor meinem inneren Auge sehe ich hier vor allem diejenigen, die in der Schule eher mittelmäßige Leistungen hatten, aber gut in Sport waren – und jetzt ein Argument suchen, das es erlaubt, den Spieß umzudrehen. Sollen doch mal die anderen schlecht abschneiden und erleben, was es heißt, nicht die geforderte Leistung zu bringen.

An dieser Stelle ließe sich jetzt zwanglos über die Frage von Noten insgesamt diskutieren, aber auch darauf will ich hier verzichten.

Vielmehr möchte ich noch auf eine zweite Ebene hinweisen, die im oben genannten Argument steckt. Scheinbar halten viele Menschen es für selbstverständlich und für notwendig, dass Schule auf „harten Wettkampf“ vorbereiten muss. Nur wer hier mithalten kann, kann vollwertiges Glied der Gesellschaft werden.

Das verstört mich. Weil Wettbewerb immer auch Verlierer meint. Es gibt Bereiche, wo Wettbewerb ein sinnvoller Prinzip ist, um knappe Ressourcen optimal zu verteilen. Bis zu einem gewissen Grad gehört auch der Parteienwettbewerb um Sitze in Parlamenten dazu. Auch Märkte machen für bestimmte Bereiche der Gesellschaft durchaus Sinn.

Aber eine durch und durch auf Wettbewerb getrimmte Gesellschaft stellt für mich eine Dystopie dar. Da kennt dann jede/r seinen oder ihren Platz und kämpft verbissen darum, weiter nach oben zu kommen – ohne Rücksicht auf Verluste.

Ich glaube nicht, dass Leistung davon abhängt, besser als andere sein zu wollen – und habe dementsprechend auch gewisse Schwierigkeiten, in Jubelstürme auszubrechen, egal, ob es um Sportstars oder um nach allen Kennzahlen herausragende Unternehmer geht.

Intrinsische Motivation, ein eigener, innerer Antrieb, hat etwas damit zu tun, selbst von den eigenen Aktivitäten erfüllt zu sein. Wenn das, was so entsteht, auf Lob und Zustimmung von außen fällt, dann ist es gut. Zum Problem wird es, wenn dieses sich umkehrt, wenn Aktivität nur noch durch extrinsische Faktoren – das höchste Gehalt, die größte Reputation, Ruhm und Ehre – vorangetrieben werden, das innere Feuer aber erloschen ist. Und genau das sehe ich vor mir, wenn Kinder auf

harten Wettbewerb getrimmt werden sollen, wenn Leben ein Kampf sein soll.

Nota bene: Natürlich ist es wichtig, zu lernen, mit Enttäuschungen klarzukommen. Die gibt es in jedem Leben zuhauf – sie künstlich herbeizuführen durch ein Bundesprogramm, ist nicht notwendig. Ich will starke Kinder, keine harten Kinder. Und deswegen glaube ich, dass die Bundesjugendspiele nicht mehr zeitgemäß sind. Genauso wenig wie ein Menschenbild, das glaubt, Menschen danach beurteilen zu dürfen, ob sie besser als andere sind. Das ist jedenfalls nicht mein Maßstab.

Warum blogge ich das? Weil ich glaube, dass hinter der Debatte Bundesjugendspiele pro und contra mehr steckt als die eigenen Erfahrungen in der Schulzeit.



CC-BY-ND, Heinrich-Böll-Stiftung

Selbstbild als Merkel-Fangirl

8. Oktober 2015 – Politik und Gesellschaft

Zu meinem großen Erstaunen fand ich die Bundeskanzlerin heute geradlinig, klug, sympathisch und präzise. Aber der Reihe nach: nach einigen Schüssen aus der Regierungskoalition gegen die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel gab es heute die Gegenoffensive – eine Rede vor dem Europäischen Parlament (habe ich nicht gesehen) und ein großes Interview bei Anne Will, das Merkel nutzte, um ihre Position darzulegen und zu erläutern.¹ Beeindruckt haben mich Sätze wie der, dass sie nicht bei einem Überbietungswettbewerb der Abschreckung mitmachen möchte, und wie sie die Idee, dass ein Selfie mit der Kanzlerin Fluchtanreiz sein könnte, als Populismus entlarvte. Beeindruckt hat mich auch, wie offen Merkel dazu stand, dass die Situation sich von Tag zur Tag ändern kann, dass auch sie nur optimistisch darauf setzen kann, dass wir es schaffen.

¹ Ja, der Hashtag „#merkelwill“ passte durchaus ...

Und schließlich hat mich beeindruckt, dass sie klar festgestellt hat, dass eine Abschottung Deutschlands schlicht nicht funktionieren würde, selbst wenn sie denn gewollt wäre, und dass eine Diskussion um Obergrenzen nicht sinnvoll ist.

Zudem war die Kanzlerin insgesamt extrem gut gebrieft – und auch ihre Aussage, dass sie „lange darüber nachgedacht habe“, kam bei mir als glaubwürdig an. Was die Bundeskanzlerin im Interview bei Will äußerte, waren keine Instant-Statements, sondern dass war eine ehrliche Haltung. Eine, die durchaus mit hohem persönlichen Risiko verbunden ist. Und eine, bei der immer wieder Werte statt eines abstrakten Machtkalküls sichtbar wurden. Der Vorwurf, dass Merkel die Herausforderung aussitzen wolle, dass sie sich nicht dazu äußere, war lange richtig. Inzwischen trifft er nicht mehr auch nur annähernd: Die Kanzlerin hat einen Kurs eingeschlagen, und geht ihn jetzt unbeirrt, weil sie ihn als richtig erkannt hat: „Da muss ich meinen Weg auch gehen.“ Meinungen der eigenen Partei oder gar der Koalitionspartner sind (wie schon immer bei Merkel) nachrangig.

Dass mich Merkel heute Abend beeindruckt hat,² heißt nun nicht, dass ich ihre Politik insgesamt richtig finde. Ich finde ihre Haltung, Humanität nach vorne zu stellen, richtig – in letzter Konsequenz würde das aber nicht heißen, mit der Türkei über den Ausbau von Flüchtlingslagern zu diskutieren, sondern legale Fluchtwege nach Europa zu öffnen und den UNHCR massiv zu unterstützen. Es würde nicht heißen, sichere Herkunftsländer mit dem Verweis auf weiter mögliche Einzelfallverfahren zu verteidigen, sondern müsste heißen, Asylgründe auszuweiten und Wirtschaftsmigration sinnvoll und großzügig zu regeln.³ Und es würde erst recht heißen, nicht Seehofer als fleißig zu loben und De Maizière als Innenminister natürlich nicht zu entmachten.

² Und das ging vielen so – gerade „Linksliberalen“, wie es auf Twitter hieß, wo andere sich wiederum verwundert die Augen rieben über eine Timeline, die sich plötzlich in Merkel-Fangirls verwandelt habe.

³ Immerhin erwähnte sie den von grüner Seite durchgesetzten ersten Schritt zu einem Arbeitsmigrationskorridor für den Westbalkan.

Das sind allerdings alles Dinge, die ich von einer CDU-Kanzlerin nicht erwarte, auch wenn sie richtig wären. Da spielen neben dann doch stark divergierenden Wertemustern auch Machttaktiken und politische Sachzwänge rein. Klar: Linker Flügel der Grünen – das ist nicht der Maßstab, an dem diese Bundeskanzlerin gemessen werden kann. Und wenn die medialen Unkerufe stimmen, dass ihre Position als Kanzlerin gefährdet ist, dass innerhalb der Union Putschgelüste umgehen, dann ist es erst recht so, dass auch Merkels Spielräume eingeschränkt sind. Auch deswegen wäre es Quatsch, von ihr eine Politik zu erwarten, der ich hundertprozentig zustimmen könnte. Aber im Vergleich zu Seehofer und Söder, Gabriel und Oppermann, de Maizière und Schäuble wirkte Angela Merkel eben doch wie eine Stimme der Vernunft.⁴

Und selbstverständlich wäre das Bild, das heute Abend entstanden ist, ein anderes, wenn nicht Anne Will gefragt hätte, sondern eine Journalistin, die deutlich links von der Kanzlerin steht. Will war hartnäckig, setzte immer wieder nach, wenn die Kanzlerin ausweichend antwortete – ein Sommerinterview war das nicht. Aber es war doch – „ich erahne ihre Meinung, auch wenn sie versuchen, halbwegs neutral zu fragen“ – klar positioniert. Irgendwo zwischen Mainstream der SPD/CDU und AFD/Pegida. Oder, deutlicher ausgedrückt: Anne Will griff die Kanzlerin von rechts an.

Dazu passend: einpeitschende Soundtracks unter den Einspielern, die ständige Suggestion von „Gefahr, Gefahr“, seltsame Fragen danach, ob denn nach der „Krise“ Deutschland noch dasselbe sei, ob „wir“ verloren gehen würden. Auch hier ließ die Kanzlerin sich nicht aus dem Konzept bringen und schilderte ein Land in guter Verfassung – jetzt und auch in Zukunft.

Entsprechend der Agenda fehlten bei Will Fragen nach Brandanschlägen und rechten HetzerInnen. Stattdessen versuchte sie, die Kanzlerin dazu zu bringen, ihre Aussagen der letzten Wochen – etwa „Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zei-

⁴ Und das gilt erst recht für die zweite Reihe der Union, inklusive Guido Wolf.

gen, dann ist das nicht mein Land.“ – zurückzunehmen. Was diese nicht tat. Hier wich sie kein bisschen zurück.

Angela Merkel hätte anders gewirkt in einem Interview, in dem ihre CDU-Selbstverständlichkeiten hinterfragt worden wären. Dieses Interview gab es nicht. Stattdessen gab es eines, bei dem sie sich von einer rechtspopulistischen Folie absetzen musste. Dass sie das so klar und deutlich tat, führte zu der eingangs geschilderten Reaktion nicht nur bei mir.

Ich bin gespannt und ein wenig beunruhigt, wie die Medien das morgen interpretieren werden. Als Fortsetzung des „Sommermärchens“, des Deutschlands, das stolz auf seine offenen Arme und seine Hilfsbereitschaft ist? Oder als „planlos“, als Kanzlerin, die die in immer schrilleren Töne heraufbeschworenen Probleme nicht sehen will? Beunruhigt auch deswegen, weil genau dieses Umkippen des medialen Pendels seit einigen Tagen zu beobachten ist. Wenn die ARD ihren *Bericht aus Berlin* mit Motiven illustriert, die auch in Dresden oder Leipzig spazieren geführt werden, wenn viel Platz für Rufe nach Obergrenzen eingeräumt wird – dann bleibt das nicht ohne Wirkung. Wer hat ein Interesse daran, dass „die Stimmung kippt“, und wer beschwört immer wieder und immer wieder diese Gefahr und wirkt so als Brandbeschleuniger im Diskurs?

Noch ist Merkel die unangefochtene, beliebte Kanzlerin. Es ist seltsam, das zu schreiben, aber ich hoffe, dass sie das in den nächsten Monaten weiterhin bleibt, und dass sie zumindest diesen Kurs in der Flüchtlingspolitik beibehält. Wenn's die CDU zu einer weiteren Modernisierungswelle zwingen würde, wäre das nicht das schlechteste Ergebnis.

Warum blogge ich das? Weil ich doch fand, meinen Eindrücken zu diesem Interview mehr als nur ein paar Tweets Platz geben zu wollen.

P.S.: Fukushima, Atomausstieg⁵ – erinnert sich jemand ...

⁵ <https://blog.till-westermayer.de/2011/03/operation-druckabbau/>

Politische und gesellschaftliche Fragen

<p>- "Können wir das überhaupt machen?" - Abgrenzung der Bindungskraft - die Funktion der Parteien - die Rolle der Parteien - die Rolle der Parteien - die Rolle der Parteien - die Rolle der Parteien</p>	<p>Fr. 6. Nov. 19:00 Uhr Prekäre Demokratie. Eine Eröffnung mit Oliver Marchart Jasmin Siri Mely Kiyak Moderation: Albert Eckert</p> <p>Sa. 7. Nov. 10:00 Uhr Internet Kills the Video Star. Politisierung in Zeiten zerfallender Öffentlichkeit I. Zerfasert demokratische Öffentlichkeit im Internet-Zeitalter? mit Christoph Kappes Linnea Riensberg</p> <p>11:30 Uhr II. (Parteien-) Demokratie trifft Internetkonzernmacht: Politik zwischen Regulierungsangst und Facebook-Rassismus mit Caja Thimm Sandra Mamitzsch Moderation: Jan Engelmann</p> <p>12:30 Uhr Mittagsimbiss</p> <p>Parteien! Was ist ihr Problem? Interventionen und Streitgespräch über eine Rollenbestimmung</p>	<p>Prüfung 2015/16 (120 17-20) Jasmin Siri November Komplexer Zusammenhang strukturelle Umkehrung Parteien (Politik) sind Hauptknotenpunkt besonders die Parteien haben sich an sich die Identifizierung der Parteien in D.E. Thema von Parteien - Antwort von Themen - von Parteien - Beziehung, aber Themen - Org. von Parteien - in der Partei - Bildung etc. -> Parteien sind nicht identisch</p>
--	---	---

Party till it's over

10. November 2015 – Politik und Gesellschaft

Haben Parteien eine Zukunft? Letztes Wochenende fand in den Berliner Sophiensälen die Tagung „Zukunft der Parteidemokratie“ der Heinrich-Böll-Stiftung statt. Diese Tagung ist Teil eines umfangreicher angelegten Diskussionsprozesses, zu dem auch die Studie Partei 2025 gehört, die von Hanno Burmester et al. für das SPD-nahe Progressive Zentrum, die Konrad-Adenauer-Stiftung und eben die Böll-Stiftung erstellt wurde. Weitere Veranstaltungen sollen folgen.¹

Sind Parteien denn nun in einem schlechten Zustand, gar in der Krise? Oder handelt es sich, wie es etwa Jasmin Siri betonte, bei der Krisenrhetorik um etwas, das – zumindest in Deutschland – schon immer mit unserem Bild von Parteien verbunden ist?

Gelernt habe ich im Lauf der verschiedenen Panels, dass Parteien schrumpfen und die milieuspezifische Bindungskraft verloren geht. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist ihre Mitgliedschaft – wobei es da durchaus Abweichungen zwischen einzelnen Parteien gibt – älter, männlicher und gebildeter als die Bevölkerung insgesamt. Entspre-

¹ Links funktionieren allesamt nicht mehr.

chend stellte Marcel Lewandowsky fest, dass das Parteimitglied nicht so richtig repräsentativ ist. Und auch das Zur-Wahl-gehen oder das Nichtwählen hat etwas mit der sozialen Situiertheit zu tun.

Bettina Gaus fand ein überzeugendes Indiz dafür, dass Parteien mindestens in einer Akzeptanzkrise sind: Wenn selbst SpitzenfunktionärInnen aller Parteien nach einem „Ende des Parteienstreits“ rufen, dann stimmt etwas nicht.

Wo steckt das Problem? Funktional betrachtet, sollen Parteien die staatliche Willensbildung steuern, das politische Gemeinwesen legitimieren, Bürgerinnen und Bürger sozialisieren und für politische Führungspositionen rekrutieren sowie soziale Kräfte repräsentieren (so Lewandowsky mit Bezug auf Deck). Siri bringt es noch knapper auf den Punkt: Funktion der Parteien ist es, Themen und Personal auszuwählen.

Willensbildung und Legitimation klappt soweit noch ganz gut, auch wenn's gewisse Akzeptanzprobleme gibt. Ob das Parteienspektrum alle relevanten politischen Kräfte abbildet, ist schon fraglicher. Und bei der Rekrutierung und Sozialisation finden sich in der Tat Dysfunktionalitäten, insofern Parteien wohl für viele Menschen schlicht unattraktiv sind.

Das hat was mit dem Zeitbedarf für die Parteiarbeit zu tun, mit Hierarchien und internen Strukturen, mit dem – darauf legte Burmester ganz besonderen Wert – miserablen Umgang miteinander, mit der fehlenden Willkommenskultur und mit der fehlenden Selbstwirksamkeit.²

Offen ist, wie viel von diesen Unattraktivitätsfaktoren in der Eigenlogik der Parteien angelegt ist. Das stählerne Gehäuse Webers lässt das eherne Gesetz Michels grüßen. Wenn eine der Hauptfunktionen von Parteien Selektion ist, und wenn Parteien in der Öffentlichkeit vor allem als miteinander im Wettstreit liegende Organisationen auftreten, dann ist der Spielraum für einen freundlichen Umgang miteinander möglicherweise geringer, als einige das vermuten. Und wenn Parteien dazu da sind, ähnlich gerichtete interessieren vieler tausend Menschen zu organisieren, bleiben Hierarchien und damit verbundene Phänomene wie

² Das Bohren dicker Bretter heißt eben auch, dass es viel Geduld und eine hohe Frustrationstoleranz braucht, bis ein Resultat sichtbar ist – wenn überhaupt.

Ochsentouren und Seilschaften nicht aus. Oliver Marchart ging noch einen Schritt weiter und lokalisierte im Zentrum der Demokratie einen leeren Ort (den nicht existierenden, nicht existieren-könnenden einheitlichen Volkswillen), der Demokratie *per se* zu einer prekären Veranstaltungen macht.

Der neidische Blick richtete sich in der Tagung auf NGOs und Netzwerke. Aber klar wird dann auch: NGOs (und erst recht das politische Kabarett) müssen sich nicht legitimieren. Sie brauchen keine innere demokratische Struktur, sie dürfen nach Belieben ausschließen, und sie müssen vor allem nicht zu jedem Thema etwas sagen. Sie müssen keine Kompromisse eingehen und können damit radikaler, klarer und abgrenzbarer Themen und einfache Lösungen anbieten. Selbst vermeintliche *Single-Issue*-Parteien stoßen hier an Grenzen, sobald es um parlamentarische oder gar Regierungsarbeit geht.³

Und was ist mit der technischen wie sozialen Vernetzung der Gesellschaft, könnte da die Lösung für die Probleme der Parteien liegen? Christoph Kappes präsentierte einige Gedanken zur Netzwerköffentlichkeit, wies aber auch darauf hin, dass die Sichtbarwerdung unterschiedlicher Teilöffentlichkeiten qua Internet etc. nicht gleichbedeutend mit einer neuen Fragmentierung der Gesellschaft ist. In einem relational-dynamischen Verständnis von Öffentlichkeit bedeutet das reife Netzzeitalter, dass sich die medial ansprechbaren AdressatInnen massiv vervielfacht haben. Damit entsteht ein Überschuss an Sinn. Die Ordnungsmechanismen, Techniken und Praktiken, um mit dieser „Überforderung“ umzugehen, also Komplexitätsreduktion vorzunehmen, entwickelt die Gesellschaft gerade erst – mit Hilfe von Algorithmen, aber auch durch die Markierungen von Diskursen, etwa

³ Hier liegt dann auch ein gewisses Paradoxon der Parteien, das immer wieder durchschimmerte: Sie sollen zugleich den Blick auf das Ganze und auf das Gemeinwohl einnehmen als auch Abgrenzbarkeit und klar unterscheidbare Positionen darstellen. Wie beides zugleich geht, bleibt offen.

durch Hashtags, Links und die Nutzbarmachung von Netzwerkeffekten wie Redundanz.⁴

Gut gefallen hat mir hier das Bild einer notwendigen Pufferzone, die zwischen zwei inkompatiblen Eigenlogiken vermitteln soll. Auf der einen Seite stehen die formalen Verfahren der – weit gesprochen – Gesetzgebung; dazu gehört dann auch die formalisierte innerparteiliche Meinungsbildung. Diese Verfahren sind reguliert, langsam und eher an Institutionen als an Personen gebunden. Auf der anderen Seite das amorphe Gebilde der öffentlichen Diskurse, das mit Hilfe des Internets möglicherweise noch einmal neu strukturiert wird, das schnell agiert und reagiert, in dem Themenkonjunkturen sich abwechseln, und das sich gerne auf einzelne Personen, Persönlichkeiten und „Stars“ stützt und stürzt.

Die Logiken auf beiden Seiten sind unterschiedlich, und Parteien hängen qua persönlicher Mitgliedschaft irgendwo dazwischen. Das bewusster wahrzunehmen, kann durchaus hilfreich sein – und darüber nachzudenken, wie ein gelingender Transfer, eine Übersetzung, Abpufferung oder Moderation gelingen kann, wäre wohl wichtig.

Ein aktuelles Beispiel dazu (mit Dank an W.G. Wettach): Ein einzelner, medial stark wahrgenommener Politiker wie Boris Palmer ist in der Lage, Themen auf die öffentliche Agenda zu setzen – aktuell mit seinen Querschlägen zur Flüchtlingspolitik. „Partei“ kann hierauf zunächst nur reagieren; die eigenen Prozesse sind deutlich langsamer. Öffentlichkeit ist hier eine Abkürzung, um interne Meinungsbildung zu umgehen und unter Druck zu setzen. Und dank Internet – hier: *social media* – gelingt das noch einmal besser und schneller. Und frustriert die Parteimitglieder, die diese Abkürzung nicht beschreiten können oder wollen.

Zurück zu den Parteien. An Reformangeboten mangelte es auf der Tagung nicht. Marchart verwies auf die Experimente von SYRIZA mit lokaler Gemeinschaftsbildung, mit Onlineformaten und der Einbeziehung von Nichtmitgliedern. Lewandowsky betonte, dass eine stärkere Exklu-

⁴ Das geht bis zum Shitstorm als Markierung der gerade stattfindenden Verhandlungen über die Grenzen der Gesellschaft.

sivität von Parteien, also gerade nicht die Öffnung, sondern die Schließung, mit mehr Wirkmächtigkeit und Transparenz auf der Innenseite, eine Lösung für lebendigere Parteien sein könnte.⁵ Außerdem sei das mit dem Ortsprinzip überholt. Als soziologische Beobachterin wies Siri darauf hin, sich durchaus mal anzuschauen, wie rechtspopulistische Bewegungen Attraktivität generieren. Albrecht von Lucke von den Blättern mahnte mehr Unterscheidbarkeit und klare ideologische Positionen an.⁶ Peter Siller verwies auf den eigentlichen Kern von Parteien, den Streit zwischen unterschiedlichen Interessen. Dafür wieder Orte zu schaffen, statt Führung von Parteien als technokratischen Moderationsprozess zu verstehen, und statt sich in Flügeldebatten abzukapseln, sei wichtig. Und Burmester betonte (auf der Veranstaltung noch stärker als in der Studie) die Bedeutung von Willkommenskultur und Menschlichkeit. Wobei das bei ihm, als ich so als Teil der mittleren Funktionärs-ebene einer Partei zuhörte, fast schon so klang, als sei es dafür notwendig, die Parteimitgliedschaft komplett auszuwechseln, die Organisation umzukrempeln, und die heute existierenden Parteien durch was ganz anderes zu ersetzen. *Change management* vom grünen Tisch aus, also.

Nur am Rande tauchte die Umwelt von Parteien jenseits der Medien auf, am ehestens vielleicht noch beim abendlichen Exkurs zu *Borgen* und *House of Cards*: Parlamente, Fraktionen, Regierungsapparate. Die ja nun durchaus etwas damit zu tun haben, wie Parteien arbeiten, worauf sie ausgerichtet sind, was sie können und welchen Zwängen sie sich unterwerfen.

Ein Problem in diesem Kontext ist – darauf wies Siller als Leiter der Inlandsabteilung der Böll-Stiftung hin – die Verquickung von Existenzabsicherung einerseits und politischer Legitimation und Wahl auf Zeit andererseits, also das Problem, für das ganz früher – in Griechenland –

⁵ Wobei die Frage der Transparenz und der Notwendigkeit des Hinterzimmers heiß umstritten war.

⁶ Dies gelte besonders für die Grünen, die auf keinen Fall so wie in Baden-Württemberg agieren dürften, um erfolgreich zu sein. Sonst trügen sie zur Entpolitisierung bei. Nun ja.

das Losprinzip, und etwas später – in der Bundesrepublik der 1980er Jahre – die Rotation als Lösung gefunden wurde.

Unterm Strich nehme ich von der Tagung mehr offene Fragen als Antworten mit. Vage am Horizont erscheint eine Partei, die ihre Struktur nach innen transparenter macht und für wirksame Beteiligung öffnet, gerne auch mit Netztools, gerne auch mit Räumen für diskursive Formate, und die nach außen (wir sind in Deutschland) geschlossen auftritt, aber stärker als heute auf Unterscheidbarkeit und die eine oder andere stark vereinfachte These setzt. Eine Partei, die auch Grenzen zieht zum parlamentarischen Prozess, und die erklären kann, was Position und was Kompromiss ist. Die punktuell mit Organisationen und Projekten außerhalb des Parteienhorizonts zusammenarbeitet, aber hier klare Rollenverteilungen einfordert und ihre Grenzen sichtbar macht. Die um die knappen Ressourcen der Ehrenamtlichen weiß, ja, auch um das Zeitproblem und die Vereinbarkeitsproblematik, und deswegen Unterstützung anbietet und Abläufe daran orientiert. Die, kurz gesagt, ihre Mitglieder schätzt, ohne sie zu überfordern.

Ob das dann Spaß machen muss, da mitzumachen, oder ob (Kretschmann) Politik ja gar nicht dazu da sei, Spaß zu machen, sondern Sinn ergeben müsse, wäre dann abzuwarten. Ein bisschen mehr Attraktivität wäre sicherlich kein Fehler, damit eine lebendige Demokratie eine Zukunft hat.

Warum blogge ich das? Durchaus auch, um die ganzen Eindrücke, die ich von der Tagung mitgenommen habe, mal zu sortieren. Der nächste Schritt wäre dann die Lektüre des einen oder anderen der vielen Essays, Aufsätze und Hintergrundpapiers. Und für das nächste Mal wünsche ich mir mehr Formatvielfalt auf der Veranstaltung, mehr Konkretion, und einen schärferen Blick auch auf die Verschiedenheiten der unterschiedlichen Parteien.

Platzhalterbild für antigüne Propaganda

21. Dezember 2015 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

Der vierte Advent – und eine unschöne Überraschung von der AfD Berlin



Im Folgenden geht es darum, wie es dazu kam, dass ich mich am Adventssonntag als „Vorstand ‚Bündnis 90/Die Grünen‘ “ unverhofft – und wider Willen – auf einem grünenfeindlichen Sharepic der AfD Berlin wiederfand.

Das Bild, auf dem ich zu sehen bin, und um das es dabei geht, ist diese hier. Dass dieses Bild von der AfD verwendet wurde, darauf machte mich – am vierten Adventssonntag, ich schaute erst am späteren Vormittag mal in die sozialen Medien – ein Tweet des Deutschlandfunk-Journalisten Falk Steiner aufmerksam. Mitten in einer Debatte darüber, ob das Zitat, dass die AfD Berlin dem „Vorstand ‚Bündnis 90/Die Grünen‘ “ in den Mund legte, irgendwie glaubhaft sein könnte. Falk fiel jedenfalls auf, dass die auf dem winzigen Foto abgebildete Person ziemlich nach mir aussah – und dass ich bisher nicht durch Zitate zum Thema „deutsche Bevölkerung zurückdrängen“ aufgefallen bin.¹

Klar war auch, dass es sich hier um ein älteres Foto handeln musste: das Logo wird seit einigen Jahren nicht mehr verwendet, meine Haare sind inzwischen deutlich grauer geworden. Inzwischen habe ich – auch mit Hilfe von TinEye – das Ursprungsbild gefunden. Im Jahr 2007 fand ein Landesausschuss der baden-württembergischen Grünen statt, bei dem unter anderem – nach längerem Vorlauf – über das Grundeinkommen diskutiert wurde. Mein Blogtext dazu ist noch online, das dort verlinkte ehemalige Grundeinkommensblog der baden-württembergi-

¹ Wer sich anschauen will, wie das von der AfD verbreitete Sharepic aussah, kann das in diesem Screenshot – https://blog.till-westermayer.de/wp-content/uploads/2015/12/2015_screenshot_afdberlin.png – tun, abdrucken will ich den Tweet nicht, weil so ein Unsinn nicht weiter verbreitet werden muss.

schen Grünen nicht mehr. Ich hatte das Bild damals als Vorschaubild im Blog verwendet, ich vermute, dass das Original im Bericht der Landespartei auf dem Grundeinkommensblog zu finden war.

Jedenfalls bleibt festzuhalten: Auf dem Bild, das die AfD Berlin verbreitet hat, war ich zu sehen, wie ich bei einem kleinen baden-württembergischen Landesparteitag im Jahr 2007 etwas zum Thema Grundeinkommen sagte. Damals war ich zwar Kreisvorstand der Grünen Breisgau-Hochschwarzwald, insofern ist der Begriff „Vorstand“ nicht ganz falsch, aber das abgedruckte Zitat gibt weder die grüne Position zu Einwanderungspolitik wieder noch stammt es von mir. Was also tun? Ich schrieb zunächst einfach einen öffentlich sichtbaren Tweet an die AfD Berlin mit der Bitte, den Tweet zu löschen und klarzustellen, dass es sich dabei um eine Unwahrheit handelt.



Das war am Sonntag um 12.15 Uhr. Der Tweet (und auch die davor losgetretene Debatte) löste eine Unmenge von Reaktionen aus. Insbesondere rieten mir einige, auf jeden Fall den Rechtsweg einzuschlagen und gegen die AfD Berlin zu klagen, insbesondere mit Hinweis auf Jürgen Trittins² Erfolg in einer ähnlichen Sache.

Kluger Rat, allerdings nicht ganz so einfach umzusetzen, erst recht nicht am Adventssonntag, während ich eigentlich andere Dinge (z.B. die Bespaßung meiner Kinder) im Kopf hatte. Insofern recherchierte ich

² <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-11/gauland-trittin-gegendarstellung>

Politische und gesellschaftliche Fragen

nur halbherzig nach Verleumdung, Recht am eigenen Bild, übler Nachrede, schaute mir die „Internetwache“ der baden-württembergischen Polizei an, informierte den Bundesvorstand – und beschloss, erst einmal bis Montag abzuwarten. Als ich am Sonntag gegen Abend dann noch einmal in meine Tweets guckte, sah ich, dass die AfD Berlin rund sechs Stunden nach meiner Aufforderung zur sofortigen Löschung und Klarstellung dieser nachgekommen war:



Meinen Twitterhandle richtig schreiben hätten sie dabei schon können. Und so ganz zügig war's auch nicht – aber immerhin das öffentliche Eingeständnis der AfD, die Unwahrheit getwittert zu haben.

Ich will mich jetzt nicht darüber auslassen, wes Geistes Kind Menschen sind, die ungeprüft „Zitate“ verbreiteten, die zwar vielleicht zum einen oder anderen rechtsextremen Feindbild, aber ganz sicher nicht zur grünen Programmatik in der Einwanderungs- und Integrationspolitik passen mögen. Viel bedrückender ist die Tatsache, dass das „Zitat“ nicht von der AfD Berlin erfunden wurde, sondern von dieser „nur“ verbreitet wurde. Wer das Foto, auf dem ich abgebildet bin, in die Bildersuche kippt, erhält eine ganze Reihe von Treffern in rechtsextremen und verschwörungstheoretischen Kontexten.

Nur die Spitze des braunen Eisbergs

Beispielsweise erscheinen mein Foto, das „Zitat“ und hier die Zuordnung „Grünenvorstand, München“ in einem Blogbeitrag (auf den ich bewusst nicht verlinke) mit dem Titel „Der Selbsthass der Deutschen“ aus dem April 2013, in dem mit diversen Zitaten (oder angeblichen Zitaten) grüner, SPD-, FDP- und CDU-Politiker*innen belegt werden soll, dass – wenn ich es richtig verstehe – Kapital und Banken über die Politik dafür sorgen, dass in Deutschland alles Nationale gehasst wird.

Und ein *Balkanblog* führt das angebliche Zitat bereits im November 2012 in einem (ebenfalls bewusst nicht verlinkten) Text mit dem Titel „Zitate Deutscher sogenannter Politiker“, hier ebenfalls dem Vorstand der Münchener Grünen zugeschrieben. Ansonsten geht's in dem Blog, soweit das in den eher wirren Texten erkennbar ist, um diverse antisemitische und antiamerikanische Verschwörungstheorien.

Die „Zitate“-Sammlung (wieder ein anderes Blog spricht von „Aphorismen“) scheint in rechten Kreisen herumgereicht zu werden. Als Quelle wird jeweils eine Seite namens *dewion24.de* angegeben, die URL ist derzeit allerdings nicht mehr erreichbar und führt nur auf eine Baustellenseite. Unter dem Stichwort „Zitate“ und *dewion24* findet Google jedoch dutzende weitere Seiten, die diese recht wirre Sammlung kopieren. „Dewion“ scheint eine Firma in Waltrop zu sein, die Versicherungen und Finanzprodukte vermarktet. Unter der gleichen Adresse und dem gleichen Namen wie diese Firma ist auch die inzwischen geleerte Seite *dewion24.de* registriert. Laut dem Internetarchiv *archive.org* war *dewion24.de* zumindest noch im Februar 2015 aktiv (Claim: „Die etwas politische Finanzseite“), danach finden sich nur noch Fehlermeldungen. Im Internetarchiv sind hier die üblichen Versatzstücke rechter Verschwörungstheorien zu finden – bis hin zu Reichsbürgerthesen, Eva Hermann, Euro-Betrug, Medienlügen und Atlantikbrücke.

Ebenfalls findet sich dort – mit Datum vom 17. Oktober 2010! – auch die vermutliche „Urversion“ der, wie es hier heißt, „Zitate deutscher Politiker“. Dabei wird das Foto von mir aus dem Jahr 2007 mit der Zuord-

nung „Der Vorstand von ‚Bündnis90/Die Grünen‘ in München“ und dem „Zitat“ verknüpft – und dem Hinweis:

„In dubio pro reo, denn das Zitat findet sich auf vielen Internetseiten, ist jedoch mit keiner Quelle belegt. Die Echtheit des Zitats ist von daher fragwürdig.“

Dieser Hinweis wurde im Weiteren wohl von anderen nicht mitkopiert oder hier erst nachträglich eingefügt.

„Viele Internetseiten“ ist nun auch eine schräge Quelleangabe. Wenn nach dem dort genannten Text gesucht wird, finden sich in der Tat viele Seiten, auf denen es auftaucht – allerdings nicht wirklich viele ältere. Die ältesten Beispiele, die ich finden konnte, waren ein seit 2009 registrierter Nutzer „Köbbes“, der den Spruch (mit Zuordnung „Vorstand der Grünen, München“) als Signatur im Forum des *Kölner Stadtanzeigers* verwendet; in einem anderen Forum (politikforen.de) wird im November 2009 danach gefragt, ob es Belege für eine Reihe von „antideutschen“ Zitaten gibt, die „Josef Fischer“, Jürgen Trittin und eben dem „Grünenvorstand München“ in den Mund gelegt werden.

Das Bild zu diesem in rechten Kreisen wohl kursierendem „Zitat“ hinzugefügt hat allem Anschein nach dann „Dewion“ – jedenfalls taucht es dort zuerst auf, soweit ich das nachvollziehen kann. Andere Blogs verlinken auf das bei wordpress.com gehostete „Original“ des Fotos unter der URL <https://i2.wp.com/www.dewion24.de/wp-content/uploads/2010/10/die-grunen.jpg>.³ Das Sharepic aus Bild und „Zitat“ scheint die AfD Berlin selbst gebastelt zu haben – dazu finde ich jedenfalls auch mit der Bildersuche von Google oder TinEye keine weiteren Fundstellen.

Kontrollverlust?

Interessant an der ganzen Sache sind nach all dem nun zweierlei Dinge. Zum einen zeigt sich, wie durchlässig rechtsextreme bzw. verschwö-

³ Die URL heißt übersetzt: Auf einem Bilderserver von WordPress (wp.com) liegt eine im Oktober 2010 hochgeladene Datei, die vom unter der URL www.dewion24.de erreichbaren Blog verwendet wird.

rungstheoretische Diskurse einerseits und die Positionierung der AfD andererseits sind – das ist nun nicht wirklich etwas Neues, aber es erstaunt schon, wie problemlos ein „Zitat“ aus einer solch kruden Zitatensammlung es zur aktiven (und ungeprüften) Verbreitung durch einen Landesverband der AfD geschafft hat.

Zum anderen frage ich mich, was eigentlich die richtige Vorgehensweise ist, um gegen solche kursierenden Sammlungen erfundener oder aus dem Zusammenhang gerissener „Zitate“, die ja durchaus hydra-artig im Netz nachwachsen, vorzugehen. Wahrscheinlich wird derlei schon immer in der rechten Szene herumgegeben. Jetzt ist es öffentlich sichtbar, suchbar und findbar; und die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass beispielsweise ein AfD-Politiker oder eine AfD-Politikerin in z.B. einer Talkshow genau solche Lügen und aus dem Kontext gerissenen Zitate weiter verbreitet, sich dabei auf „Quellen“ im Netz beruft und damit einen Dreckschurfbypass von einer halbwegs abgeschotteten rechten Szene in den Mainstream-Diskurs legt.

Warum blogge ich das? Um mal für mich aufzuschreiben und zu recherchieren, was hier eigentlich passiert ist – ich bin ja nur durch den Zufall eines Fotos in das Ganze reingezogen worden.

Was im Kurzprogramm der AfD zur Landtagswahl Baden-Württemberg steht

13. Februar 2016 – Politik und Gesellschaft

Es gibt selbst in grünen Kreisen den einen und die andere, die mehr oder weniger offen Sympathien zur AfD zeigen. Oft schwingt da Politikverdrossenheit und ein „es denen da oben mal zeigen“ mit. Und auch wenn die Hoffnung, dass Argumente hier helfen, begrenzt ist, erscheint es mir doch sinnvoll, vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg in einem Monat mal zu zeigen, was für einen Mist die AfD so behauptet. In eine ähnliche Richtung geht Kattaschas Lektüre des Langprogramms der AfD zur Landtagswahl in Baden-Württemberg¹.

Ich beschränke mich im Folgenden auf die auch in meinem Briefkasten gelandete „Kurzfassung des Wahlprogramms der AfD Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2016“. Die übrigens gleich mit einer Lüge anfängt, insofern das auf der Titelseite abgebildete Neue Schloss zwar Sitz des Finanzministeriums ist, aber mit dem Landtag – um den es bei der Wahl am 13. März geht – nicht so richtig etwas zu tun hat. Über die einzelnen von der AfD zur Wahl gestellten Personen sage ich hier nichts, einiges dazu, welche Gestalten für die AfD antreten, findet sich hier.

Interessant finde ich, in was für einem Ausmaß die AfD in ihrem Kurzprogramm Verschwörungstheorien Raum gibt. Fakten spielen dabei keine große Rolle. Aber das ist ja ein bekanntes Schema: Es wird irgendeine Behauptung in die Welt geworfen, und wenn – z.B. in den Medien – eine sachliche Erwiderung dazu zu finden ist, dann ist das eben „Systempresse“ oder „Lügenpresse“, die versucht, die „Wahrheit“ zu verschleiern. Jede Widerlegung einer Behauptung wird so im richtigen Mindset nur zum Futter, um die Richtigkeit der Lüge zu bestätigen. Insofern wird auch der folgende Text bei Hardcore-Fans der AfD nicht zum Nachdenken führen – aber vielleicht bei einigen, die aktuell mit dem Gedanken spielen, bei der Wahl zu zündeln.

¹ <https://kattascha.de/warum-die-afd-die-neue-npd-ist/>

Was im Kurzprogramm der AfD zur Landtagswahl Baden-Württemberg steht

Das AfD-Kurzprogramm behauptet, Baden-Württemberg habe sich „auf eine abschüssige Bahn begeben. Dies gilt für alle Kernbereiche der Landespolitik“. Wirtschaftspolitisch (für die AfD im Kurzprogramm übrigens kein Thema) gilt das schon einmal nicht – die Wirtschaftsdaten Baden-Württembergs sind gut, zu den von der CDU 2011 an die Wand gemalten Abwanderungen ist es nicht gekommen. Die AfD behauptet, es gebe „Defizite in den Bereichen der Familien- und Schulpolitik“. Auch das geben die Daten nicht her. Die „Energiewende“ wird als „teures und in dieser Form unsinniges Debakel“ bezeichnet – gemeint ist damit der Atomausstieg. Die innere Sicherheit sei gefährdet, da bei Polizei und Justiz eingespart werde. Auch das stimmt nicht – vielmehr gab es hier unter Grün-Rot einen Aufwuchs. Dass die AfD die Asylpolitik als „katastrophal“ bezeichnet, verwundert dann nicht. Und natürlich sieht sie dort ihre Kernkompetenz.²

Innere Sicherheit: Angstmache statt korrekter Zahlen

Zur *Asyl- und Einwanderungspolitik* behauptet die AfD, es seien riesige Zeltstädte als Flüchtlingslager aufgebaut worden. Auch das stimmt nicht so ganz. Ebenso behauptet die AfD, die innere Sicherheit könne nicht mehr gewährt werden und die Polizei „arbeitet am Limit“ – ich halte beides für falsch. Die AfD schreibt zudem, dass im Jahr 2015 „rund 1,5 Mio. Asylbewerber“ nach Deutschland gekommen seien. Auch diese Zahl ist problematisch. Laut BAMF gab es im Jahr 2015 knapp 480.000 Asylanträge. Im System EASY wurden 2015 rund 1,1 Mio. Menschen registriert (Quelle: Pro Asyl!), wobei Pro Asyl davon ausgeht, dass auch diese Zahl aufgrund von Doppelregistrierungen etc. zu hoch liegt – realistisch sei eine Zahl zwischen 800.000 und 1 Mio. Asylbewerber*innen im Jahr 2015 in Deutschland. Egal, wie die Zahlen betrachtet werden – die AfD rundet hier großzügigst auf. Schließlich muss Stimmung gemacht werden, um dann die sofortige Grenzschließung, die „Rückfüh-

² Den größten Wert bei der seitens der Wähler*innen zugeschriebenen Kompetenz im Feld der Flüchtlingspolitik haben übrigens laut ZDF-Politbarometer Grüne vor der CDU - <https://www.presseportal.de/pm/7840/3230642>

„von Bootsflüchtlingen in „Heimathäfen“ sowie eine „kultur- und heimatnahe Unterbringung von Bürgerkriegsflüchtlingen in den Herkunftsregionen“ fordern zu können.

Im Bereich *Innere Sicherheit* verbreitet die AfD – hier ähnlich wie die CDU – die Behauptung, dass es einen massiven Personalabbau bei der Polizei gegeben habe und die Polizeireform erfolglos gewesen sei. Dass ein vom Innenministerium in Auftrag gegebenes Gutachten hier zu einem ganz anderen Ergebnis kommt, wird die AfD ebenso wenig davon überzeugen, dass es keine „Unterversorgung“ gibt, wie dieser Bericht des *Tagesspiegels*³ zum angeblichen Personalabbau bei der Polizei oder diese Statistik der SPD bei Facebook⁴, die – aus den leider in der Tat etwas unübersichtlichen Datenquellen – einen klaren Zuwachs beim Personal der Polizei zeigt. Und natürlich leitet die AfD aus „Köln“ sofort ein „können sich Frauen auf unseren Straßen nicht mehr überall sicher fühlen“ ab.

Bis hierher ähnelt die Argumentation der AfD der anderer rechter Parteien – auch die FPD/DVP oder die CDU behaupten einen Verlust an öffentlicher Sicherheit, stellen einen nicht existierenden Personalabbau in den Raum und entdecken nach „Köln“ ihr Interesse an der Bekämpfung sexualisierter Gewalt.

Zurück zum Rollenbild der 1950er Jahre

Richtig lustig wird es im AfD-Kurzprogramm bei der *„Familien- und Bildungspolitik“*. Da geht es nämlich um das, was „Gender-Ideologen“ so tun. Die akademische Kritik an Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit wird dabei munter in einen Topf geworfen mit „Gender-Mainstreaming“. In beidem steckt zwar der Begriff „Gender“ (also sozial konstruiertes Geschlecht), aber Gender-Mainstreaming bedeutet – so z.B. die Wikipedia⁵ – „die unterschiedlichen Lebenssituationen und

³ <https://www.tagesspiegel.de/politik/nur-im-osten-schrumpfte-die-zahl-der-beamten-5653642.html>

⁴ <https://www.facebook.com/spdlandtagbw/photos/a.148640521838742.22804.136815499687911/984768351559284/?type=3&theater>

⁵ <https://de.wikipedia.org/wiki/Gender:Mainstreaming>

Interessen von Frauen und Männern bei allen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen, um so die Gleichstellung durchzusetzen.“ Ja, richtig gelesen – ein großer Kritikpunkt aus queer-feministischer Perspektive am Projekt des Gender-Mainstreamings ist daher auch, dass hier eben nicht Geschlechter vielfältig und aufgelöst wird, sondern der Blick auf die als homogen angenommenen Interessen von a. Frauen und b. Männern (huch, ja, die kommen auch vor) Geschlechterabgrenzungen vielmehr sogar verstärken kann. Aber egal – für die AfD ist's alles „Gender“, und böse ist's noch dazu.

Dazu suggeriert die AfD, dass eine moderne Gleichstellungs- und Vielfaltspolitik grundgesetzwidrig sei. Weil's so schräg ist, muss ich beides wörtlich zitieren:

„Entgegen Artikel 6 (1) Grundgesetz, wonach Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stehen, ist die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Planung. Diese hätte zur Folge, dass gleichgeschlechtliche Paare auch Kinder adoptieren dürften. Kinder brauchen jedoch Vater und Mutter.“

An diesem kurzen Absatz ist so gut wie alles falsch. Mal von hinten angefangen: zur Vorstellung, dass Kinder zu einem erfolgreichen Aufwachsen genau je (1) Vater und (1) Mutter bräuchten, gibt es jenseits der Kelle-Storch-etc.-Ecke keinerlei wissenschaftliche Belege. Was Elternschaft ist, und wie diese ausgefüllt wird, ist immer auch gesellschaftlich bestimmt. Dazu muss gar nicht auf Regenbogeneltern geschaut werden – ein paar Jahrzehnte zurück, ist die Mutter faktisch allein zu Hause und der Vater nur nach der Arbeit und am Wochenende vorhanden. Oder werden Kinder von älteren Geschwistern großgezogen. Oder – im großbürgerlichen oder adeligen Haushalt – von Erzieherinnen und Gouvernanten. Zugleich steckt in der schlichten Aussage, dass Kinder Vater und Mutter brauchen, schon mal eine erhebliche Diskriminierung von Alleinerziehenden drin. Also: Beleg für diese krude These fehlt.

Dann behauptet die AfD einen Zusammenhang zwischen der Ehe für alle und der Möglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare, Kinder zu adoptieren. Richtig ist, dass derzeit beides in Deutschland (anders als

in vielen anderen Staaten, siehe z.B. hier⁶) derzeit nicht möglich ist. Schwule bzw. lesbische Paare können hier noch immer nicht heiraten, und sie können noch immer keine Kinder adoptieren, sondern müssen, um gemeinsam Eltern zu werden, einige Klimmzüge ergreifen. Beides ließe sich (auf Bundesebene, leider nicht auf Landesebene) ändern, aber es hängt nicht zusammen.

Und schließlich ist die Auslegung von Art. 6 (1) durch die AfD tautologisch. Für sie ist eine Familie eine Ehe aus Mann und Frau, und deswegen darf nach ihrer Sicht wegen des Grundgesetzes die Ehe nur aus Mann und Frau bestehen. Aber die Verfassungsauslegung passt sich eben auch der Wirklichkeit an. Die nun mal inzwischen doch ganz andere Familienformen als Vater, Mutter, Kind kennt. Jetzt kann eine Partei wie die AfD gegen diese gesellschaftliche Wirklichkeit ankämpfen – abschaffen wird sie sie nicht.

Zusammengefasst: Das Land ist für die Definition der Ehe und für das Adoptionsrecht nicht zuständig. Das Grundgesetz verbietet es nicht, Ehe neu zu definieren. Das Kindeswohl hängt nicht davon ab, dass es genau eine Mutter und genau einen Vater gibt. Und all das hängt weder mit Gender Mainstreaming noch mit der Debatte um die soziale Konstruktion von Geschlecht und Zweigeschlechtlichkeit zusammen.

Die AfD kann „Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ nicht lesen

Aber es kommt noch härter. Wieder meint die AfD, das Grundgesetz auf ihrer Seite zu haben, schreibt es doch vor, dass Pflege und Erziehung der Kinder primär das Recht (und die Pflicht) der Eltern ist. Das führt sie gegen den Bildungsplan ins Felde. Lehrpläne gibt es nun schon seit einigen Jahrzehnten, und eine gewisse Erziehungspartnerschaft zwischen Schulen und Eltern ebenso. Warum wird das jetzt – laut AfD – zum Problem? Wegen der „Frühsexualisierung unserer Kinder in Kindergärten und Schulen“. Nur: die existiert nicht. Wer sich den Bildungsplan anschaut (und nicht einfach irgendwelche von irgendwelchen

⁶ <https://www.zeit.de/gesellschaft/familie/2013-04/regenbogenfamilie>

Was im Kurzprogramm der AfD zur Landtagswahl Baden-Württemberg steht

evangelikalen CDU-Arbeitskreisen oder von AfD-Personal in die Welt gesetzte „Wahrheiten“ nachplappert), wird feststellen:

Ja, es gibt eine Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ – gemeint ist damit, dass die Schule die Aufgabe hat, Toleranz und Akzeptanz für unterschiedliche Lebensformen zum Thema des Unterrichts zu machen. Dabei geht es nicht um Geschlechtsverkehr, sondern, um die Leitperspektive zu zitieren, um folgenden Tatbestand:

„In der modernen Gesellschaft begegnen sich Menschen unterschiedlicher Staatsangehörigkeit, Nationalität, Ethnie, Religion oder Weltanschauung, unterschiedlichen Alters, psychischer, geistiger und physischer Disposition sowie geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung. Kennzeichnend sind Individualisierung und Pluralisierung von Lebensentwürfen. Kernanliegen der Leitperspektive ist es, Respekt sowie die gegenseitige Achtung und Wertschätzung von Verschiedenheit zu fördern. Grundlagen sind die Menschenwürde, das christliche Menschenbild sowie die staatliche Verfassung mit dem besonderen Schutz von Ehe und Familie.“⁷

Das ist es, was die AfD als „Frühsexualisierung“ bezeichnet, und worin sie die „Entwertung der traditionellen Familie“ sieht.⁸

Nochmal zum Bildungsplan. Konkret heißt diese Leitperspektive dann z.B. für das Fach Deutsch in der Grundschule:

„Den Bereichen des Deutschunterrichts ist gemeinsam, dass die eigene Identität und die Begegnung mit dem Anderen und dem Fremden im Vordergrund stehen. Die Kinder erfahren Aspekte der Vielfalt, wie zum Beispiel Interkulturalität, als bereichernd. Toleranz, Akzeptanz und Wertschätzung erwerben sie auch in Gesprächen, literarischen Begegnungen und Rollenspielen. Hierbei lernen sie

⁷ Das mit dem christlichen Menschenbild im letzten Satz liegt übrigens an unserer Landesverfassung ...

⁸ Wobei ich ja nun nicht verstehe, warum es die verheirate Familie aus Erna, Hans und Klein-Lieschen entwertet, wenn es daneben auch Gisela mit ihrem Sohn Paul oder Franz, Ferdinand und ihre Tochter Hedwig gibt.

Politische und gesellschaftliche Fragen

Strategien zur Konfliktbewältigung kennen und diese zu nutzen.“

Oder für das Fach „Alltagskultur, Ernährung, Soziales“ in der Sekundarstufe I:

„Die private Lebensführung wird maßgeblich durch Einstellungen, Werte und Normen, aber auch durch individuelle Fähigkeiten geprägt. Es entstehen häufig Dilemmata und Konflikte, die bewältigt werden müssen. Empathie- und Kritikfähigkeit, die Akzeptanz anderer Meinungen und die Toleranz gegenüber anderen Kulturen sowie Normen und Leitbildern sind wichtige überfachliche Kompetenzen für die Bewältigung der Herausforderungen im Alltag.“

Und ja, in Biologie ab Klasse 7 geht's dann auch um Fortpflanzung und menschliche Entwicklung, vielleicht sogar um Sex. Entsprechend heißt es im Bildungsplan Gymnasium, Biologie, Klasse 7/8:

„3.2.2.3 Fortpflanzung und Entwicklung

Die Schülerinnen und Schüler beschreiben die Entwicklung des Kindes im Mutterleib bis zur Geburt und verstehen die besondere Bedeutung der Fürsorge für das ungeborene Leben. Sie vergleichen und bewerten verschiedene Möglichkeiten der Empfängnisverhütung. Unterschiedliche Formen der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität stellen sie wertfrei dar.“

Soweit zur „Frühsexualisierung“.

Und was will die AfD sonst so im Bereich Familie und Erziehung? „Massive steuerliche Entlastung der traditionellen Familie“, um die Geburtenrate zu steigern, dann, bitte auf der Zunge zergehen lassen, „optimale individuelle Förderung durch Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems“; „ersatzlose Streichung aller Stellen, Mittel und Maßnahmen zur Umsetzung des ‚Gender Mainstreaming‘“ (konkret meint die AfD damit z.B. die Abschaffung aller Gleichstellungsbeauftragten) sowie „Keine Verunstaltung der deutschen Sprache durch ‚Gender-Neusprech‘“ (ob „Gender-Neusprech“ auch als Verunstaltung gewertet werden darf?).

Atomkraft, ja bitte! Freie Presse, nein danke!

Weniger bekannt sind die Positionen der AfD zur *Energiepolitik*. Die haben es in sich. Ausgangsprämisse: Deutschland habe eh keinen Einfluss auf den weltweiten Klimawandel, da es nur für 2% der Emissionen verantwortlich ist. (Es sind 2,36%⁹, und damit ist Deutschland immerhin der sechstgrößte CO₂-Emittent weltweit, und so etwas wie eine gemeinsame EU-Klimapolitik gibt es auch noch, und ... – ja, alleine werden wir den Klimawandel nicht aufhalten, aber deswegen alle diesbezüglichen Bemühungen einzustellen?)

Warum muss die AfD die Relevanz Deutschlands für das Klima in Frage stellen? Weil die eigentliche energiepolitische Gefahr aus ihrer Sicht von Windrädern ausgeht. Diese „verunstalten unsere Kulturlandschaften“, sind „hässlich“, „naturzerstörend“ („wahre Vogelkiller“) und „massiv gesundheitsschädlich“ (die Infraschall-Debatte – selbst die Bayrische Landesanstalt für Umwelt kommt zum Schluss, dass die Angst vor Schädigungen durch Infraschall unbegründet ist¹⁰). Stimmt zwar alles nicht, aber ist ja auch egal, wenn's nur eine weitere Gruppe gibt, die die AfD für sich einfangen kann, nämlich die militanten Windkraftgegner*innen. Übrigens: Im Langprogramm wird die AfD deutlicher: da wird der menschengemachte Klimawandel dann gleich ganz in Frage gestellt. Mit Wissenschaft hat's die AfD nicht so.

Und die Behauptungen, dass der Strompreis aufgrund der EEG-Förderung „deutlich gestiegen“ ist und weiter steigen wird, ist ebenso falsch wie der drohende Zusammenbruch des Stromnetzes. Fazit der AfD: ein zehnjähriges Moratorium, in dem kein einziges Windrad, keine Solaranlage und kein Biomassekraftwerk aufgestellt werden darf. Stattdessen soll der „gegenwärtige Energiemix“ beibehalten werden. Im Klartext: keine Kohlekraftwerke abschalten, und auch die verbleibenden Atomkraftwerke am Netz lassen (auch das steht im Langprogramm etwas deutlicher).

⁹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/179260/umfrage/die-zehn-groessen-co2-emittenten-weltweit/>

¹⁰ https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/ww_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf

Euro und die *Europäische Union* nehmen in der neuen ganz rechten AfD keinen großen Raum mehr ein. Es soll eine Volksabstimmung über den Ausstieg aus dem Euro geben, und ein „EU-Zentralstaat“ wird abgelehnt.

Und als letzten zentralen Punkt hat die AfD noch eine Gruppe entdeckt, die sie hofft, für sich ködern zu können – alle, die keine *Rundfunkbeiträge* zahlen wollen. Ganz so viele sind das gar nicht mehr. Insgesamt hat sich der Wechsel von der überholten Gerätegebühr zur Rundfunkbeitrag pro Haushalt als erfolgreich erwiesen. Trotzdem setzt die AfD darauf, mit Propaganda gegen den Rundfunkbeitrag Menschen für sich gewinnen zu können. Behauptet wird, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten „unter der Kontrolle der regierenden Parteien“ stünden, und keine kritische Instanz darstellten. Zugespitzt wird daraus dann die „Lügenpresse“, auch wenn das Wort hier nicht auftaucht.

Die AfD will die Rundfunkbeiträge freiwillig machen und die Rundfunkanstalten „drastisch verschlanken“ (nach polnischem Vorbild?) und mit Hilfe von „unabhängigen Rundfunkräten“ eine „Besinnung auf den Informations- und Bildungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ erreichen. Im Langprogramm steht dann u.a., dass die AfD auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einwirken will, damit diese Ehe und Familie positiv darstellen. Falls jemand wissen wollte, was konkret unter einer „Besinnung auf den Informations- und Bildungsauftrag“ zu verstehen ist.

Fazit: Lügenpartei!

Im Kurzprogramm legt die AfD ein paar Köder aus – sie präsentiert sich als attraktiv nicht nur für alle, die eh ganz rechts stehen, sondern auch für alle, die was gegen Gleichberechtigung und Frauenförderung haben, die intolerant sind, die nicht so gerne Rundfunkbeiträge zahlen, die sich über ein Windrad ärgern oder glauben, dass die EU zentralistisch alles steuert. Um diese potenziellen Wählergruppen für sich zu gewinnen, wird gerne mal die Unwahrheit behauptet. Die ganz harten Forderungen aus dem Langprogramm und ihren offen nationalkonservativ-

Was im Kurzprogramm der AfD zur Landtagswahl Baden-Württemberg steht rechtsradikalen Sound hat sie in der Kurzbroschüre lieber weggelassen. Auch das gehört zum Bild der Lügenpartei.

Warum blogge ich das? Weil ich glaube, dass es ganz gut ist, wenn Menschen Argumente zu den Positionen der AfD finden können. Auch im Netz.



Optimistische Politik statt AfD: Lasst uns mehr Star Trek wagen

26. Mai 2016 – Politik und Gesellschaft

Bei der Präsidentschaftswahl in Österreich wurde ein FPÖ-Präsident Hofer nur knapp verhindert, mit 50,3 Prozent der Stimmen setzte sich der Grüne Alexander Van der Bellen am Schluss, nach Auszählung der Briefwahlstimmen, doch noch durch. Die Trennlinien¹ liegen dabei ähnlich wie auch bei der Wählerschaft der AfD: (junge) Männer, formal weniger Gebildete, Land statt Stadt, niedriger Ausländeranteil – das sind alles Faktoren, die eine rechte Wahl wahrscheinlicher machen.

Die AfD ist hier

Aber wir müssen gar nicht nach Österreich schauen. Auch bei den letzten Landtagswahlen sahnte die AfD ab, 15,1 Prozent in Baden-Württemberg, 12,6 Prozent in Rheinland-Pfalz, 24,2 Prozent in Sachsen-Anhalt. Das hat in allen drei Ländern neue Koalitionsformate notwendig gemacht: Grün-Schwarz, die rot-gelb-grüne Ampel, die „Kenia“-Koali-

¹ <https://www.woz.ch/1621/nach-der-praesidialwahl-in-oesterreich/plotzlich-wie-der-zuversicht>

tion mit CDU, SPD und Grünen. Böse gesagt: der Erfolg der Rechtspopulisten² macht es, weil er vor allem zu Lasten von CDU und SPD geht, wahrscheinlicher, dass Grüne mitregieren, Direktmandate erlangen (so in Baden-Württemberg) oder – Österreich – Bundespräsident werden, nachdem die Kandidaten der großen Volksparteien es nicht in die Stichwahl schaffen. Es wäre allerdings völlig falsch, sich über diesen kurzfristigen „Kollateralnutzen“ zu freuen. 15, 20, 25, 30 Prozent für Rechte, die irgendwo zwischen Populismus und neovölkischem Projekt changieren, ist ein gravierendes Problem, über das nicht hinweg gesehen werden sollte.

Was jetzt tun mit und gegen die AfD und andere populistische Bestrebungen? Einfacher gesagt als umgesetzt³ ist die Devise, wie sie hier Frank Stauss vertritt, sich inhaltlich keinen Millimeter auf die AfD zuzubewegen und eine klare Haltung zu zeigen. Deswegen einfacher getan als umgesetzt, weil beides – die formal korrekte Behandlung, etwa bei der Verteilung von Ausschussvorsitzenden, als auch der Versuch, einen *cordon sanitaire* aufzubauen (verweigerter Handschlag, kein zweiter Vizepräsident, alles ist sofort „Opferrolle“), sofort von rechts vereinahmt wird. Der unter @AfD_FraktionBW zu findende Twitter-Account der neuen baden-württembergischen Landtagsfraktion zeigt diese rhetorischen Strategien sehr schön.

Und natürlich besteht immer die Hoffnung, dass die AfD sich letztlich selbst zerlegt – die Beispiele der DVU, der REPs, der Schill-Partei und wie sie alle heißen, geben hier Anschauungsmaterial, wie so etwas aussehen kann. Die erste Anfrage der AfD im Landtag von Baden-Württemberg⁴ weist dann auch gleich in diese Richtung: wenig sachkundig wird hier – ich paraphrasiere frei – gefragt, ob nicht eine staatliche Zensur

² Rechtspopulisten – die Begrifflichkeiten sind so eine Sache. Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und der Versuch, das Grundgesetz von rechts zu stürzen, all das findet sich ebenso in der AfD wie neo-völkische Projekte und ähnliches aus der rechtsextremen und nationalsozialistischen Ecke. Für die Partei insgesamt erscheint mir noch der Begriff des Rechtspopulismus eher als Beschreibung geeignet.

³ <https://frank-stauss.de/index.php/keine-sorgen-dieser-welt/>

⁴ https://www.landtag-bw.de/re-source/blob/232728/89738455f5f456acf54058d3b2eed2f0/16_0024_D.pdf

von Schulmaterialien notwendig wäre, um zu verhindern, dass die AfD dort negativ dargestellt wird. Vom Beutelsbacher Konsens hat die AfD ebenso wenig gehört wie von der Freiheit auch der Schulbuchverlage, Arbeitsmaterialien anzubieten, ohne dass diese einer staatlichen Zensur unterliegen. Wenn's bei der parlamentarischen Arbeit auf diesem Niveau bleibt, hat sich das Thema AfD schnell erledigt. Dennoch würde ich mich darauf nicht verlassen, dass die AfD sich selbst zerlegt. Ich bin jedenfalls gespannt, wie sich der parlamentarische Umgang mit dieser Fraktion gestalten wird.

Bessere Argumente, Sachlichkeit und eine klare Haltung, die nicht zurückweicht – das ist das eine. Vielleicht ist es auch nur das Minimalprogramm, um ein weiteres Ausbreiten der Rechtspopulisten und ihrer Ideologie zu verhindern. Gerade mit einem CDU-Koalitionspartner wird das – gerade in der Innenpolitik – nicht immer einfach sein. Hier ist grün mehr denn je gefragt.

Was könnten tieferliegende Ursachen für den Erfolg der AfD sein?

Noch wichtiger ist es jedoch, meine ich, sich Gedanken dazu zu machen, warum Menschen die AfD wählen, warum rechtspopulistische Denkmuster verfangen. Interessant ist es ja beispielsweise, dass es der AfD gelingt, ein Image „gegen die da oben“ aufrechtzuerhalten, und dann insbesondere auch von Arbeitslosen und Arbeitern gewählt zu werden, im Programm aber Entsolidarisierungsprojekte wie eine „Flat tax“ zu vertreten. Nebenbei: Nils Markwardt zu „Kleiner Mann, warum?“⁵ ist eine durchaus lesenswerte Abhandlung dazu, dass das Denkmuster der „kleinen Leute“ so seine Tücken hat.

Infratest dimap hat die Wähler*innen der AfD auch nach ihren Motiven befragt. Das Ergebnis sieht so aus: 81 Prozent der AfD-Wähler*innen sind mit der Demokratie unzufrieden (alle Wähler*innen: 36%). 90 Prozent sorgen sich um eine Islamisierung, 94 Prozent um steigende Kriminalität. Gewählt wurde die AfD nicht aus Überzeugung, sondern aus Enttäu-

⁵ <https://www.freitag.de/autoren/nils-markwardt/kleiner-mann-warum>

schung über andere Parteien. Und zu 93 Prozent stimmen die AfD-Wähler*innen der Aussage zu, dass die AfD „zwar keine Problem löst, aber die Dinge beim Namen nennt“, dass sie näher bei den „Sorgen der Bürger“ sei und von den Medien unfair behandelt wird (92%).

Zusammen mit der sozialen Zusammensetzung der Wähler*innen gibt das ein ganz gutes Bild über die Motivationslage der AfD-Wähler*innen. Ich lese es so, dass die AfD gewählt wird, weil Menschen aus (Achtung, soziologischer Fachbegriff) der Unterschicht und bildungsfernen Milieus, insbesondere Männer, das Gefühl haben, (von der Politik) abgehängt worden zu sein. „Die da oben“ kümmern sich nicht um das „untere“ Fünftel der Gesellschaft, sondern setzen irgendwelche seltsamen Eliteprogramme um (Gender, Globalisierung, Gesellschaftspolitik), lassen „Fremde“ rein, die scheinbar wichtiger sind als die Belange der eigenen Bevölkerung, und korrupt und verlogen sind sie – die Politiker*innen der herrschenden Parteien – wohl noch dazu. BILD und Entertainment-Talkshow-„Journalismus“ tragen das ihre dazu bei, derartige Vorstellungen immer wieder zu verfestigen.

Die AfD bietet hier griffige Parolen und nimmt Schlagwörter aus den 1920er Jahren wie das der „Systemparteien“⁶ wieder auf. Das scheint bei einem doch erheblichen Teil dieser Menschen zu verfangen; ganz egal, was nun wirklich im Programm der AfD steht, und auch ganz egal, dass es inzwischen mehrere AfD-Politiker*innen gibt, bei denen der Vorwurf, dass sie Parteiämter und Mandate zur persönlichen wirtschaftlichen Sanierung nutzen, nicht unplausibel ist.

Und nun?

Es wäre extrem kurzfristig (und auf dem rechten Auge blind), die AfD kopieren zu wollen. Brandgefährlich noch dazu. Ich sehe vielmehr drei andere mögliche Wege, die sich vielleicht auch kombinieren lassen.

1. *Verloren gegangenes Vertrauen in die Politik wieder herstellen.* Das ist eigentlich die alte Debatte um Politikverdrossenheit und politische

⁶ [https://de.wikipedia.org/wiki/System_\(Nationalsozialismus\)](https://de.wikipedia.org/wiki/System_(Nationalsozialismus))

Bildung. Aber es ist es eben auch eine Stilfrage, um eines der Plakate aus unserem Wahlkampf aufzugreifen. Wenn Politik sich sowohl dialogbereit zeigt (und das ernst meint, und mit einer gewissen Demut verkörpert), als auch eine klare Haltung beweist, und angekündigte Dinge ohne Tricks umsetzt, dann kann das Vertrauen in Politik schaffen. Und natürlich hängt diese Form der Vertrauensproduktion ganz erheblich an profilierten und vertrauenswürdigen Personen.

2. *Ein optimistischer Grundton.* Der Resonanzboden, vor dem Politik stattfindet, ist der öffentliche Diskurs. Politisches Handeln (und politische Kommunikation) beeinflusst diesen Diskurs, gleichzeitig kann Politik fast nicht gegen den öffentlichen Diskurs handeln, wird also auch davon beeinflusst. Hier eine Stimmung des „Wir stehen vor großen Herausforderungen, aber wir schaffen das gemeinsam“ hinzukriegen, würde sehr viel verändern – und den Boden für eine in weite Teile der Bevölkerung anschlussfähige progressive gesellschaftlichen Vision schaffen.⁷

3. *Reale Verhältnisse verbessern.* Die soziale Ungleichheit in Deutschland hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die Wirtschaft wächst, aber es geht nicht allen besser. Das Lohnniveau spreizt sich erheblich, Befristungen, Leiharbeit, nicht auskömmliche Teilzeitarbeit kommen oft vor. Mindestlohn und Grundrente sind nicht armutsfest. Hartz-IV ist nach wie vor mit gefühlten und realen Sanktionen beladen. Dazu kommen anstehende Automatisierungsschritte und eine in weiten Kreisen zu spürende Verunsicherung. Auf diesem Boden gedeihen (egal, ob berechtigt oder nicht) Ängste, Neiddebatten und es finden Entsolidarisierungen statt.

Die politisch-strategische Herausforderung besteht aus meiner Sicht nun darin, herauszufinden, wie diese drei Wege gegangen werden können, um ein postneoliberales Projekt mehrheitsfähig zu machen. Dabei geht es auch um die Frage einer gewissen Arbeitsteilung (nicht nur in Bezug auf Parteien, sondern auch in Bezug auf weitere gesellschaftliche Akteure). Die SPD (und z.T. auch die Linkspartei und die Gewerkschaften)

⁷ Für die Nerds unter uns: Lasst uns mehr Star Trek wagen, statt Weltuntergangsfilme zu schauen.

wäre eigentlich prädestiniert dafür, gerade in den Punkten 2 und 3 bundespolitisch aktiv zu werden. Da steht aber 1 – die Vertrauensfrage – im Weg, und eine gewisse Ängstlichkeit, die eine klare Haltung verhindert.

Und selbstverständlich fällt eine tragfähige Vision nicht einfach so vom Himmel. Aktuell befinden sich Themen wie vegane/vegetarische Ernährung, Postwachstum/Degrowth, Gemeinwohlökonomie, teilweise auch die Grundeinkommensdebatte, auf einer Aufmerksamkeitswelle. Sie sind aber Projekte und Visionen von Eliten und Avantgardemilieus. Oder anders gesagt: Abgehobenheit zieht nicht. Wie sich darauf eine gesellschaftlich wirklich breit anschlussfähige Strategie zimmern lässt, ist mir noch nicht klar. Denn eine optimistische gesellschaftliche Vision müsste tiefer gehen – vielleicht steht dann der soziale Zusammenhalt im Mittelpunkt. Was aber wiederum nur funktioniert, wenn dadurch keine neuen Ausschlüsse produziert werden, und wenn – siehe Punkt 3 – auch die realen Verhältnisse spürbar besser werden.

Gleichzeitig gibt es viele Menschen, die von Politik vor allem in Ruhe gelassen werden wollen, solange sie das Gefühl haben, das alles in guten Händen ist. Gerade in der gesellschaftlichen Mitte. Auch das wäre zu beachten.

Insgesamt besteht hier definitiv noch Diskussionsbedarf – über Kommentare freue ich mich. Gerade auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017. Dennoch bin ich überzeugt, dass ein wirkungsvolle Strategie gegen die AfD nur erfolgreich sein kann, wenn „wir“ – wer auch immer das ist – es schaffen, ein optimistisches gesellschaftliches Projekt dagegen zu setzen. Es geht nicht um Entzauberung und Aufklärung. Erst recht geht es nicht um Kopien. Nein: Es geht um das Angebot einer Alternative zur AfD.

Warum blogge ich das? Um mal einen Teil der Gedanken, die mir aktuell zu diesem Thema durch den Kopf gehen, aufzuschreiben; gerade auch im Hinblick auf den anlaufenden grünen Programmprozess. Apropos: Vielen Dank an alle, die auf Facebook mitdiskutiert haben und sich vielleicht in der einen oder anderen Argumentation wiederfinden.



Die Folgen von Abstimmungen

24. Juni 2016 – Politik und Gesellschaft

Ein Land im Schlussverkauf – und eine Entscheidung, die schwer zu verstehen ist. Wenn ich mich etwas beeile, schaffe ich es in den nächsten zwei Jahren doch noch, Urlaub in Großbritannien zu machen, solange das Vereinigte Königreich noch Mitglied der EU ist, und Freizügigkeit etc. gelten. Es sei denn, die Personenfreizügigkeit schafft die EU vorher ab. Grenzkontrollen sind ja auch innerhalb der Union wieder groß im Kommen.

Das Vereinigte Königreich trat 1973 der EU bei – zwei Jahre vor meiner Geburt. Für mich gehörte es zu den Alltäglichkeiten der Welt, mit denen ich aufgewachsen bin, dass die große Insel im Atlantik ein Teil der Europäischen Union ist. Und auch, wenn ich bisher erst zweimal dort war (einmal Schüleraustausch, einmal eine wissenschaftliche Konferenz), erscheint Großbritannien mir – mit all seinen Besonderheiten, seinem seltsamen Wahlrecht und dem Königshaus – vertraut. Egal, ob Science Fiction oder Pop Kultur, politische Theorie oder schwarzer Hu-

mor, gelebte Multikultur oder Landschaftsarchetypen – mein Kompass zeigte und zeigt zu den Briten.

Entsprechend finde ich die Brexit-Entscheidung doch recht traurig und unüberlegt. Insbesondere kann ich nicht so recht nachvollziehen, was die 52 Prozent der Brit*innen, die für den Ausstieg aus der EU gestimmt haben, dabei für Motive hatten. Das ist den abgegebenen Stimmen ja hinterher nicht mehr anzusehen. Von dem, was bei mir ankam, war „Leave“ vor allem auch eine rechtspopulistische, nationalistische Kampagne, die vor der Verbreitung von Unwahrheiten nicht zurückgeschreckt ist, egal ob es um die Finanzströme oder um Migration ging. 52 Prozent für ein UKIP-Projekt? Das lässt noch Düsteres ahnen.

Das Brexit-Referendum hinterlässt (insofern durchaus ähnlich wie die Bundespräsidentenwahl in Österreich) ein polarisiertes Land. Schottland, Nordirland und London haben mit doch recht deutlichen Mehrheiten für den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU gestimmt, England und Wales für den Ausstieg (übrigens nicht nur das ländlich geprägte England). Es scheint auch so zu sein, dass Jüngere deutlich für den Verbleib,¹ Ältere dagegen mehrheitlich für den Austritt gestimmt haben. Und – wiederum ganz parallel zu Österreich – höhere Bildung und ein Verbleib in der EU korrelierten ebenfalls deutlich.

Ob denen, die abgestimmt haben, die Konsequenzen ihrer Stimmabgabe klar waren, lässt sich durchaus in Frage stellen. Es waren wohl einige dabei, die hier eher die Protestwahl im Sinn hatten, oder die nicht wirklich geglaubt haben, dass ein Austritt aus der EU eben auch den Austritt aus dem Wirtschaftsraum, zunächst einmal das Ende der Personenfreizügigkeit für Brit*innen innerhalb der EU – egal, ob in Spanien oder in Berlin -, das Ende von Subventionszahlungen für den strukturschwachen ländlichen Raum und die Landwirtschaft und das Aus für die EU-Forschungsförderung bedeutet (vielleicht auch das Aus für das AKW Hinkley Point C, wir werden sehen). Dass die Börsen recht deut-

¹ Ich finde es interessant zu beobachten, jedenfalls ist das mein Eindruck, dass in letzter Zeit zunehmend Generationenkonflikte thematisiert werden. Und zwar durchaus auch unter dem Motto: die ältere Generation hatte es gut – und die jüngere steht jetzt mit einem oft prekären beruflichen Status vor den Scherben.

lich reagierten, dass der Kurs des Britischen Pfunds erstmal abgestürzt ist, dass Schottland jetzt erneut über die Unabhängigkeit und eine eigenständige EU-Mitgliedschaft diskutiert, dass der Friedensprozess in Irland möglicherweise wieder auseinanderbricht, ja, dass es sogar in London inzwischen Stimmen gibt, die Unabhängigkeit von England haben wollen, dass David Cameron zurücktritt – das haben möglicherweise viele der Abstimmenden nicht erwartet. Aber jetzt sind die Stimmen abgegeben und lassen sich nicht zurücknehmen.

Die populistische These, die sich daraus formen lässt, würde ungefähr wie folgt lauten: Hier wurde ein in der direkten Demokratie nicht angemessen zu behandelndes Thema auf eine Ja-Nein-Entscheidung verkürzt. Die Stimmen für den Brexit waren zu großen Teilen Stimmen uninformatierter Menschen, denen die Konsequenzen des eigenen Handelns nicht klar waren, und die sich von einfachen Parolen von UKIP und Boris Johnson haben einfangen lassen, die auf Jahren der Angstmacherei aufbauen konnten. Ähnlich wie bei der FPÖ, möglicherweise ähnlich wie bei Trump in den USA, ähnlich wie bei manchen Abstimmungen in der Schweiz ... Wenn diese These so stimmen würde, dann müsste noch einmal ernsthaft über (direkte) Demokratie und deren Vorzüge und Nachteile diskutiert werden.

Aber auch ohne den impliziten Vorwurf, dass ein großer Teil der Wähler*innen zu dumm zum Wählen ist, lässt sich die Brexit-Abstimmung zum Anlass nehmen, darüber nachzudenken, wie direkte Demokratie so gestaltet werden kann, dass sie nicht auf Polarisierung und Spaltung, sondern auf das Finden von Lösungen, auf Konsens und Zusammenhalt hin orientiert ist. Einfache Tools dafür gibt es keine. Möglicherweise würden höhere Hürden und Minderheitenschutzrechte – sagen wir, die Notwendigkeit einer 2/3-Mehrheit, um an den staatlichen Grundlagen etwas zu ändern –, deliberative Beteiligungsverfahren und die Möglichkeit einer „Probeabstimmung“ (und damit einer Frist, die eigene Entscheidung noch einmal zu überdenken) Überraschungen, die die eine Hälfte der Stimmberechtigten der anderen Hälfte macht, vermeiden.

Zurück zur konkreten Abstimmung. Es ist aktuell völlig unklar, was bis 2020 daraus erwachsen wird. Der Austritt aus der EU ist ein länge-

rer Prozess; derzeit gibt es Streit zwischen den Institutionen der EU² und der britischen Übergangsregierung.³ Das Referendum ist nicht bindend. Ob jetzt das große Zurückrudern beginnt, um gesichtswahrend doch in der EU zu bleiben, wird sich zeigen. Jedenfalls spalten sich mögliche Zukünfte hier und heute auf, insofern kann der 23.06. tatsächlich als historisches Datum angesehen werden.

Zu den Unsicherheiten gehört nicht nur die Frage, ob der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU tatsächlich umgesetzt wird. Ebenso ist offen, was jetzt in und mit Schottland passiert; die SNP hätte am liebsten ein unabhängiges Schottland als Mitgliedsstaat der EU. Es ist offen, was in Irland und zwischen Nord-Irland passiert. Es ist offen (na gut, sehr unwahrscheinlich), ob London sich zum unabhängigen Stadtstaat erklärt und aus der britischen Union austritt. Möglicherweise wird das Abstimmungsergebnis die Tendenz, London in der Selbstverwaltung zu stärken („devo max“), unterstützen.

Und dann sind die möglichen Folgen der Folgen offen. Je nachdem, wie hart die EU mit Großbritannien verhandelt, wird der Brexit abschrecken oder Nachahmer auf den Plan rufen. Schon heute kommen entsprechende Forderungen aus allerlei rechtspopulistischen Parteien (Wilders, FN, AfD, ...). Die EU könnte ohne Großbritannien schneller vorankommen und stärker zusammenwachsen, oder es könnte das Ende der EU bedeuten, wie wir sie kennen. Auch für die aktuellen Verhandlungen mit der Schweiz, die ja per Volksabstimmung gezwungen wurde, die stärkere Kopplung an die EU-Freizügigkeiten zurückzunehmen, verheißt es möglicherweise nichts Gutes, wenn jetzt jeder Kompromiss auch unter dem Fokus betrachtet wird, was Großbritannien bekommt oder nicht bekommt.

Wie sehen die mittelfristigen wirtschaftlichen Konsequenzen eines Austritts aus? Was passiert, wenn migrantische Arbeitskräfte aus Groß-

² Die nach dem Referendum jetzt möglichst bald mit den Austrittsverhandlungen beginnen möchten.

³ Cameron hat in seiner Rücktrittserklärung die Entscheidung darüber, ob es tatsächlich zu Austrittsverhandlungen kommt, in den Herbst und damit in die Hände seines Nachfolgers – möglicherweise Boris Johnson – gelegt.

Politische und gesellschaftliche Fragen

britannien nach Hause geschickt werden – Wissenschaftler*innen aus ganz Europa, Ärzt*innen, aber auch Handwerker*innen aus Niedriglohnländern? Kann London das Finanzzentrum der EU bleiben? Was hat das für Folgen für die globale Wirtschaft, wenn die City ihre Funktion verliert? Und wie wirkt sich Brexit auf internationale Abkommen und auf die Versuche aus, die großen Herausforderungen zu bewältigen? Auch hier sehe ich aktuell zumindest ein Mehr an Unsicherheit.

Das ist – neben der Tatsache, dass wählen Folgen hat – vielleicht das Fazit, dass sich aus Brexit ziehen lässt. Die Entscheidung trägt auf jeden Fall dazu bei, die Zeiten, in denen wir leben, interessanter zu machen. Was bekanntermaßen eher ein Fluch als etwas wünschenswertes ist.

Warum blogge ich das? Um einige der Dinge, die im Lauf des Tages da und dort diskutiert wurden, zusammenzuführen.

Nachdenken über Bündnis 90/Die Grünen



Das grüne Distinktionsproblem

20. Juni 2014 – Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Müslis und Ökos. Das gehörte lange zu den Klischees, wenn es um grüne WählerInnen und Mitglieder ging. Oder, etwas arrivierter, soziologischer und mit einem Hauch Sozialneid versehen: Angehörige des postmaterialistischen Bürgertums, die es sich leisten können, die Welt zu retten. Pointiert: AnhängerInnen eines „Lifestyle of Health and Sustainability“, kurz: Lohas, mit Glitzer, Yoga-Flugreisen und veganer Wellness.

Ob Grüne „grau und bürgerlich“ geworden sind, darüber lässt sich lange streiten. Zumindest bis vor einigen Jahren – das ist mein Stand der sozialwissenschaftlichen Literatur – gab es durchaus recht enge Überschnei-

dungen zwischen einer (wie auch immer gearteten) Orientierung an im weitesten Sinne nachhaltigen Lebensstilen und Haltungen einerseits und Sympathien für Bündnis 90/Die Grünen andererseits. Vielleicht hat sich da was auseinandergelebt, in den letzten Jahren. Aber wenn wir nicht über tatsächliche Praktiken sprechen, sondern über vorherrschende Bilder – auch Selbstbilder? – dann ist das mit der diskursiven Dominanz des „Ökos“ gar nicht so weit weg, wenn über Grüne gesprochen wird. Sollte dieser Kopplung zwischen Partei (alternativ: Bewegung; da sieht es letztlich ganz ähnlich aus) und Milieu doch noch ein Körnchen Wahrheit innewohnen, so sind damit zwei Probleme verbunden.

Erstens: Grüne schauen sich um und wundern sich, dass z.B. ihr Stromverbrauch so gar nichts mit den Durchschnittswerten zu tun hat. Oder sie beschließen, ein bisschen fortschrittlicher zu sein, was vegetarische Ernährung angeht – zumindest auf den Parteitag ist das ja ganz problemlos Standard – und plötzlich, wumms, schlägt *BILD* zurück und damit mitten ins Herz derjenigen, die so ein bisschen skeptisch auf diese Partei geschaut haben, aber sie vielleicht doch wählen wollten. Kurz gesagt, ist das ein Problem so etwas wie ein ökologischer Fehlschluss: Über die eigene, scheinbare Normalisierung nachhaltigkeitsorientierten Alltagshandelns wird ganz schnell vergessen, dass das für viele andere nichts mit Normalität zu tun hat.

Damit wird das Vermittlungsproblem grüner Politik, das immer dann eine besondere Rolle bekommt, wenn es um Dinge geht, die irgendwie – sei es über Strompreise, sei es über „Verbote“ – in den Alltag eingreifen, unterschätzt. Was dazu führt, dass Kampagnen an der 10%-Hürde scheitern und beim Überschreiten des Tellerrandes überzogen und damit kontraproduktiv wirken.

Zweitens: Noch etwas vertrackter ist die Tatsache, dass alltägliche Praktiken immer auch ästhetische und symbolisch-expressive Anteile haben. Oder, um auf Bourdieu zurückzugreifen: Unser Konsumhandeln, unser Geschmack – all das sagt sehr viel darüber aus, wie wir gesellschaftlich einsortiert werden bzw. uns selbst einsortieren. Und zwar sowohl dann, wenn diese Praktiken in Fleisch und Blut übergegangen sind, und ihre Distinktionswirkung überhaupt nicht auffällt, als auch dann, wenn be-

stimmte Praktiken ganz bewusst um einer Distinktionswirkung willen gewählt und vollzogen werden. Ein Beispiel für den ersten Fall: Wer sich seit Jahren vegetarisch ernährt, denkt nicht darüber nach, wie das auf andere wirkt. Er oder sie tut das auch nicht, um sich abzugrenzen – wird aber automatisch abgegrenzt. Was dazu führt, dass andere diese Tatsache immer wieder thematisieren. Oder die Umstände verunmöglichen unbewusstes Handeln, weil etwa erst nachgefragt werden muss, mit was eigentlich diese Teigröllchen auf dem Buffet gefüllt sind. Womit das Distinktionsmerkmal „ernährt sich vegetarisch“ mitten im Raum steht, und eben nicht mehr selbstverständlich sein darf.

Oder, der zweite Fall: Sich ganz bewusst für oder gegen bestimmte Konsumoptionen zu entscheiden, und dabei immer auch Vorurteile zu aktualisieren und gemeinschaftliche Haltungen bestätigen, also Abgrenzung zu produzieren. Fahrradanhänger (der richtigen Marken) können das (wie überhaupt alles rund ums Kind heftig mit Symbolik aufgeladen ist). Oder der handwerklich hergestellte Käse vom Bauernmarkt, der eben nichts mit dem Fraß zu tun hat, den „die“ zu sich nehmen. Die Anti-AKW-Fahne am Balkon oder der entsprechende Aufkleber auf dem Volvo.

Damit produziert eine Orientierung des eigenen alltäglichen Handelns an dem, was als nachhaltig gilt, immer auch Abgrenzungen. Es geht nicht nur darum, dass der eigene Horizont der Normalität eingeschränkt ist, sondern auch darum, dass die schöne eigene Lebensstil-Insel – bis hin zu real existierenden Stadtvierteln – in Gefahr geraten würde, wenn alle das tun würden, was (dort) als ökologisch sinnvoll dargestellt wird. Dann müsste doch zumindest zwischen Discounter-Bio (der Notlösung für die Massen) und Bioladen-Bio (für das eigene gute Gewissen) unterschieden werden, immer einen Standard strenger und ein paar Euro teurer. Neue Werte müssen her, und müssen gelebt werden, um die abgrenzende Kraft des faktischen zu erhalten – aus vegetarisch wird vegan, Carsharing nur noch mit Elektroautos, und auch die Bahncard 100 eignet sich bei Bedarf als Statussymbol. Oder es werden andere Felder aufgemacht: Kommunikationsökologie und der bewusste Umgang mit Zeit, beispielsweise.

Das ist jetzt alles etwas holzschnittartig dargestellt, aber dennoch bin ich überzeugt, dass diese beiden Mechanismen – die Ignoranz für das, was „draußen“ als normal gilt, und die (unbewusste) Abgrenzung über die Wahl ökologischer Stilisierungen und Praktiken – uns Grüne vor eine gewisse Herausforderung stellen. Ähnliches mag sich Robert Habeck¹ gedacht haben:

„Wenn ich aber kein Fleisch esse und niemals Milch bei Aldi kaufe, predige ich das bessere Menschentum. Das würde als abgehobene Lebensstil-Vorschreiberei verstanden.“

zitiert ihn Peter Unfried, und denkt dann über Moral und dergleichen mehr nach. Nun wird der schleswig-holsteinische Minister das nicht gesagt haben, weil er zu faul ist, die Milch vom Bauernhof zu kaufen. Und auch die Unvereinbarkeitsprobleme, die derartige Ämter mit sich bringen (Stichwort: innerdeutsche Flüge), dürften nur eine geringe Rolle gespielt haben. Habeck geht es darum, dass eine ganze Reihe ökologischer Reformen ohne gesellschaftliche Mehrheiten scheitern – auch welche, die gar keine Auswirkungen auf den individuellen Alltag haben – und dass Rigorosität in den Lebensstilen es erschwert, hier Mehrheiten zu finden.

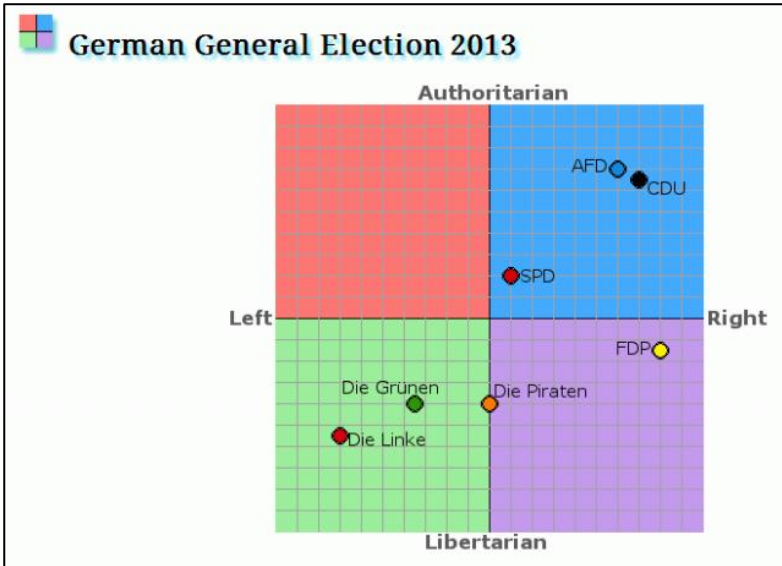
Nun hat Unfried, der alte Kretschmann-Fan, natürlich seine eigene Agenda, ebenso wie Habeck. Und als ich das ganze mal auf Facebook andiskutiert habe, kamen auch gleich die Reaktionen, die erwartbar waren: Auf der einen Seite der Hinweis auf die Glaubwürdigkeit und Authentizität grüner Politik, die nur mit vorbildhaftem Personal funktionieren, auf der anderen Seite ganz schnell der Verdacht, dass es hier um eine Aufweichung grüner Positionen, ein mainstreamkompatibles Weichspülen gehen solle. Wichtig sei doch, für grüne Positionen einzutreten und diese glaubhaft zu vertreten. Wer einmal beginne, sich nach dem Geschmack der potenziellen WählerInnen (a la Wurm muss dem Fisch schmecken ...) zu orientieren, würde ganz schnell bei der FDP landen. Und so weiter.

Das war zwar eine interessante Debatte, aber eine, die mir ein bisschen zu sehr von der oben skizzierten Kernfrage wegführte. Weil ich die Ambivalenz durchaus sehe, die grüner Glaubwürdigkeit in der Politik des All-

¹ <https://taz.de/Freiheit-und-Oekomoderne/!5040249/>

tags zukommt. Vermutlich hilft hier nur Pragmatismus. Und ab und zu ein Realitätsabgleich zwischen Idealen, Ideen und Wissensbeständen in der Partei und dem, was „draußen“ so gedacht wird. Nicht, um von grünen Zielen abzurücken, wohl aber, um ein realistisches Bild dafür zu bekommen, wie weit welche Ideen angekommen sind, und auch, wo es vielleicht Anknüpfungspunkte für unerwartete Allianzen gibt.

Warum blogge ich das? Weil mich irritiert hat, wie vehement das Habecksche Argument zurückgewiesen wurde.



Links, zwei, drei

6. Juli 2014 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Die Debatte darum, ob Bündnis 90/Die Grünen eine linke Partei sind – was für mich lange eine Selbstverständlichkeit war – dreht mal wieder auf. In diesem Blogbeitrag will ich zunächst versuchen, die unterschiedlichen Ebenen zu sortieren, auf denen diese Frage diskutiert wird.

1. Was ist überhaupt links?

Das Links-Rechts-Schema hat ja eine ziemlich alte Tradition, bis hin zu Sitzordnungen in den Parlamenten nach der französischen Revolution. Es gibt eine ganze Reihe Versuche, aus dem eindimensionalen Links-Rechts-Verlauf ein mehrdimensionales Schema zu machen. Bekannt ist

der *Political Compass*¹; hier wird zwischen einer „links“ und „rechts“ gelabelten wirtschaftspolitischen und einer zwischen „libertär“ (also freiheitlich) und „autoritär“ aufgespannten zweiten Dimension unterschieden. Grüne landen dabei ziemlich konsistent im wirtschaftspolitisch-linken und gesellschaftspolitisch-libertären Quadranten.

Oben ist der *Political Compass* für die Bundestagswahl 2013 dargestellt; ich nehme an, dass hierzu die Parteiprogramme ausgewertet wurden. Auffällig ist, dass der links-autoritäre Quadrant (DKP?) leer und der rechts-libertäre Quadrant fast leer ist. Die größeren deutschen Parteien lassen sich vielmehr wunderbar auf einer Perlenkette auffädeln, die als Gerade andeutet, dass die beiden Dimensionen, die der *Political Compass* unterscheidet, in der deutschen Parteienlandschaft korrelieren. Dabei lässt sich über die eine oder andere Irritation trefflich streiten: beispielsweise ist „Die Linke“ hier noch etwas libertärer als wir Grüne. Und der Abstand Grüne-SPD ist fast genauso groß wie SPD-CDU.

Wer den *Political Compass* selbst machen will,² kann dies online tun, indem er/sie eine Reihe von Fragen zu politischen und weltanschaulichen Haltungen beantwortet. Ich lande dabei immer (mit gewissen Abweichungen zwischen den Jahren) tief im linkslibertären Feld, also noch deutlich linker und deutlich libertärer als der Punkt „Grüne“ oben.

Jedenfalls wäre, diesem Tool zufolge, „linkslibertär“ als der eine politische Haltung Politik, die misstrauisch gegenüber (großen) Konzernen ist, die Ungerechtigkeit bekämpfen will, und die sich gleichzeitig für ein großes Maß individueller Freiheiten (etwa bezüglich Sexualität, Drogengebrauch) einsetzt. Grüne und Linke sind – im Mittel – klar an diesem Pol verortet, die SPD liegt etwa in der Mitte des politischen Spektrums (steht also, je nach Deutung, für gute Kompromisse oder für Orientierungslosigkeit), und am rechten Rand fächert es sich etwas auf zwischen AFD und Union einerseits, die stärker autoritär orientiert sind, und der FDP mit etwas libertäreren Positionen.

¹ <https://politicalcompass.org/>

² <https://politicalcompass.org/test>

2. Sind Grüne links?

Die zweite Frage, die sich in dieser Debatte unmittelbar anschließt, ist die Frage danach, ob Grüne links sind. Von der Geschichte der Partei – mit der Abspaltung der Rechtskonservativen um Gruhl in die ÖDP – und vom Programm her scheint das klar so zu sein. Sowohl bezogen auf die wirtschaftspolitische Dimension als auch bezogen auf die gesellschaftspolitische Achse stehen Grüne als Partei klar links der Mitte. Wir wenden uns gegen die Verantwortungslosigkeit eines völlig freien Marktes und gegen die Idee, dass der Staat es schon richten wird. Das passt gut zum emanzipatorischen Menschenbild, das ich zumindest als Teil des grünen Wertekerns sehe.³

Gleichzeitig ist auf beiden Achsen noch Raum für extremere Positionen – insofern verwundert es nicht, dass eine Seite, die Grünen den Status als linke Partei gerne abspricht, Teile der Bewegung sind, linke Abspaltungen oder eben Parteien wie die LINKE, die mit Verweis auf Hartz IV, Kriegseinsätze und eine generelle Wirtschaftsfreundlichkeit behaupten, Grüne als links zu bezeichnen sei Etikettenschwindel.

Die Frage, ob Grüne links sind, hat allerdings noch einen anderen Aspekt. Schließlich sind wir primär eine Partei der Nachhaltigkeit und der Ökologie. Da spielt – getreu dem alten, blöden Spruch „weder links noch rechts, sondern vorne“ – weder die wirtschaftspolitische noch die gesellschaftspolitische Achse eine Rolle; wer die Welt retten will, wird zu allen Mitteln greifen, die dieses Ziel befördern. Und Natur- und Umweltschutz lässt sich sowohl konservativ als auch progressiv als politisches Ziel definieren.

Ich sehe das etwas anders. Erstens sind wir keine reine Ökopartei, auch wenn Nachhaltigkeit sicherlich unsere stärkste und wichtigste Karte ist. Und zweitens sind wir, glaube ich, eher eine Nachhaltigkeits- als eine Naturschutzpartei, d.h. die Gerechtigkeitsaspekte im eigenen Land, aber auch global, aber auch zwischen den Generationen, die Nachhaltigkeit ausmachen, können nicht einfach beiseite gewischt werden.

³ Die „Neue Linke“ der 1960er Jahre lässt als Ahnfrau grüßen ...

Das waren jetzt Aussagen über die Partei insgesamt. Trotz diverser Abspaltungen sind wir, manche sprechen von „kleiner Volkspartei“, intern eine relativ heterogene Partei, in der durchaus widersprüchliche Haltungen geduldet werden. Nicht nur die Strukturierung in zwei Flügel ist ein Zeichen hierfür, auch einzelne, z.T. durchaus prominente, Personen stehen klar für Positionen, die eher am Rand der „Meinungswolke“ der Partei liegen. Dies betrifft insbesondere die klassische wirtschaftspolitische Achse.

3. Machen Grüne linke Politik?

Das ist die im Vergleich zur vorherigen Frage deutlich kniffligere Frage. Es scheint mir eine ganze Reihe von typisch grünen Politikfeldern auf kommunaler und auf Landesebene zu geben, bei denen links oder rechts nicht wirklich eine Rolle spielt. Bebauungspläne, Radwege, Stuttgart 21, ... – was genau hier die linke oder die rechte Position ausmacht, ist gar nicht so einfach zu sagen. Ein diffuses „für die Kleinen“ und „Gerechtigkeit“ kann auch bei solchen Themen eine Rolle spielen – Wohnraum, Mietpreisentwicklung, wer kann sich welches Verkehrsmittel leisten – aber letztlich wird hier nicht nach links oder rechts entschieden.

Entsprechend wenig ausgeprägt – und das gilt wohl insbesondere für Baden-Württemberg – ist bei vielen Kommunal- und LandespolitikerInnen der Wunsch, sich als links oder als rechts darzustellen. Oder, um ein Bundesthema zu nehmen, die Energiewende: Es ist nicht links, Brandenburg abzubaggern (DIE LINKE), es ist nicht links, die Arbeitsplätze in der Energiebranche nach vorne zu schieben (SPD), und es ist auch nicht links, eher auf kleine, von unten wachsende Bürgerkraftwerke zu setzen als auf große Konzerne (Grüne). Oder?

Deutlich wird hier jedenfalls, dass die insgesamt realpolitischer eingefärbte Partei – was ich jetzt nicht als Orientierung an einer Strömung meine, sondern als Aussage zum Verhältnis zum Konkreten und zur Utopie – zumindest zu einem Teil in Feldern agiert, die mit links und rechts zunächst einmal wenig zu tun haben, und die auch nicht durch

die gesellschaftspolitische Achse erfasst werden. Für viele machen aber gerade diese Felder grüne Politik aus.

4. Sollte grüne Politik links sein?

Alle paar Jahre – 2009, 2011, 2014, ... – wird diskutiert, ob wir uns nicht mehr der Mitte zuwenden sollen. Oder, anders gesagt: einzelne Realos und Realas – und hier dann als Flügel gemeint – plädieren öffentlich dafür, dass wir doch konservativer werden müssten. Oder wirtschaftsfreundlicher. Um neue Wählerschichten zu erreichen.

Ich finde diese Frage gar nicht so einfach zu beantworten. Auf der einen Seite bin ich sehr fest davon überzeugt, dass wir uns an der richtigen Stelle im politischen Spektrum befinden, und dass es, wenn überhaupt, nicht darum gehen kann, rechts WählerInnen zu gewinnen, die uns dann links verloren gehen, sondern nur um eine Ausweitung. Auch persönlich gibt es eine ganze Reihe von Positionen, die ich auf keinen Fall aufgeben möchte, und die – etwa im Bereich individueller Freiheiten – vielen als links gelten. Angesprochen sei hier etwa die Debatte um Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen.

Auf der anderen Seite sehe ich durchaus, dass ein Teil der baden-württembergischen Erfolge etwas damit zu tun hat, dass hier ein Kurs gefunden wurde, der nah an den Menschen ist, der Wirtschaft zunächst einmal positiv bewertet, und der nicht vor ungewöhnlichen Bündnissen zurückscheut, um grüne Ziele zu erreichen. Wir sind hier, um es mal so auszudrücken, deutlich weniger sozialdemokratisch als Grüne in einigen anderen Bundesländern. Und das scheint in der Summe durchaus erfolgsversprechend zu sein.

Beide Positionen beschreiben ein Spannungsfeld, dass wir in der Partei immer wieder aushandeln müssen. Einzelne Zeitungsartikel einzelner Oberbürgermeister sind da nicht wirklich hilfreich; idealerweise sollte der Ort für diese Aushandlung in der Partei und nicht in den Medien liegen. Damit komme ich zur letzten Frage:

5. Sollen wir uns als linke Partei darstellen?

Programmatisch sind wir eine linkslibertäre Partei, auch wenn viele typische grüne Handlungsfelder nicht durch die beiden Achsen links/rechts und libertär/autoritär bemessen werden können. Zugleich weckt ein *Labeling* als „links“ jedoch Erwartungen, die wir nicht erfüllen, weil ein geerdeter grüner Politikansatz vom Hier und Jetzt ausgeht, und schaut, was unter den gegebenen Rahmenbedingungen (ich sage nur Haushalt ...) möglich ist, statt diese Rahmenbedingungen in Frage zu stellen. Zudem ist offen, was eigentlich für Assoziationen mit dem Etikett „links“ verbunden werden.

Ich kann damit leben, wenn wir inhaltlich eine linke und libertäre Partei bleiben, das aber im Marketing und in der Außenwirkung nicht herausstellen. Auch dazu ist es allerdings wenig hilfreich, alle paar Jahre öffentliche Debatten um diese Frage zu führen.

Warum blogge ich das? Weil ich – im zweiten Anlauf und nach intensiver Facebook-Diskussion – dann doch mal versuchen wollte, diese Debatte für mich zu ordnen.



Vertrauensbildende Maßnahmen

29. Oktober 2014 – So grün, so grün

Am Montag schrieb ich noch darüber, dass der BDK etwas fehle,¹ und gestern tauchte dann ein Papier auf. Das Papier „Grüner Aufbruch 2017“² löst nicht das gestern angesprochene Problem, aber es ist, meine ich, eine vertrauensbildende Maßnahme, die genau zur richtigen Zeit kommt. Deswegen unterstütze ich dieses Papier. Sinn und Zweck des Aufbruch-Papiers wurden von den Medien durchaus richtig erkannt. Astrid Geisler³ schreibt in der *taz*, dass der Antrag „frei von inhaltlichen Sensationen [sei] und trotzdem ein wirklich bemerkenswertes Opus“ darstelle – aufgrund der UnterzeichnerInnen, zu denen nicht nur die fünf stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktion und Malte Spitz

¹ <http://blog.till-westermayer.de/index.php/2014/10/27/kurz-wer-waermt-das-gruene-herz/>

² <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruenen-antrag-fuer-parteitag-ver-soehnen-statt-spalten-a-999681.html>

³ <https://taz.de/Fluegelstreit-bei-den-Gruenen!/5029977/>.

gehören, sondern auch Claudia Roth und Jürgen Trittin, Alexander Bonde und Boris Palmer. Viel breiter und flügelübergreifender geht es nicht. Und insofern hat auch Florian Gathmann Recht, wenn er bei *Spiegel Online* unter der Überschrift „Versöhnen statt Spalten“ schreibt, dass die Botschaft des Papiers sei:

„Wir Grünen können nur gemeinsam erfolgreich sein. Das ist nicht besonders originell – aber angesichts der aktuellen Lage bei den Grünen mehr als ein Allgemeinplatz.“

Wer bei den UnterzeichnerInnen fehlt, sind die Hessen – die mit F04, zu dem der „Aufbruch 2017“ eine „Globalalternative“ darstellt, in gewisser Weise die ganze Sache mit ausgelöst haben.

Noch einmal: Der „Aufbruch 2017“ ist keine rhetorische Glanzleistung. Er ist kein strategisches Meisterwerk. Vieles, was dort beschrieben wird, ist – eigentlich – Minimalkonsens der Partei. Oder sollte es zumindest sein. Große Innovationen fehlen, dafür finden sich Floskeln zuhauf. Aber um all das geht es nicht. Und der Antrag ist erst recht keine weitere Aufarbeitung der verlorenen Bundestagswahl, auch wenn manche Absätze so wirken, sondern der Versuch, jetzt nach vorne zu schauen – gemeinsam. Deswegen finde ich die Kritik (wie hier von Jörg Rupp)⁴, die die symbolische Handlungsdimension ignoriert und allein auf inhaltliche Schwächen und fehlende Themen verweist, an dieser Stelle und zu diesem historischen Moment schlicht falsch. Kurzum: Es geht darum, das innerparteiliche Vertrauen wieder herzustellen, das in den letzten zwölf Monaten verloren gegangen ist. Und damit die Grundlage dafür zu legen, auch nach außen als eine Partei auftreten zu können.

Nun ist es mit dem Vertrauen in einer Partei so eine Sache. Dazu muss nicht auf den Niedergang der Piraten geblickt werden. Am Schluss geht es immer um die Konkurrenz um Ämter (und, weil ich es falsch finde, uns darauf zu reduzieren: natürlich ebenso um die programmatische Konkurrenz). Parteitage können wie Familientreffen wirken, aber wenn, dann sind sie Familientreffen von weitverzweigten Clans, in denen längst nicht nur Harmonie herrscht. Jedenfalls ist Vertrauen innerhalb von Par-

⁴ <https://joergrupp.de/auf-schmusekurs/>

teien eine zerbrechliche Angelegenheit, dünnes Eis, das nur bis dahin trägt, und nicht weiter. Trotzdem geht es nicht ohne – wenn jede politische Handlung nur noch nach dem Maßstab „für mich oder gegen mich“ beurteilt wird, bleibt von einer Partei nur eine leere Hülle. Insofern gehört zu den größten Herausforderungen, die eine gute Parteiführung hinkriegen muss, die Balance zwischen Grundvertrauen und Gemeinschaftlichkeit auf der einen Seite und Konkurrenz und „Streitkultur“ auf der anderen Seite. Denn es geht ja um etwas – insofern hilft es auch nicht, sich auf formale Kompromisse zu einigen, und Konflikte nicht auszutragen. Aber der Boden sollte doch ein gemeinsamer sein, und wenn am Ende des Tages Blut aufgewischt werden muss, ist etwas falsch gelaufen. Deswegen finde ich es gut, dass hier – über die ganze Breite der Partei hinweg – gemeinsam der Blick nach vorne geübt wird. Das ist eine vertrauensbildende Maßnahme. Es ist auch ein Akt der Einhegung.

Wenn Jörg auf die „Alphamännchen“ – ich meine, jeglichen Geschlechts – in der Partei verweist, dann ist das nicht ganz falsch. Aber es ist nicht das eigentliche Problem. Der Evolutionsdruck in Parteien, wenn wir schon bei biologischen Metaphern sind, bringt einen gewissen Narzissmus, eine gewisse Eitelkeit hervor. Wer nicht auffällt, wird nicht gewählt, und wer nicht mit den Medien spielt, um sich als Führungspersönlichkeit zu inszenieren, wird auch nicht für eine gehalten. Aber es braucht einen Gegenpol, und der kann in einer grünen Partei nur die „Basis“ sein – es ist unsere Verantwortung als aktive Mitglieder der Partei, für Erdung zu sorgen. Hinter der Floskel davon, die „Partei mitzunehmen“ (die Mitglieder mitzunehmen, die Menschen mitzunehmen) steckt eben auch die Bringschuld der Partei, der Mitglieder, der Menschen, sich gegebenenfalls entgegenzustemmen, jedenfalls: als merkliches Gewicht spürbar zu sein, wenn es dem bedarf. Aber dieses Kräfteverhältnis darf nicht mit der bis ins Selbsterstörerische gehenden Selbstbeschäftigung verwechselt werden. Auch deswegen finde ich den zentralen Kern des „Aufbruchs 2017“ relevant: Grüne stehen als Partei für eine bestimmte Vorstellung von Zukunft, für die andere Parteien nicht stehen.

„Unter diesen demokratischen Verhältnissen [der Groko] ist heute und in Zukunft eine werteorientierte, glaubwürdige,

verlässliche und über den Tag hinaus denkende Partei, die Ökologie, Demokratie, Gerechtigkeit sowie Freiheit und Selbstbestimmung miteinander verbindet, notwendiger denn je. Das treibt uns an, das motiviert uns. Wir brauchen keine Nabelschau, keine gegenseitigen Ermahnungen. Deshalb geht es für uns [...] um den Blick nach vorne.“

Und natürlich ist der Aufruf, keine Nabelschau zu betreiben, zunächst doch noch einmal Nabelschau. Aber ich sehe darin eine Brücke, wieder zu einem vertrauensvollen Umgang in der Partei zurückzukehren und ein klares Bild nach außen abzugeben, wofür wir stehen, wohin wir wollen, wie es mit Grün weitergeht. Das heißt auch: Einstehen für Gestaltungswillen und für Eigenständigkeit.

„Der Grüne Aufbruch für 2017 braucht Ideen und Visionen mit dem Willen zur (langfristigen) Veränderung und nicht den Zwängen möglicher Koalitionsverhandlungen folgend. Unser politisches Handeln, ob außenparlamentarisch, in Regierung oder Opposition, muss sich daran messen lassen, ob es uns gelingt, Veränderungen im Sinne unserer Werte umsetzen zu können. Dabei muss die Richtung stimmen: ökologischer, sozialer, gerechter, demokratischer und friedlicher.“

Was es heißt, in diese Richtung zu gehen, welche Instrumente und Strategien die richtigen sind – über all diese Fragen wird es auch nach diesem Papier weiter intensive Debatten geben. Auch das gehört zur grünen Kultur dazu. Aber es wird sie, so jedenfalls meine Hoffnung, wieder ein Stück weit mehr geben als Streit um den besseren Weg, und nicht als Misstrauenserklärung. Darum geht es.

Warum blogge ich das? Um öffentlich zu machen, dass und warum ich den Aufbruch 2017 unterstütze. Zum Thema Vertrauen/Misstrauen in der grünen Partei bzw. im linken Spektrum fiel mir noch dieser Text⁵ (von 2012) ein. Passt ganz gut.

⁵ <https://blog.till-westermayer.de/2012/06/nachtgedanken-gegen-das-habituelle-misstrauen-der-linken/>



Die neuen Eurobasidemokraten, oder: Zurück in die 1980er?

24. August 2015 – So grün, so grün

Eigentlich gibt es zur Zeit wichtigeres als das Innenleben der grünen Partei. Trotzdem könnte die 39. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, die Ende November in Halle stattfindet, interessant werden, liegen doch inzwischen einige Anträge Unzufriedener vor. Ich denke dabei insbesondere an den Antrag „Die Partei strategisch neu aufstellen. Fenster und Türen öffnen!“ von Robert Zion und an den Antrag „Für eine umfassende Rückkehr zu basisdemokratischen Strukturen“ von Frank Brozowski und anderen.¹ Insgesamt stehen inzwischen 146 Personen unter den Anträgen. Worum geht es?

Beide Anträge sind formell recht ähnlich aufgebaut. Auf eine längere Analyse mit Empfehlungen – bei Zion eher strategisch-inhaltlich, bei Brozowski stärker an Formalien orientiert – folgt jeweils ein recht knapp gehaltener Beschlussteil. Bei Robert Zion heißt es hier:

*„Die Bundesdelegiertenkonferenz nimmt die hier darge-
stellte Analyse und das strategische Konzept „Europa an-*

¹ Beide Links funktionieren nicht mehr.

ders bauen – ein neuer Vertrag für unsere Gesellschaften“ zustimmend zur Kenntnis. Sie beauftragt den Bundesvorstand entsprechende organisatorische und programmatische Schritte zur Umsetzung eines solchen oder ähnlichen Langzeitkonzepts mit konkreten Zeitschienen einzuleiten. Die satzungsmäßigen Organe und Arbeitsgemeinschaften sowie die Parteibasis sind in die Erarbeitung mit einzubeziehen. Potenzielle politische und gesellschaftliche Verbündete in ganz Europa sind zu identifizieren, um in einen Austausch über gemeinsame Ziele und Strategien einzutreten.“

Der Basisdemokratie-Antrag fordert entsprechend:

„Der Inhalt des vorliegenden Antrags wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Es wird eine in ausgewogener Weise mit Mitgliedern des BuVos, der LaVos, des Parteirat und mit Basismitgliedern besetzte Kommission eingesetzt. [...] Die oben genannten konkreten Ziele sind als Forderung zu betrachten, die von der Kommission umgesetzt werden. Deutlich vor Antragsschluss vor der BDK 2016 legt die Kommission Ergebnisse vor, die zeigen sollen, wie die genannten Probleme konkret gelöst und die genannten Ziele erreicht werden können. Auf der BDK 2016 sollen die entsprechenden Punkte (Satzungsänderungen etc.) beschlossen werden. Wir gehen davon aus, dass es sich hierbei um einen längeren Prozess handelt. Deshalb ist auch auf den nächsten BDKen (mind. 5 Jahre) jeweils ein Tagesordnungspunkt „Basisdemokratie“ anzusetzen.“

Beide Anträge gemeinsam – es gibt durchaus Überlappungen zwischen den jeweiligen AntragstellerInnen und UnterstützerInnen – gemeinsam würden versuchen, für einen längeren Zeitraum („Langzeitkonzept“, „längeren Prozess“) inhaltlich wie organisatorisch das Arbeitsprogramm des Bundesvorstands festzulegen. Derartige Arbeitsaufträge sind nicht ganz ungewöhnlich, beispielsweise hat eine der letzten Bundesdelegiertenkonferenzen eine Kommission eingesetzt mit dem Auftrag, die grüne Position zum Verhältnis Kirche und Staat zu klären. Ebenso gibt es immer wieder Beschlüsse zu einzelnen Themen, die aus der Basis der Partei heraus initiiert worden sind. Der Anspruch, über

Anträge zum Parteitag in diesem Ausmaß eine inhaltlich-strategische Neuausrichtung der Partei einzufordern, ist dagegen eine neue Qualität. Insofern lohnt sich eine inhaltliche Auseinandersetzung.

Revival der Bewegungspartei, nur diesmal europäisch

Der Antrag „Die Partei strategisch neu aufstellen, Fenster und Türen öffnen!“ stellt in seiner Analyse zunächst einmal fest, dass es auf Bundesebene an realistischen Regierungsoptionen fehlt, und dass es einen „politischen Stillstand“ im Land gibt. Bereits hier fällt auf, dass das Beschreibungen sein mögen, die für die Bundesebene zutreffen, aber völlig ignorieren, dass Bündnis 90/Die Grünen derzeit in neun Ländern an der Regierung beteiligt sind. Neben Bundespartei und Bundestagsfraktion haben damit stärker als früher neue AkteurInnen die politische Bühne betreten. Und auch aus den Landesverbänden ohne Regierungsbeteiligung gibt es verstärkt programmatische Impulse.

Zurück zur Bundesebene. Für Zion bilden die Themenkomplexe „Flucht und Migration, Klima, europäische Einheit, Frieden und Sicherheit, Renationalisierung“ einen krisenhaften Zusammenhang, der zusammen „die schwerwiegendste und gefährlichste Krise unseres demokratischen Systems seit dem Zweiten Weltkrieg“ darstellt. Ähnliche Tendenzen sieht er nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa. Dementsprechend hängen für ihn das europäische Projekt und der Weg aus diesem Krisenkonnex eng zusammen. Sein Fazit:

„[...] wir wenden die große Gefahr nur ab, wenn sich der eingeschlagene Weg in Europa ändert, Europa ändert sich nur, wenn Deutschland seinen Kurs ändert, Deutschland ändert seinen Kurs nur, wenn die Alternativlosigkeit des politischen Systems hierzulande durchbrochen wird, und diese wird nur durchbrochen, wenn wir Grünen für uns diese strategische Entscheidung zur Veränderung treffen.“

Die „strategische Entscheidung zur Veränderung“ meint, Bündnis 90/Die Grünen als die progressiv-europäische Kraft zu positionieren, „mit dem Zielpunkt der Schaffung einer tatsächlichen europäischen sozialen Demokratie, Einheit und eigenständigen Friedensordnung“. Dieses Pro-

jekt wird mit einigen Stichpunkten umrissen, die vom „Green New Deal“ über die Schaffung einer europäischen Verfassung bis hin zu einer eigenständigen, von der NATO unabhängigen europäischen Sicherheitspolitik reichen. Ökologie und Klimapolitik spielt dabei zwar weiterhin eine Rolle, steht aber hinter dem großen europäischen Projekt zurück. Das Ergebnis wäre ein neues grünes Alleinstellungsmerkmal: die Partei, die den europäischen Prozess hin zu einem Bundesstaat mit gemeinsamen Werten und einer gemeinsamen Politik klar vorantreiben will, und sich dabei – zwischen den Zeilen zu lesen – beispielsweise klar gegen TTIP positioniert.

Dieses Großprojekt würde aus Zions Sicht deutliche organisatorische Veränderungen voraussetzen. Zentral ist dabei das, was er als „Expansions- und Bündnisstrategie, die den politischen Normalvortrag auf nationaler Ebene durchbricht“ bezeichnet. Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene, aber auch die Heinrich-Böll-Stiftung, sollen zum organisatorischen – finanziell wie personell unterfütterten – Kern eines europaweiten Bündnisses nahestehender Parteien, Gewerkschaften und NGOs werden. Etwas böse zugespitzt: Unter Berliner Kampagnenleitung, finanziert durch Spenden, Mitgliedsbeiträge und Wahlkampfkostenerstattungen soll eine europaweite Allianz aufgebaut und kampagnenfähig gemacht werden. Dabei soll die Partei auch „für verbündete Akteure von Außen geöffnet“ werden – vielleicht auch als Gegenmittel gegen zuviel deutschen Führungsanspruch in einem solchen Bündnis gemeint.²

Insgesamt erinnert mich das Konzept an einen früheren Zeitpunkt – jedenfalls, soweit sich das nachlesen lässt. Mitte/Ende der 1980er Jahre waren „DIE GRÜNEN“ als Bewegungspartei möglicherweise genau dieser Nexus, um die Bundesrepublik auf einen progressiven Weg zu setzen, ähnlich strukturiert wie von Zion vorgeschlagen, nur eben auf Westdeutschland beschränkt. Auch die grüne Fraktion im europäischen Parlament hat bis in die 1990er Jahre hinein insbesondere auch eine Knotenfunktion für Kampagnen und Bündnisse innegehabt. Ähnlich sieht es

² Stimmt, eine Europäische Grüne Partei (EGP) existiert. Wie das Verhältnis dieser Strategie zur EGP aussehen soll, führt Zion leider nicht aus.

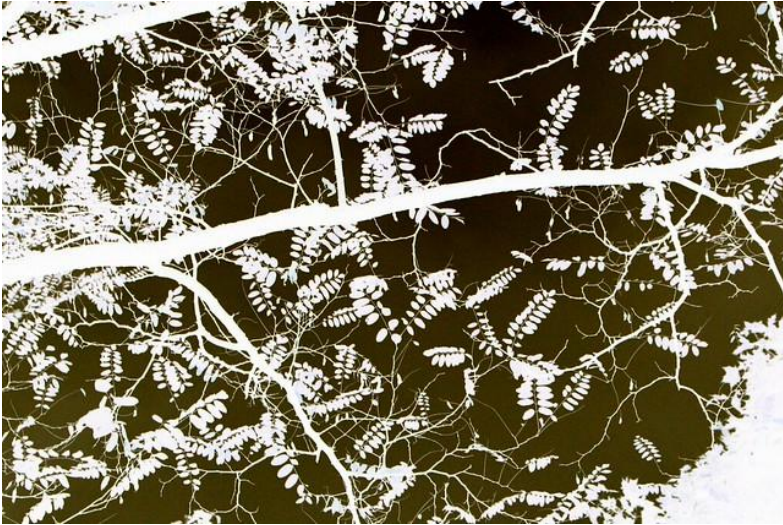
mit der zweiten organisatorischen Komponente der postnational-progressiven Strategie aus:

„Die Entwicklung eines modernen Konzepts der Basisdemokratie auf der Höhe der derzeitigen technischen Möglichkeiten ist unabdingbar, insbesondere was die Nutzung oder Neuschaffung alternativer Medien und Kommunikationskanäle und Plattformen im Hinblick auf Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten betrifft.“

Die transnationale Online-Kür der SpitzenkandidatInnen im letzten Europawahlkampf hat nur so halb funktioniert. Und die Erfahrungen der Piraten mit ihrem Versuch, auf der Höhe der „derzeitigen technischen Möglichkeiten“ Basisdemokratie zu digitalisieren, sind nicht besonders aufmunternd. Aber vielleicht sind „alternative Medien und Kommunikationskanäle“ für Zion auch eher sowas wie europäische, in viele Sprachen übersetzte Parteizeitungen und Youtube-Streams?

Im zugespitzten Fazit erscheint mir Zions Antrag als Versuch, einen bestimmten historischen Zustand unter postnationalen Bedingungen und mit neuen technischen Möglichkeiten wieder herzustellen. Ich mag ja die Musik der 1980er Jahre, und manchmal erscheint mir diese Kindheitszeit als goldenes Jahrzehnt der ökosozialen Bewegung. Allerdings ließe sich jetzt doch länger darüber streiten, wie erfolgreich die damaligen grünen Konzepte – parlamentarischer Arm der Bewegung, basisdemokratisches Experimentierfeld – letztlich wirklich waren, und auch darüber, was ihre (versteckten) psychosozialen Kosten sind. Aber noch wichtiger ist die Frage, ob sich diese Konzepte nach der Erfahrung einer grünen Regierungsbeteiligung auf Bundesebene und unter aktueller Beteiligung am progressiven Normalvollzug in neun Ländern so einfach übertragen lassen, oder ob hierdurch nicht eine irreparable Zustandsänderung eingetreten ist, die dieser Antrag erst einmal zur Kenntnis nehmen müsste. Und was macht eigentlich die LINKE so?³

³ Sylvia Löhrmann, Katharina Fegebank, Robert Habeck, Tarek Al-Wazir, Winfried Kretschmann etc. werden sich nicht von einem Positionspapier eines grün gefärbten EU-



Revival der Strukturdebatte

Das bereits gefallene Stichwort Basisdemokratie ist es, an dem auch der Brozowski-Antrag einhakt. Hier wird die 1980er-Nostalgie noch deutlicher, wenn etwas verklärt aus Gründungsdokumenten und frühen Beschlüssen zitiert wird. Kern der Analyse im Basisdemokratie-Antrag sind drei Aussagen:

- „Unsere Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat grundlegende Probleme“, aber „[v]iele in unserer Partei nehmen die Probleme nicht wahr oder verdrängen sie“
- Nicht so die WählerInnen: „Für einen großen Teil unseres ehemaligen StammwählerInnenpools sind wir genau aus den genannten Gründen schon lange nicht mehr wählbar.“ (und wählen stattdessen Linkspartei oder gar nicht mehr ... sagt zumindest das Papier)
- Fazit: „BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sind inzwischen eine Partei wie alle anderen.“ (und das stört, und soll geändert werden)

Attac-Bündnisses dazu bringen lassen, ihre Länderpolitik ganz anders aufzustellen. Und dieses Auseinanderlaufen wäre sehr schnell sichtbar – spätestens im Bundesrat.

Diesem Grundtenor der Parteiverdrossenheit wird der Optimismus der Anfangsjahre gegenübergestellt – und der Hinweis darauf, dass Opposition doch eigentlich ganz prima sei:

„Wir haben als Opposition wichtige Themen vorangebracht, indem wir die anderen vor uns hergetrieben haben. Regieren um des Regierens willen sollte nicht Ziel von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sein. Diese Selbstverständlichkeit wird seit einiger Zeit insbesondere durch die „Anbiederung durch Schweigen“ an die Merkel-Politik oder die Zustimmung zu einer falscher Politik im Bundestag („konstruktive Opposition“) konterkariert. Unsere Partei nimmt seit der letzten Bundestagswahl ihre Oppositionsrolle nur sehr rudimentär wahr.“

Was nicht ganz so deutlich in der Analyse steht: Die AntragstellerInnen würden gerne wieder Oppositionspartei, die gar nicht ernsthaft regieren wollte, sein. Da konnten „wir“ klare Positionen beziehen und das Maul weit aufreißen, da mussten wir uns nicht mit mühsamen Kompromissen rumschlagen und die Vielschichtigkeit der Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen, damals waren die Dinge so schön eindeutig. Und da soll es wieder hingehen. Hier kommen die Länder dann übrigens vor, namentlich heißt es „Unterstützt wird diese Entwicklung dadurch, dass BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Teil zahlreicher Landesregierungen ist und einige der dortigen zentralen Akteure in unangebrachter Weise Einfluss auf die Bundespolitik nehmen wollen.“ – hier wird eine klare Positionierung „unserer Parteiführung“ erwartet.

Überhaupt: Für ein basisdemokratisches Papier findet sich ein erstaunlich lauter Ruf nach starker Führung – die „Führungsschwäche“ sei ein Problem, und eigentlich müsste mal jemand diesen Landeschefs sagen, wo's wirklich langgeht.⁴

Das Zurück in die guten alten Zeiten wird hier in 13 Punkte („ohne Anspruch auf Vollständigkeit“) gefasst. Etwas knapper zusammengefasst:

⁴ Auch das stellen wir uns jetzt einmal plastisch vor. Oder versuchen es zumindest – ich habe erhebliche Schwierigkeiten damit, weil wir nun mal immer schon eine multipolare Partei sind ...

Die neuen Eurobasidemokraten, oder: Zurück in die 1980er?

- Basisdemokratie 2.0: Mit einem Online-Tool sollen Mitgliederabstimmungen durchgeführt werden, und zwar bei „wichtigen inhaltlichen Fragestellungen“ und auch bei „Koalitionsfragen, und zwar rechtzeitig VOR Wahlen“.
- mehr Parteitage, weniger Parteitagsinszenierung, mehr ‚echte‘ Debatte, Delegierte aus der ‚echten‘ Basis⁵
- Öffnung zu sozialen Bewegungen hin
- Urwahl und Amtszeitbegrenzung der Parteivorsitzenden, Wiedereinführung der harten Trennung von Amt und Mandat
- Rotation für Bundestagsabgeordnete (maximal zwei Legislaturperioden)
- imperatives Mandat für Amts- und MandatsträgerInnen und engere inhaltliche Anbindung der Heinrich-Böll-Stiftung an die Partei

Da sind bei Lichte betrachtet ein paar ziemlich harte Brocken dabei. Dass ein Online-Tool zum Einsatz kommen soll, darf nicht darüber hinwegtäuschen: Letztlich soll der Zustand Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre wiederhergestellt werden – vor der ersten Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Das (wir flogen aus dem Parlament, weil alle von Deutschland, wir aber vom Wetter redeten) scheinen die goldenen Zeiten der UnterstützerInnen dieses Antrags gewesen zu sein.

Interessant an diesem Antrag finde ich ein unausgesprochenes Argument, dass die Analyse (über die durchaus diskutiert werden kann) und den vorgeschlagenen Instrumentenkatalog verknüpft. In der Analyse wird ja recht klar eine bestimmte inhaltliche Ausrichtung als wünschenswert definiert. Früher hieß das mal Fundamentalopposition, etwas sanfter ausgedrückt: Partei sein, gestalten durch Regieren – darum geht es nicht, vielmehr müssen in der Umweltpolitik (immer gegen die Wirtschaft!), in der Friedenspolitik (Interventionen sind immer falsch!), in der Sozialpolitik (Hartz IV war schon immer ein Fehler!) und in der Asylpolitik (wir sind immer auf Seiten der Flüchtenden!) klare Positionen bezogen werden. Dann wäre das Profil scharf, dann würden die Richtigen uns

⁵ <https://blog.till-westermayer.de/2015/03/kurz-was-ist-eigentlich-die-basis/>

wählen, und dann wäre alles wieder gut (und niemand müsste sich frustrierende Austrittsgedanken machen).

Die AntragstellerInnen um Brozowski nehmen wahr, dass die derzeitige Parteiführung diesen Kurs nicht umsetzt. Noch dazu gibt es LandespolitikerInnen, die querschießen. Und einen Haufen irregeleiteter Mitglieder. Um eine programmatische Änderung in die von ihnen gewünschte Richtung hinzukriegen, muss daher die Partei mit einem imperativen Mandat ausgestattet werden, und um das zu erreichen und mit Legitimation zu füllen, muss es Mitgliederbefragungen und Abstimmungen geben.

Ein Fehlschluss liegt nun meines Erachtens darin, dass die AntragstellerInnen davon ausgehen, dass die Mitglieder (die, wie wir gelernt haben, durch oberflächliche Erfolge irregeleitet sind), wenn sie nur gefragt würden, und auf Parteitag ,echt‘ debattieren könnten, schon zu den Schlüssen kommen würden, die Brozowski & Co. für richtig halten.

Hier beißt sich die Basisdemokratie in den Schwanz: die vorgeschlagenen strukturellen Maßnahmen könnten doch genauso gut bedeuten, dass die Mehrheit der Mitglieder sich für Cem und Katrin als Parteispitze ausspricht, in Mitgliederbefragungen für militärische Interventionen votiert und ein Bündnis mit der Linkspartei ausschließt. Das Ganze würde dann durch das angestrebte imperative Mandat auch von der Bundestagsfraktion (und den bösen Landesregierungen) 1:1 umgesetzt.

Wären die AntragstellerInnen mit dieser Form gelebter Basisdemokratie glücklich? Ich fürchte nein – letztlich hat die Basis doch nur dann recht, wenn sie den jeweils eigenen Lieblingskurs vertritt. Alles andere ist Manipulation.⁶

Eine vorsichtige Bewertung

Ich verstehe nicht, warum Robert Zion *beide* Anträge unterstützt. Sein eigener geht von einer klugen Analyse aus, der ich in relativ großen Teilen zustimmen würde. Ich halte die von ihm vorgeschlagene strategi-

⁶ Wenn der Antrag jedoch nicht als das, was er zu sein vorgibt (als Strukturantrag), genommen wird, sondern als Antrag zur inhaltlichen Ausrichtung der Partei, dann wäre es aus meiner Sicht katastrophal, wenn er umgesetzt würde. Siehe <http://blog.till-westermayer.de/index.php/2015/03/26/gruene-mehrheiten-werden-gebraucht/>

sche Reformidee (Kern eines europäischen Bündnisses + neue Kommunikationskanäle) teilweise für wenig zielführend und teilweise für nicht umsetzbar. Deswegen würde ich davon abraten, diesen Pfad in seiner Radikalität einzuschlagen. Trotzdem kann ich mir gut vorstellen, dass sich Elemente in der strategischen Weiterentwicklung der Partei wiederfinden könnten. Das Szenario, das Robert Zion entwickelt, ist nicht meines, aber es ist eines, das ich mir durchaus vorstellen kann. Wenn ich Wetten abgeben müsste, würde ich allerdings eher die Nordische Grüne Linke oder die südeuropäischen linkspopulistischen Bewegungen an der von ihm skizzierten Stelle sehen als uns.

Demgegenüber lese ich den Antrag von Frank Brozowski als reinen Nostalgieantrag, der noch dazu Inhalte und Struktur verwechselt, bzw. der mit wahrgenommenen inhaltlichen Fehlentwicklungen für strukturelle Änderungen argumentiert, ohne zu erklären, warum die strukturellen Änderungen die Inhalte verbessern sollten. Eigentlich ist es ein Antrag derjenigen, die fast schon gegangen⁷ sind, und die glauben, dass alle anderen eigentlich genau so denken müssten wie sie. Das macht mich ziemlich ratlos. Inhaltlich halte ich einige der Strukturvorschläge für gar nicht so falsch – Debatten organisieren, statt sie zu inszenieren; und auch ein Mehr an Online-Beteiligung muss nicht schaden. Andere dagegen sind schlicht ein Misstrauensvotum gegen die Parteispitze, die Bundestagsfraktion und gegen alle, die diese gewählt haben. Das ist Quatsch. Anderes an den Strukturvorschlägen erscheint mir strukturell unsinnig – es gibt gute Gründe dafür, dass es keine imperativen Mandate gibt, dass kein starker Mann an der Parteispitze steht, auch nicht für eine begrenzte Zeit, und auch dafür, dass die Böll-Stiftung sehr parteiunabhängig Debatten organisiert. Und über Amt und Mandat haben wir uns oft genug die Köpfe heißgeredet. Da sind mir inhaltliche Debatten deutlich lieber.

Während ich das von Zion dargestellte Gefühl einer bundespolitischen Lähmung nachempfinden kann, geht mir die Problembeschreibung bei Brozowski deutlich zu weit. Bei allen Schwächen: so schlecht

⁷ <https://blog.till-westermayer.de/2014/11/kurz-die-bitterkeit-der-gegangenen/>

sind wir nicht.⁸ Die WählerInnen laufen uns nicht in Scharren davon, es kommen nur (auf Bundesebene) wenig neue hinzu. Das muss sich ändern, um sichtbarer zu werden (und, ich wage es zu sagen: um mitgestalten zu können).

Trotzdem haben wir ein Problem: Die Partei hat in den letzten Jahren Stück für Stück einen Strategiewandel umgesetzt, der jedoch nicht von allen mitgetragen wird. Gleichzeitig – so würde ich das beschreiben – hat dieser Strategiewandel zu einer Implosion des linken Flügels geführt, der im Moment des scheinbaren Erfolgs eine Identitätskrise durchlaufen hat. Ein Stück weit betrifft diese Orientierungslosigkeit nicht nur diese Strömung, sondern die Bundespartei insgesamt. Wer hier klare Verhältnisse schaffen will, wird nicht darum kommen, offen über die Strategie der Partei zu reden und sich auf einer Bundesdelegiertenkonferenz darüber zu verständigen. Ich halte es für unwahrscheinlich, dass ein „back to the roots“ dabei mehrheitsfähig ist.⁹ Wer sich mit der Geschichte der Partei ein wenig auskennt, weiß, was die historischen Konsequenzen derartiger Strategiebestimmungen waren. Auch das gehört zur ganzen Wahrheit dazu.

Warum blogge ich das? Aus Verwunderung darüber, welche Debatten immer wieder geführt werden müssen. Und wie viele glauben, dass das Heil in der Satzung liegt.

⁸ Und baden-württembergische Flüchtlingspolitik in ihrer tatsächlichen Umsetzung wäre auch noch einmal ein abendfüllendes Thema, das dann anders aussieht als im schlichten Zweisatz aus Kretschmann und Verrat ...

⁹ Und in einer Urabstimmung erst recht nicht – aber das ist nur meine Einschätzung der Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft.



Foto: Bündnis.90/Die.Grünen.Baden-Württemberg, CC-BY-SA

Grüne: Zerreißprobe – Zeit für Zusammenhalt

18. Oktober 2015 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Die Landesdelegiertenkonferenz der bayerischen Grünen hat sich gestern extrem knapp gegen einen Antrag ausgesprochen, der das am Freitag im Bundesrat durchgewunkene „Asylpaket“ abgelehnt hätte. Andere posten Austrittserklärungen, wechseln Landesverbände (aus NRW nach Thüringen) oder erklären laut, nicht mehr Grün wählen zu wollen.

Gegenschnitt: Vor einer Woche, Landesdelegiertenkonferenz der baden-württembergischen Grünen, in der Presse als „Krönungsmesse“ bezeichnet: nach einer 75-minütigen Rede, die etwa zur Hälfte die Flüchtlingssituation und das Handeln der Landesregierung, aber in recht deutlicher Form auch die anstehende Zustimmung zum „Asylpaket“ behandelte, gibt es minutenlang Beifall für Ministerpräsident Winfried Kretschmann, kurz darauf wird er mit einem Traumergebnis von 97 Prozent als Spitzenkandidat für 2016 aufgestellt.

Im Bundesrat¹ melden sich ungewöhnlich viele RegierungschefInnen zum TOP Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz zu Wort.

Vieles von dem, was Kretschmann dort sagt, kannte ich schon aus seiner Regierungserklärung und aus seiner Parteitage Rede. Er betonte die Herausforderung, warb für Zuversicht, machte aber auch deutlich, dass die ganz konkrete landes- und kommunalpolitische Lösung der Herausforderungen, z.B. ein Dach über dem Kopf zu organisieren, weiterhin eine „Fahrt auf Sicht“ sei. Auch bei Kretschmann wurde der „Kompass“ deutlich; andere wirkten in dieser Hinsicht noch klarer – etwas Tarek Al-Wazir, oder auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD). Ich habe mitgenommen, dass sich viele Länder, auch solche, die dem „Asylpaket“ zugestimmt haben, mit diesem Kompromiss nicht leicht tun, dass sie durchaus auch die Teile sehen, die mit Bauchweh verbunden sind. Anders als bei den Redebeiträgen aus Sachsen oder Bayern wurde die Zustimmung jedoch nicht mit der Forderung nach weiteren Verschärfungen (Obergrenzen, „Transitzonen“, ...) verbunden, und wurde das Schicksal der Flüchtlinge – und eben nicht das der „besorgten Bürger“ in den Mittelpunkt gestellt. Das macht die – Ausnahme: Niedersachsen, Bremen, Thüringen – grüne und rote Zustimmung nicht besser, zeigt aber, dass zwischen einem „wir brauchen das Geld, es gibt ein paar Verbesserungen, also stimmen wir zu“, nennen wir’s pragmatischer Humanismus, und einem „erster Schritt zur Verschärfung des Asylrechts, weitere müssen folgen“ von CSU bis AFD weiterhin Welten liegen. Zum Glück.

Interessant fand ich, wie viele ParteifreundInnen wohl erst durch die Abstimmungen im Bundestag (Grüne: differenziert, im Endergebnis überwiegend Enthaltung) und im Bundesrat darauf aufmerksam wurden, dass dieses „Asylpaket“ eben auch unter der Beteiligung des grünen Ministerpräsidenten zustande gekommen ist, und dass mit hoher Wahrscheinlichkeit eine ganze Reihe grüner Vize-RegierungschefInnen ebenfalls daran beteiligt waren. Dabei hat bereits die gemeinsame Er-

¹ https://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/937/to-node.html?cms_topNr=33#top-33

klärung „Verantwortung für Flüchtlinge“² deutlich gemacht, in welche Richtung eine grüne Zustimmung gehen könnte. Schnellere Asylverfahren, finanzielle Hilfen des Bundes und als Gegenstück Gesundheitskarte und Korridor für Arbeitszuwanderung vom Westbalkan sind hier bereits angelegt. Insofern meinerseits Verwunderung darüber, dass diese Debatte erst jetzt so richtig wahrgenommen wird und hochkocht.

Und: es geht nicht um Baden-Württemberg gegen den Rest der grünen Welt, auch wenn das gerne so dargestellt wird. Anders als vor einem Jahr fand die Positionierung diesmal zwischen den Ländern, Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzenden abgestimmt statt. Auch deswegen waren es diesmal eben nicht nur Baden-Württemberg, sondern auch Länder wie Hessen, Hamburg, NRW und Rheinland-Pfalz, in denen mitregierende Grüne mit für das „Paket“ gestimmt haben. Selbst ein Schema wie „Realpolitik“ gegen „Linke“, auch wenn der derzeit eher dysfunktionale linke Flügel wohl eine Rolle spielt, trägt aus meiner Sicht nicht wirklich als Erklärmuster, eher schon „Regierungsverantwortung“ versus „Opposition“.

Wie dem auch sei – ein gewisses Beben in der Partei ist definitiv zu spüren. Kontinentale Massen bewegen sich in unterschiedliche Richtungen, das ist eben auch an seismischen Ausschlägen abzulesen. Stellt sich die Frage, wie lange das noch gut geht. Eine Sollbruchstelle ist die Bundesdelegiertenkonferenz in Halle im November. Ich bin sehr gespannt, und nicht nur zuversichtlich, wie dieser Parteitag verlaufen wird.³

Ein weiterer Häutungsprozess, mit größeren Austrittszahlen, so wie in den Jahren nach der Regierungsübernahme auf Bundesebene, als pragmatische Entscheidungen, die nicht 100 Prozent in Einklang mit dem Programm standen, Mitglieder zum Austritt brachten? Eine Implosion des linken Flügels, der zumindest in organisierter Form eine bürgerlich-ökologische Partei zurücklässt? Oder wäre gar das Szenario ei-

² <https://gruene-nrw.de/2015/08/verantwortung-fuer-fluechtlinge/>.

³ An dieser Stelle sei ein Querverweis auf meinen Text zu zwei „Zurück-zur-Basis“-Anträge zur BDK in Halle erlaubt (siehe „Die neuen Eurobasisdemokraten ...“ in diesem Band).

ner Spaltung realistisch?⁴ Jedenfalls: die Zustimmung zum „Asylpaket“ stellt die Partei vor eine Zerreißprobe, oder ist zumindest ein Symptom einer solchen Zerreißprobe.

Umso wichtiger wäre es, wenn die Bundespartei (und das kann nur die Bundespartei) noch einmal stärker als bisher die Aufgabe annimmt, Zusammenhalt in der Partei herzustellen. Das muss kein Konsens sein und erst recht kein Burgfrieden, aber doch eine gemeinsame Arena, um inhaltliche Streits auszufechten. Die Länder, insbesondere die neun Regierungsländer, schaffen es, sich auf einen gemeinsamen Kurs zu verständigen. Gegebenenfalls nehmen sie die Bundestagsfraktion mit. Hier fehlt aber ein verhandlungsfähiger Repräsentant, eine verhandlungsfähige Repräsentantin der Gesamtpartei, die bzw. der auch das Interesse der „Oppositionsgrünen“ mit im Blick hat, ohne sich in innerparteilicher Fundamentalopposition zu verbeißen.

Ich schätze vieles von dem, was der aktuelle Bundesvorstand macht (und mit etwas veränderten Schwerpunkten ließe sich ähnliches über die Bundestagsfraktion sagen). Organisationsreform, Professionalisierung, Aufarbeitung des Missbrauchskandals der 1980er Jahre, neues Corporate Design, Arbeit zu TTIP und zur Klimakonferenz, inhaltliche Schwerpunkte etwa bei der Digitalisierung oder bei der Zeitpolitik. Das ist schön grün. Aber ich bin mir nicht sicher, ob es ausreicht, um zwischen Flensburg und Passau, zwischen Freiburg mit einer gefühlten bürgerlich-grünen Mehrheit und der ostdeutschen Studistadt-Diaspora Gemeinsamkeit und Zusammenhalt herzustellen; also in einer heterogener gewordenen Partei. Denn die Herstellung von Zusammenhalt ist ein aktiver Prozess; sich selbst überlassen, driften unterschiedlich kontextuierte Politiken auseinander (oder knallen auch mal aufeinander).

In Halle müssen Cem Özdemir, Simone Peter und Micha Kellner plausible Antworten auf diese Herausforderung geben können. Sie müssen sagen, wie sie es sich vorstellen, gemeinsam grün, stark und sichtbar zu werden. Nicht als weiter so, und nicht als Unterordnung unter die Bin-

⁴ Die aktuellen Wahlergebnisse in der Schweiz, wo es neben der Grünen Partei auch die Grünliberalen gibt, zeigen, dass so eine Spaltung in den Konsequenzen eher eine Schwächung darstellt.

nenlogik der Landesregierungs politik. Auch davon wird abhängen, meine ich jetzt schon sagen zu können, wie dieser Bundesparteitag verlaufen wird und was für ein Signal davon ausgeht und in der Partei wahrgenommen werden wird. Und das ist gerade in Zeiten wie diesen, mit seltsam querliegenden politischen Konstellationen, mit einer erdrückenden großen Koalition und sich herausgefordert fühlenden Ländern wichtiger denn je.

Warum blogge ich das? Weil ich mir Sorgen um meine Partei mache, und weil – ganz egoistisch betrachtet – die grünen Landesverbände in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg derzeit, kurz vor den Landtagswahlen, alles andere als eine zerbröselnde Bundespartei gebrauchen können.

P.S.: Das ist jetzt ein sehr innerparteilich fokussierter Text geworden. Oder: die Partei als Mikrokosmos der Gesellschaft.



Zweitausend Wörter zum Zustand der Partei

22. November 2015 – *So grün, so grün*

Es wäre falsch, Alter und politischen Stil gleichzusetzen. Es gibt grauenhaft konservative 16-Jährige (und nicht alle davon werden irgendwann mal Minister*in), und es gibt Rentner*innen, die ganz vorne am Puls der Zeit sind. Und die Delegiertenbänke waren bunt gemischt besetzt. Trotzdem ist mir aufgefallen, dass inzwischen viele der zentralen grünen Protagonist*innen jünger als die Partei sind. Die wurde dieses Jahr 35 Jahre alt. Diese Generation setzt seit einiger Zeit die Themen und besetzt Posten und Positionen.

Beispiel Zeitpolitik, einer der fünf Themenschwerpunkte der BDK in Halle. Dass Grüne den sperrigen Begriff Zeitpolitik für sich entdeckt haben, um bisher eher getrennt voneinander stehende Politiken der betrieblichen Mitbestimmung und der Regelung der Arbeitsbedingungen im Zeitalter von Flexibilisierung, Digitalisierung und Entgrenzung und der feministisch geprägten Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Sorgearbeit und gesellschaftlicher Teilhabe sowie die eher aus Richtung der Lebensstil- und Nachhaltigkeitsdebatten hereinschwappende Sorge um Beschleunigung und Verlust von Muße unter einen Schirm zu bringen, müsste eigentlich eine Nachricht sein. Die Medienlogiken sind andere, gerade in diesen Zeiten. Interessant ist auch der Duktus des Beschlusses: die Probleme und Ursachen für politischen Gestaltungsbedarf werden deutlich benannt, aber auf die eher ver- als enthüllende Anklage des Gesamtzusammenhangs in möglichst groben Tönen wird bewusst verzichtet. Stattdessen werden konkrete Instrumente angeboten, die die beschriebenen Probleme im Rahmen der bestehenden Ordnung lösen könnten. Der Pragmatismus geht nun nicht so weit, eine bis ins letzte durchgerechnete Gegenrechnung aufzumachen. Nach wie vor ist für grüne Beschlüsse der Überschuss an Vision kennzeichnend, der Verweis auf

ein Es-könnte-auch-anders-sein. Allzu Visionäres (das „ZeitHaben“ als konkret ausformuliertes Modell) wurde von der Parteitagsmehrheit ebenso abgelehnt wie das Ansinnen, sich auf den Status quo zu beschränken. Ein bisschen bessere Welt muss möglich bleiben.

Zeitpolitik als Parteitagsthema koinzidiert mit einer Gegenwart, in der Berufe keine lebenslange Sicherheit mehr bieten, in der der Druck permanenter Weiterbildung im Raum steht, in der der Geist des Startups alle Grenzen sprengt, in der Erreichbarkeit den Präsenzmythos ablöst – und in der Frauen und Männer vor der Herausforderung stehen, Kind und Karriere zu verteilen und allen damit verbundenen Erwartungen gerecht zu werden. Mir ist aufgefallen, wie viele Delegierte mit Kind dabei waren – auch und gerade junge Männer mit Babys. Wer es böse zuspitzen wollen würde, fände in der Trias aus Kindertragetuch, Smartphone und veganem Sojamilchkaffee schon ganz gute Eckpunkte, um diese Generation weichgezeichnet zu beschreiben. (Natürlich gehen dabei ganz viele Differenzen verloren, das ist mir schon klar ...)

Und innen? Wenn meine Beobachtung stimmt, dass diese Generation auch einen spezifischen Stil mitbringt, dann ist das einer der guten Vernetzung, der Verbindlichkeit in der Sache, einer gewissen Neugierde selbst für ganz fremde Lebenswelten und Argumente, aber auch eine Kultur des Lobens und des freundlichen Umgangs miteinander. Das sagt jetzt nichts über das Vorhandensein oder Fehlen von Strategien und Intrigen aus. Aber dieser Stil unterscheidet sich doch von einer eher auf Angriff, Sturheit und Rechthaberei aufbauenden alten Streitkultur. Wer mag, darf das als Zuckerwatte empfinden. Aber vielleicht ist es nur Höflichkeit aus dem Wissen darüber, wie sehr Parteien dazu neigen, Menschen zu vereinnahmen und zu verbrennen. Ein Lernprozess.

Jedenfalls, um zur Zeitpolitik zurückzukommen: Das würde ich als ein Thema identifizieren, das gerade der Generation „Grün“ auf den Nägeln brennt. Und auch in den beiden anderen, von innen gesetzten Parteitagsthemen, der Wirtschafts- und der Klimapolitik, ließen sich Anknüpfungspunkte an die These finden, dass diese Generation und ihre ganz konkrete Realität und Zukunft jetzt Themen setzt. Mit einer ganz eigenen Verbindung aus Vision und Realismus, mit einem Festhalten an gro-

ßen Zielen, aber immer ins Konkrete heruntergebrochen und geerdet. Klimawandel ist unsere Zukunft, und eine grüne Wirtschaft ist die, in der wir hier und heute arbeiten. Was fehlt, sind Apodiktisches und Apokalypse. An die Stelle des mahnenden Zeigefingers ist der Optimismus des „Wir schaffen es!“ getreten, selbst wenn dieses optimistische Lebensgefühl aus der Not heraus geboren ist, dass es anderes eben einfach gar nicht möglich wäre.

Wenn die These stimmt, dass die Generation „Grün“ damit begonnen hat, dieser Partei ihren Stempel aufzudrücken, dann müsste sich das auch in der Besetzung der Posten zeigen. Simone und Cem sind beide Jahrgang 1965, also 10 bis 15 Jahre älter als die hier beschriebene Generation. Aber dahinter gibt es dann doch einige, die durchaus den Ton angeben werden: Micha Kellner, politischer Bundesgeschäftsführer, Jahrgang 1977. Gesine Avena, Beisitzerin im Bundesvorstand, Jahrgang 1987. Im Parteirat nicht nur Erik Marquardt (Jg. 1987), sondern auch Ska Keller (Jg. 1981), Madeleine Henfling (Jg. 1983) und Malte Spitz (Jg. 1984). Wenn wir das Spektrum etwas strecken, würden auch Katja Dörner (Jg. 1976) und Christian Meyer (Jg. 1975) noch dazu gehören – ebenso wie der knapp nicht gewählte Alex Bonde, der ebenfalls in diese Altersgruppe gefallen wäre. Was ich damit sagen will: der vor zwei Jahren begonnene Generationenwechsel verfestigt sich. Und verändert zunächst noch nicht einmal so sehr die Außendarstellung, aber doch das Zusammenwirken im Inneren der Partei, bis hin zur Tanzfläche der Parteiparty.

Denen, die jünger als die Partei sind, erscheinen manche alten Konfliktlinien überholt, manche blinde Flecken seltsam, aber auch manche Dinge, die vor dreißig Jahren progressiv waren, heute als angestaubt. Ein Beispiel ist das „Binnen-I“, das die Partei bisher in ihren Beschlüssen verwendet hat, um Frauen und Männer sprachlich sichtbar zu machen. Heute wurde es durch den Genderstar ersetzt, das Sternchen, das auch Raum für Trans- und Intersexuelle, Transgender und alle diejenigen lassen soll, die sich dem binären Geschlechterschema verweigern.

Ein anderes Beispiel ist der „Aufbruch 2017“, der eher unscheinbar am Ende des zweiten Parteitag-Tages behandelt wurde. Vordergründig diente dieser Tagesordnungspunkt dazu, den weiteren Prozess bis zur

Bundestagswahl 2017 zu beschreiben – die Urwahl der Spitzenkandidat*innen, aber auch den Prozess, um das Bundestagswahlprogramm zu erstellen (nebenbei: ich bin mir ziemlich sicher, dass der oben beschriebene neue Sound sich auch dort wiederfinden wird). In diesem Tagesordnungspunkt fand sich aber auch Micha Kellners Projekt der Beteiligungspartei wieder – ein kluges Set an Tools und neuen Verfahren, um auch hier Bündnis 90/Die Grünen neu aufzustellen.

Ebenfalls unter dem Tagesordnungspunkt behandelt wurde „A03“ – der Antrag, den ich als „zurück zu den 1980ern“ beschrieben habe. Auch hier gibt es einen Vordergrund: die Rückkehr zu Verfahrensregeln wie der Rotation, der vollständigen Trennung von Amt und Mandat und eine weitgehende Abschaffung des Delegiertenprinzips. Im Hintergrund die mit diesen Instrumenten verbundene Hoffnung zu einer Rückkehr zu den „wahren“ grünen Werten. Dass „die Basis“ nicht unbedingt identisch mit den Antragsteller*innen von A03 ist, was zu einem gewissen inneren Widerspruch führt, wurde nicht nur in der Abstimmung deutlich (ich habe ungefähr drei Ja-Stimmen bei rund 600 Delegierten im Saal gesehen), sondern auch in der Gegenrede von Britta Haßelmann, die genüsslich darauf hinwies, dass die teilweise Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat das Ergebnis einer Urabstimmung unter allen Mitgliedern war – und deswegen gerade bei „Basis“-Fans doch eine gewisse Akzeptanz finden sollte.

Wenn auf der einen Seite eine Generation „Grün“ dabei ist, eine neue Parteikultur und neue programmatische Elemente zu verankern, steht dem der Club der „grumpy old men“ gegenüber (wobei *old* hier nicht unbedingt nur das biologische Alter und *men* nicht unbedingt das Geschlecht meint – *grumpy* stimmt aber). Die selbsternannten Lordsiegelbewahrer*innen der Partei wünschen sich klare Frontlinien, also ein klares großes Ganzes, für das gekämpft wird, klare Gegner*innen, gegen die gekämpft wird, und klare Klarheiten, also ungeprüfte und nicht in Frage zu stellende Wahrheiten mit ewiger Geltung. Der Club der „grumpy old men“ traf sich parallel zu den Sitzungen der Reformer*innen und der Linken und hatte vorher mit Flugblättern dazu geworben,

dazu zu kommen. Da nannten sie es „Unabhängiges grünes Basistreffen“. Wie viele hingegangen sind, weiß ich nicht.

Ich war beim Strömungstreffen der Linken, da war es voll – rund 200 Leute, von der Atmosphäre her aber freundlich und konstruktiv. Sagte ich schon, dass mit einer neuen Generation auch ein neuer Geist einge-zogen ist? Einige, die sonst immer auf diesem Strömungstreffen zu hören waren, fehlten, obwohl sie beim Parteitag anwesend waren. Vielleicht waren sie bei den Grumpies.

Bei allem Spott: Hier steckt doch ein Problem für Bündnis 90/Die Grünen. Ich kann nachvollziehen, dass vieles von dem, was gerade an Ordnungsprozessen und Umorientierungen stattfindet, aus einer anderen Perspektive als Verlust – an Macht und Einfluss, an Gewissheiten, an Klarheit – empfunden wird. Die beiden weitgehend unbekanntem Gegenkandidat*innen für den Parteivorsitz, durchaus mit Nähe zu diesem Spektrum, haben doch relativ viele Stimmen erhalten. Und insbesondere in der den ersten Tag der BDK bestimmenden Debatte um Einwanderung und Flucht, Fluchtursachen und islamistischen Terror wurde in Redebeiträgen immer wieder deutlich, dass Regieren als Zumutung und Kompromisse als Verrat empfunden wurden: „Wir sind die Basis“ gegen die Verschwörung der Machthaber*innen, lieber doch Opposition, statt auch nur eine rote Linie zu überschreiten. Oder, um es noch etwas komplizierter zu machen: ein austarierter Beschluss zu Flucht und Einwanderung, der auch deutliche Kritik an einigen asylpolitischen Entwicklungen der letzten Monate enthält, und der durchaus Zusagen macht, was bei einer grünen Regierungsbeteiligung im Bund anders werden muss, und der mit großer Mehrheit beschlossen wurde, ist noch einmal etwas anderes als die Weigerung, sich auf Komplexitäten überhaupt nur einzulassen und lieber einfache Lösungen zu propagieren. Die Zeitdiagnose, dass Populismus gerade im Aufwind ist, scheint auch innerparteilich zu gelten.

Bisher ist das eine klare Minderheit, eine unorganisierte Gruppe. Ich weiß nicht, ob wir es schaffen, den Diskurs darüber, wie Bündnis 90/Die Grünen sich weiterentwickeln können, auch mit diesem Teil der Mitgliedschaft zu führen. Oder ob dem eine Blockadehaltung entgegen-

steht, die Dialog eher nicht zulässt. Wenn wir 2017 als Partei insgesamt einen motivierten und starken Wahlkampf führen wollen, wenn wir geschlossen für eine bundespolitische Vision stehen wollen, dann ist eine diffuse Unzufriedenheit, die zu Ende gedacht eine ganz andere Partei haben möchte, ein Problem.

Wo ich gerade dabei bin: Das zweite Problem, das wir als Partei haben, das wir seit 2013 haben, und für das ich bei dieser BDK nicht wirklich eine Lösung gesehen habe, ist die fehlende starke Geschichte, der grüne Faden, der nicht nur innen zusammenhält, sondern auch außen immer wieder sichtbar wird. Und der fehlt einer Partei, die derzeit in neun Ländern an der Regierung beteiligt ist.

Diese Vielstimmigkeit ist nicht neu, aber sie ist besonders schmerzhaft. Das mag etwas mit der Kleeblatt-Konstellation der Fraktions- und Parteispitze zu tun haben, es mag aber auch etwas damit zu tun haben, dass noch immer viel Energie nach innen fließt, in organisatorische Arbeit, in das Austarieren von Kompromissen zwischen den Ebenen, in diverse inhaltlich arbeitende Kommissionen und Arbeitskreise. Die Vitalität, Visionskraft und argumentative Stärke fehlt in der Außendarstellung. Das mag alles etwas besser werden, wenn in einem Jahr klar ist, wer von den Mitgliedern als Spitzenkandidat*in gewählt wurde; die Binsenweisheit, dass Personen auch Themen und Haltungen verkaufen, ist ja nicht falsch. Jedenfalls ist das die ganz große Baustelle, die bis zum Bundestagswahlkampf geschlossen sein sollte.

Und das dritte Problem? Symbolbild: Kretschmann redet – und zu *standing ovations* steht ein Block, einer antiken Formation nicht unähnlich, auf. Das ist Baden-Württemberg. Der Rest bleibt sitzen. Vielleicht bin ich hier pessimistisch, aber ich sehe – auch nach dem Unfall von neunzehn fehlenden Stimmen bei der Parteiratswahl – ein sich beschleunigendes Auseinanderwachsen auch der inneren Logiken zwischen Baden-Württemberg und allen anderen Landesverbänden, vor allem aber zwischen Baden-Württemberg und dem Bundesverband. Das Schlimmste, was uns passieren kann, ist ein „mir san mir“, dem dann völlig egal ist, was in Berlin debattiert und entschieden wird, solange zuhause die Prozenze stimmen. Der 13. März 2016 ist hier ein Merkstein. Wenn es ein

Kabinett Kretschmann II geben wird, und wenn die derzeitige Stärke in den Umfragen sich bestätigt, halte ich es nicht für unwahrscheinlich, dass auf die offene Bühne gelangt, was bisher eher in Kaminrunden und Telefonkonferenzen verhandelt und gestritten wird. Ein solcher Zustand wäre nicht gut für das grüne Projekt. Und es gibt ein Leben außerhalb der Landesgrenzen!

(Und ja: Dabei geht es nicht um Formelkompromisse, sondern um handfeste inhaltliche Interessensdifferenzen.)

Der Parteitag ist zu Ende, drinnen wurde gerade noch das Klima gerettet, gestern war es noch sonnig, jetzt weht draußen eisig der Schneesturm um die Messehalle irgendwo im Gewerbegebiet der Stadt Halle. Und Grüne werden weiterhin gebraucht in einem Land, in dem der Winter längst Einzug gehalten hat.

Warum blogge ich das? Als etwas anderen Bericht von der BDK 2015. Und weil meine Basis mehrheitlich keine Best-of-BDK-Liste wollte. (Und die beiden großen Themen, die ja auch die Medienberichterstattung dominierten, und viele Reden füllten, lasse ich mal außen vor – dazu steht anderswo genug).



Welches Grün hätten's denn gern?

27. August 2016 – So grün, so grün

Nach der Sommerpause geht's mit der Politik weiter. Die Bundestagswahl 2017 zieht am Horizont auf. Und weil Bündnis 90/Die Grünen eine beteiligungsorientierte Partei sind, gibt es – wie bereits 2013, aber mit deutlich verschärftem Reglement, um Spaß- und Randkandidaturen auszuschließen – auch dieses Jahr wieder eine Urwahl der Spitzenkandidat*innen für die Bundestagswahl.

Jetzt könnte angefangen werden, darüber zu lästern, dass Spitzenkandidaturen für eine Partei, die im Bund anders als in Baden-Württemberg vermutlich nicht in die Verlegenheit kommen wird, den Kanzler oder die Kanzlerin zu stellen, nur bedingt wichtig sind. Jein, denn mit den Personen ist doch auch eine Richtungsentscheidung verbunden. Beim letzten Mal, 2013, sah es so aus, dass eine ganze Reihe von Frauen Spitzenkandidatin werden wollten – Renate Künast, Claudia Roth, Katrin „KGE“ Göring-Eckardt. Geworden ist es letztlich KGE, die jetzige Fraktionsvorsitzende. Die Spitzenkandidatur war 2013 quotiert, und sie wird

es auch diesmal wieder sein. Es wird also eine Kandidatin und höchst wahrscheinlich einen Kandidaten geben.¹

Jedenfalls: 2013 war der einzige ernstzunehmende Kandidat für den offenen Platz Jürgen Trittin. Der ist heute weder Kanzler noch Finanzminister, sondern *elder statesman* und Hinterbänkler der grünen Bundestagsfraktion. Nachdem sich das Narrativ durchgesetzt hatte, dass er die Bundestagswahl 2013 verloren hatte, wurde kurzer Prozess gemacht und Anton „Toni“ Hofreiter dann 2013 der Fraktionsvorsitzende.

Womit wir im Jahr 2016 und bei der Bundestagswahl 2017 sind. Wir wissen nicht, wie die rund 60.000 grünen Mitglieder abgestimmt hätten, wenn neben Jürgen noch ein männlicher Kandidat aus dem Realo-Lager angetreten wäre. Wir wissen jedoch, dass die Mehrheit der Mitwählenden 2013 nicht das Paket Jürgen – Claudia ausgewählt hat, obwohl möglicherweise eigentlich zu vermuten gewesen wäre, dass Renate und Katrin sich gegenseitig Stimmen wegnehmen. Eine der problematischeren Seiten der Flügelorganisation dieser Partei ist ja, dass es reicht, wenn ein Flügel, eine Strömung vielleicht ein Fünftel der aktiven Mitglieder bzw. der Parteitagsdelegierten zu sich zählt, um dann – im Zweifel mit dem Mittel der flügelübergreifenden Absprache – gemeinsam Posten zu besetzen. Wie dominant der eine oder der andere Flügel programmatisch innerhalb der Partei wirklich ist, zeigt sich eher in inhaltlichen Abstimmungen. Und da gab es oft Ergebnisse, die maximal 40:60 oder 45:55 ausgefallen sind, manchmal noch knapper. Dass diese Flügelorganisation relativ vielen Mitgliedern nicht gefällt, ist vermutlich bereits sein Ende der 1980 Jahre so. Alle Versuche, diesem Mechanismus etwas Drittes entgegenzusetzen, waren dagegen bisher nicht erfolgreich. Oder es ging eher um Auseinandersetzungen innerhalb des einen oder des anderen Flügels, die dann zur Sichtbarkeit scheinbar

¹ Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, ob die Urwahlordnung zwei Kandidatinnen möglich machen würde, wie das Frauenstatut mit seiner Unterscheidung in Frauenplätze und offene Plätze es vorsieht, oder ob aus „technischen“ Gründen eine Frau und ein Mann gewählt werden müssen, da es nur ein Wahlgang gibt, was im Übrigen dazu führt, dass die relative Mehrheit ausreicht, was ich demokratietheoretisch nicht ganz unbedenklich finde, aber ich schweife ab ...

dritter Ansätze geführt haben. Was auch etwas damit zu tun hat, dass auf Landes- und Bundesebene die Nichtzugehörigkeit zu einer der beiden innerparteilichen Strömungen eben – nach wie vor – auch bedeutet, außen vor zu sein.

Die Urwahl findet zu Weihnachten 2016 statt. Bewerbungen sind bis zum 17. Oktober möglich. Hier greift nun das härtere Reglement: Bewerben kann sich nur, wer Mitglieder der Partei ist, auf einer Bundestagsliste oder als Direktkandidat aufgestellt ist *oder* das Votum eines Kreisverbandes oder eines Landesverbandes hat.

Das heißt auch, dass die aktuell auf der Website zur Urwahl präsentierte Personalauswahl noch nicht endgültig sein muss. Bisher ist die Kandidat*innenlage in etwa spiegelbildlich zur Situation 2013.

Für den Frauenplatz kandidiert die Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Katrin Göring-Eckardt. Gerüchteweise soll es noch eine Kandidatur von Sonja Karas geben. Diese hatte bereits letztes Jahr versucht, grüne Bundesvorsitzende zu werden und dabei rund 18 Prozent der Stimmen erhalten. Bis auf einige Presseartikel aus dem Juni und Juli ist ihre Kandidatur aber bisher nicht sichtbar, eingereicht scheint sie jedenfalls noch nicht zu sein. Auf ihrer Facebook-Seite verlinkt sie eine Domain „sonne2017.de“, die zwar existiert, aber bisher nicht mit Inhalten gefüllt ist. Ich würde Sonja Karas dem ausfransenden Rand des linken Flügels zurechnen. Ihr Landesverband Brandenburg unterstützt ihre mögliche Kandidatur nicht, ob sie ein Votum ihres Kreisverbandes oder einen Listenplatz für die Bundestagswahl hat, weiß ich nicht. Wenn sie antritt, würde sie parteiinterne Proteststimmen sammeln. Nicht mehr und nicht weniger.

Das heißt aber auch: Klare Favoritin für die weibliche Spitzenkandidatur ist bisher KGE, die Auswahl ist – wenn sich die Kandidatinnenlage nicht noch deutlich ändert – eingeschränkt. Wie 2013 bei den Männern.

Da treten diesmal mindestens drei an, die jeweils für ein unterschiedliches Bild von grün stehen. Das lässt sich, finde ich, auch sehr schön an den jeweiligen Kampagnenwebsites sehen. Cem Özdemir, der Parteivorsitzende mit schwäbischen Wurzeln, stellt seine Bewerbung unter den Hashtag #cem2017. Und zwar so penetrant, dass ich sie erst nicht



gefunden habe ... Er bewirbt sich mit einem Video und einem Brief an die Mitglieder, in dem viel über Integration, Aufstiegsversprechen und soziale Gerechtigkeit steht, und ein bisschen was zu Ökologie und Ökonomie. Beispielsatz: „Am Umgang einer Gesellschaft mit Kindern und Älteren zeigt sich, wie menschlich sie ist.“ – Interessant ist hier außerdem die klare Positionierung grüner Ideen „in der Mitte der Gesellschaft“ und der – aus meiner Sicht sympathische – Ansatz, auf Bürger*innen, Vereine und so weiter „neugierig [zu] sein und mehr auf sie zugehen – und nicht warten, bis sie zu uns kommen.“ Zudem entspringt der Bewerbung der klare Gestaltungswille, der Wunsch, mitzuregieren.

Toni Hofreiter, der Fraktionsvorsitzende, hat bisher keine eigene 2017-Website. Stattdessen gibt es auf seiner Website einen Eintrag: „Ich kandidiere“, abgelegt unter „Diverses“. Die eigentliche Bewerbung steht als PDF auf der Seite grueene.de. Im Kopf nicht wie in Cems Video die schwäbische Heimat, sondern das politische Berlin: Toni und KGE ganz vorne auf einer TTIP-Demo.²

Im Text tauchen dann die bayrische Heimat und die gesellschaftlichen Erfolge grüner Politik auf. Inhaltliche Themen: Massentierhaltung, Agrar-

² Mit meinen Kindern habe ich in den letzten Ferientagen ein paar Mal das Spiel „Lifestyle“ gespielt, das wohl von Anfang der 1990er Jahre sein muss. Dabei geht es darum, Fotos bestimmten Fragen des persönlichen Geschmacks zuzuordnen, die anderen müssen dann raten, was präferiert wird und was nicht. Das Demobild im Briefkopf der Bewerbung erinnert mich irgendwie daran. Ich nehme an, es soll drei Dinge transportieren: Toni ist gegen TTIP, Toni steht für eine grüne Politik, die auf Demos geht und damit an grüne Wurzeln anknüpft, und Toni steht neben KGE, ist also, wie im Fraktionsvorsitz, der richtige Kandidat für die Spitzenkandidatur.

wende, Verkehrswende, Protest gegen TTIP und Konzerne, der Wunsch nach einer solidarischen gesamteuropäischen Lösung, wenn es um Millionen Flüchtlinge geht. Beispielsatz: „Ich will mit Euch gemeinsam weiter für einen grundlegenden Umbau unserer Wirtschaft streiten, für eine gerechte Globalisierung und eine gerechte Gesellschaft hier in Europa.“ Und, mit Blick auf Regierungsbeteiligungen und gesellschaftliche Machtverhältnisse: Zwar sind Kompromisse manchmal sinnvoll. „Aber manchmal heißt es auch: Wir gegen die. Manchmal muss man kämpfen für das, was man für richtig hält. Auch im heftigen Gegenwind.“

Zweimal ein ganz unterschiedlicher Sound, zweimal doch ganz verschiedene Konzepte davon, wie „grün“ im fortschreitenden 21. Jahrhundert aussehen muss, um erfolgreich zu sein. Aber in beiden Fällen doch auch ein bekannter Sound.

Das ist der Punkt, an dem der Realo, Schriftsteller und schleswig-holsteinische „Draußenminister“ Robert Habeck mit dem Votum seines Landesverbands angreift. Auf einer neu gestalteten persönlichen Website, schick, mit großen Fotos und klaren Texten, gibt es den Punkt Kandidatur. Und schon der zweite Satz, der da steht, macht neugierig. „Ich kandidiere für die Urwahl. Es ist unsere Zeit“. Dass der Kandidat kandidiert, ist nicht besonders verwunderlich. Aber was meint er mit „Es ist unsere Zeit“? Sind „wir“ hier die Grünen, die ökologischen und sozialen Bewegungen, oder die Generation der um 1970 herum geborenen?³

Ausführlicher und argumentativer, aber auch werbetexttechnisch um Längen besser, verspricht Robert Habeck nichts weniger als den Beginn des „dritten Zeitalters“ der Grünen. Damit meint er: Weg von der Protestpartei, weg von der (rot-grünen) Projektpartei, hin zur „Orientierungspartei“. Mit diesem Wortungetüm verbindet Habeck vier Argumente: das der Eigenständigkeit (nach dem Projekt rot-grün darf nicht das Projekt schwarz-grün kommen, sondern es muss klar sein, für was und für welche Haltung Grüne stehen), das des Zuhörens und des Zuhörens anderer Meinungen (der Gesellschaft zuhören, statt im Ver-

³ An der gleichen Stelle, ähnlich aufgeladen, heißt es in der schriftliche Bewerbung, ebenfalls mit großem Foto: „Wer wagt, beginnt“ ...

trauen auf das Erreichte arrogant zu werden), die Notwendigkeit, sich auf „das Politische“ statt auf „das Lifestylige“ zu konzentrieren, also über Strukturen zu reden statt über Verbraucherverhalten, und schließlich das Ende der Innenpolitik, also ein kosmo-politisches Argument in der Tradition Ulrich Becks und Angelika Pofers. Die vier Argumente per se erscheinen mir schlüssig. Warum sie zu einem Begriff der „Orientierungspartei“ (anderswo heißt es auch: „Gesellschaftspartei“) führen sollen, ist mir allerdings noch nicht so ganz klar.

Die Selbstinszenierung hier ist die des von draußen kommenden Landespolitikers, bei dem es nicht um das Berliner *business as usual* geht, sondern um einen Aufbruch. Inhaltlich ist das in vielen Punkten gar nicht so weit weg von dem, was auch bei Cem steht. Aber es wirkt durchdachter, glaubwürdiger und charmanter, weil Robert Habeck eine interessante Mischung aus Pathos und Bescheidenheit mitbringt. Er ist jedenfalls von dem Männer-Trio derjenige, bei dem ich am gespanntesten bin, wie er in den verschiedenen Kandidatenforen und Diskussionsrunden auftreten wird, und ob die Frische und der Schwung der schriftlichen Bewerbung dann auch rüberkommt.

Es gibt noch einen weiteren Robert, der links-intellektuelle Robert Zion. Der hatte Anfang des Jahres auch angekündigt, zu kandidieren. Stattdessen ist er inzwischen dabei, aus der Partei auszutreten. Die Sinnhaftigkeit sowohl dieses Schrittes als auch des dabei zu Tage tretenden Vorgehens lässt sich intensiv auf Facebook diskutieren, an dieser Stelle möchte ich ihn nur der Vollständigkeit halber erwähnen, weil er eine Zeit lang auch als Kandidat für die Spitzenkandidatur im Raum stand.

Die Urwahl ist auch eine Weichenstellung, zumindest eine Weichenstellung auf Zeit. Die vier Kandidat*innen (auch wenn ich KGE jetzt etwas außen vor gelassen habe), die bisher dafür antreten, stehen für vier unterschiedliche Vorstellungen davon, in welche Richtung sich Bündnis 90/Die Grünen weiterentwickeln müssen, um auf Bundesebene erfolgreich zu sein. Teilweise machen sie dies explizit, teilweise sind es eher die Zwischentöne, die die unterschiedlichen Richtungen verdeutlichen. Das heißt aber auch, dass diese Urwahl eine gewisse Relevanz dafür hat,

wo wir als Partei 2017, 2018, 2019 und 2020 stehen. Und dabei geht es nicht – oder nicht nur – um Koalitionspräferenzen, sondern auch um das Bild, das wir von der deutschen Gesellschaft – und von unseren potenziellen Wähler*innen – haben.

Derzeit bin ich noch hin und her gerissen, welchen der drei Kandidaten ich für die Aufgabe, eines der beiden Gesichter für die Bundestagswahl 2017 zu sein, *und* danach dann eine führende Rolle zu übernehmen, am geeignetsten halte. Aus traditioneller Flügelverbundenheit heraus müsste ich für Toni Hofreiter sein, als Baden-Württemberg müsste ich für Cem Özdemir sein, und als zusehends mit der Eingefahrenheit der Partei unzufriedener teilnehmender Beobachter müsste ich für Robert Habeck sein – der mir allerdings gleichzeitig auch als der Risikanteste der Kandidaten erscheint.

*Warum blogge ich das? Als Einstieg in die Zeit nach der politischen Sommerpause auch hier auf diesem Blog, und als öffentliches Sortieren meiner Haltung zu den unterschiedlichen Kandidat*innen.*



Was ich mir von der BDK wünsche

5. November 2016 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Am nächsten Wochenende findet von Freitag bis Sonntag die 40. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen (kurz: BDK) in Münster statt, also unser Bundesparteitag. Ich bin einer von rund 750 Delegierten, die an diesem Wochenende über die grüne Position zu Energie- und Verkehrswende, zur Weltanschauungspolitik, zum sozialen Zusammenhalt und zur Europapolitik beraten, die Urwahl-Kandidat*innen anhören, in Workshops über Schlüsselprojekte zur Bundestagswahl 2017 diskutieren werden, das grüne Frauenstatut feiern und vieles mehr. Zu den Leitanträgen gibt es unzählige Änderungsanträge, und ein paar Dutzend V-Anträge zu allen möglichen Themen wurden auch eingereicht.

Am Wochenende danach findet die Landesdelegiertenkonferenz der baden-württembergischen Grünen statt. Nur Samstag und Sonntag, und vor allem mit Wahlen vollgestopft – diverse Nachwahlen zum Landesvorstand und insbesondere die Wahl der baden-württembergischen Landesliste für die Bundestagswahl 2017. Es zeichnet sich ab,

dass es sehr viel mehr Bewerber*innen als aussichtsreiche Plätze gibt. Unter anderem will die komplette baden-württembergische Landesgruppe wieder antreten, diverse ehemalige MdB hoffen auf einen erneuten Einzug, und aus den Kreisverbänden und Regionen gibt es weitere starke Kandidat*innen. Wer nachlesen möchte, wie das abläuft¹, kann das in meinem Bericht zur Listenaufstellungs-LDK 2012 tun. Und ja: auch diesmal steht wieder ein heiß diskutiertes hochschulpolitisches Thema im Raum, und es ist durchaus möglich, dass es dazu kontroverse Anträge geben wird.

Die LDK (dieses Jahr in Schwäbisch Gmünd) ist deutlich kleiner als die BDK, hier sind es nur rund 200 Delegierte. Vielleicht trägt das dazu bei, sie persönlicher zu machen. Vielleicht ist es auch die gemeinsame Erfahrung eines Landesverbandes mit rund 9000 Mitgliedern, der sich aufgemacht hat, das baden-württembergische Parteiensystem umzukrempeln, die hier Zusammenhalt ausdrückt. Jedenfalls: mein Gefühl gegenüber der LDK – da wurde ich ebenfalls delegiert – ist ein ganz anderes als das gegenüber der BDK. Die LDK wird nicht einfach werden, aber ich bin sehr zuversichtlich, dass am Schluss eine gute Landesliste dasteht und bei den Delegierten das Gefühl vorherrscht, gemeinsam professionell und mit großer Geschlossenheit etwas geschafft zu haben. Bei der BDK bin ich mir da nicht so sicher. Es gibt sowas wie einen Kater nach dem Event – mit Gästen und Journalist*innen über 1000 Menschen in einer riesigen Halle, Scheinwerfer, grellbunte Backdrops, knallige Reden, Prominenz aus dem Fernsehen live und in Farbe. Das kann ganz schön hochpushen. Um am Tag danach steht dann in den Schlagzeilen der Zeitungen etwas von Zerwürfnis (oder alternativ: Ideenlosigkeit), es wird darüber spekuliert, wer sich durchgesetzt hat, und es findet dieses oder jenes Nachtreten statt.

Also: Eher Bauchweh. Ein bisschen schimmert das auch schon in dem Text durch, den ich vor einem Jahr² auf der Rückfahrt von der BDK in Halle geschrieben habe. Und eigentlich auch in einer ganzen Reihe wei-

¹ <http://blog.till-westermayer.de/index.php/2012/12/05/kleine-nachbetrachtung-zur-listenaufstellungs-ldk-hohlingen-und-zur-zivilklausel-debatte/>

² Text „Zweitausend Wörter zum Zustand der Partei“ in diesem Band.

terer Blogbeiträge aus den letzten Jahren. Was mich vorhin zu folgendem Tweet brachte:



Till Westermayer

@_tillwe_

Was ich mir von der [#bdk16](#) wünsche: ein unaufgeregtes Signal, dass Grüne reale Probleme anpacken, sich dabei vertrauen und zusammenhalten.

Das ist das, was ich von dieser BDK mitnehmen möchte. Das ist das, wozu ich als Delegierter auf dieser BDK beitragen möchte. Und wer das auch so sieht, kann gerne entsprechende Kommentare hinterlassen, diesen Beitrag teilen oder den Tweet retweeten. Aber vielleicht muss ich diesen Tweet zuerst noch ein bisschen auseinander nehmen, damit klarer wird, was ich meine. Da stecken nämlich vier Dinge drin: Unaufgeregtheit, Problemlösekompetenz, Vertrauen und Zusammenhalt.

Das mit der *Unaufgeregtheit* ist unter anderem auch eine Frage der Stils. Manchmal steckt auch bei uns noch etwas von Westerwelles 18-Prozent-Projekt in der Parteitagsregie und den großen Redebeiträgen. In grüner Färbung bedeutet das: ein Oszillieren zwischen Katastrophe und Weltrettung, zwischen högschter Selbstironie und grellem Politikzirkus. Vielleicht schaffen wir's, das diesmal ein bisschen runterzudimmen. Vielleicht bleibt dann auch eher hängen, um was es in den diversen Auseinandersetzungen, die zu jedem Parteitag dazugehören, wirklich geht. Oder wie es die Bundesvorsitzende der Grünen Jugend, Jamila Schäfer, im aktuellen „Das Magazin der Grünen“ schreibt: „Es ist einfach nur peinlich, wenn man zu viel dafür tut, sich selbst als ‚cool und hip‘ zu inszenieren.“

Na gut: Es geht mir bei der Unaufgeregtheit nicht nur um den Stil. Es geht auch um *Vertrauen*. Es geht mir darum, beispielsweise nicht jede Presseäußerung gleich als Versuch zu interpretieren, dass da jemand den Kurs der Partei neu definieren will. Mit 60.000 Mitgliedern sind wir eigentlich schwer genug, um ruhig im Wasser zu liegen. Aber manchmal

kommt es mir vor, als sei diese Partei ein papierdünnes Bötchen, das nur kurz angepustet werden muss, um wild hin und her zu schaukeln und scheinbar von Sekunde zu Sekunde dem Kentern näher zu sein. In sich selbst ruhend sind wir viel überzeugender. Und ja: es gibt Äußerungen, die dämlich sind, und über die zu ärgern sich lohnt. Aber selbst das geht mit einem gewissen Maß an Grundvertrauen und weniger Aufgeregtheit sachlicher und hilft dann auch eher, Differenzen so rüberzubringen, dass es nicht wie ein Zweikampf aussieht.³

Sachlichkeit finde ich auch deswegen angebracht, weil wir einen tief verankerten Kernanspruch haben. Und damit meine ich jetzt nicht, die Welt zu retten (das auch), sondern vor allem den Anspruch, *pragmatisch und faktenbasiert an real existierende Probleme heranzugehen und diese zu lösen*. Wir machen keine Politik, um eine bestimmte Klientel besser zu stellen, wie machen keine Politik, um in erster Linie Personen zu platzieren, sondern wir haben nach wie vor den Anspruch, Dinge, die falsch laufen – in der Ökologie, im sozialen Zusammenhalt, in den künstlich begrenzten Entfaltungsmöglichkeiten jedes einzelnen Menschen, in der Welt – zu ändern. Wie wir das machen wollen, darin unterscheiden wir uns innerhalb der Partei durchaus. Aber dass wir diese Probleme lösen wollen, das ist aus meiner Sicht das zentrale grüne Motiv, das ist das Ding, für das wir alle zusammen brennen. Womit dann auch die Emotionen wieder im Spiel wären.⁴

³ Ich könnte jetzt länger etwas dazu schreiben, warum ich glaube, dass reflexartig wirkende Reaktionen auf Medienäußerungen des baden-württembergische Ministerpräsidenten eher kontraproduktiv sind. Winfried Kretschmann wurde auch dafür gewählt, dass er einen Anti-Politik-Politiker verkörpert, einen, der (durchaus grüne) Grundsätze hat, der aber ganz klar immer dafür steht, zuerst das Land und dann die Interessen der Partei zu bedienen. Der zwar oft sehr strategisch denkt, aber manchmal auch einfach seine individuelle Sicht der Dinge äußert. Anders als in anderen Parteien ist der Ministerpräsident nicht Parteivorsitzender, ist auch die oder der Fraktionsvorsitzende nicht Parteivorsitzende/r. Eigentlich bietet uns das eine Chance, mit differenzierten Tonlagen und verteilten Rollen agieren zu können. Wenn wir aber selbst dazu beitragen, den baden-württembergischen Landesvater zum „Repräsentant der Grünen“ zu machen, müssen wir uns nicht darüber wundern, wenn auch andere das glauben, und anderes nicht mehr wahrnehmen. Macht das Sinn?

⁴ Und unsere Bilanz in dieser Perspektive ist gar nicht so schlecht – das können wir uns ab und zu auch selbst mal sagen ...

Bleibt der *Zusammenhalt*: Wenn am Schluss des Parteitags überkommt, dass Grüne darum gerungen haben, die besten Lösungen zu finden, um Kinderarmut zu bekämpfen, um Mobilität nachhaltig zu machen, um das Zusammenleben in einem vielfältigen Land und in einer zerrissenen Welt besser hinzukriegen – dann wäre das schon was. Und wenn dann noch das Signal gesendet wird, dass es dazu zwar heftige Debatten gab, aber am Schluss auch Zustimmung für die Ideen, die sich durchgesetzt haben (und das nicht gedeutet wird als Gruppe X hat sich gegen Gruppe Z durchgesetzt) – dann wäre ich mir ziemlich sicher, auch nach dem Parteitag, am Montagmorgen, noch ein gutes Gefühl zu haben. Kriegen wir das hin?

Warum blogge ich das? Um einen Stein ins Wasser zu werfen und – Achtung, schiefe Metapher – das schaukelnde Boot zu stabilisieren. Vielleicht trägt's ja dazu bei.



Wir halten zusammen. Hartnäckig. Visionär. Verantwortlich.

14. November 2016 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

„Wir halten zusammen. Hartnäckig. Visionär. Verantwortlich. Grün.“ stand nicht auf dem Backdrop, also dem Bühnenhintergrund, bei der Bundesdelegiertenkonferenz in Münster, die an diesem Wochenende stattgefunden hat. Wäre keine werbetechnisch tolle Zuspitzung gewesen. Ein bisschen viel Text vielleicht. Stattdessen stand da „Wir bleiben unbequem“. Das ist kürzer, und wurde von vielen, vielen Menschen aufgegriffen – in Reden, in Tweets, auch in Artikeln und Berichten. Die dann leider oft mit „... haben es sich bequem eingerichtet“ endeten.

Wenn es stimmt, dass wir in ernsten Zeiten leben, wenn es stimmt, dass eine der ganz großen Herausforderungen – neben dem Klimawandel – die Frage ist, wie eine Gesellschaft im Angesicht von Hass zusammengehalten wird, dann hätte ich mir eine Botschaft der BDK gewünscht, die weniger das Auf-die-Füße-Treten zum Markenkern erklärt als vielmehr die sehr ernsthafte Bereitschaft, im Angesicht der zu lösenden Weltprobleme Verantwortung zu übernehmen. Durchaus nicht als besseres Verwaltungshandeln, und auch nicht im Modus bürgerlicher Behäbigkeit,

sondern so, wie wir Grüne sind, also hartnäckig, und mit klaren Zielen. Die können auch gerne als Visionen bezeichnet werden.

Unbequem zu sein ist für mich kein Wert an sich. Unbequem zu sein kann die Folge davon sein, hartnäckig Visionen und Problemlösungen zu verfolgen, ohne Schere im Kopf und ohne den immer gleich schon mitgedachten Kompromiss. Wenn es so ist, dann ist es gut, unbequem zu sein. Aber „wir bleiben unbequem“ – da ist mir zu viel Weg, und Mittel, und viel zu wenig Zweck und Mitte.

So oder ähnlich klingen in meinem baden-württembergischen Umfeld doch einige Zusammenfassungen des Parteitag. Und das ist auch ein Problem. Denn die Abstimmungen und der Applaus haben eben immer wieder sehr deutlich gemacht, wo der baden-württembergische Landesverband in der westfälischen Tagungshalle sitzt. Es gab einzelne Abstimmungen, da konnte aus der Vogelperspektive ganz genau abgezirkelt werden, wo Baden-Württemberg aufhört, und wo Hessen, Sachsen oder Berlin anfängt. Das soll jetzt nicht heißen, dass die baden-württembergischen Delegierten immer einheitlich abgestimmt hätten. So war es nicht.

Und es soll auch nicht heißen, dass es nicht viele Abstimmungen auf diesem langen Arbeitsparteitag gegeben hat, bei denen mit großer Einhelligkeit Beschlüsse gefasst wurden, bei denen der ganze Saal geschlossen einer Meinung war. Alyn Smith von der schottischen Nationalpartei hat für sein Plädoyer für Europa ebenso zurecht von allen Seiten Beifall bekommen wie der HDP-Abgeordnete Mithat Sancar. Und auch der Beitrag von Bastian Hermisson, dem Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung Washington, stieß auf große Zustimmung. Und ja, auch die Feier für das grüne Frauenstatut – mit einer großartigen Rede von Claudia Roth – war etwas sehr Gemeinsames.

Ebenso verliefen die Endabstimmungen der Anträge zumeist recht einhellig. Nach langen Debatten – von denen in der Presse dann meist nur die *eine* Zuspitzung rüber kam, die wenigen harten und kontroversen Abstimmungen – gab es umfangreiche, konstruktive und durchaus auch visionäre Beschlüsse zu Europa, zur Investition in den sozialen Zusammenhalt in all seinen Facetten, zur Religions- und Weltanschau-

ungspolitik und auch zur Energie- und Verkehrswende. Damit sind wir programmatisch insgesamt gut aufgestellt. Dass dabei an der einen oder anderen Stelle vielleicht auch ein Übermaß an visionärem Geist aufblitzt, finde ich nicht schlimm. Für irgendwas müssen wir schließlich stehen, müssen wahrgenommen werden – und dass wir als nach wie vor in der Opposition stehende Bundespartei klare Ansagen machen, wo wir hinwollen, um gehört zu werden, ist aus meiner Sicht nicht das Problem. Egal, ob es jetzt um den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor, den Kohleausstieg, die Weiterentwicklung von Hartz-IV oder die ach so gescholtenen stärkere Steuergerechtigkeit geht. Da haben wir jetzt Beschlüsse, und damit auch eine Grundlage für das Bundestagswahlprogramm 2017.

Schwieriger finde ich, wie es zu diesen Beschlüssen kam (das hat auch eine Dimension in Richtung Beteiligungspartei, die ich jetzt aber ausspare), wie sie teilweise diskutiert wurden, und wie weit die Toleranz geht, unbequeme Meinungen innerhalb der eigenen Partei zu akzeptieren. Die war nämlich teilweise extrem gering ausgeprägt. Ich nenne jetzt keine Namen, aber manche können gar nicht anders, als in fast schon demagogischer Manier zuzuspitzen. Das gibt schnelle Sympathie und schnelle Zustimmung. Andere können gar nicht anders, als zu provozieren und damit den eigenen Ast abzusägen, weil – gewollt oder ungewollt – kluge Redebeiträge auf den einen überspitzten Nebensatz reduziert werden, und von dem, was sie möglicherweise eigentlich sagen wollen, wenig ankommt.

Ebenso problematisch finde ich inzwischen den nach innen gewandten Protestzirkus. Demos, Banner, Trillerpfeifen, das Lustigmachen über den politischen Gegner – das hat seine Funktion. Aber sind wir wirklich ein so diktatorischer Verein, dass diese Instrumente auch nach 36 Jahren immer noch – oder gar wieder? – gezogen werden müssen, um manchmal eher unverständliche Botschaften rüberzubringen? Konstruktiv ist das nicht, und Brückenbauen sieht anders aus. Manchmal habe ich da fast den Eindruck, dass die eigene Inszenierung – bis hin zum Bild in der Tagesschau – weit, weit über das Wohl der Partei gestellt wird. Besonders peinlich fand ich das im Zusammenhang mit der

Zetsche-Rede. Da sinkt dann meine Toleranz dafür, unbequeme und nervige Aktionen ertragen zu müssen.

Und erzähle mir bitte keiner, dass das die einzige Möglichkeit gewesen sei, dissidente Positionen sichtbar zu machen. Erstens war es überhaupt nicht so, dass da eine Parteitagsmehrheit für Winfried Kretschmanns Kurs da gewesen war. Das zeigten doch auch die Abstimmungsergebnisse. Da haben die Protestaktionen kein bisschen zu beigetragen, weder so noch so. Zweitens, da muss ich Cem Özdemir recht geben, hat sich doch gerade am Beispiel der Rede des Daimler-Chefs Zetsche wunderbar gezeigt, dass Grüne sich überhaupt nicht einlullen lassen von schwachen Argumenten und vagen Versprechungen. Egal, ob es um die Verkehrswende oder die Rüstungskontrolle geht: Rede und – auf Protest hin zugegebene Diskussionsrunde, das gebe ich zu – haben doch vielmehr geradezu deutlich gemacht, wie notwendig hier, bei aller Dialogbereitschaft, regulative Politik ist.¹

Ich schrieb ja, dass ich mir mehr Vertrauen in die jeweils anderen 60.733 Parteimitglieder wünsche. Hören wir doch einfach mal auf, uns anzuschreien. Da war diese BDK leider kein Glanzlicht. Nehmen wir sie als Generalprobe für die Programm-BDK im Juni 2017. Da erhoffe ich mir dann mehr Zusammenhalt, mehr Brückenbau (das geht bei tieferen Gräben am besten von zwei Seiten!) und eine Parteitagsregie, bei der als Botschaft ein ernsthafter, gemeinsamer Wille zur Gestaltung rüberkommt – und keine nostalgische Rückbesinnung auf, jedenfalls aus baden-württembergischer Perspektive, Zerrbilder grüner Identität.

Ein letzter Punkt: auch wenn das Urwahlforum ausgefallen ist, hat mich die BDK doch noch einmal erheblich neugieriger darauf gemacht, wie die Urwahl ausgehen wird. Sowohl Toni Hofreiter als auch Cem Özdemir hatten richtig gute Reden gehalten – selbstverständlich ganz unterschiedlich akzentuiert. Robert Habeck musste kurzfristig seine Dienstpflichten in Schleswig-Holstein wahrnehmen – hier hätte mich doch sehr interessiert, auf wie viel Zustimmung eine Parteitagsrede von ihm gestoßen

¹ Gleichzeitig hat die Einladung von Herrn Zetsche eines erreicht: eine Meldung bei *Reuters* und damit in der internationalen Nachrichten-zirkulation, aus der die Notwendigkeit eines Umsternens in der Automobilindustrie klar hervorgeht.

Wir halten zusammen. Hartnäckig. Visionär. Verantwortlich.

wäre. Jedenfalls bin ich gespannt, und auch das ist Beteiligungspartei, wer das Rennen machen wird. Und ob die Einschätzung stimmt, dass die Grundgesamtheit der Mitglieder und die Auswahl der Delegierten nicht unbedingt identisch „ticken“. Wir werden es sehen.

Warum blogge ich das? Auf mehrfachen Wunsch, und als Realitätscheck zu meiner Wunschliste².

P.S.: 2015³ – manches verfestigt sich, anderes nicht.

² Text „Was ich mir von der BDK wünsche“ in diesem Band.

³ Text „Zweitausend Wörter zum Zustand der Partei“ in diesem Band.

Digitales Leben und Forschungs- und Technologiepolitik



Die Zombipartei

24. Februar 2014 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

Unlängst vermutete¹ ich ja noch, dass die Piraten es bei der Europawahl schaffen würden, die dort geltende Drei-Prozent-Hürde zu knacken; vielleicht, das entscheidet sich Ende des Monats, kommt die Europawahl sogar ganz ohne eine solche Hürde aus. Aber zurück zu den Piraten: Wenn ich mir die Diskussionen der letzten Tage so anschau, dann muss ich diese Einschätzung doch revidieren. Es wirkt so, als hätte diese Partei komplett ihren Kompass verloren. Oder, noch etwas zugespitzter: als würden wir der Hülle einer einst lebendigen Partei dabei zusehen, wie sie untot durch die Gegend stakst.

Eine etwas vorteilhaftere Deutung der Debatten, die aktuell rund um die orangefarbene Partei stattfinden, wäre die einer Richtungsklärung.

¹ <http://blog.till-westermayer.de/index.php/2014/02/02/noch-kuerzer-piraten-und-europawahl/>

In irgendeinem Tweet der letzten Tage wurde der Vergleich zu Farbbeutelwürfen und Wasserpistolen auf grünen Parteitagern gezogen. Das (also die innergrüne Auseinandersetzung um Kriegseinsätze) ist historisch meines Erachtens nicht ganz die richtige Parallele.

Wer sich die grüne Parteigeschichte anschaut, wird in den ersten Jahren nach der Gründung Zeiten finden, in denen es in der Tat um eine Klärung der Frage ging, was eigentlich grün ist. Diese ähnlich heftig geführten Auseinandersetzungen in den 1980er Jahren endeten mit zwei Spaltungen: zunächst wanderten die ganz Konservativen in die ÖDP ab, und später dann der Flügel um Jutta Ditfurth in Richtung „Ökolinx“. Die beiden Abspaltungen existieren zwar noch immer, sind aber heute doch weitgehend bedeutungslos. Mit diesen Abwanderungen (und später noch einmal mit der Vereinigung mit Bündnis 90) waren letztlich auch Entscheidungen über das grüne Selbstverständnis verbunden – was grün ist, und was nicht grün ist, dass die Grünen doch eher links der Mitte stehen, aber durchaus kompromissbereit sind – und dass positive Bezüge auf eine nationalkonservative Blut- und Bodenideologie nicht grün sind.

Mit dieser Selbstdefinition sind die innerparteilichen Richtungsstreitigkeiten genau so wenig zum Erliegen gekommen wie der Prozess der permanenten eigenen Neuerfindung hinsichtlich der Frage, was grün ist – aktuell an der Wiederaneignung des Freiheitsbegriffes schön zu sehen. Aber ein grundlegender Kompass wurde hier doch im Code der Partei verankert, und der hilft bis heute, grüne Identität zu leben und zu kommunizieren.

Womit wir wieder bei der orangefarbenen Partei wären. Bei der scheint mir in den letzten Tagen deutlich geworden zu sein, dass eben nicht klar ist, wofür diese Partei steht. Innerparteiliche Auseinandersetzungen werden vom Stil her irgendwo zwischen Sandkastenstreik und Resistance-auf-den-Barrikaden geführt. Auf Twitter wirken viele der Akteure dieser Partei so, als seien sie derzeit in den Austausch schlimmster persönlicher Anschuldigungen verwickelt, mit der ganzen damit verbundenen Palette an Befindlichkeiten.

Netzpolitik scheint Piraten nicht mehr zu interessieren, auch wenn sie mit Snowden, TTIP und der Netzneutralitätsdebatte eigentlich mal wie-

der ganz oben auf der Tagesordnung stehen müsste, aber anderes auch nicht. Dass in weniger als 100 Tagen eine Europawahl stattfindet, beispielsweise. Stattdessen werden Fettnäpfe gesucht. Die untote Partei-hülle eignet sich wunderbar, um das jeweils eigene Versagen in der Auseinandersetzung um innerparteiliche Dominanz auf die andere Seite zu projizieren. Beiträge werden nicht mehr gezahlt, es kommt zu prominenten Austritten, und selbst da, wo Piraten in Landtagen sitzen, kommt von dem, was sie dort tun, irgendwo an. Übrig bleiben ratlose BeobachterInnen vor der Hülle einer Partei, die irgendwie die Kurve nicht gekriegt hat.

Ach ja, und ganz besonders reizvoll ist ja – da haben Menschen aus der Piratenpartei selbst schon genug zu gesagt – der „Orgastreik“. Eine Partei, die sich dafür rühmt, moderne netzbasierte Tools für ihre Kommunikation einzusetzen, die auch gerne mal dafür wirbt, dass andere ihre tolle Infrastruktur nutzen sollen – und die dann von den eigenen (ehrenamtlichen?) Admins bestreikt wird, ist schon eine lustige Sache. Irgendwie.

Mein Job ist es jetzt nicht, der Piratenpartei Ratschläge zu geben. Bei einigen Menschen aus dieser Partei denke ich mir, dass sie auch in anderen Parteien gut aufgehoben wären. Dahinlocken lassen sie sich aber wohl nicht. Andere würde ich bei uns lieber nicht sehen wollen.

Vielleicht rappeln sich die Piraten wieder auf. Vielleicht ist das, was wir gerade sehen, eine durch die Dynamik sozialer Medien katalysierte, beschleunigte und vermehrfachte Variante der Selbstfindungsphasen, die andere Parteien auch schon durchgemacht haben. Ob am Schluss eine moderne Grundrechtspartei, eine sozialliberale Partei oder ein loses Bündnis von Protestakteuren herauskommt, bleibt abzuwarten. Wenn ich mir anschau, dass einige doch erheblich Engagement in diese orangefarbene Partei gesteckt haben, wäre den Piraten eine Renaissance nach dieser Phase durchaus zu wünschen – auch wenn sie aus klassischer parteipolitischer Sicht natürlich zunächst einmal eine Konkurrenz darstellen. Aber die belebt bekanntlich das Geschäft.

Warum blogge ich das? Weil mich der massive Niedergang der Piraten, der sich – aus meiner externen Sicht – in den letzten Tagen noch einmal deutlich beschleunigt hat, doch etwas wundert.



Darf Politik das? Konstruktive Technologiepolitik am Beispiel 3D-Druck

1. März 2014 – Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft, Zukunftsvisionen

Vor ein paar Tagen hat Reinhard Bütikofer eine Studie des Öko-Instituts¹ vorgestellt, die im Auftrag der Fraktion „Die Grünen/Europäische Freie Allianz“ im europäischen Parlament die (ökologischen) Risiken und Chancen der Technologie des 3D-Drucks bewertet hat. Auch Heise² hat darüber berichtet; dort heißt es u.a., dass die grüne Fraktion aus der Studie die Forderung ableitet, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich Gedanken dazu macht, ob und wenn ja wie der 3D-Druck europaweit reguliert werden soll.

Das hat – erwartungsgemäß? – zu einem kleinen Netz-Aufschrei geführt. Der Vergleich mit dem Internet liegt nahe – was, eine neue Technologie, die sich gerade aus der Babykrippe erhebt, soll sofort totregu-

¹ 20-Seiten-Fassung siehe <https://www.oeko.de/oekodoc/1888/2013-532-en.pdf>

² <http://www.heise.de/newsticker/meldung/3D-Druck-im-Europawahlkampf-2126408.html>

liert werden?! Wie soll denn da eine Goldgräberstimmung aufkommen! Und überhaupt! Technikfeinde!

Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob „3D-Druck regulieren“ das zentrale Wahlkampfthema im Europawahlkampf sein sollte. Aber ganz so empörend finde ich den Vorschlag nicht. Nein, ich finde es durchaus sinnvoll, bereits in den Kindertagen neuer Technologien zwei Dinge zu tun: begleitende Technikfolgenforschung und auch so etwas wie eine „Politikbedarfsabschätzung“ durchzuführen. Wenn ich den Vorschlag richtig verstehe, geht es nicht um viel mehr als das. Insofern halte ich von der Aufregung wenig.

Gegen eine zu frühe Regulierung disruptiver Technologien sprechen zwei Dinge. Zum einen besteht tatsächlich ein gewisses Risiko, dass „Bürokratie“ – politische Regulierung äußert sich im Konkreten ja letztlich oft so – Innovation verhindert, zum anderen sehe ich durchaus die Gefahr, dass eine Regulierung einer sich rapide entwickelnden Technologie zu früh greift und dann einen technischen Status quo als Bezugspunkt für politische Regeln festschreibt, der veraltet ist, wenn die entsprechenden Richtlinien und Gesetze in Kraft treten. Auf Twitter sprach jemand davon, dass Bütikofer beim 3D-Druck das Äquivalent zum Bundespostmodem vorschreiben wolle. Das ist so etwa dieses zweite Argument – und es ist so verkürzt natürlich falsch.

Ich halte es für sinnvoll, diese beiden Punkten im Kopf zu behalten, wenn es darum geht, ob und wie 3D-Druck reguliert werden soll. Wenn aber die beiden Annahmen stimmen, dass 3D-Druck (ein Oberbegriff, unter dem sich eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Technologien versammeln) vor dem Sprung in den Massenmarkt bzw. in kommerzielle Anwendungen steht, und dass 3D-Druck das Potenzial hat, die existierenden industriellen Produktions- und Vertriebsketten durcheinander zu wirbeln, dann halte ich es auch für richtig, dass die Politik genau hinsieht, was hier passiert – und gegebenenfalls eingreift, bevor sich eine Technik durchgesetzt hat.

Das soll jetzt nicht falsch verstanden werden als ein Plädoyer für eine Genehmigungspflicht für 3D-Drucker oder schlimmeres. Es geht um Fingerspitzengefühl, nicht um Holzhammer. Die Idee, die Technologie-

entwicklung politisch zu begleiten, und zu schauen, wo Handlungsbedarf besteht, und wo nicht, erscheint mir durchaus als angemessen.

Konkret fordert Reinhard Bütikofer Folgendes – ich zitiere die beiden relevanten Absätze aus der Pressemitteilung einfach mal komplett:

„Neue generative Fertigungsverfahren wie 3D-Drucker mischen die Karten im produzierenden Gewerbe neu auf. Die Studie des Öko-Instituts zeigt, dass diese neuen industriellen Entwicklungen eine Reihe von Chancen aber auch Risiken bergen. Neue Fragen werden aufgeworfen von Eigentumsrechten und rechtlicher Haftung bis hin zur Standardisierung und der Produktion von 3D-gedruckten Waffen. Die Studie weist auf wesentliche Mängel in diesen Bereichen hin und zeigt, dass die EU das Thema stiefmütterlich behandelt. Sie setzt sich mit diesen Entwicklungen nicht strukturiert und in einer koordinierten Vorgehensweise auseinander.

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, einen angemessenen ordnungspolitischen Rahmen zu schaffen, und die internationale Technologieführerschaft in diesem Bereich zu gewinnen, sollte die Europäische Union eine breit aufgestellte Task Force erstellen. Auftrag der Task Force wäre es den europäischen Regulierungsrahmen auf 3D Drucken zu überprüfen, nationale und europäische Forschungsanstrengungen zu koordinieren und eine Strategie mit Maßnahmen zur Förderung der Innovation sowie der Sicherheit in diesem Bereich vorzuschlagen.“

Der erste Absatz ist vor allem eine Zusammenfassung der kurzen Studie. Das Thema der 3D-Waffen ist vielleicht überschätzt; ein Aspekt, der in der Pressemitteilung des Öko-Instituts deutlicher wird (dort liegen ja auch dessen Kernkompetenzen) als in dieser Pressemitteilung, sind die Unsicherheiten über den ökologischen Impact des 3D-Drucks. Dabei stehen auf der einen Seite Materialeinsparungen, auf der anderen die Frage, welche Produkte und Materialien durch den 3D-Druck substituiert werden (könnten), und wie der Energieeinsatz dabei aussieht. Hier scheint mir aus Sicht einer an Nachhaltigkeit und Verbraucherschutz interessierten Partei durchaus Forschungsbedarf zu bestehen – auch, um 3D-Druck

von vorneherein zu einer grünen Technologie werden zu lassen, und nicht im Nachhinein, *end of pipe*, Probleme festzustellen.

Braucht es zum jetzigen Zeitpunkt eine Standardisierung? Sind rechtliche Klärungen notwendig, was beispielsweise die Urheberrechte an Designs betrifft? Das sind weitere Fragen, die in der Studie angesprochen werden. Ob hier zum jetzigen Zeitpunkt politisches Eingreifen notwendig ist, ist tatsächlich zweifelhafter. Aber auch das könnte ja durchaus das Ergebnis einer „Task Force“ sein. Und dass es Sinn macht, auch im Blick auf die Forschungs- und Innovationsfördermechanismen der EU zu schauen, ob, wie und in welcher Weise innovative Vorhaben beim 3D-Druck am besten unterstützt werden sollten, klingt jetzt nicht abwegig.

Ich verstehe – das wäre dann der zweite zitierte Absatz – Reinhard Bütikofer so, dass es ihm darum geht, hier von Anfang an eine europäische Strategie zu entwickeln. Das halte ich – wie gesagt, mit Augenmaß, und unter Berücksichtigung der Zartheit innovativer Keime – für den richtigen Ansatz.

Und, um hier Klarheit zu schaffen: „angemessener ordnungspolitischer Rahmen“ und „europäischer Regulierungsrahmen“ klingt erst einmal grauenhaft – aber dahinter verbirgt sich eben nicht das Bundespostmodem mit Staatsmonopolaufkleber oder gar das Damoklesschwert eines Technologieverbotes, sondern die politische Aufgabe, zu überprüfen, ob die bestehenden europäischen Richtlinien, die etwa den Chemikalieneinsatz in der industriellen Produktion regeln, oder Qualitätsstandards für Rohmaterialien und Maschinen vorschreiben, zum Feld 3D-Druck passen, bzw. ob sie gegebenenfalls nachjustiert werden müssen.

Warum blogge ich das? Weil mich die Aufregung um diese Studie irritiert.



Zivilgesellschaft, transformative Wissenschaft und die Netzgemeinde

7. Mai 2014 – *Digitales Leben, Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft, Wissenschaft*

Das Bild, das ich von der *re:publica 14* habe, ist sicherlich verzerrt, nehme ich sie doch nur durch den Filter der sozialen Medien wahr, in denen Menschen aus meinem weiteren Umfeld das eine oder andere darüber schreiben. Aus dieser verzerrten, vermittelten Wahrnehmung heraus gewinne ich den Eindruck, dass doch vieles ähnlich ist wie 2013, und dass meine Entscheidung, dieses Jahr nicht zum „Klassentreffen des Internets“ – zum Treffen der digitalen Klasse? – zu fahren, daher so falsch nicht war. Ich war dennoch heute in Berlin, allerdings ganz woanders, nämlich bei einer Tagung der *ForschungsWende*, bei der es um mögliche neue Allianzen zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft

ging. Ich will jetzt gar keinen Tagungsbericht abliefern, aber vielleicht sind ein paar Worte zum Kontext notwendig:

Insbesondere aus der sozialwissenschaftlich orientierten Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung heraus gibt es bereits seit ca. zwanzig bis dreißig Jahren immer wieder ein Plädoyer für transdisziplinäre Forschung. Was das genau ist, wird unterschiedlich stark ausgelegt. Knapp zusammengefasst würde ich sagen: Es geht um Forschung, die versucht, nicht nur disziplinübergreifend zu arbeiten, sondern auch das Wissen der „beforschten“ Praxis als ebenbürtiges Wissen in den Forschungsprozess einzubeziehen. Komplexe Probleme der realen Welt – etwa die großen Herausforderungen der Nachhaltigkeit und der globalen Entwicklung – sollen damit eher gelöst werden können als durch wissenschaftliche Entwürfe vom grünen Tisch, die dann spätestens in der Umsetzungsphase auf Akzeptanzprobleme und Widerstände stoßen.

Wer die wissenschaftstheoretischen Debatten dahinter kennenlernen will, darf sich mit Modus 1 und Modus 2¹ der Wissensgenerierung vertraut machen. Insbesondere die freien, aus der Umweltszene heraus gegründeten Forschungsinstitute haben über die Jahre hinweg Modelle und Methoden transdisziplinärer Forschung entwickelt, die deutlich mehr sind als eine Alibi-Einbeziehung von Praxispartnern. Gleichzeitig ist Transdisziplinarität aber auch ein gewisser Modebegriff, der nicht von allen, die ihn für sich beanspruchen, wirklich mit Leben gefüllt wird.

Ein Erfolg dieser aus der Umweltforschung stammenden Szene ist die Etablierung des Förderprogramms für Sozial-ökologische Forschung (SÖF), das es bis heute – wenn auch in im Vergleich zu anderen Programmen geringem Umfang – im Forschungsförderungsportfolio des BMBF gibt, und aus dem heraus viele spannende Projekte entstanden sind. Gerade in diesem Feld der Programmforschung spielt Transdisziplinarität eine große Rolle. Aber auch die in Baden-Württemberg derzeit in der Umsetzung befindliche Förderung von Reallaboren als einem neuem Format der Forschung auf Augenhöhe zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft greift derartige Überlegungen auf.

¹ https://en.wikipedia.org/wiki/Knowledge_production_modes

Nicht unerwähnt lassen möchte ich zum Schluss noch die Tatsache, dass Transdisziplinarität auch ein Problem darstellt. Dies betrifft erstens die Organisation des Wissenschaftssystems, die an vielen Stellen auf Disziplinarität setzt, und Karrieren, Mittelvergaben und ähnliches mehr an den jeweils unterschiedlichen Kriterien einer disziplinären *scientific community* ausrichtet. Zweitens gehört zu transdisziplinären Projekten immer auch ein zusätzlicher Aufwand, um Übersetzungsprozesse und die Einbeziehung von Praxispartnern zu managen (und diese idealerweise auch für ihre Arbeit zu entlohnen). Dieser Zusatzaufwand wird oft ignoriert. Und drittens sind die Ergebnisse nicht immer passungs- und anschlussfähig, werden skeptisch beäugt und gerne mal als unwissenschaftlich dargestellt. Oder sie liegen in der konkreten, örtlich angepassten Problemlösung, also im Prozess, und nicht in Papieren, Konferenzvorträgen und Monographien. Andersherum heißt das: Transdisziplinarität als neuer Modus der wissenschaftlichen Problembearbeitung verändert auch die Strukturen und Relevanzen des Wissenschaftssystem selbst.

Das alles betrifft das Projekt *ForschungsWende* nur teilweise. Dort geht es vor allem darum, wie zivilgesellschaftliche Akteure in die Erarbeitung von Forschungsprogrammen, also ins Agenda-Setting („Co-Design“), aber – da wird es dann wieder transdisziplinär – auch in die Forschung selbst einbezogen werden können („Co-Production“). In diesem Kontext sind etwa ein wissenschaftspolitischer Forderungskatalog des Deutschen Naturschutzringes,² ein Positionspapier des BUND, kommunikative Aktivitäten von Brot für die Welt und vieles mehr entstanden.

Bei der Tagung der *ForschungsWende* ging es dementsprechend beispielsweise darum, wie derartige Aktivitäten verstetigt werden können, wie eine Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure auch über Programme wie SÖF hinaus – etwa in Bezug auf die großen BMBF-Förderprogramme „High-Tech-Strategie“ und „Bioökonomie“ – erreicht werden kann, wie ein Aufbau von Kompetenzen bei den zivilgesellschaftlichen

² https://www.forschungswende.de/?option=com_content&view=article&id=73%3Adnr-forderungen-an-partieprogramme-zur-bundestagswahl-2013&catid=26&Itemid=182

Akteuren erfolgen kann, um Forschungspolitik nicht der Wirtschaft zu überlassen usw.

Ein Begriff, der dabei immer wieder auftauchte, und der mich nun endlich zum Punkt bringt, ist der der Zivilgesellschaft. Klingt gut, als „Bürgergesellschaft“ führen wir ihn auch in der baden-württembergischen Politik immer wieder im Munde. Es kann sich vermutlich auch jede und jeder so in etwa vorstellen, wer die Zivilgesellschaft ist. Nicht Staat, nicht Markt, sondern eben die engagierten und aktiven Bürgerinnen und Bürger. (Und natürlich erst recht nicht das Militär). Auch in der Wikipedia³ wird über diesen Begriff diskutiert.

Die Logik, die hinter Forderungen wie den heute diskutierten steht, ist in etwa die, dass die engagierte Zivilgesellschaft, wenn sie denn nur ihr Wissen in die Wissenschaft (oder, in anderen Kontexten, in die Politik) einspeisen können würde, dazu beitragen würde, dass Wissenschaft (oder Politik) sich stärker als heute an der Lösung der globalen Probleme und großen Herausforderungen orientieren würde. So lässt sich die implizite Hoffnung, die hinter diesem Begriff steht, vielleicht zugespitzt benennen. Zivilgesellschaft, das sind jedenfalls die Guten. Und für transformative Wissenschaft, für eine Politik, die wirklich etwas verändert, da ist die Zivilgesellschaft gefragt.

Oder? Die Forderung, trotz der jeweils unterschiedlichen Eigenlogiken den Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft (und Politik) zu stärken, finde ich richtig⁴. Eine „gesellschaftliche Perspektivenvielfalt“ – so die Formulierung, die wir im baden-württembergischen Landeshochschulgesetz gefunden haben – als Orientierungspunkt ist für plurale und kreative Wissenschaft allemal besser als eine reine Wirtschaftsdominanz. Entsprechend finde ich es durchaus auch richtig, wenn Akteure wie der BUND, der DNR oder Organisationen der Entwicklungspolitik darauf drängen, in die forschungspolitischen Prioritä-

³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Zivilgesellschaft>

⁴ Vgl. auch das Diskussionspapier der BAG.WHT <https://bag-wht.de/was-gruene-ueber-wissenschaft-wissen-sollten-aber-nie-zu-fragen-wagten/>.

tensetzungen, wie sie im BMBF oder auf EU-Ebene stattfinden, einbezogen zu werden.

Und, nebenbei gesagt, sicherlich ist auch nicht jede Disziplin und jedes wissenschaftliche Feld eines, dass nun unbedingt zivilisiert und mit transdisziplinären Projekten angereichert werden müsste. Aber da, wo es um die großen Probleme, gesellschaftliche Transformationsprozesse und letztlich um die mittelbare Anwendbarkeit von Wissen geht, schadet Transdisziplinarität nicht, sondern hilft, Perspektivenvielfalt zu sichern und ist ein Gegenmittel zum Elfenbeinturm.

Aber ich glaube, dass es falsch wäre, dabei die Vielfalt von Zivilgesellschaft zu ignorieren. Bürgerschaftliches Engagement gibt es – ebenso wie den bürgerschaftlichen Protest – eben nicht nur in der Farbschattierung grün-rot. Wer sich die aktuellen „bürgerschaftlichen“ Proteststürme in Baden-Württemberg anschaut, egal ob es jetzt NationalparkgegnerInnen oder die unsäglichen Demonstrationen gegen den Bildungsplan sind, findet da durchaus auch ganz andere Farbtöne. Aber auch das ist Bürgerschaft. Und selbst wenn Zivilgesellschaft auf die organisierte Form des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern begrenzt wird, dann gibt es eben auch da rührige Akteure für ein christliches Familienbild, freiwillige Bürgerwehren als Polizeiersatz oder Innovationsverzögerer (der stockende Bau der Rheintalbahn hängt unter anderem auch mit einer sehr aktiven Zivilgesellschaft zusammen).

Oder, um es noch einmal zugespitzt zu sagen: Eine Aussage zur Zivilgesellschaft muss auch dann noch stehen, wenn statt BUND und „Brot für die Welt“ dabei an den ADAC gedacht wird.

Und damit bin ich endlich wieder bei der Netzgemeinde. Die, bzw. deren fehlendes parteipolitisches Engagement, bzw. deren Ratlosigkeit, ein Thema der *re:publica 14* war, wenn ich das richtig mitgekriegt habe.

Ich mag den Begriff Netzgemeinde ja. Das mag damit zu tun haben, dass mir die kirchliche Sozialisation fehlt, die mit „Gemeinde“ vielleicht sonst gerne die Kirchengemeinde assoziiert. Wenn überhaupt, fallen mir dazu eher kommunale Gemeinwesen ein. Oder Gemeinschaften wie die *scientific community*. Zudem hat die Metapher etwas selbstironi-

sches. Wer von Netzgemeinde spricht, muss wissen, dass es diese – so – nicht gibt. Wenn überhaupt, dann sind da ein paar Clubs und Vereine, die behaupten, für die Netzgemeinde zu sprechen. Und dabei ja insgesamt gesehen durchaus auch gute Arbeit leisten.

Ich mag den Begriff auch deswegen, weil er – so würde ich ihn jedenfalls verwenden – eine Differenzierung einzieht. Zwischen denen, die sich selbst als Teil der Netzgemeinde sehen würden, wenn sie gefragt werden würden, und denen, die damit nichts anfangen können, weil sie das Netz bloß nutzen. Und natürlich behauptet die Netzgemeinde, für alle NetznutzerInnen zu sprechen, also für 80 Prozent der Bevölkerung. Und eben nicht nur für die zehn Prozent oder so, die das Netz aktiv nutzen, die selbst Inhalte produzieren, die sich politische Gedanken machen usw. Also, um die Metapher völlig zu überziehen, die digitale Zivilgesellschaft, die im Netz bürgerschaftlich engagiert ist.

Um jetzt beide Stränge zusammenzubringen: Nach wie vor taucht die Netzgemeinde (und daran ändern auch einmal jährlich stattfindende Events wie die *re:publica* nichts) weder als vages Kollektiv noch in Form ihrer Clubs und Vereine dort auf, wo der Rest der Zivilgesellschaft der Gesellschaft stattfindet. Kaum jemand würde auf die Idee kommen, den CCC oder die Digitale Gesellschaft in einer Reihe mit dem BUND oder Brot für die Welt zu nennen. Warum eigentlich nicht?

Und es ist nicht nur ein Problem der fehlenden Organisiertheit. Auch ein großer Teil der „Transitionsbewegung“ in Städten und Gemeinden findet in „unorganisierten“ Projekten und losen Zusammenschlüssen statt. Start-ups und Hackerspaces aus der digitalen Welt scheinen dagegen ganz wo anders zu existieren. Beides zusammenzubringen, fände ich einen spannenden Ansatz. Wikipedia, Open Street Maps oder Creative Commons sind da schöne Beispiele für zivilgesellschaftliche Netzbewegungen, die tatsächlich etwas verändert haben, und die in der großen Transformation eine Rolle spielen könnten, die aber nach wie vor nur von wenigen mitgedacht werden, wenn es um die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Projekte transformativer Wissenschaft geht. Was sich ändern sollte, auch draußen, wo es wild ist.

Digitales Leben und Forschungs- und Technologiepolitik

Warum blogge ich das? Kommt davon, wenn ich mit einem Ohr Vorträgen zuhöre und mit dem anderen Auge Twitterdebatten anstoße. Vielleicht mag's ja jemand weiterdiskutieren – und vielleicht sehe ich auch nur Gespenster.

*P.S.: Und manchmal macht auch die Netzgemeinde zivilgesellschaftliche Pro-
testforschung⁵. Na also!*

P.P.S. Dieser Text auf netzpolitik.org⁶ zur digitalen Zivilgesellschaft (aus dem April) soll nicht unerwähnt bleiben.

⁵ <https://www.zeit.de/digital/internet/2014-05/republica-google-nest>

⁶ <https://netzpolitik.org/2014/npp122-vom-ende-der-hobby-lobby-reflexionen-zum-stand-der-netzbewegung-2014/>.



Smarte Parteien? Um welches Problem geht es eigentlich?

20. September 2015 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

In den *Revelation-Space*-Büchern des Science-Fiction-Autors Alastair Reynolds tauchen am Rande die „Demarchists“ auf – eine Gruppe von Menschen, die das Ideal direkter Demokratie verwirklicht haben: Ein Implantat im Kopf legt jedem und jeder ständig Entscheidungen zur Abstimmung vor. Demographie und Demokratie gehen ineinander über, der Wille des Volkes ist die ständig aktualisierte Summe des Willens der Einzelnen. Deliberation findet dagegen, soweit das dieser Fiktion zu entnehmen ist, eher nicht statt. Aber, einem Science-Fiction-Buch ist das angemessen, eigentlich erfahren wir auch nur etwas über das „Tool“ und wenig darüber, wie die Praktiken, Prozesse und Verfahren aussehen, die diese auf die Spitze getriebene Form direkter Demokratie so mit sich bringt.

Vielleicht ist es dieser Fokus auf die „Tools“, der mich bei einigen aktuellen Debatten an diese Bücher denken ließ. Auch nach dem weitgehenden Scheitern der – so weit das aus Außenperspektive festzustellen ist – sehr stark „tool“-zentrierten *Liquid-Democracy*-Debatten der Pira-

tenpartei bleibt der Ruf nach der „Smart Party“ (Schober et al. 2015) virulent. Fast drängt sich der Eindruck auf, dass verzweifelt am Glauben daran festgehalten wird, dass dieser Netzwerktechnik doch ein demokratisches Heilsversprechen zu entlocken sein muss. Jedenfalls wird nach wie vor darüber gesprochen, dass Parteien besser, schöner, effizienter und beteiligungsorientierter werden könnten, wenn sie denn nur die richtige Technik einsetzen. Bisher haben diese Ansätze den Realitätstest nicht bestanden. Das liegt – behaupte ich – nicht am fehlenden Willen der Parteien, sondern schlicht daran, dass die glitzernden „Tools“ und die zu lösenden Probleme nicht zueinander passen.

Grüne Erfahrungen bei der Digitalisierung der Partei

Im Barcamp-Teil des gestern zu Ende gegangenen grünen Digitalisierungskongress „Wie programmieren wir Zukunft?“ wurden diese Fragen unter der Überschrift „Von den Piraten lernen? – Wie nutzen wir Digitalisierung für unsere Partei?“ ebenfalls diskutiert. Bundesgeschäftsführer Michael Kellner sammelte Erfahrungsberichte und Wünsche aus dem rege besuchten Workshop und stellte dann eine sehr pragmatische Roadmap vor, um in den nächsten Jahren Digitalisierung für die Partei Bündnis 90/Die Grünen zu nutzen. Ein Thema der Diskussion war dabei immer wieder das „Wurzelwerk“ – die ungeliebte parteiinterne Plattform, auf der Wissensmanagement, Deliberation und auch die eine oder andere Entscheidung stattfinden soll. Theoretisch hat jedes Mitglied der Partei Zugang zu diesem abgeschlossenen, monolithischen System. Tatsächlich wird es nur in sehr begrenztem Maße genutzt. Wichtige Debatten finden – mehr oder weniger strukturiert – anderswo statt: offline auf Kreismitgliederversammlung und Arbeitszusammenhängen, mediatisiert in Mailinglisten einzelner Gliederungen und Arbeitsgruppen, in Telefonkonferenzen, Hangouts und Facebook-Gruppen oder gleich im semiöffentlichen Raum sozialer Netzwerke.

Weitaus mehr Anklang finden die Angebote der „Netzbegrünnungs“-Gruppe, um kollaborativ an Texten zu schreiben (Etherpad, Chatfunk-

tion), Anträge und Änderungsanträge in einem geregelten Verfahren einzureichen („Antragstool“) oder Veranstaltungen im Livestream anzusehen. Für Terminabfragen wird Doodle eingesetzt, das eine oder andere Wiki (vgl. Westermayer 2007), für Abstimmungen diverse Umfragetools, und Videos werden auf Youtube abgelegt. Und Websites, gerne auch auf WordPress oder andere CMS aufbauend, Facebookseiten und ab und zu Twitter-Accounts, um „Öffentlichkeitsarbeit“ zu betreiben, existieren ebenfalls in großer Zahl. Hier zeigt sich der Charakter der grünen Partei als lose gekoppelter Konföderation von Kreis- und Landesverbänden mit wenig zentraler Steuerung. Andere würden von einem gewissen Wildwuchs sprechen.

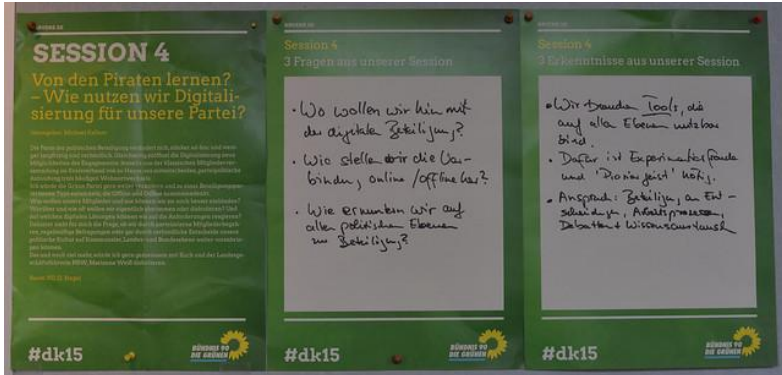
Angesichts dieser aktuellen Situation erscheint es mir sehr plausibel, in der künftigen digitalen Entwicklung der Partei weg von der im Kellerzimmer eingesperrten monolithischen Wollmilchsau zu gehen und stattdessen eher Tools anzubieten, die dazu beitragen können, bestimmte Verfahren und Praktiken zu unterstützen. Ein zentrales Element für ein solches eher dezentrales und modulares System, für einen solchen Werkzeugkasten, ist eine einheitliche Authentifizierung grüner Mitglieder über eine klar definierte Schnittstelle. Diese Schnittstelle existiert in rudimentärer Form. Sie müsste die Möglichkeit bieten, „Tools“ so zu konfigurieren, dass nur Mitglieder – oder nur bestimmte Teilmengen davon – diese nutzen können. Abgesehen davon erscheint es mir vor allem wichtig, herauszufinden, welche Elemente der Parteiarbeit tatsächlich nach digitaler Unterstützung rufen, und wo niemand neue „Tools“ vermisst; entweder, weil es bereits Werkzeuge gibt, die eingesetzt werden, oder weil eingespielte „analoge“ Verfahren gut funktionieren.

Es kann trotzdem Gründe geben, auch in den Bereichen der Parteiarbeit, in denen der Ruf nach digitaler Unterstützung nicht besonders laut ist, nach passenden Werkzeugen zu suchen bzw. solche programmieren oder anpassen zu lassen. Dort, wo existierende Systeme verwendet werden – Beispiel Doodle für Terminabfragen – mag es Gründe geben, die mit dem Datenschutz, mit der Kontrolle darüber, wer sich beteiligt, mit der Vermeidung von Überwachung oder mit einem unguuten Gefühl dabei, auf „fremde“ Infrastrukturen zu vertrauen, zusammenhängen. In

anderen Fällen, insbesondere dann, wenn es um Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Motivation geht, bietet es sich an, trotz aller Bauchschmerzen dahin zu gehen, wo die Mitglieder, WählerInnen und potenziell Interessierte sind. Oder dahin, wo die Öffentlichkeit diskutiert. Das ist dann möglicherweise Facebook – und eben keine eigene grüne Diskussionsplattform.

Gewichtiger noch als die Frage, ob eingesetzte Werkzeuge diejenigen sind, die tatsächlich optimal (auch unter Berücksichtigung etwa der Datensparsamkeit) geeignet sind, ist das Argument, dass es doch „so“ wunderbar funktioniert. Denn „so“ funktioniert es für die, für die es funktioniert – wer damit ausgeschlossen wird, wer sich in Parteilinie einbringen würde, wenn es anders funktionieren würde, ist offen. Gleichzeitig ist auch jedes neue Verfahren, insbesondere wenn es weg von „analogen“ hin zu „digitalen“ Vorgehensweisen geht, immer noch mit dem Risiko von Ausschlüssen verbunden. Wie weit diese in Kauf genommen werden können, ist von Fall zu Fall abzuwägen.

Ausgehend von der Diskussion auf dem Digitalisierungskongress wäre meine Vision einer smarten grünen Partei eine, die das tut, was sie auch heute schon tut, nämlich digitale Werkzeuge da einzusetzen, wo diese einen Mehrwert haben, nur etwas systematischer und strategischer – und vielleicht an einigen Punkten ergänzt um Dinge, die „analog“ nicht oder nur mit sehr großem Aufwand möglich sind. Mitgliederbefragungen und strukturierte Diskussionen, kollaborative Textarbeit und ein leicht zugängliches Wissensmanagement könnten solche Punkte sein. Das heißt nicht, dass es diese heute nicht gibt – nur finden sie nicht systematisch statt. Teilweise werden dafür Werkzeuge eingesetzt, die nicht dafür gedacht sind oder Nachteile mit sich bringen. Und vielen Parteimitgliedern und Gliederungen sind diese Werkzeuge möglicherweise noch nicht bekannt. Hier gibt es also Arbeit für die Taskforce zur digitalen Beteiligung, die Michael Kellner eingesetzt hat.



Verschlafen Parteien die digitale Revolution in ihrer eigenen Organisationsstruktur?

Damit bin ich bei meiner Verwunderung über Schober et al. (2015) angelangt. Die nennen diverse Beispiele dafür, dass Digitalisierung das Leben, die Wirtschaft, die Verwaltung einfacher macht und schreiben dann:

„Klug eingesetzt, können digitale Instrumente die Arbeits- und Organisationsroutinen in Parteien um ein Vielfaches vereinfachen. So etwa in Belangen des Mitgliederdatenmanagements, der internen Debattenorganisation und der Koordinierung von Freiwilligen-Engagement.“ (Schober et al. 2015: 2)

Interessanterweise sind Mitgliederdatenmanagement (bei „Grünes“ heißt die entsprechende Software *Sherpa*) und die Koordinierung des Engagements von Freiwilligen („Meine Kampagne“) gerade Bereiche, in denen zumindest Bündnis 90/Die Grünen schon sehr smart sind. Es würde mich wundern, wenn andere Parteien hier hinterherhinken. Und die „interne Debattenorganisation“ – tja, was sind „interne Debatten“?

Das ist gar nicht so einfach zu beantworten, weil Parteien vielschichtige und multipolare Organisationen sind. Es gibt Debatten innerhalb einzelner Einheiten (teilweise organisiert, teilweise unorganisiert), es gibt große, die ganze Partei mitnehmende Debatten – die dann mit In-

strumenten wie Fachkonferenzen, Online-Textarbeit, Parteitagsanträgen, Parteitag – geführt werden, und es gibt nicht zuletzt die großen gesellschaftlichen Debatten, die Parteien natürlich nicht kalt lassen. Selbstverständlich tragen auch Meinungsäußerungen von Parteiakteuren in alten und neuen (und ganz neuen) Medien zum Diskurs und damit zur Debatte bei. Das alles mit einem Tool „organisieren“ zu wollen, wäre aus meiner Sicht ein vermessener Anspruch – und ein Vorhaben, das nur scheitern kann.

Schober et al. (2015) nennen nun einige der Experimente, die Parteien in den letzten 15 Jahren unternommen haben. Sie stellen – zu Recht – fest, dass Ernüchterung eingetreten ist:

„Die Erfahrungen mit den ersten Gehversuchen sind also durchaus gemischt, Euphorie hat sich nirgends breit gemacht. Trotz guter einzelner Ansätze herrscht Ernüchterung mit Blick auf die übergreifende Integration des digitalen Fortschritts in das Parteileben.“ (Schober et al. 2015: 2)

Erste Gehversuche? Im Teenageralter? Naja. Ansonsten ja – es ist definitiv Ernüchterung eingetreten. Das hat auch einiges mit dem Scheitern entsprechender, sehr großmundig vermarkteter Vorhaben der Piratenpartei zu tun. Aber wie dem auch sei – dass Ernüchterung da ist, da ist Schober et al. zuzustimmen. Haarsträubend finde ich allerdings deren Erklärung, warum die großen Versprechungen nicht eingetreten sind: Standards der Kommunikations- und Innovationsfähigkeit von Parteien lägen weit unter den technologischen Möglichkeiten, digitale Kanäle würden frecherweise nicht genutzt, und überhaupt, die heutigen technologischen Ansätzen seien ja so viel weiter, die müssten erst einmal „neu gedachte und ausprobiert“ werden. Das gipfelt dann in der Zuspitzung: „Können Parteien mit den Digitalisierungstrends nicht mithalten? Oder wollen sie es eventuell gar nicht? Für uns ist klar: Sie müssen es, und zwar eher heute als morgen.“ (Schober et al. 2015: 3).

Parteien konkurrieren im Feld der Politik zunächst einmal mit anderen Parteien, vielleicht auch mit anderen politischen Organisationen und Bewegungen, ganz vielleicht auch mit Massenmedien und JournalistInnen. Wer behauptet, Parteien „müssen es“, müsste in diesem Feld

zeigen, wer vorangeht, und wer seine politische Arbeit derartig effektiver und effizienter gestaltet hat, dass damit die politische Agenda dominiert und Beteiligung monopolisiert wird. Einen derartigen Player sehe ich nicht, auch „change.org“ ist es nicht. Schober et al. (2015) gehen darauf nicht ein. Vielmehr diskutieren sie die beiden schon angerissenen Argumentationslinien: „Parteien können nicht“ und „Parteien wollen nicht“.

Beim Thema „Parteien können nicht“ identifizieren Schober et al. (2015: 3) eine Reihe von Hemmnissen: Parteien sind große und schwerfällige Organisationen mit langsamen Entscheidungsprozessen über mehrere Ebenen hinweg. Neue „Tools“ brauchen bei ihrer Einführung Kommunikationsstrategien, gegebenenfalls finanzielle Ressourcen, Wissen, um die Gliederungen und Parteimitglieder für eine Nutzung zu gewinnen. (Ich würde ergänzen, dass ein spürbarer Mehrwert auch nicht ganz unwichtig ist ...). Das Parteiengesetz, das zumindest für bindende Entscheidungen Vorgaben macht, wird erwähnt. Und natürlich: „Ebenso dann, wenn von Anfang nicht klar ist, wozu genau das Tool eingesetzt werden soll und wozu eben auch nicht.“ (Schober et al. 2015: 3).

Anders gesagt, auch wenn Schober et al. das hier noch nicht so explizit machen: es geht bei der Einführung von „Tools“ eigentlich um organisationalen Wandel, um „change management“. Und der muss gewollt und organisiert werden. Ergänzen würde ich auch: Da, wo es einen spürbaren Mehrwert gibt, und wo sich digitale Werkzeuge in vorhandene Prozesse einpassen, werden sie in Parteien längst genutzt. Egal, ob mit oder ohne Rückendeckung durch die Parteizentrale. Mailinglisten, Doodles, Wikis – die gibt es. Und sie tragen auch heute schon zur innerparteilichen Organisation und Meinungsbildung bei.

Was es bis heute nicht gibt, sind virtualisierte Spiegelungen von Mitgliederversammlungen und Parteitag. Auch mit Westermayer (2001) im Rücken finde ich das nicht sehr verwunderlich: der organisatorische Mehrwert derartiger Spiegelungen ist gering, der zusätzliche Aufwand für die Partei wie für die einzelnen Mitglieder ist groß, die erhöhte raum-zeitliche Flexibilität ist im Vergleich dazu wenig attraktiv. Wer nicht am Parteitag teilnehmen kann, erfährt über Livestreams und

Website-Berichte, was passiert, und kann über Medien wie Facebook und Twitter miterlebend und kommentierend dabei sein, wenn das gewünscht ist. Die „Tools“ sind da, und die Partei findet einen Nutzen dafür. Ganz organisch entsteht so ein „blended Parteitag“.

Was Parteien tatsächlich nicht können: ihre ja durchaus im politischen System begründete Organisationsstruktur auf den Kopf stellen. Es gibt Orts- und Kreisverbände, Landesverbände und einen Bundesverband, Fraktionen auf diesen Ebenen und quer dazu inhaltliche Arbeitsgruppen, weil das die Ebenen sind, auf denen Politik stattfindet. Virtuelle Kreis- und Landesverbände hängen, so attraktiv sie zunächst erscheinen mögen, immer jenseits dieser Ebenen – und können daher nur begrenzt im politischen Spiel mitwirken. Solange es Staaten und deren Gliederung gibt, bleibt das eine Rahmenbedingung, die auch durch noch so schöne „Tools“ nicht wegzuzaubern ist. (Und auch die Mitgliederstruktur einer Partei gehört zu diesen Randbedingungen.)

Schober et al. (2015) ignorieren nun sowohl die Wirklichkeit innerhalb der Parteien als auch diese Rahmenbedingungen. Stattdessen unterstellen sie Parteien, dass sie nicht zu smarten, digitalisierten Parteien werden wollen (Schober et al. 2015: 4). Auch hier nennen sie eine Reihe von Hemmnissen: Befürchtungen, dass mit neuen Verfahren Kontrolle und Zuständigkeiten verschoben werden. Kontrollverlust und Unordnung durch Öffnung. Ein Verlust an Bedeutung für Parteieliten und ein Bedeutungszugewinn für Parteimitglieder.

Auch das ist nicht völlig falsch (und vielleicht ist dieser Text auch nur ein Beitrag aus der Funktionärebene, der Argumente sucht, den bequemen Status Quo zu erhalten). Aber ich würde die Argumentation vom Kopf auf die Füße stellen. Vor der Frage der technischen Innovation zur Öffnung und verbesserten Transparenz innerparteilicher Kommunikation und Beteiligung – denn das ist das inhaltliche Ziel, das hier als selbstverständlich mitschwingt – steht eben die soziale Innovation. Die Frage danach, wie eine Partei in Zukunft aussehen und arbeiten soll, ist keine der Werkzeuge, sondern eine der „vision and mission“. Ob digitale Formate und „Tools“ das richtige sind, um eine – wenn sie denn gewollt wird – Öffnung der Partei zu erreichen, oder ob Schnuppermit-

gliedschaften und andere Veranstaltungsformate besser dafür geeignet sind – das ist die zweite Debatte. Zunächst aber muss geklärt sein, in welche Richtung es inhaltlich gehen soll. Und das kann nicht anhand der Werkzeuge diskutiert werden.

Mein Zwischenfazit: Da, wo es um die Erleichterung von Verfahren geht, wo digitale Werkzeuge in die etablierte Parteiarbeit einfließen, ohne die zu revolutionieren, sind Parteien heute schon auf einem guten Weg. Das ist aber zu trennen von einer Debatte darüber, was eine Partei in Zukunft sein soll, und wie dieser zukünftige Zustand am besten erreicht werden kann. Hier muss die soziale Innovation diskutiert und beraten werden, nicht die besten Werkzeuge dafür!

Wer über Organisationswandel reden will, sollte über Organisationswandel reden – nicht über Werkzeuge

Schober et al. (2015: 5ff) bleiben nun nicht bei der Analyse, sondern erteilen auch Ratschläge. Dass es sinnvoll ist, auch sprachlich nicht mehr „analog“ und „digital“ zu trennen, ist sicher richtig – aber auch ein Binsenweisheit, wenn es in ihrem eigenen Diskussionspapier die ganze Zeit passiert. Und wenn Parteien da längst weiter sind. Aber das nur am Rande. Die fünf Ratschläge sind:

- Der Aufbau von digital-analogen Doppelstrukturen, um neue Formen der Teilhabe einzuführen, ohne die vertrauten Prozesse und Praktiken zu zerstören.
- Gezieltes und konstantes Feedback bei der Einführung neuer Instrumente (gemeint ist damit eine künstliche Belebung digitaler Foren durch „inoffizielle Botschafterinnen und Botschafter“), weil „Die beste und nutzerfreundlichste Plattform nützt nichts, wenn sie nicht mit Leben gefüllt wird.“ (Schober et al. 2015: 6) – wohl wahr, aber ein Surrogat von Leben nützt halt auch nichts ...
- Projekte im Kleinen ausprobieren und erfolgreiche Formate skalieren. (Klingt gut, gemeint ist damit allerdings letztlich doch wieder der eine „virtuelle Ortsverein“, der schon mal digitale Kommunikation ausprobiert, und dann müssen alle anderen nachziehen ...)

- NutzerInnen von Anfang an miteinbeziehen, auch im Sinne von Usability-Tests etc.
- Von Unternehmen und NGOs lernen – hier taucht plötzlich auf, dass es doch um große organisationale Veränderungen, Change Management und entsprechende Beratungsnotwendigkeiten geht. Oder gar um Gamification (dafür ist mir Politik dann doch ein zu ernsthaftes Geschäft ...).

Ist das in der Summe hilfreich? Ich bin nicht überzeugt. Digitale Kommunikations- und z.T. auch Beratungs- und Entscheidungsinstrumente werden im Sinne der Doppelstrukturenstrategie bereits genutzt, wie ich eingangs dargestellt habe. Das kann gerne systematischer und strategischer geschehen. Die digitalen Pilotgliederungen erinnern mich zu sehr an die virtuellen Ortsvereine und entsprechende Parallelwelten. NutzerInnen einzubeziehen, sollte selbstverständlich sein – aber bei was? Letztlich steht auch hier die „Plattform“ im Raum – und die würde ich liebend gerne durch verteilte Module ersetzen. Die natürlich ebenfalls so gestaltet sein sollten, dass sie gut nutzbar sind.

Und zum organisationalen Wandel: Klar kann da von anderen Organisationen gelernt werden. Nur sind die allesamt hierarchischer als Parteien. Diese Besonderheit bleibt. Und es bleibt, aber das habe ich ebenfalls bereits ausgeführt, auch die Notwendigkeit, zunächst mal über Organisation und Struktur zu reden, und über deren Weiterentwicklung, bevor die Frage der Werkzeug- oder gar Plattformentwicklung auftaucht. Und da steht der eigentliche Elefant.

Warum blogge ich das? Zum einen als Fortsetzung der auf dem Digitalisierungskongress geführten Debatte, zum anderen als Erwiderung auf den Text aus dem parteireform.org-Projekt.

Literatur

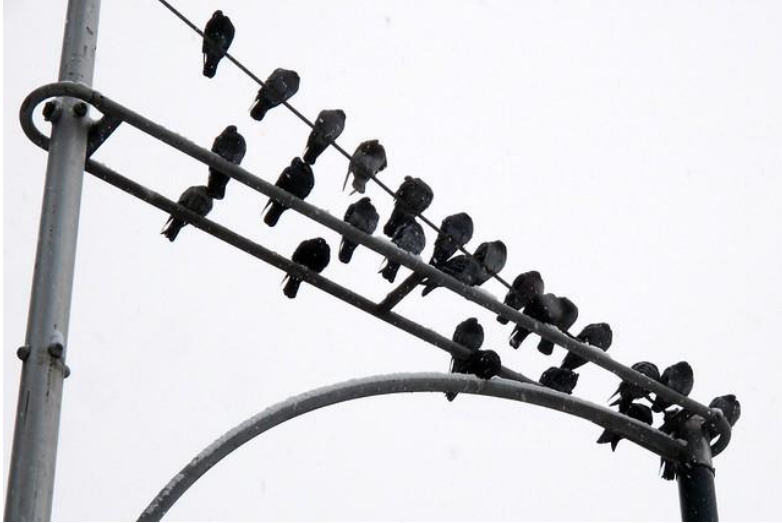
Schober, Henrik; Dedic, Jessica; Sälhof, Philipp (2015): *Auf dem Weg zur Smart Party – Digitale Ambitionen von Parteien zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, <http://parteireform.org/wp-content/uplo->

Smarte Parteien? Um welches Problem geht es eigentlich?

[ads/sites/2/2015/09/dp_05_2015_auf_dem_weg_zur_smart_party_v2.compressed.pdf](#) (Link funktioniert nicht mehr)

Westermayer, Till (2007): „Politische Wiki-Nutzung zwischen Groupware und Text-Event – diskutiert an Fallbeispielen aus dem Umfeld von Bündnis 90/Die Grünen“, in Stegbauer, Christian; Schmidt, Jan; Schönberger, Klaus (Hrsg.): *Wikis: Diskurse, Theorien und Anwendungen. Sonderausgabe von kommunikation@gesellschaft*, Jg. 8.

Westermayer, Till (2001): *Was passiert, wenn eine Partei im Netz tagt? Der ‚Virtuelle Parteitag‘ von Bündnis 90/Die Grünen aus soziologischer Sicht*. Universität Freiburg, Magisterarbeit, <http://www.westermayer.de/till/uni/parteitag-im-netz.pdf>



Kommunikativer Vertrauensverlust in verunsicherten Zeiten

28. Januar 2016 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

Kommunikationsguerilla produziert immer, immer, immer Verunsicherung. Und zerstört damit gesellschaftliches Vertrauen. Das ist unausweichlich. Trotzdem kann es legitim sein, zu dieser Form politischer Aktion zu greifen. Beispielsweise dann, wenn es darum geht, etwas scheinbar Selbstverständliches in Frage zu stellen, an Institutionen zu rütteln, Menschen dazu anzuregen, nachzudenken und nicht einfach hinzunehmen, was ist.¹

Weil Kommunikationsguerilla Vertrauen zerstört, und weil, wenn es eines gibt, was in dieser Gesellschaft gerade fehlt, Vertrauen ist, bin ich so verärgert darüber, dass gestern jemand die Geschichte in die Welt gesetzt hat, dass aufgrund des tagelangen Wartens in der Kälte vor dem Berliner „Lageso“ ein Flüchtling gestorben ist. Ich gehöre zu den tau-

¹ Da hat Kommunikationsguerilla einiges mit Soziologie gemeinsam, aber das ist eine andere Geschichte.

senden Menschen, die diese Geschichte geglaubt haben, und die sie weitergegeben haben.

Ich war durchaus skeptisch – aber die Autorin des ursprünglichen Facebook-Postings schien nach einem Klick auf ihr Profil respektabel (Spielleiterin bei einem Theater). Der Tonfall des langen Postings, seine ganze Emotionalität – all das wirkte authentisch (und war es möglicherweise auch). Viele Berliner*innen, Netzbekanntschaften, auch Menschen aus der dortigen Politik, teilten das Posting. Der Helferkreise „Moabit hilft“ postete eine Traueranzeige. Der RBB – also ein öffentlich-rechtlicher Rundfunksender – berichtete, wenn auch mit den üblichen Markern einer noch nicht zu Ende recherchierten Nachricht (Konjunktiv, wohl, ...).

Und die Geschichte passte ins Bild, passte zu meinen Erwartungen. Das für die Registrierung von Flüchtlingen in Berlin zuständige Lageso hat einen extrem schlechten Ruf. Immer wieder habe ich – aus Helferkreisen, aus der Berliner Politik, aus den dortigen Medien – Berichten darüber gelesen und gesehen. Ewig in der Kälte wartende Flüchtlinge. Krankheiten. Unfreundliche bis feindlich gesinnte Security-Kräfte. Keine Versorgung mit Nahrungsmitteln, wenn nicht die ehrenamtlichen Helfer*innen sich darum kümmern würden. Keine Versorgung mit Kleidung und Unterkunft, wenn nicht die ehrenamtlichen Helfer*innen ... eine Mischung aus Behördenwahnsinn, Staatsversagen und bewusster Hinnahme unhaltbarer Zustände zur Abschreckung durch den zuständigen CDU-Senator.

Und all das passte wiederum ins Bild, passte zu meinen Erwartungen, die sich im Lauf der letzten Jahre über Berlin verfestigt haben: Ein „failed Stadtstaat“, eine Stadt, die zwar immer noch arm, aber nicht mehr sexy ist, in der die staatliche Verwaltung schlicht nicht mehr funktioniert – weder in Schulen, noch in Bürgerämtern, noch überhaupt.

Und jetzt also – so das Facebook-Posting – ein Flüchtling, der mehr oder weniger in direkter Konsequenz und Kausalität dieses Behördenversagens gestorben sein soll. Die Autorin dieses Postings zitierte aus dem Chat mit dem Helfer, der sagte, dass er einen Rettungswagen geru-

fen habe, ein Chatausschnitt, der mit dem Tod des Flüchtlings und großen Emotionen endete.

Während gestern Vormittag – inzwischen berichtete auch dpa – diese Geschichte noch halbwegs wahrscheinlich schien, kamen dann im Lauf des Tages Verunsicherungen dazu. In keinem Krankenhaus in Berlin war dieser Todesfall registriert. Der Einsatz des Notarztes tauchte nicht in den Protokollen der Sicherheitsdienste auf. Der Helfer habe sich verbarrikadiert, wolle mit niemanden reden, die Facebook-Autorin keine näheren Details herausrücken. Irgendwas stimmte nicht.

Heute Morgen dann die Nachricht: Spät abends sei es der Polizei gelungen, mit dem Helfer zu sprechen. Die ganze Geschichte sei erfunden.

Wir wissen nicht, ob die Geschichte bewusst erfunden wurde. Ich kann mir – ohne die beteiligten Personen zu kennen! – mehrere plausible Szenarien vorstellen. Der psychische Zusammenbruch eines Flüchtlingshelfers angesichts der Zustände, der zu einer Art Hilfeschrei führte. Vielleicht auch ein Sich-wichtig-machen mit einem Gerücht, das gar nicht öffentlich werden sollte. Oder aber die bewusste Erfindung einer Lüge zu politischen Zwecken, also Kommunikationsguerilla. Als Handlung einer Einzelperson oder einer ganz kleinen Gruppe, die von anderen geglaubt und weitergegeben wurde, oder sogar als Inszenierung, bei der ein größerer Personenkreis mitgespielt hat.

Ich ärgere mich darüber, diese Geschichte weitergegeben zu haben, und ich bin mir sicher, dass das anderen ähnlich geht. Und ich ärgere mich über alle, die näher dran waren, und die diese Geschichte weitergegeben haben, ohne eine sichere Quelle zu haben. Weil wir alle zusammen dazu beigetragen haben, dass hier Vertrauen verloren gegangen ist. Auch Vertrauen in Helferkreise – ein besonders großer Schaden.

„Crying wolf“ heißt das auf Englisch, die Geschichte von Peter und dem Wolf. Wer einmal lügt, ... – es ist kontraproduktiv und schadet der Sache.

Denn: Stimmt denn das, was über die Zustände an der Lageso sonst so berichtet wird? Oder sind auch hier bewusste, politisch gewollte Übertreibungen im Spiel? Und was, wenn nun wirklich eintritt, was hier als Geschichte stattfand – wer glaubt das dann noch?

Wir leben in hektischen Zeiten. In unsicheren, aufgeheizten Zeiten, und in Zeiten, in denen viel an gesellschaftlichem Grundvertrauen verloren gegangen ist. Die schnellen Zyklen von Onlinemedien und sozialen Netzwerken mögen das ihre dazu beitragen. „Teilen“ anzuklicken, einen Link zu kopieren – das geht schnell. Ich werde damit in Zukunft vorsichtiger sein. Gleichzeitig sind soziale Medien eben keine Medien im journalistischen Sinne. Sie sind gedruckte Unterhaltung, also Konversation. Von jeder Facebook-Nutzer*in zu verlangen, sich in journalistischer Quellenkritik zu üben, zu recherchieren – das ist etwas viel verlangt.²

Insofern basieren soziale Netzwerke und die dort kursierenden Geschichten immer auch auf Vertrauen. Wenn wir etwas teilen, teilen wir es, weil wir es für glaubhaft halten. Und wenn andere vor uns es geteilt haben, dann entsteht eine Art Kette des Vertrauens.³ Sich diese Kette anzuschauen, zumindest das sollte jemand tun, bevor er oder sie eine Meldung weitergibt. Aber – siehe gestern – auch das kann zu Fehlurteilen führen. Wie gehen wir damit um?⁴

Warum blogge ich das? Um meiner Verärgerung ein wenig Luft zu machen. Und als Reflektion darüber, wie das mit der Wahrheit in Zeiten heißer Kommunikation so ist.

² Anders sieht es mit Online-Journalist*innen und auch mit allen, die ehrenamtlich mit Presse zu tun haben, aus.

³ Eine Kette, die anders als bei der mündlichen Weitergabe von Gerüchten das Original erhält und nicht konjunktiv abschwächt. Aus „habe gehört“ wird die Illusion von Unmittelbarkeit.

⁴ Und ich sage jetzt nichts zur Propaganda der anderen Seite. Auch da gibt es Erwartungshaltungen und Geschichten, die dazu passen – und die dann bereitwillig weitergegeben werden, und letztlich finstere Zustände zeichnen, und wiederum zu aufgeheizten Stimmungen und zu einer zugespitzten politischen Kommunikationssituation führen. Ich bin überzeugt davon, dass das einigen durchaus ins Bild passt. Genauso, wie auf dieser anderen Seite ein solcher Hoax sicherlich immer wieder unter die Nase gehalten werden wird. Da wird etwas angefeuert – ausbaden müssen es letztlich alle, die für eine offene Gesellschaft stehen.



Dauerschleifen

23. Juli 2016 – *Digitales Leben, Politik und Gesellschaft*

Patricia Cammarata hat was über die Gesellschaft der Liveticker aufgeschrieben¹, und ja, da ist einiges dran. Ich, ebenfalls Jahrgang 1975, zwar immer schon politisch interessiert, aber ebenfalls lange ohne Fernseher, kann mich noch gut an die Zeit erinnern, als Ereignisse am nächsten Tag in den Zeitungen standen. Oder vielleicht eine halbe Minute in den Radionachrichten eingenommen haben. Journalistisch gefiltert, zwar sicherlich auch mit Meinung, aber nicht in einem Sumpf von Spekulation in Dauerschleife ausgebreitet.

Es gibt eine Sehnsucht nach einfacheren Zeiten. In der nostalgischen Verklärung der Vergangenheit, mit dem Blick auf den eigenen Erfahrungshorizont, erscheint 2016 als das Jahr, in dem die Welt ins Chaos stürzt. Emotional geht mir das auch so.

¹ <https://dasnuf.de/ich-brauche-keine-liveticker/>

Die Fakten sind komplizierter² (Klimawandel: allen Messungen zu Folge höchst besorgniserregend; Terror im Westen: nach einer zehnjährigen Pause seit 2015 wieder zunehmend, und zwar in einer schwer zu fassenden, da transnationalen Form; Kriege und Flucht: wir sind direkter betroffen; Rechtspopulismus weltweit: ich kann nicht wirklich einschätzen, ob ein Präsident Trump schlimmer als Reagan wäre, und ob die Faschismus-Vergleiche ziehen, was der Brexit mit UK macht, und ob die AfD dauerhafter als die REPs und die CSU der 1990er wirkt – dito: Türkei und Erdogan; Zerfall Europas: die EU stand schon mal besser da, ich kann mich aber auch an die linken Debatten der 1990er Jahre über das „Monster Brüssel“ erinnern ...).

Anders als in dem Text von Cammarata beschrieben, kann ich mich allerdings durchaus daran erinnern, dass auch die 1980er und 1990er Zeiten der Furcht waren. Kalter Krieg. Rasterfahndung. Volkszählung. Die Öko-Apokalypse vor der Tür. Und dann Tschernobyl. Neuer Nationalismus nach der deutsch-deutschen Vereinigung mit Hass und Gewalt. Auch das gehörte zum Geist dieser Jahrzehnte.

Aber, und damit sind wir wieder bei den Livetickern, es waren doch insgesamt (Tschernobyl ist hier eine der Ausnahmen) eher Stimmungen als Ereignisse. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es damals schon dieses Gefühl gab, das morgen schon die nächste Katastrophe konkret werden könnte, und jede und jeder fast live dabei.

Vielleicht ist das eines der Geheimnisse der einfacheren Zeiten: Räumliche und zeitliche Distanzen waren größer, und Bedrohungen wirkten auch dadurch weniger konkret. Erst am nächsten Tag davon zu lesen, dass es einen Anschlag in Nizza, einen Amoklauf in München gegeben hat, macht die Ereignisse nicht weniger grausam und berührend, schafft aber doch Distanz.

So aber herrscht bei einigermaßen politisch interessierten Menschen mit *Social-Media*-Zugang das Gefühl vor, fast schon die Pflicht zu haben, jede Spekulation, jede Wendung, jede Theorie selbsternannter Expert*in-

² <https://www.sueddeutsche.de/jetzt/politik/dreht-die-welt-durch-oder-nur-wir-jzt.921238993937449245>

nen wahrnehmen und sortieren zu müssen. Ereignisse führen sofort zu monothematischen Timelines. Und die intensive Beschäftigung erzeugt Nähe, erzeugt noch viel stärker ein Gefühl des Dabeiseins, der Beteiligung, der direkten Betroffenheit, auch ein Gefühl des: beim nächsten Mal könnte es hier sein. Und der Versuch der alten Medien, mit Dauerschleifen, Livestreams und Tickern an diese dezentralisierten Expertise teilzuhaben, verstärkt all diese Effekte nur noch. Dazwischen sitzen dann mehr oder weniger professionell agierende Spindoktor*innen, die versuchen, den Aufmerksamkeitsfokus für ihre Zwecke zu nutzen.

Sehnsucht nach einfacheren Zeiten, nach geordneten Informationen zu den Sachen, die sind, jenseits der vieltausendfacettenreichen Spekulation – vielleicht auch deswegen wurde der Pressesprecher der Münchener Polizei³, der sachlich und ruhig seinen Job machte, und sich weigerte, sich auf Spekulationen einzulassen, fast schon zum Medienstar.⁴

In einer vernetzten Welt überall live dabei sein zu, multipliziert unseren Ereignishorizont. Es passiert eben nicht mehr genau so viel, dass es in eine Zeitung passt, sondern Ereignisse in unbegrenzter Zahl können gleichzeitig auf uns einströmen (und sind kurz darauf wieder vergessen, von anderen Ereignissen überlagert, selbst wenn sie es einmal in den Dauerschleifen-Ruhm geschafft haben). Die langfristige Einordnung, die Analyse, die daraus resultierenden politischen Optionen: das fällt dabei herunter. Nicht nur in den Medien und Parlamenten, sondern auch in unseren Köpfen. Was wichtig und was unwichtig ist, schwimmt.

Allerdings ist *Social Media* nun einmal in der Welt, und wird nicht wieder verschwinden. Nachrichtensperren und das Abschalten der Server (wie in der Türkei ...) helfen nur bedingt, sondern führen eher dazu, dass die Bevölkerung sich Wissen darüber aneignet, wie nationale Firewalls zu umgehen sind. Es wäre allerdings illusorisch, zu glauben, dass jede*r in einer solchen Situation zum Filterexperten, zur Filterexpertin wird. Klar, die Forderung nach Medienkompetenz ist richtig, die Forde-

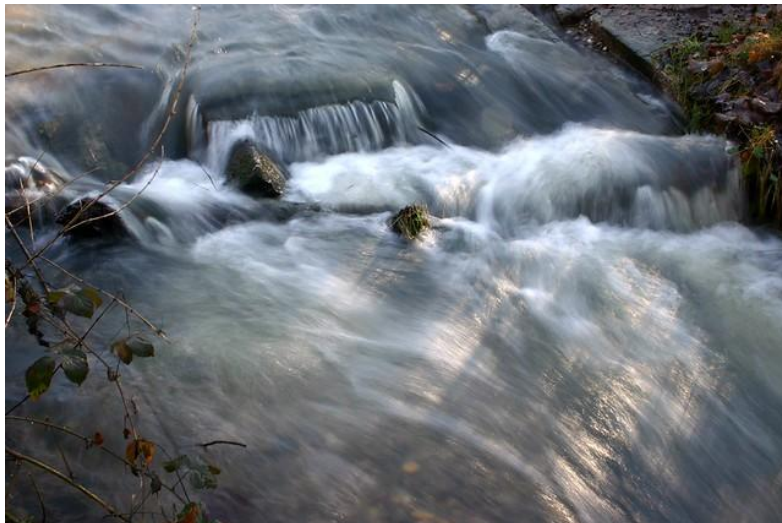
³ <https://www.sueddeutsche.de/medien/pressesprecher-der-polizei-muenchen-der-mann-der-ruhig-bleibt-1.3091926>

⁴ Und ja: die Münchener Polizei hat gestern auch die sozialen Medien sehr professionell bespielt und genutzt. Das ist so.

rung nach einem bewussten Umgang mit den Informationen auch aus sozialen Netzwerken ist richtig – trotzdem verhindert all das nicht, dass der Multiplikationseffekt sozialer Medien eben auch Gerüchte und falsche Behauptungen vervielfältigt und zu Allgemeingut werden lässt. Alte Medien und gesellschaftliche Institutionen von der Politik bis zur Polizei stehen damit umso mehr in der Verantwortung, den Versuchungen der sensationsgierigen Aufmerksamkeitsökonomie nicht nachzugeben. Ruhe bewahren, selbst langweilige Zusammenfassung dessen, „was wir wissen und was wir nicht wissen“ sind besser als Liveticker, die jedes Scheinereignis zur Nachricht machen. Und wenn wir nichts wissen, dann ist es gut, das zu sagen, ohne sich am Spiel der Spekulationen zu beteiligen – und ohne dass „wir wissen nichts“ selbst zur Dauerschleifennachricht im Blaulicht zu machen. Sorgfalt, Trennung zwischen Nachricht und Meinung, Recherche – solche Tugenden halt.

Das ist, finde ich, der Anspruch, den diese Institutionen haben müssten. Und klar: jede*r selbst kann auch was dafür tun.

Warum blogge ich das? Weil ich von dem Anschlag in Nizza (oder war's der Putsch in der Türkei?) erst einige Stunden später erfahren habe, und das Smartphone nicht an hatte – und dann das seltsame Gefühl hatte, Weltgeschichte zu verpassen. Und weil ich doch gestern stundenlang den Twittermeldungen aus München gefolgt bin, obwohl die Zusammenfassungen heute Morgen viel informativer waren.



Nach der Digitalisierung: Was bleibt?

9. Dezember 2016 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft, Zukunftsvisionen

Vermutlich muss ich den Titel dieses Blogbeitrags erklären, und vermutlich muss ich dafür etwas weiter ausholen. Ausgangspunkt ist die Art und Weise, wie wir – z.B. in der grünen Partei, oder in der Wissenschaft, oder in den Medien – den Prozess der Digitalisierung betrachten, verstehen und vor allem auch darstellen. Immer wieder finden sich da Bilder wie das der (vierten industriellen) Revolution, der Zeitenwende, der neuen Ära oder Epoche. Der „digitale Wandel“ verändert alles, kein Stein bleibt auf dem anderen, und was gestern noch galt, wird morgen ungewiss sein. Das lässt sich jetzt zum einen auf verschiedene Bereiche durchdeklinieren – was macht „DeepTech“¹ mit der Automobilindustrie, wird die Arbeitswelt und der Alltag „in Zukunft“ ganz anders aussehen als heute, ändern sich fundamental nicht nur Bildung, Kompetenzen und Kulturtech-

¹ So der schöne Begriff, den Holger Schmidt auf der Open! 2016 für die Kombination aus Internet-der-Dinge, Sensorik, AR/VR, Künstliche Intelligenz und verteilte Plattformmodelle prägte.

niken, sondern auch Vorstellungen von Raum und Zeit, usw. usf. Das Ganze lässt sich als technophile Utopie zeichnen, oder als Menetekel, als Warnung vor der großen Katastrophe (Facebook zerstört, Google hat uns im Griff, ...). All diesen Bildern und Vorstellungen gemeinsam ist, dass großer Wert darauf gelegt wird, zu zeigen, was sich ändern wird (durch Mächte, auf die Politik keinen Einfluss nehmen kann, wie die dunklen Herrscher des Silicon Valleys ...), was geändert werden muss, und wo der große Transformationsprozess noch beeinflusst werden kann. Gedacht als Anpassung, ganz selten als totale, resignierte Ablehnung.

Ich möchte diese Blickrichtung umdrehen, ohne darauf eine komplette Antwort zu haben: *Was bleibt, was hat Bestand, was gilt weiterhin – auch nach der Digitalisierung?*

Warum ist das eine sinnvolle Frage? Unlängst wurde darüber diskutiert, wie das mit dem Vertrauen in die Politik und mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt so ist. Ein Treiber für das Gefühl einer immer schneller auseinanderdriftenden Gegenwartsgesellschaft ist das, was wir unter dem Schlagwort „Globalisierung“ bündeln. Weltweite, schnelle Handelsketten, Kommunikation und Logistik, eine nachziehende politische Regulation auf planetarer Ebene, so etwas wie eine globale Öffentlichkeit, Bilder- und Menschenströme, vielleicht auch eine Art globale Elite oder transnationale Klasse, die ein Netzwerk bildet, das gleichzeitig exkludiert und zurückgelassene Orte, Gesellschaften und Milieus produziert. Auch Globalisierung wird und wurde als Kraft beschrieben, die nicht aufzuhalten ist – und schon Ende des 20. Jahrhunderts schreibt zum Beispiel Manuel Castells darüber, dass Globalisierung gleichzeitig auch zu nationalen und religiösen Fundamentalisierungen, identitätsbezogenen Bewegungen und ähnlichen Gegenreaktionen führen wird – bis hin zum terroristischen Kampf gegen die Globalisierung mit Hilfe globaler Kommunikations- und Transportwege. Verkürzt auf den Punkt gebracht: auch der aktuelle Aufschwung der Rechtspopulist*innen mag etwas damit zu tun haben, dass Welt heute sich nicht ohne Blick auf transnationale Zusammenhänge verstehen lässt, und dabei kein Stein auf dem anderen bleibt.

Lenin wird das Zitat „Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“ zugeschrieben. In ähnlicher Weise hängen (und auch das lässt sich schon bei Castells finden) Globalisierung, Informationskapitalismus und Digitalisierung zusammen. Und selbst die utopischen Gegenmodelle einer schönen neuen Welt ohne Arbeitszwang, mit bedingungslosem Grundeinkommen und digital gestützten Formaten der Selbstverwirklichung bekommen Probleme, wenn sie heute im nationalen Rahmen gedacht werden.²

Was ich sagen will: Digitalisierung kann möglicherweise als eine Art „Globalisierung 2.0“ verstanden werden. Dann aber stellt sich nicht nur die Frage nach den tatsächlichen disruptiven Wirkungen, nach dem Einhegen und Gestalten, nach den möglichen Gegenreaktionen (und der optimierten Nutzung digitaler Kommunikationswege durch Feinde einer offenen Welt) – sondern eben auch die Frage danach, in welcher Weise das Bild der Revolution, des Umbruchs, der Zeitenwende selbst dazu beiträgt, dass Digitalisierung (von einigen) vor allem als Bedrohung verstanden wird. Und ob wir mit solchen Bildern und gleichzeitig fortbestehenden Institutionen, die so tun, als ob nichts wäre, nicht letztlich an einem Ast sägen, den wir noch brauchen.

Ich will auch noch explizit dazusagen, dass es mir nicht darum geht, so etwas wie „Digitalisierungsleugnung“ ins Leben zu rufen. Dass allgegenwärtige, vernetzte und nach plattformkapitalistischen Modellen organisierte digitale Kommunikations- und Informationsverarbeitungstechnologie ziemlich grundlegende Veränderungen nach sich zieht, und dass wir uns mitten in diesem Veränderungsprozess befinden, ist wohl so. Den Kopf in den Sand zu stecken und zu glauben, dass auch in zehn

² Völlig außen vor: die ökologischen planetaren Grenzen, die immer deutlicher nur noch globale Lösungen kennen – allen voran der Klimawandel, aber auch die Fragen des Ressourcenverbrauchs und der Biodiversität. Und die komplexen Wechselwirkungen zwischen einer ökonomisch und medial globalisierten Welt, den Ungleichheiten, die mit der Arbeitsteilung in dieser Welt zusammenhängen, und der Tatsache, dass Digitalisierung nicht nur Software bedeutet, sondern auch Hardware, vom IoT-Sensor über das Smartphone bis zum Rechenzentrum, und dass diese Infrastruktur wiederum etwas mit dem immer schneller werdenden Erreichen der ökologischen planetaren Grenzen zu tun hat ...

Jahren noch das benzingetriebene feinmechanische Automobil ohne Intelligenz das Maß der Dinge darstellt (um bei einem hierzulande beliebten Wirtschaftszweig zu bleiben), wäre falsch.

Was ich mit der Frage danach, was Bestand hat, bewirken möchte, ist eher ein unaufgeregter Blick darauf, was sich tatsächlich ändert, und was eben nicht. Ich denke dabei – und vielleicht ist das naiv – beispielsweise daran, dass Bildung nach wie vor eine hohe Bedeutung haben wird. Dass Werte einer freiheitlichen Gesellschaft sich nicht verändern müssen, nur weil es neue Kommunikationswege und Medienmodelle gibt. Dass Wälder Wälder bleiben, und Kultur Kultur. Dass Menschen, die – auf welchen Kanälen auch immer – miteinander reden, statt übereinander herzufallen, die Welt besser machen können. Solche Dinge. Und vielleicht sollten wir das betonen.

Warum blogge ich das? Weil ich das Gefühl hatte, dass die Frage danach, was nach der Digitalisierung bleibt, ohne Erläuterung nicht verständlich ist – und ich aber gerne darüber diskutieren möchte.

Nachhaltigkeit und Klimapolitik



Degrowth muss wachsen, oder: Selbstbegrenzung statt Verzicht?

6. September 2014 – Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft, Zukunftsvisionen

Heute ist in Leipzig die Degrowth-Konferenz zu Ende gegangen. Da waren richtig viele Leute – so um die 3000. Was dann zu Beginn auch halbwegs stolz verkündet wurde – in Barcelona 150 Leute, in Paris 450, jetzt nochmal ein erhebliches Wachstum. Super, wir sind viele! Degrowth wächst. Oder steckt da ein Widerspruch drin?

Vier Tage lang ging es in Leipzig vor allem um eines: um Wachstum. Dass Degrowth ein hippes Thema ist, zeigte sich nicht nur an der großen Teilnehmendenzahl, sondern auch an der Vielfalt. Die Konferenz war halbwegs international. Sie wurde von den üblichen Verbänden aus der Umwelt- und der Eine-Welt-Bewegung ebenso unterstützt wie von

den Parteistiftungen der SPD, der Grünen und der LINKEN. Der Fokus schwankte zwischen radikaler Kritik am Wachstum=Kapitalismus und Geschäftsmodellen, zwischen Permakulturbasteleien und sozial- und geisteswissenschaftlichen Theorieschlachten. Es war genug für alle da.

Meistens jedenfalls. Die Schlangen vor der Essensausgabe der VoKü („Volksküche“) waren sehr lang, aber das Essen war lecker. Und dank klarer Arbeitsteilung der VoKü-Leute bei der Essensausgabe ging das alles sehr effizient und schnell. (Bis hin zum Job des Pushers, der die Schlange angetrieben hat, wenn sie mal wieder zu langsam im Einwerfen der Essensmarken (Richtpreis: 3 Euro) und in der Entgegennahme der Teller war). Nicht so richtig gut geklappt hat es mit der Bedürfnisbefriedigung dagegen bei einigen der spannenderen Veranstaltungen – z.B. „Macroeconomics of Degrowth I“. Da stand ich dann vor dem Hörsaal, wer nicht 10 Minuten vorher da war, kam nicht mehr rein. Und auch die Veranstaltung zu Postwachstums-Unternehmensmodellen und Unternehmen, die sich selbst begrenzen, war richtig, richtig voll. Die etwas Älteren fühlten sich an ihre Unizeit erinnert, als Plätze auf der Fensterbank im Seminarraum heiß umstritten waren. Heute ist das ja nicht mehr so – oder?

Wobei der überwiegende Teil der Teilnehmenden jung war, so jedenfalls mein Eindruck. Vieles wirkte ein bisschen wie Jugendumweltkongress, so vom Dresscode her. Sehr entspannt, sehr freundlich, sehr alternativ – und ein bisschen außerhalb der Welt. Dann gab es eine Reihe von Veteranen und Veteraninnen dieser und jener Bewegung, Menschen aus Projekten, hagere AsketInnen und dazwischen – eigentlich waren es ja mehrere ineinander geschobene Konferenzen mit ganz unterschiedlichem Fokus – die *scientific speakers*.¹

Was dagegen weitgehend fehlte, war die Politik. Es gab eine Podiumsdiskussion zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Ich hatte den Eindruck, dass größere Teile

¹ Nebenbei bemerkt: Mit schöner Unterscheidung der unterschiedlichen Teilnehmerklassen durch unterschiedlich farbige Bändchen – das schwarze ReferentInnenbändchen hätte theoretisch kostenlosen Kaffee sichergestellt, wenn einem das wichtig gewesen wäre – und unterschiedliche Art der Mentions im Kongressheft. Auch bei Degrowth muss differenziert werden!

des Publikums durchaus irritiert darüber waren, wie gut sich Hermann Ott als ehemaliger grüner MdB, Sabine Leidig von den LINKEN und Matthias Zimmer von der CDU verstanden. Da wurde hin- und hergeschertzt, alle drei duzten sich – und letztlich entstand der Eindruck, dass die Kontroversen eher in den nicht so wichtigen Feldern stattgefunden haben (drei, vier, oder acht neue Indikatoren?); dass der Abschlussbericht der Enquete zwar wichtig war, aber selbst die Enquete nicht wirklich mit Resonanz darauf rechnet; und dass alle davon berichtet haben, wie schwer es in den jeweiligen Fraktionen ist, das Thema „neue Wohlstandsmodelle“ voranzutreiben, und wie groß das politische Desinteresse ist. Der Bundestag gab hier kein gutes Bild ab.

Und an vielen anderen Stellen war er dann gar nicht da. Ein, zwei Abgeordnete von Grünen und Linken tagten mit, die anwesenden „geouteten“ Parteimitglieder der Grünen ließen sich wohl an zwei Händen abzählen. (Anders gesagt: Wir verpassen da als Partei gerade etwas!)

Ebenso gab es nur sehr wenige VertreterInnen von Unternehmen. Fast völlig fehlte im Programm die bewusste Kontroverse – Fokus war die Konsensfindung innerhalb der sich konstituierenden Degrowth-Bewegung, aber selbst dafür wäre es meiner Meinung nach gut gewesen, zum Beispiel so jemand wie Ralf Fücks – der lieber „intelligentes grünes Wachstum“ als Degrowth will, einzuladen. Oder Peter Henicke vom Wuppertal-Institut: der referierte durchaus interessant und durchaus kontrovers über Entkopplung und die Notwendigkeit von grünem Wachstum, um Klimaziele etc. über einhalten zu können – tat dies aber vor etwa 20 bis 30 Leuten, und eben nicht in einem Format auf einer der großen Bühnen, wo sich an derartigen Positionen ja durchaus eine Auseinandersetzung über den richtigen Weg hätte entzünden können, die gerade nicht auf interne Differenzen reduziert worden wäre. Da sehe ich eine verpasste Chance, und Harald Welzer konnte das auch nur so begrenzt wettmachen.

Wer dagegen in verschiedener Form tatsächlich präsent war, waren VertreterInnen des globalen Südens; gerne per Videoschalte eingeblendet. Das war durchaus wichtig, auch als Klarstellung zur Frage, ob wir

überhaupt entscheiden können dürfen, wie viel Wachstum „dem Süden“ zugemutet werden könnte.

Intern kontrovers wurde es selten in der Analyse der Probleme und in der Feststellung des Handlungsbedarfs, so habe ich das jedenfalls wahrgenommen. Wo es, wenn denn überhaupt Aussagen dazu getroffen wurden, unübersichtlicher und strittiger wurde, war bei der Frage, wie Transformation stattfinden kann, und was dabei rauskommen soll.

Bei manchen gab es dazu recht klare Vorstellungen – beispielsweise stellte Friederike Habermann ausgehend von einer marxistisch-queer-theoretischen Analyse vor, wie sie sich eine *Peer-to-peer-Share-Economy* des Anders Wirtschaften (oder kurz „Ecommony“ statt „Economy“) vorstellen könnte. Sie präsentierte grünes Wachstum als liberales und den *green new deal* als neo-keynesianisch-sozialdemokratisches Programm, dem sie die Vorstellung einer Ökonomie und Gesellschaft entgegensetzte, die auf Geld und Tausch verzichtet, und die deswegen auch überhaupt nicht mehr an Wachstum interessiert ist. Gut hat mir dabei gefallen, dass sie das durchaus in Auseinandersetzung mit volkswirtschaftlichen Theorien (z.B. dem Kreislauf aus Produktion -> Beschäftigung -> Volkseinkommen -> Nachfrage -> Produktion ..., der dann ein Bedürfnis nach Wachstum nach sich zieht; oder auch verschiedenen Güterdefinitionen) und mit sozialwissenschaftlichen Vorstellungen der Entstehung und Fortschreibung gesellschaftlicher Machtverhältnisse getan hat.

Ihr Gegenmodell verzichtet wie gesagt auf Geld und Tausch, sondern orientiert sich an „Besitz statt Eigentum“, „Teile was du kannst“, „Beitragen statt Tauschen“ und „Offenheit/feste Kooperation“. Heraus kommen dann sich überlappende, vernetzte „Blasen“ einer anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Logik (Umsonstläden, Projekte, Repair Cafes, ...), mit der Hoffnung, dass diese sich so sehr vermehren, dass eines Tages diese Logik zur vorherrschenden Logik wird.

Ich habe ja durchaus Sympathien für diese Form des anarchistisch-utopischen Denkens. Als Antwort auf das Weltrettungsproblem (aka „begrenzte planetare Tragfähigkeit“ aka „wir leben über unsere Verhältnisse“) fand ich es nicht ganz so überzeugend – mal ganz abgesehen davon, dass ein Netzwerk von Blasen heute eben vielfältige Schnittstellen



und „Grenzübergänge“ zur aktuellen kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufweisen würde, so dass damit ständig auch Wachstumslogiken und andere Mindsets der Gegenwartsgesellschaft in dieses Netzwerk hineinschwappen. Auch andere Fragen – Wie wird Offenheit und gleichzeitig Gemeinschaft sichergestellt? Wie kommt die Produktion von High-Tech in ein solches Modell? Wer trifft übergeordnete Entscheidungen, wo diese notwendig sind? – scheinen mir unbeantwortet zu bleiben. Letztlich ist es eine der verschiedenen auf der Konferenz präsentierten Möglichkeiten, Alternativen zur Ordnung der Gegenwart zu denken. Eine Anschlussfähigkeit an diese Ordnung ist nicht gewollt.

Gleichzeitig gibt es verschiedene Varianten gegenwärtiger wirtschaftlicher Organisationsformen, die sich als „*share economy*“ bezeichnen, bei denen aber durchaus intensiv darüber diskutiert werden kann, ob sie es sind. Ab wann wird aus dem Teilen von eh vorhandenen Dingen (z.B. Wohnraum bei *airbnb* oder Wegstrecken bei *uber*) eine schlecht regulierter Schattenmarkt für Dienstleistungen von Soloselbstständigen, mit dem Nutzungspläne in Stadtvierteln oder Regulationen für Taxibetriebe unterlaufen werden. Ist das noch *Sharing*? Oder wird hier einfach ein Begriff aufgegriffen, der eigentlich für ganz andere Dinge steht, etwa für Projekte der solidarischen Landwirtschaft, für Foodsharing-Projekte, für

nachbarschaftliche Formen der freiwilligen, nicht-monetären Gemeinschaftsnutzung, für Urbane Gärten und so weiter? Das sind Debatten, die auf der Degrowth (und nicht nur da) immer wieder aufgepoppt sind.

Und selbstverständlich ist die digitale *Share Economy*, das *Commoning*, die *Peer-to-Peer*-Produktion (u.a. Michel Bauwens² und Silke Helfferich berichteten darüber) ein Modell, das erfolgreich zeigt, wie Sharing gehen kann, ohne damit kapitalistische Monopole aufzubauen. Auch hier stellt sich die Schnittstellenfrage zu einer Gesellschaft, die nach anderen Regeln funktioniert – die Creative-Commons-Lizenzen, oder auch die GPL, sind aus meiner Sicht Versuche, diese Schnittstellen zu regulieren. Ein wichtiger Aspekt: Open Source funktioniert nicht nur mit digitalen Gütern, sondern soll auch zur Open Hardware werden. In diesem Kontext kommen dann 3D-Drucker und „FabLabs“³ ins Spiel. Vielleicht eine Möglichkeit, die Handwerklichkeit von DIY auf ganz neue Felder auszudehnen. Oder der nächste Schritt der prekären Heimarbeit unter toxischen Arbeitsbedingungen. Da sind durchaus noch Fragen offen, auch hinsichtlich der Angewiesenheit auf globale Wertschöpfungsketten und alles, was dahinter steckt.

Über Fragen wie diese haben wir insbesondere in der „GAP“ – einer mehrtägigen Arbeitsgruppe in der Konferenz, hier zu „Technology and Production“ intensiv diskutiert. Am Schluss sind dann Ideen wie die Open Source School/der Open Source Learning Space oder auch die als Genossenschaft oder Kollektiv organisierte Hardwareherstellung, die versucht, aus dem sozial-ökologischen Rucksack der IT-Hardware-Produktion herauszukommen, herausgekommen. Beides gar nicht so ganz utopisch. Und, was ich wichtig fand: In der Arbeitsgruppe ging es auch recht intensiv um Inklusivität von Technik, inklusive einer umfangreichen Gender-Debatte. Denn das sind die so hoch gelobten Beispiel der Peer-Economy derzeit definitiv nicht, inklusive und Menschen aller Geschlechter und Hintergründe einbeziehende Orte!

² <https://p2pfoundation.net/>.

³ Also nachbarschaftliche Werkstätten mit CNC-Maschinen und 3D-Druckern.

Aber Degrowth/Postwachstum ist nicht nur Sharing, und muss nicht utopisch sein. In diesem Kontext interessant fand ich die Arbeit des IÖW zu Postwachstumspionieren, die Jana Gebauer vorgestellt hat. Dabei geht es um Erfolgsfaktoren für Unternehmen jenseits des Wachstums – also Unternehmen, die sich vom Imperativ des „mehr, mehr, mehr“ abgewandt haben und stattdessen versuchen, eine bestimmte, als aus sozialen oder Ressourcen-Gründen optimal erscheinende Größe beizubehalten und trotzdem erfolgreich zu wirtschaften. Zu den Beispielen, die Gebauer nannte, gehörten neben einigen Softwaredienstleistern auch die Brauerei Neumarkter Lammsbräu und die Elektrizitätswerke Schönau. Da passen dann inhaltliche Orientierung, Wertesystem im Unternehmen und Postwachstumsstrategie zusammen.

Mich erinnerte das an Interviews mit Forstdienstleistern (Soloselbstständige, kleine Unternehmen), die ich vor zehn Jahren durchgeführt habe, und bei denen ebenfalls Wachstum nur sehr begrenzt ein Thema war. Zum Teil aus der Not heraus, oft aber auch als bewusste Entscheidung, etwa in dem Sinne, dass der Inhaber keine Lust hat, sich aufs Mägen beschränken zu müssen, sondern weiter mit anpacken will. Ich denke, dass auch viele Handwerksbetriebe ähnlichen Strategien folgen.

Und plötzlich liegen das Hier und Jetzt und die Frage nach Postwachstumsstrategien doch wieder nah beieinander. Oder, konkreter ausgedrückt: Es gibt durchaus Möglichkeiten, die politischen Rahmenbedingungen für Märkte so zu gestalten, dass derartige Unternehmen und Genossenschaften es einfacher haben – oder aber so, dass sie immer wieder dazu gezwungen werden, sich an Logiken zu orientieren, die ihnen eigentlich fremd sind.

Soweit einige Eindrücke von der Degrowth. Für mich sind – neben netten Gesprächen – eine ganze Reihe von Anregungen dabei herausgekommen, gerade wenn es um dieses Zusammenspiel von Postwachstumsstrategien „traditioneller“ Unternehmen einerseits sowie Unternehmen/Projekten der Share Economy samt ihrer Schattenseiten geht.

Und der Wachstums-Fetisch? Ich nehme von der Degrowth in ihrer ganzen Heterogenität mit, dass es völlig falsch wäre, dem jetzt einen Schrumpfungs- oder Verzichts-Fetisch entgegensetzen, mit dersel-

Nachhaltigkeit und Klimapolitik

ben Dynamik und Totalität, nur umgekehrt. Viel anschlussfähiger (und ich bin nach wie vor der Meinung, dass wg. Weltrettung Anschlussfähigkeit durchaus eine wichtige Frage ist!) erscheint mir eine Konzeption von Degrowth als bewusster Selbstbeschränkung, als gesellschaftlich ausgeprägter Sinn für das Mögliche. Das politisch zu unterstützen, ist richtig.

Warum blogge ich das? Um die vielfältigen Eindrücke von der Degrowth zu Papier zu bringen, solange sie noch wild herumschwirren.



Ökologische Verelendungstheorie

11. August 2015 – Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft, Zukunftsvisionen

In dieser Woche findet der „Earth Overshoot Day“¹ statt – also der Tag, an dem der Ressourcenverbrauch des Jahres das nachhaltig nutzbare Ressourcenbudget des Jahres überschreitet. Idealerweise sollte er frühestens auf dem 31. Dezember liegen, stattdessen wächst der Ressourcenverbrauch, so dass er im Herbst und inzwischen deutlich im Sommer liegt. Jahr für Jahr rückt das Datum des Earth Overshoot Days nach vorne. Soweit die Fakten.

Was mich umtreibt, ist etwas, was sich – je nach Laune – als „TINA-Paradigma“ der Ökoszene oder als „ökologische Verelendungstheorie“ beschreiben ließe. TINA, „There is no alternative“ stammt wohl von der früheren britischen Premierministerin Margaret Thatcher, aber auch Bundeskanzlerin Merkel agiert gerne „alternativlos“. In beiden Fällen ist damit gemeint, dass die jeweilige (neoliberale) Politik den einzigen

¹ <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/erdueberlastungstag-die-erde-ist-leer.html>

überhaupt denkbaren Weg darstellt. Angesichts der ökologischen Fakten liegt es nahe, TINA zu übernehmen: Die Welt muss ökologischer und nachhaltiger werden, oder sie wird untergehen. Klingt nach einer einfachen Wahrheit, ist aber letztlich doch komplizierter – denn TINA könnte auch „There is no automatism“ heißen.

Das heißt: Aus den ökologischen Fakten folgt noch lange keine politische Einsicht, denn dieser Willensbildungsprozess findet nach wie vor in der politischen Arena statt, in der unterschiedliche Interessen, Weltansichten und „Sachzwänge“ aufeinander prallen. Fakten im Sinne außer-sozialer Tatsachen spielen bei der Meinungsbildung eine Rolle (Kretschmann: „Gegen Zahlen lässt sich nicht anbrüllen!“) – aber sie sind eben nicht der einzige Faktor. Was als wahr gilt, was wie interpretiert wird, was gesehen und was ausgeblendet wird, welcher Weg in Richtung Nachhaltigkeit als tauglich angesehen wird, und welcher nicht – hier haben wir es mit sozialen Tatsachen zu tun, die sich eben nicht automatisch aus den schlichten Ressourcenverbrauchszahlen und deren Extrapolation ergeben. Politik braucht weiterhin überzeugende Akteure und Akteurinnen.

Wenn ökologische Politik alternativlos ist, dann heißt das also noch lange nicht, dass nicht hart daran gearbeitet werden muss, diese Alternative auch tatsächlich zur im Diskurs dominanten politischen Option zu machen. Und sie dann auch noch umzusetzen.

Wenn TINA der Leitstern der harten Neoliberalen ist, dann ist die Verelendungstheorie² der Hoffnungsträger einer bestimmten Sorte von MarxistInnen. Zugespitzt und popularisiert: der Kapitalismus wird letztlich durch eine zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen der ArbeiterInnen schon selbst dafür sorgen, dass es zur großen Revolution und zum Umschwung der Verhältnisse kommt. So etwas in der Art gibt es auch in grün – wenn Peak Oil überschritten ist, wenn die Böden ausgelaugt sind, wenn die Nahrungsmittelversorgung zusammengebrochen ist – spätestens dann, mit der großen Krise, wird der große Umschwung zu nachhaltigen und ökologischen Produktions-

² <https://de.wikipedia.org/wiki/Verelendungstheorie>

und Lebensweisen kommen. Weil's halt einfach gar nicht anders geht, und dann jeder und jede die ökologische Wahrheit sehen wird.

Mal abgesehen davon, dass bei der Hoffnung auf Verelendung immer auch Zynismus mitschwingt, halte ich die eine wie die andere Variante dieser Vorstellung für falsch. Auch hier sind die Verhältnisse komplizierter, auch hier scheint es mir keine Automatismen zu geben. Allein schon deswegen, weil die weltweiten Chancen und ökologischen Abhängigkeiten so ungleich verteilt sind bzw. als ungleiche Verteilung geschaffen und aufrecht erhalten wurden und werden. Zudem bleiben Innovationskraft und gegenläufige Tendenzen unterbelichtet.

Unterm Strich bleibt die Aussage, dass es dumm wäre, ökologische Politik auf die Hoffnung auf Automatismen aufzubauen. Es bleibt die Notwendigkeit – und das ist Arbeit – sich in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Arenen weiterhin selbst darum zu kümmern, dass es in Richtung Nachhaltigkeit geht. Darauf, dass sich hier bereits einiges bewegt, dass es durchaus auch positive Nachrichten gibt, Hoffnungen zu setzen, erscheint mir weitaus sinnvoller, als es die mentale Vorbereitung auf den „unausweichlichen“ ökologischen Kollaps wäre.

Warum blogge ich das? Weil es manchmal hilfreich ist, sich die Begrenzungen der politischen Wirksamkeit außersozialer Fakten vor Augen zu führen. Selbst psychologisch lässt sich ganz gut erklären, warum es manchmal einfacher ist, kontrafaktisch auf z.B. einer unbedingten Wachstumsorientierung zu beharren, als die Grenzen des Wachstums zur (politischen) Kenntnis zu nehmen.

würdigen Worten des Hausherrn, Peter Weibel, zum Zusammenhang von Teilen und Kommunikation, Teilnehmern und Teilhabern, Kunst und (neuer) Ökonomie – war gut besucht und erfrischend moderiert (Markus Brock, SWR, 3sat, Arte). Der Ablauf war dagegen wenig innovativ – Grußworte, Vorstellung der Projekte, Keynote, Pause, drei parallele Panels nach dem Motto Vortrag, drei Fragen, Vortrag, drei Fragen, Vortrag, huch, unsere Zeit ist zu Ende, Pause, Vorstellung der Panelergebnisse, Keynote, Abschlussdiskussion (die ich mir geschenkt habe). Hier wäre m.E. mehr drin gewesen. Ich könnte mir vorstellen, dass beispielsweise Barcamp-Elemente noch stärker dazu beigetragen hätten, Startups aus dem IT-Bereich und die Nachhaltigkeitszene miteinander in Kontakt zu bringen.

Schade auch, dass es offensichtlich wenig Abstimmung zwischen den Vortragenden gab – Definitionsversuche, was denn nun Sharing Economy ist, allgemeine Schlagzeilen und Zahlen dazu wiederholte sich dann leider doch einige Male.

Spannend fand ich zum einen die Vorstellung der Gewinnerprojekte, zum anderen die Keynote von Jaron Lanier. Auch aus dem Rest des Programms habe ich den einen oder anderen Gedanken mitgenommen, so richtige Aha-Erlebnisse waren da allerdings nicht dabei.

Die fünf ausgewählten und begleiteten Projekte wurden in kurzen Videos vorgestellt – einmal im Herbst 2015, direkt nach dem Gewinn des Wettbewerbs, dann noch einmal im Frühjahr 2016, und live auf der Bühne schließlich im Talk zum heutigen Stand. Die Bandbreite der zum Teil aus studentischen Arbeiten heraus entwickelten Projekte reicht dabei vom ehrenamtlichen Verein („Sharewood Forest“ – Vermittlung von Zeltplätzen bei Waldeigentümer*innen, haben den Wettbewerbsgewinn dazu genutzt, ein Rechtsgutachten zum Zelten im Wald für alle 16 Bundesländer erstellen zu lassen) bis hin zum durchdesignten Mitfahr-Startup für Pendler*innen, das „Plätze“ bei „unseren Fahrern“ anmietet und vermittelt („Matchrider“) mit klarem Geschäftsmodell (und dem Ziel, Staus in der Region Stuttgart abzubauen. Auch „Store2Be“, ein B2B-Startup, das leerstehende Teilflächen in Läden zur temporären Nutzung für die Präsentation neuer Produkte etc. vermittelt, ist klar auf der

kommerziellen Seite der Sharing Economy angesiedelt. Irgendwo zwischen diesen Polen liegen „thangs“ (eine App zum Verleih von Gegenständen im Freundeskreis) und „Gartenpaten“ (kostenfreie Vermittlung zwischen Gartennutzer*innen und Gärten, die ihren Besitzer*innen über den Kopf wachsen, finanziert durch Dienstleistungen und Pakete „drumrum“).

Es war durchaus interessant zu sehen, wie die fünf Projekte sich entwickelt haben, wie sie sich präsentierten, und welche Aspekte aus dem weiten Feld der Sharing Economy sie jeweils darstellten. Allen gemeinsam ist – trotz Unterstützung durch das Preisgeld, Mentoring durch das CyberForum und eine gewisse mediale Aufmerksamkeit – dass die Projekte bisher noch recht klein sind. Stolz wurden Meilensteine wie die ersten hundert App-Abrufe, ein paar dutzend zu Stande gekommene Vermittlung etc. präsentiert. Angesichts des Zeithorizonts des Wettbewerbs nicht verwunderlich, aber doch wieder einmal ein Hinweis darauf, dass (und hier geht es ja auch um den ökologischen Impact, um die Nachhaltigkeit) große Effekte nur mühsam zu erreichen sind.

Aus den Panel-Vorträgen (u.a. von Harald Heinrichs, Leuphana) habe ich unter anderem mitgenommen, dass bei allem Hype um Uber und AirBnB die Anteile an den jeweiligen Branchen doch noch recht gering sind. Insofern stimmt es wohl, dass Sharing Economy, auch wenn es das Konzept jetzt schon einige Jahre gibt, bisher – in den ganz unterschiedlichen Ausformungen – bezogen auf ein Mehr an Nachhaltigkeit eher als Potenzial denn als fertige Lösung für ein Mehr an Nachhaltigkeit zu sehen ist. Dies wird auch deutlich, wenn auf empirische Studien zu den Nutzergruppen und möglichen Hemmnissen und Risiken zurückgegriffen wird. Entsprechend lässt sich auch der von Heinrichs gemachte Punkt verstehen, dass noch eine ganze Menge an Forschungsfragen – über die mögliche Ressourceneffizienz bis hin zu Fragen nach dem Sozialkapital und der Wettbewerbssituation – offen sind, und dass auch die Politik von der städtischen bis zur EU-Ebene gefragt ist, wenn es darum geht, eher im ehrenamtlichen und sozialen Spektrum der Sharing Economy befindliche Projekte zu unterstützen bzw. zu ermöglichen. Dies kann beispielsweise über eine Auflistung von Gemeinschaftsprojekten

jekten auf einer städtischen Website der Fall sein. Bezogen auf kommerziell ausgerichtete Projekte stellt sich dagegen die Frage nach den faktischen Unterschieden zu ältere Geschäftsmodellen (sei es der kommerzielle Landmaschinenverleih, sei es die Vermietung von Ferienwohnungen) und nach einem möglichen neuen Regulierungsbedarf.

Festhalten möchte ich auch eine im Panel I geäußerte (dort aber nicht weiter diskutierte) Frage: Gerade im gemeinnützigen Bereich muss geschaut werden, ob es wirklich um dezidierte Apps und Websites mit dem dahinter stehenden Aufwand an Gestaltung, Benutzerführung und dann letztlich doch wieder einem Geschäftsmodell geht, oder ob nicht bestehende Plattformen mit großen Nutzerzahlen – als Beispiel wurde eine Verschenk-Facebook-Gruppe in Heidelberg genannt, genauso gut könnten aber auch Freecycling-Mailinglisten herangezogen werden – nicht letztlich einen viel größeren Effekt haben.

Nicht zuletzt stellt sich die Frage, wann es um direkt messbare Effekte hinsichtlich der Ressourceneffizienz geht, und wann es eher darum geht, Raum für neue Erfahrungen zu öffnen. Thomas Wagner (Wuppertal) schlug dazu in seinem Vortrag vor, soziale Milieus (aus der UBA-Umweltbewusstseinsstudie) mit jeweils anschlussfähigen sozialen Innovationen (UBA-Leitfaden) zu verbinden.

Die Betonung der Erfahrungen, um nachhaltige Lebensstile anschlussfähig zu machen, scheint mir ein wichtiger Aspekt zu sein. Jenny Lay-Kumar und ich kommen in unserem Paper zu Urban Gardening und ähnlichen Praxisformen¹ zu ähnlichen Schlussfolgerungen.

Womit wir bei den Experimenten und damit bei Jaron Lanier waren. Denn das – die Aufforderung, mit unterschiedlichen Lebenssituationen zu experimentieren, Dinge auszuprobieren (auch VR und Social Media), aber sich auch auf Abenteuer einzulassen (auch die Zeit ohne Smartphone und Facebook oder Snapchat), stand am Schluss von Laniers Keynote. Lanier, bodenlange Dreads, geht nicht zum Redepult am Rand der Bühne, sondern spontan zum Tischchen in der Bühnenminute, mitten im

¹ <https://blog.till-westermayer.de/2015/01/in-eigener-sache-swap-share-experience/>

Scheinwerferlicht, nimmt das dort liegende Mikro und beginnt, in sich ruhend, zu plaudern. Entschuldigt sich dafür, dass er manchmal komplizierte Wörter verwendet, fragt, ob wir sein Englisch verstehen und erzählt dann – sehr verständlich, freundlich und mit einem Schuss Selbstironie – davon, wem die Zukunft gehört. Von seiner Zeit als VR-Pionier, als das noch niemand machte. Dass er persönlich Technik immer noch faszinierend finde, dass er nichts gegen Google habe – viele da kenne, auch seine Firma an Google verkauft habe – aber dass er sich doch Sorgen mache, dass das mit dem offenen Netz ein Fehler gewesen sei.

Mir hat das gefallen, auch weil ich angesichts der Lanier-Rezeption in Deutschland eher Kronzeugentum und beißende Fundamentalkritik erwartet hatte. Laniers Problembeschreibung ist radikal, geht an die Fundamente des Netzes, ist aber nicht bissig, sondern weise und pragmatisch. Im Kern geht es ihm darum, dass ein offenes Netz und ungleich verteilte Rechenkapazitäten einen Mechanismus in Gang setzen, bei dem diejenigen mit den größten Rechenzentren nach und nach immer mehr an Macht gewinnen. Es bildet sich eine Zentrum-Peripherie-Struktur mit allen damit verbundenen Abhängigkeiten und Problemen. Gleichzeitig baut die Stärke der Plattformen des Kerns – etwa Google – auf „content“ und Daten auf, die andere ins Netz stellen – unbezahlte Arbeit.

Auch wer diese Analyse nicht zu 100% teilt, wird doch sehen müssen, dass sie nicht ganz falsch ist. Was also tun? In seiner Keynote ging Lanier einige Ideen dazu durch. Ein bedingungsloses Grundeinkommen klingt erstmal gut, aber – da schlägt die kalifornische Ideologie durch – wird es nicht zu Korruption bei den Behörden führen, die es vergeben? Zudem würden Firmen es schlicht in ihre Kalkulationen einpreisen, der Markt sich an einer neuen, jetzt höheren Nulllinie ausrichten.

Idee zwei: Google und Co. verstaatlichen – klappt auch nicht so richtig, letztlich würde das Machtproblem nur von Firmen auf Behörden verschoben.

Bleibt Laniers eigener Vorschlag: unsere Daten mit Preisen versehen (teils selbstbestimmt, teils nach einem recht kompliziert anmutenden algorithmischen Modell), und damit eine direkte Beteiligung am Mehrwert erzielen, den der rechenstarke Kern daraus erzielt.

Ganz überzeugt hat mich dieser Lösungsansatz nicht. Privacy als Markt klingt interessant, faktisch würde so etwas dann aber eher auf ein umfassendes Leistungsschutzrecht hinauslaufen, mit dem Intermediäre ihre Position erhalten wollen, ohne Empowerment von datengenerierenden Nutzer*innen. Trotzdem ist – um zum Thema Sharing Economy zurückzukommen – der Hinweis auf Akkumulations- und Monopolbildungseffekte wichtig. Oder anders gesagt: auf die Notwendigkeit von rechtlicher Regulierung da, wo Sharing in einem unebenen Feld marktförmig organisiert ist. Offenheit erzeugt nicht automatisch gleiche Chancen, sondern kann unterschiedliche Voraussetzungen – und damit Machtpositionen – auch verdecken.

Insofern war ShareBW, trotz aller Kritikpunkte im Detail, ein wichtiges Forum. Gut, dass das Land hier aktiv geworden ist – und hoffentlich ein Thema, dass in der Digitalisierungsstrategie weiter bearbeitet wird.

Warum blogge ich das? Um einige Beobachtungen mal festzuhalten und zu schauen, was weiter damit geschieht.

Science Fiction und Politik



Flucht vom Planeten Erde

2. Mai 2014 – Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft, Zukunftsvisionen

Anatol Stefanowitsch regte sich heute über, sagen wir mal, die technikbezogene Oberflächlichkeit der Menschheit auf. Also, dass z.B. sehr viel mehr Geld in Smartphoneschnickschnack fließt als in z.B. die bemannte Raumfahrt. Ich fasse seine Tweets mal zusammen:

„Wir könnten längst auf dem Mars sein. Stattdessen lesen wir atemlose Nachrichten von einer Firmenzentrale namens „Spaceship Campus“. Und zwar der Firmenzentrale eines Konzerns für Unterhaltungselektronik, nicht etwa für Raumfahrt.“

Dumm nur, dass diese Firmenzentrale längst Stahl-, Glas- und Betonschrott sein wird, wenn uns klar wird, dass wir auf der Erde festsitzen. (Bzw., unsere Nachkommen, die dann zum Trost mit Bergen unseres Elektronikmülls spielen können.)

Aber viel wichtiger: Das neue iPhone, es wird vielleicht ein gekrümmte Display haben! Gekrümmt! Ist Wissenschaft nicht wundervoll?“

Ich konnte dann nicht anders, als ihm zu widersprechen. Nicht, weil ich die Frage der Displaykrümmung des neuen iPhones besonders wichtig fände, sondern weil ich die Besiedlung anderer Planeten für ein ziemlich utopisches Vorhaben halte. Also für eines, das sich gut für – literarische – Utopien eignet (und natürlich noch viel besser für (New) Space Opera), das mir aber als Rettungskonzept für das Überleben der Menschheit doch höchst ungeeignet erscheint.

Was dann wiederum zu dem Vorwurf führte, dass Grüne ja mal Visionen gehabt hätten, jetzt aber Vorgärten haben. Was ich wiederum etwas unfair finde, weswegen ich jetzt diesen Blogpost schreibe.

Unfair finde ich das, weil die Flucht vom Planeten Erde nie zu den grünen Visionen gehört hat. „Raumschiff Erde“, dieser Begriff von, wenn ich das jetzt richtig in Erinnerung habe, Buckminster Fuller, trifft es schon eher. Zugespitzt gesagt: Kern grüner Politik ist ja gerade die Überzeugung, dass wir nur einen einzigen Planeten zur Verfügung „haben“, und dass wir uns deswegen dafür einsetzen, sorgsam mit diesem Planeten umzugehen. Aus purem, anthropozentrischem Egoismus heraus kommen dann sowas wie Nachhaltigkeit und eine Orientierung an planetarer Tragfähigkeit zustande. Weil ohne Erde alles Mist ist.¹

Bevor jetzt das übliche Gejaule kommt: Nein, das heißt ganz und gar nicht, dass ich nicht Raumfahrtforschung für ein spannendes wissenschaftliches Feld halten würde und persönlich durchaus glaube, dass da

¹ Ich finde es, nebenbei, auch unfair, weil ich Grüne – aller Realpolitik zum Trotz – nach wie vor als Partei mit Visionen wahrnehme. Aber das mag ein ganz bestimmter Innenblick sein und tut jetzt auch nicht wirklich etwas zur Sache.

- ungeachtet der auch hier vorhandenen Dual-Use-Problematik² - mehr Geld rein fließen könnte. Ob der größte wissenschaftliche Mehrwert dabei durch bemannte Missionen erzielt wird, ist eine Frage, die diskutiert werden muss. Aber das mit den Prioritätensetzungen in der Forschung - und der damit verbundenen Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik - ist ja eh nicht ganz einfach.

Ich lese gerne Science Fiction. Aber auch außerhalb davon finde ich Dinge wie die Frage danach, ob es auf den Monden Io oder Europa Leben in unter Eis liegenden Ozeanen oder an vulkanischen Geographien geben könnte, spannend. Und auch die Suche nach erdähnlichen Planeten in anderen Sonnensystemen fasziniert mich durchaus.

Aber gerade deswegen, weil ich mich so halbwegs informiert fühle, sowohl was die utopischen Visionen angeht, als auch was den Stand der Wissenschaft in diesem Bereich angeht, bin ich sehr skeptisch, ob die dauerhafte Besiedlung eines anderen Planeten ein anstrengenswertes Ziel sein könnte.

Was mich in diesem Kontext sehr beeindruckt hat, waren einige Blogposts von Charles Stross - dieses ist ein

² <https://www.iflscience.com/us-air-forces-secret-space-plane-continues-mystify-24372>



guter Einstieg³. Stross ist ein SF-Autor, der nicht nur gute Bücher schreibt (z.B. über intragalaktischen Finanzbetrug), sondern auch interessante Blogbeiträge produziert. Und dabei sehr schön auseinander nimmt, dass interstellare Raumschiffe kaum möglich sind. Jedenfalls nicht in dem Sinne, dass da irgendwelche Blechbüchsen mit Menschen an Bord durch die Gegend fliegen. Sonden – die vielleicht schon. Das hat was damit zu tun, dass das Weltall sehr groß ist, und es hat was damit zu tun, dass Konzepte wie Generationenraumschiffe⁴ nicht nur auf bisher ungelöste Probleme wie die eines brauchbaren Antriebs stoßen, sondern auch sehr, sehr viele Menschen mitführen müssten, und wirklich sehr, sehr groß – und entsprechend ressourcenintensiv – sein müssten, um Wissen und Fähigkeiten einer technischen, global vernetzten Zivilisation mitzuführen. Mal ganz abgesehen von der Frage, wie demokratisch eine solche „Raumschiffbesatzung“ überhaupt sein könnte, und ob sie am (besiedelten?) Zielort überhaupt noch aussteigen wollte (wenn er sich denn als tragfähig für menschliches Leben erweist), wenn doch über mehrere hundert Jahre an Bord alles wunderbar funktioniert hat.

Aber gut, es ging in dieser Debatte gar nicht um interstellare Raumfahrt, sondern nur darum, einen anderen Planeten zu besiedeln. (Wobei die Frage einer autarken, auch ohne Nachschub von der Erde lebensfähigen menschlichen Kolonie sich genauso stellt, wenn es sich „nur“ um von mehr als ein paar AstronautInnen bewohnten Ring im Orbit oder ähnliches handelt. Und selbst ein Außenposten auf dem Mars, auf Europa oder auf der Venus⁵ müsste weitgehend auf sich gestellt existieren können. In einer Umwelt, in der es noch nicht einmal Sauerstoff gibt.

³ https://www.antipope.org/charlie/blog-static/2009/11/the_myth_of_the_star-ship.html

⁴ Also eine Idee, wie mit sehr, sehr weiten Entfernungen umgegangen werden kann – nämlich indem ein paar Generationen an Bord eines sehr großen Raumschiffes leben und sterben, bis das Ziel erreicht wird.

⁵ Stross schlägt die Venus vor, weil sie – in einer bestimmten Schicht ihrer Atmosphäre – eher lebenserhaltende Bedingungen bieten würde als der üblicherweise herangezogene Mars; wobei das „eher“ ein sehr hypothetisches „eher“ ist; vgl. https://www.antipope.org/charlie/blog-static/2014/04/the_prospects_of_the_space_and.html

Für eine Forschungsmission sind das Bedingungen, die ich vielleicht umsetzbar finde. Selbst die Idee einer Einbahnstraßenmission ohne Rückkehroption hat einen gewissen Reiz.

Aber für eine Kolonie? Eher nicht. Wer sich das vorstellen möchte, kann das ganze ja schon mal auf der Erde testen – nicht in kalifornischer Wüste oder der Antarktis, sondern, um es wirklich realistisch zu machen, in einem Container am Ozeangrund. Klingt nicht wirklich attraktiv, dürfte aber die Situation auf dem Mars (oder in einem Venus-Wetterballon) gut wiedergeben. Mit dem üblichen Koloniebild⁶ hat das jedenfalls wenig zu tun. Es gibt hier sehr schöne, mehr oder weniger realistische Bücher⁷ – irgendwann tauchen dann aber immer terraformte Planeten auf, oder zumindest sehr große Käseglocken, unter denen das Leben fast wie auf der Erde stattfinden kann. Die müssen, um mal die realistischere Option zu nehmen, gebaut werden. Die Baustoffe dafür müssen irgendwie hergestellt werden. Das kostet nicht nur Energie,⁸ sondern benötigt auch Rohstoffe. Die entweder auf den Mars gebracht werden müssen (was wiederum unglaublich viel Energie benötigt, siehe unten), oder lokal gefunden werden müssen. Stahl, Glas, Zement ist alles noch irgendwie denkbar. Kunststoffe? Ohne Öl? Da wird es schon schwieriger. Ach ja, Sauerstoff. Und ob es z.B. auf dem Mars in nennenswertem Umfang Wasser gibt, das tatsächlich verwendet werden kann (also nicht in Gestein gebunden, nicht in Tiefen, die nicht erreichbar sind), ist heute auch noch eine offene Frage.

Menschen und vermutlich auch in einem erheblichem Umfang Material – von Nahrungsmitteln und hochintegrierten Produkten wie Computerchips bis zu den gerade genannten Rohstoffen – müsste auf den Mars (oder einen anderen Planeten) gebracht werden. Das dauert nicht nur sehr lange, sondern benötigt wiederum extrem viel Energie. Die

⁶ „Frontier“ im amerikanischen Westen, Blockhütten und die unbegrenzte, ~~unbe-~~wohnte Prärie, in der jeder* sein Glück machen konnte.

⁷ Vom Roten und Blauen Mars bis zum Weißen Mars bis zur Marsstadt und dem Universum von Schismatrix+ ...

⁸ In der SF-Literatur werden hier gerne kleine, tragbare Fusionsreaktoren herangezogen, die es seit fünfzig Jahren in fünfzig Jahren geben wird.

NASA spricht davon, dass es heute 10.000 \$ *per pound* (15.900 € pro kg) kostet, um Materie ins Orbit zu bringen (und dann ist das Zeug noch nicht auf einem anderen Planeten!). Das ambitionierte Ziel der NASA ist es, diese Kosten bis 2025 auf 100 \$ *per pound* und bis auf 10 \$ *per pound* (also 16 €/kg) im Jahr 2040 zu senken.

Vielleicht könnte viel, viel Forschungsgeld dazu führen, dass derartige Kosten sehr viel schneller sinken. Aber selbst mit 50 €/kg gerechnet sind das für eine durchschnittliche Person + Nahrungsmitteln⁹ + Zeugs schnell ein paar 10.000 € bis 100.000 € – nur bis ins Orbit. Vom Orbit bis zum Mars (und, was exorbitant teuer wäre, ggf. zurück) sind es dann nochmal mehrere Tonnen Treibstoff pro Tonne Nutzlast. Die wiederum erhebliche Kosten verursachen (dabei geht es vor allem um das Beschleunigen am Anfang und das Abbremsen am Ende). Ach ja – Startfenster gibt es dabei auch nicht kontinuierlich, sondern durch die Planetenbahnen bestimmt nur alle paar Monate.

Und das ist nur das Geld. Der Treibstoff¹⁰ muss eine hohe Energiedichte haben. Was komplexe Herstellungsverfahren, unschöne Nebenwirkungen und ähnliches mehr mit sich bringt.¹¹

Ach ja, und dann sind da ja noch die Menschen, die auf dem Weg zum Mars hohen Beschleunigungen, langen Phasen der Schwerelosigkeit sowie hohen Strahlenbelastungen ausgesetzt sind. WissenschaftlerInnen, die das auf sich nehmen? Das kann ich mir unter bestimmten Umständen vorstellen. KolonistInnen – eher nicht.¹²

⁹ Entweder müssen hier Vorräte für – z.B. für eine Marsreise – mehrere Jahre mitgeführt werden, oder es muss eine komplette Landwirtschaft bzw. *urban farming factory* mitgeführt werden, die wiederum Masse hat.

¹⁰ <https://de.wikipedia.org/wiki/Raketentreibstoff>

¹¹ An dieser Stelle nochmal das Stichwort Nachhaltigkeit: Wir reden über eine Zukunft, in der Herstellungsprozesse, die viel Energie benötigen, vermutlich teurer sind als heute – und in der das großindustrielle Hantieren mit extrem giftigen oder radioaktiven Stoffen möglicherweise noch stärker als heute als problematisch angesehen werden wird ...

¹² Disclaimer: Ich bin definitiv kein Experte für diese Fragen. Wenn mir jemand in den Kommentaren vorrechnen möchte, dass das alles ganz anders aussieht, oder ein „space elevator“ – wenn er denn jemals gebaut werden würde – all diese Probleme be-

Zusammengefasst: Auch wenn die Vorstellung schön ist, einen Planeten in Reserve zu haben, halte ich es für extrem unrealistisch, einen großen Teil der Ressourcen der Menschheit in das Vorhaben zu stecken, zehntausende von Menschen über Monate durch den Weltraum zu transportieren, damit diese in hochtechnischen Wohnwagenanhänger und ausbetonierten Erdhöhlen auf einem lebensfeindlichen Planeten ausharren müssen.¹³

Warum blogge ich das? Weil meine Devise ist: Statt Flucht vom Planeten Erde lieber volle Kraft voraus für den Erhalt des Planeten Erde!

Height-Image: xkcd.com, Randall Munroe, CC-BY-NC

seitigt, gerne. Aber ich finde es wichtig, zu akzeptieren, dass zwischen hier und „Leben auf dem Mars“ eben heute noch eine gehörige Portion Handwedelei liegt ...

¹³ Oder noch drastischer: es für realistisch zu halten, zehntausende von Menschen zu finden, die jeweils sehr, sehr viel Geld auftreiben, um diese Reise ohne Wiederkehr mit dem Ziel Mars oder Venus antreten zu dürfen, weil sie dort auf eine bessere Zukunft als auf der Erde hoffen ...



Kulturkampf um das imaginäre Land

7. April 2015 – Zukunftsvisionen

Um die Zukunft und die Vergangenheit – soweit sie als Science Fiction bzw. als Fantasy imaginiert werden – findet derzeit, von der größeren Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, ein Kulturkampf statt. Unbemerkt, aber nicht unwichtig, denn wo anders als in diesem Genre entsteht das kollektive Imaginäre? Ein heiß diskutiertes Symptom für diesen Kulturkampf sind die vor wenigen Tagen bekanntgegebenen *Hugo*-Nominierungen¹. Um das zu verstehen, ist allerdings etwas Hintergrund notwendig.

Jedes Jahr vergibt die SFWA – *Science Fiction and Fantasy Writers of America* – zwei Auszeichnungen, die lange Zeit großen Einfluss darauf hatten, welche (englischsprachigen) Bücher und Geschichten aus dem Genre der *speculative fiction* – also Science Fiction, Fantasy und Verwandtes – als relevant angesehen wurden. Eine Art genrespezifischer Literaturnobelpreis im Miniaturformat. Die beiden traditionsreichen

¹ <https://reactormag.com/2015-hugo-award-nominees/>

Auszeichnungen heißen *Hugo Award*² (vergeben seit 1953, benannt nach Hugo Gernsback) und *Nebula Award*³ (seit 1965). Von den beiden Preisen ist der *Nebula* der prestigeträchtigere – er wird von den Mitgliedern der SFWA vergeben, d.h. von professionellen AutorInnen und HerausgeberInnen. Der *Hugo* ist dagegen ein Publikumspreis – für rund 50 Dollar (Registrierung für die *WorldCon*, also die jährliche große *convention*) ist das Stimmrecht zu erwerben. Insofern spiegelt der *Nebula* eher den professionellen Geschmack wider, während der *Hugo* tendenziell in Richtung „Massengeschmack“ geht. Beiden Preisen wird eine verkaufsfördernde Wirkung nachgesagt.

Imaginationen über die Zukunft oder die (mystische) Vergangenheit haben letztlich immer etwas mit der Gegenwart zu tun, selbst wenn es sich um platteste Abenteuer Geschichten handelt. Gerade Science-Fiction-Bücher und -Geschichten werden klar vom jeweiligen Zeitgeist durchweht. Wer sich die Liste der *Hugo-Gewinner*⁴ anschaut, findet – verkürzt – in den 1950er Jahren das Abenteuer vor dem Hintergrund des großen, gerne kolonialistisch geprägten Zukunftsentwurf⁵, in den 1960er Jahren gegenkulturelle Einflüsse⁶, in den 1970ern wird es noch politischer⁷. In den 1980er Jahren tauchen dann einerseits große Weltentwürfe auf – die neue Space Opera⁸ -, andererseits wird mit Gibsons *Neuromancer* der Cyberpunk sichtbar. In den 1990ern steht die Mars-Trilogie von Robinson neben *military SF* von McMaster Bujold und den barocken Nachwehen des Cyberpunks⁹. In den 2000ern dreht sich der Wind weg von Science

² https://de.wikipedia.org/wiki/Hugo_Award

³ https://de.wikipedia.org/wiki/Nebula_Award

⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Hugo_Award#Best_Novel...28Bester_Roman.29

⁵ Vielleicht mit der Ausnahme von Bradburys Dystopie *Fahrenheit 451*.

⁶ Heinleins *Stranger in a strange land*, Herberts *Dune* oder auch Brunners *Stand on Zanzibar*.

⁷ LeGuins *Dispossessed* als Diskussion der Vor- und Nachteile einer anarchosyndikalistischen Utopie, ihre *Left Hand of Darkness* als Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen oder auch Wilhelms *Where Late the Sweet Birds Sang* mit einer apokalyptischen Umweltkatastrophe als Hintergrund.

⁸ Cherryhs *Downbelow Station* und *Cyteen*, Vinges *Snow Queen*, oder auch die mit dem Preis versehenen Bücher von Orson Scott Card.

⁹ Vinges *Fire upon the deep* oder Stephenson's *Diamond Age*.

Fiction hin zu Fantasy und magischem Realismus mit Büchern von Gaiman, *Harry Potter* oder Clarkes *Jonathan Strange & Mr. Norell*.

Das wäre eine Möglichkeit, die Zeitgeistdurchflossenheit der *Hugo Awards* zu erzählen. Genauso gut ließen sich aber auch ganz andere Deutungen mit der Auswahl begründen – je nachdem, welche ausgezeichneten Werke in den Vordergrund gerückt und welche weggelassen werden.

Von den sechs seit 2010 bepreisten Romanen kenne ich einen nicht (Willis), zwei setzen sich auf sehr unterschiedliche Art in Romanform mit dem SF-Fandom auseinander (Waltons *Among Others* und Scalzis *Redshirts*), einer ist ein Öko-Roman (Bacigalupis *Wind-up girl*), einen würde ich dem magischen Realismus zuordnen (Miévilles *The City and the City*), vielleicht auch als politischer Kommentar zu lesen, und einer ist Space Opera with a twist (Ann Leckies *Ancillary Justice*).

Ob aus diesen besten Romanen eine einheitliche Tendenz abzulesen ist, ein Zeitgeist der *speculative fiction* der 2010er Jahre, ist doch fraglich. Die fünf Romane, die ich gelesen habe, sind jeweils auf ihre Art hervorragend, haben aber in Stil und Thema wenig miteinander zu tun. Vielleicht ließe sich behaupten, dass sie überwiegend einen gewissen literarischen Anspruch haben. Und wer unbedingt eine platte Zuspitzung haben möchte, findet in allen Romanen eingewebt Fäden einer eher progressiven Politik, ein Aufbegehren gegen erstarrte Traditionen und überkommene Ungleichbehandlungen. Der heldenhafte reiche weiße Mann der 1950er Jahre ist nicht mehr – an seine Stelle rücken diverse und vielfältigere Stimmen und gebrochene Charaktere.

Damit sind wir bei den *Hugo*-Nominierungen von 2015 angekommen. Die Romane der beiden Autorinnen Leckie, *Ancillary Sword* (der Folgeroman von *Ancillary Justice*), und Addison, *Goblin Emperor*, würden diese Tendenz mehr oder weniger fortsetzen. Die anderen drei Nominierungen für den besten Roman 2015 sprechen dagegen eine andere Sprache: Butchers *Skin Game* aus der Harry-Dresden-Serie ist *hard-boiled investigation* mit Magie gemischt, Kloos' *Lines of Departure* ist (wohl halbwegs gut gemachte – ich lese sowas nicht) Militär-SF und Andersons *The Dark between the Stars* ist eine Space Opera, die von *Kirkus* das Verdikt „Avoid. Unless you're an Anderson addict.“ erhalten hat.

Dass Butcher, Kloos und Anderson unter den fünf Nominierungen sind, und andere Romane, die letztes Jahr erschienen sind, und dort gut hingepasst hätten, nicht, ist kein Zufall.¹⁰ Alle drei stehen auf der Empfehlungsliste der „Sad Puppies“. Und während sich über die literarischen Meriten in dieser Kategorie noch streiten ließ – anders gesagt: hier bewusst Autoren propagiert wurden, die nicht *per se* für reaktionäre Science Fiction stehen, sondern doch in breiteren Kreisen anschlussfähig sind –, sieht es in den anderen *Hugo*-Kategorien deutlich dramatischer aus. Teilweise sind fünf von fünf Vorschlägen (die aus einer Urabstimmung der Wahlberechtigten hervorgegangen sind) identisch mit der Vorschlagsliste der „Sad Puppies“.

Auffällig sind hier die Namen Kratmann, Wright und Beale („Vox Day“). Auffällig oft vertreten ist zudem ein erst im Februar 2014 gegründeter Kleinverlag, der finnische *Castalia House*.¹¹ Castalia House veröffentlicht zum einen Vox Days religiöse Mittelalterfantasy, zum anderen diverse Militärgeschichten und zum dritten John C. Wright¹².

Wright ist nach eigener Aussage ein nach einem Erweckungserlebnis zum Christentum konvertierter Atheist mit breiter philosophischer Ausbildung. Ich habe seine *Golden-Age*-Trilogie gelesen, ohne diesen Hintergrund zu kennen, und war in gleichen Teilen beeindruckt und beunruhigt. Beeindruckt, weil eine fein ziselierte zukünftige Zivilisation anspielungsreich erschaffen und dann auch wieder zerstört wird, beunruhigt, weil die drei Bücher von einem Unterton durchzogen sind, den ich damals beim Lesen als rechtslibertär identifiziert habe, und der – vor dem Hintergrund dessen, was ich inzwischen weiß, noch ein ganzes Stück weiter ins Dubios-Rechte rückt. Der golden glänzende Held räumt mit den Defiziten des dekadent gewordenen Imperiums auf, und

¹⁰ <https://bradrtorgersen.blog/2015/02/01/sad-puppies-3-the-2015-hugo-slate/>

¹¹ Castalia House ist der literarische Arm der Computerspielfirma „Alpenwolf Oy“ von – Vox Day, Beschäftigte: 1, Overheadkosten: keine, Sitz: Finnland, Mission: den Glanz der 1950er zurückzubringen – in anderen Worten, die gute alte Welt christlicher Werte, misogyner und rassistischer Helden und homophober Ressentiments.

¹² [https://de.wikipedia.org/wiki/John_C._Wright_\(Autor\)](https://de.wikipedia.org/wiki/John_C._Wright_(Autor))

sowas ... Interessant, nicht unbedingt empfehlenswert, und mit einer eher barock-selbstverliebten Sprache, wenn ich mich recht erinnere.

Und dieser Wright taucht jetzt gleich in vier Kategorien der *Hugo*-Nominierungen auf, mit insgesamt sechs Novellen, Kurzgeschichten und Essays, die mit extrem hoher Wahrscheinlichkeit nicht die Creme der SF-Welt darstellen. Kulturkampf, kein Zufall.

Es gab bereits in den letzten Jahren Versuche, die *Hugo*-Nominierungen im Sinne dieser neurechten, homophoben Gruppierung zu beeinflussen. Diesmal ist es gelungen.

Aus der Eigensicht dieser Gruppe geht es natürlich nur darum, dem wahren Geschmack der Fans, des Volkes, Geltung zu verschaffen, und aufzuräumen mit dekadenten, linken Tagträumereien, die die gute alte Science Fiction kaputt gemacht haben. So ist das also.

Entsprechend groß ist der Aufschrei, der seit Bekanntgabe der Nominierungen in Twitter-Accounts und Blogs der SF-Szene die Runde macht. Der SFWA-Präsident Scalzi ruft dazu auf, Ruhe zu bewahren¹³ und gegebenenfalls – die *Hugo-Awards* verwenden ein Präferenzwahl-system – eben für „no award“ zu stimmen. Spannend bleibt, ob sich diese Empfehlung durchsetzt, oder ob der *Hugo* in einigen Kategorien dieses Jahr tatsächlich an einen obskuren finnischen Kleinverlag gehen wird, der eine exquisite Auswahl des gesellschaftlichen *Backlash* verlegt. Ich bin nicht wahlberechtigt, aber parteiisch, und betrachte daher mit großem Interesse und Sorge, was hier herauskommt. Meine Hoffnung ist klar die, dass die auf dem Weg zu einer inklusiven und progressiven Science Fiction erreichten Fortschritte erhalten bleiben, und das Genre nicht christlich-fundamentalistischen Rechten in die Hände fällt.

Stross geht noch einen Schritt weiter. Er vermutet, dass der Versuch, den Publikumspreis *Hugo* zu beeinflussen, nur eine Etappe auf dem Weg dahin ist, auch die SFWA und den *Nebula* zu unterwandern – eine Verlagsgründung ermöglicht es, AutorInnen zu veröffentlichen, diese damit zu professionellen SF-SchriftstellerInnen zu machen, die Stimm- und

¹³ <https://whatever.scalzi.com/2015/04/04/a-note-about-the-hugo-nominations-this-year/>

Wahlrecht in der SFWA und in Bezug auf den *Nebula*-Award erhalten sollen. Bereits vor einigen Jahren scheiterte Vox Day beim Versuch, SFWA-Präsident zu werden – er erhielt etwa zehn Prozent der Stimmen.¹⁴

Eine organisierte Unterwanderung der SFWA durch die Vox-Day-Gruppe hätte deutlich gravierendere Folgen für die global sichtbare englischsprachige SF als es ein Jahr, in dem der *Hugo* nur in wenigen Kategorien verliehen wird, und als Preis beschädigt wird, haben kann. Und es ist ja nicht nur Science Fiction. Auch „Gamergate“ hat einiges mit diesem anti-emanzipatorischen *Backlash* zu tun. Und ein Blick auf rassistische Anschläge, populäre neurechte Bewegungen, Maskulinisten in Talkshows und dergleichen mehr zeigt, dass es um viel mehr geht. Wer den *Hugo* bekommt, ist an und für sich nicht wirklich wichtig. Ob es rechten und fundamentalistischen Gruppen¹⁵ gelingt, die Oberhand im gesellschaftlichen Diskurs zu gewinnen, dagegen umso mehr. Gerne mit der auch hier angewandten Strategie, gegen „Ideologie“ ein Zurück zu „alten Werten“ zu propagieren. – Was bleibt: Science Fiction und Fantasy sind ein imminent politisches Genre. Auch und gerade dann, wenn sie „nur“ Unterhaltung sind, „nur“ den jeweiligen Zeitgeist widerspiegeln. Auch und gerade dann, wenn das „Unpolitische“ als Banner vor sich hergetragen wird, um eine bestimmte Politik durchzusetzen. Auch deswegen ist der Fall *Castalia House* besorgniserregend.

Warum blogge ich das? Weil ich seit vielen Jahren SF lese, und den Wandel der letzten Jahrzehnte erfreut beobachtet habe. Hier werden die globalen gesellschaftlichen Imaginationen produziert, die nicht zuletzt politisches Denken leiten. Zumindest finden sie, die vielleicht ohne Genre existieren würden, hier ihre diskursive Form.

¹⁴ Und wurde später aus der SFWA ausgeschlossen, weil er die Schriftstellerin Jemisin übelst rassistisch anging.

¹⁵ George Martin [<https://grm.livejournal.com/417521.html>] erzählt nicht nur die Geschichte der Hugos, sondern weist auch auf die Differenz zwischen rechtskonservativen „sad puppies“ und durchgeknallten „rabid puppies“ mit christlich-fundamentalistischen Flair hin, die ich oben zusammengeworfen habe.

Anhang

Personenindex

- Addison, Katherine 194
Agena, Gesine 106
Albig, Torsten 100
Al-Wazir, Tarek 92, 100
Anderson, Kevin J. 194
Bacigalupi, Paolo 194
Bauer, Theresia 178
Beale, Theodore Robert aka Vox Day
195, 197
Bear, Greg 189
Beck, Ulrich 116
Bonde, Alexander 85, 106
Bourdieu, Pierre 74
Bradbury, Ray 193
Brock, Markus 179
Brozowski, Frank 88, 93, 96, 97
Brunner, John 193
Burmester, Hanno 40, 41, 44
Butcher, Jim 194
Bütikofer, Reinhard 132, 133, 134,
135
Cameron, David 70, 71
Cammarata, Patricia 158, 159
Castells, Manuel 163, 164
Cherryh, C.J. 193
Churchill, Winston 31
Clarke, Susanna 194
de Maizière, Thomas 38
Deutz-Schroeder, Monika 25, 27, 28,
29
Ditfurth, Jutta 130
Dörner, Katja 106
Fahimi, Yasmin 15
Fegebank, Katharina 92
Fischer, Joschka 50
Fücks, Ralf 169
Gabriel, Sigmar 38
Gaiman, Neil 194
Gathmann, Florian 85
Gebauer, Jana 173
Geisler, Astrid 84
Gibson, William 193
Göring-Eckardt, Katrin 96, 111, 112,
113, 114, 116
Gruhl 80
Güllner, Manfred 16, 19, 20, 24
Habeck, Robert iv, 76, 92, 115, 116,
117, 126
Habermann, Friederike 170
Heinlein, Robert 193
Heinrichs, Harald 180
Helferich, Silke 172
Henfling, Madeleine 106
Henkel, Hans-Olaf 7, 8
Hennicke, Peter 169
Herbert, Frank 193
Hermann, Eva 49
Hermisson, Bastian 124
Hofer 62
Hofreiter, Toni 112, 114, 117, 126
Jemisin, N.K. 197
Johnson, Boris 70, 71
Karas, Sonja 113
Kelle, Birgit 55
Keller, Ska 106
Kellner, Micha 102, 106, 107, 144,
146
Kloos, Marco 194
Kretschmann, Winfried iii, 45, 76, 92,
98, 99, 100, 109, 110, 121, 176
Künast, Renate 111, 112
Lanier, Jaron 179, 181, 182

Anhang

- Lay-Kumar, Jenny 181
Leckie, Ann 194
LeGuin, Ursula K. 193
Leidig, Sabine 169
Lenin, W.I. 164
Lewandowsky, Marcel 41, 43
Löhrmann, Sylvia 92
Lucke, Bernd 8
Markwardt, Nils 64
Marquardt, Erik 106
McMaster Bujold, Lois 193
Merkel, Angela iii, 36, 37, 38, 39, 94,
175
Meyer, Christian 106
Miéville, China 194
Munroe, Randall 191
Neu, Viola 17, 21, 22, 24
Nocun, Katharina 52
Oppermann, Thomas 38
Ott, Hermann 169
Özdemir, Cem 96, 102, 106, 113, 117,
126
Palmer, Boris 43, 85
Peter, Simone 102, 106
Poferl, Angelika 116
Reichardt, Sven 29
Reinboth, Christian 19
Reintke, Terry 7
Reynolds, Alastair 143
Robinson, Kim Stanley 189, 193
Roth, Claudia 85, 111, 112, 124
Rowling, J.K. 194
Rülke, Hans-Ulrich 4
Rupp, Jörg 85, 86
Sancar, Mithat 124
Scalzi, John 194, 196
Schäfer, Armin 18, 19, 24
Schäuble, Wolfgang 38
Schmidt, Holger 162
Schober, Henrik 144, 147, 148, 149,
150, 151, 152
Scholz, Jendrik 18
Schröder, Kristina 26
Schroeder, Klaus 25, 27, 29
Schrupp, Antje 2
Scott Card, Orson 193
Seehofer, Horst 38
Siller, Peter 44
Siri, Jasmin 40, 41, 44
Smith, Alyn 124
Söder, Markus 38
Spitz, Malte 84, 106
Stauss, Frank 63
Stefanowitsch, Anatol 185
Steinbach, Erika 26
Sterling, Bruce 189
Stoch, Andreas 2
Stross, Charles 187, 188, 196
Tabler, Nele 4
Thatcher, Margaret 175
Trittin, Jürgen 50, 85, 112
Unfried, Peter iv, 76
Van der Bellen, Alexander 62
Vinge, Joan 193
von Lucke, Albrecht 44
von Storch, Beatrix 55
Wagner, Thomas 181
Walton, Jo 194
Westermayer, Till 46, 145, 149, 153,
181
Wettach, W.G. 43
Will, Anne 36, 38
Wolf, Guido 38
Wright, John C. 195, 196
Zetsche, Dieter 126
Zimmer, Matthias 169
Zion, Robert 88, 90, 91, 92, 96, 97,
116

